

*„Ich wollte nur leben“*



*Berichte und Dokumente  
über  
Ludwig Baumann  
Kampf für Rehabilitierung der Wehrmachtdeserteure*

*1988 – 2017*

---

Dies sind einige Berichte  
und Dokumente über unseren  
und meinen Kampf für die  
Rehabilitierung der Wehrmacht-  
deserteure und eine Kultur  
der Gewaltfreiheit

Ludwig Baumann

## Baumann: Es müßte sich soviel ändern

ane. In der Sögestraße fällt dieser Sandwich-Mann immer wieder auf: Jeden Donnerstag nachmittag zwischen 17 und 18 Uhr stellt sich Ludwig Baumann aus Aumund zwischen all die Straßenhändler und Pflastermaler mitten in den Käuferstrom und gemahnt auf seine stille Weise an die Folgen übermäßigen Konsums.

Er drängt sich nicht auf, sondern wartet, ob ihn jemand anspricht. Und das passiert öfter, als man so denken könnte: „Ich hab' schon viele freundliche Gesichter zu sehen bekommen, und häufig sucht ein Passant plötzlich das Gespräch - über das Konsumieren, die Gesellschaft, die Menschlichkeit, die Verantwortung des einzelnen.“

Leute mit ganz dicken Einkaufstüten würden schon mal kühl gucken; doch so viele seien das gar nicht. Und direktere Unfreundlichkeiten habe er noch nicht erlebt, erzählt der 67jährige. Dabei geht sein Text direkt an den Nerv; besagt er doch schlicht, daß wir durch Zuviel-Haben und Noch-mehr-haben-Wollen mitschuldig werden an Hunger und Not in weiten Teilen der Welt.

Ludwig Baumann kann nicht anders, als beharrlich und oft ganz allein auf schwerwiegende und ungelöste Probleme hinzuweisen: „Es müßte sich soviel ändern“, meint er.

Mit den christlichen Frauen teilt er sich deswegen so manche Mahnwache gegen Rüstung, und vor Gericht streitet er immer noch um das Recht, junge Wehrpflichtige bei ihrem erstmaligen Einrücken auf dem Bahnhof über das schlimme Gesicht des Krieges aufklären zu dürfen.



Ein stiller Demonstrant: Ludwig Baumann prangert den Konsumterror an. (eb)

Foto: Rosemarie Rospek

192 / Sept. 88

# Eigenmächtiges Dableiben

## Mit „Informationen für unzufriedene Soldaten“ konfrontierten Kriegsgegner die frisch eingezogenen Rekruten auf dem Bremer Bahnhof / Bahnpolizei versuchte es vergeblich mit Einschüchterung

Ein Zaghafter hätte sich von den Bahnpolizei-Männern rauswerfen lassen. Aber dazu gehörte gestern mehr als drei Uniformen. „Es gibt viele Möglichkeiten, von der Bundeswehr abzuhauen!“ Wer das gestern aufmunternd ausgerechnet zu ganzen Gruppen von mehr oder eher weniger motivierten künftigen Rekruten sagte, beschrieb sich selbst vor den jungen Männern so: „Ich bin ein alter Mann und war im Krieg, bis ich desertierte — und dann im KZ.“

Ludwig Baumann, entschiedener Kriegsgegner aus eigenem Erleben, tat gestern erneut, bewußt und diesmal mit gerichtlich-rückendeckung, was ihm schon einmal ein vorläufiges Hausverbot im Bremer Bahnhof eingebracht hatte: Er stellte sich vor die jungen Einberufenen, die — noch in zivil — mit ihren Sporttaschen und frisch kurzgeschorenen Haaren auf Gleis 1 auf ihren „Militärzug“ warteten, um den Grundwehrdienst anzutreten. Und dann hielt er eine kurze Ansprache: darüber, daß von Abrüstung geredet, aber Krieg geübt wird, daß im US-amerikanischen Kriegsführungs-Konzept 'Air-Land-Battle' Klartext steht: „Unser Armee müssen in einer Weise bewaffnet und ausgebildet werden, daß sie die Kampfauf-

träge bewältigen können, die wir ab Mitte der 90er Jahre auf dem mitteleuropäischen Gefechtsfeld durchzuführen haben werden!“

Die Bahnpolizei beobachtete das Ganze mißtrauisch, kam näher. Zwei junge Uniformierte bauten sich vor Baumann auf und versuchten es vergeblich mit Einschüchterung: Er habe da nichts zu suchen, er solle sich entfernen! Ludwig Baumann hat in seinem Leben Schlimmeres erlebt als

dienstefrige Bahnhofsbearbeiter. Er trat zur nächsten Soldatengruppe: „Wenn Ihr den Dienst mit Eurem Gewissen nicht vereinbaren könnt: verweigert den Dienst! Laßt Euch nicht mißbrauchen! Beruft Euch auf das Grundgesetz!“ Stärker als die angesprochenen jungen Männer reagierten einige mitgekommene Väter und Mütter, die den Krieg vom Alter her noch erlebt haben dürften: „Quatsch! Das ist doch kein

Kriegsdienst! Das ist doch Verteidigung!“

Dann kam der dritte Uniformierte heran: „Was machen Sie hier für einen Quatsch? Reden halten?“ Baumann blieb ganz ruhig: „Das ist für mich kein Quatsch, wenn ich gegen den Krieg bin. Ich bin ein alter Mann.“ Der Dritte machte dicke Backen, baute sich mächtig auf und kündigte an: „Ich zeige Sie an wegen Hausfriedensbruch! Ich

lasse Sie hier entfernen!“ Baumann erklärte, daß er eben wegen Hausverbots die Bundesbahn 1988 erfolgreich vor dem Landes- und Oberlandesgericht verklagt habe und bleiben könne, solange er den Reiseverkehr nicht beeinträchtigt: „Ihr Vorgesetzter weiß darüber Bescheid!“ Und wandte sich ab. Die beiden jungen Uniformierten: „Soll der weg? Dann nehmen wir ihn mit.“ Sollte er dann aber vorsichtshalber doch nicht. Baumann war inzwischen vor dem Bahnhof, am Stand der „antimilitaristischen Informationsgruppe“. Die verteilte, wie immer, wenn am Bremer Bahnhof Rekruten eingezogen werden, Flugblätter und die kleine Broschüre

„Informationen für unzufriedene Soldaten“. Paßt in jede Uniformtasche. Hauptinhalt: „Wie man legal oder illegal die Bundeswehr verlassen kann“. Interessante Kapitel: Gelöbnis-Verweigerung, Beschwerde-rechte, vorzeitige Entlassung, eigenmächtiges Verlassen der Bundeswehr, Absetzen nach Berlin. Und: Was tun, wenn Feldjäger die Bröschüre kassieren: „Lege Beschwerde ein und verlange eine Quittung!“



Die Bahnpolizei versuchte vergeblich, die jungen Rekruten vor den Appellen der Kriegsgegner zu schützen

Foto: Sabine Heddinga

Susanne Paas





# IWF u. Weltbank-Kongress / Berlin 1988



*„Diese Zielsetzung verlangt ein hohes Differenzierungsvermögen zwischen denen, die politisch ihre Meinung aussagen und denen, die Gewalt anwenden wollen. Der Polizeieinsatz zum IWF/WB-Kongress soll durch differenziertes Polizeivorgehen der Weltoffenheit, Meinungsfreiheit und Gastfreundschaft sichere Entfaltung garantieren, Gewalt verhindern und Straftaten verfolgen.“*

*(Zitat: Landespolizeidirektor Kittlaus)*

*(Foto: Andree Kaiser)*

# Deserteure: Feiglinge oder die eigentlichen Helden? Nachdenken über ein lange verdrängtes Thema

Von unserem Redakteur Harald Biskup

Der Marinefunker Alfred G. war 20, als der Krieg zu Ende ging. Als 17-jähriger hatte er sich freiwillig voller Begeisterung zur Hitlers Wehrmacht gemeldet. Anfangs spornte ihn Abenteuerlust an, doch bald wurde ihm die Sinnlosigkeit seines Einsatzes klar. Er durchschaute die hohlen Phrasen der Nazis und ihre Durchhalte-Parolen.

Anfang Mai 1945, wenige Tage vor dem totalen Zusammenbruch, wurde Alfred G., dessen Einheit zur 8. Schnellboot-Flottille vor der dänischen Küste gehörte, auf die Insel Fünen abkommandiert. Ein heftig zusammengewürfeltes Bataillon sollte nach den aberwitzigen Plänen der kopflos gewordenen Führung noch in den längst verlorenen Kampf um Berlin geworfen werden. Da traf die Meldung von der Teilkapitulation gegenüber Großbritannien ein, und sie bestrafte auch die Marine-Einheiten vor Dänemark. Die Gefangennahme durch die Engländer war nur eine Frage von Stunden. Mit zwei anderen Matrosen, beschloß Alfred G., sich irgendwie nach Hause durchzuschlagen, um der Familie beizustehen.

Die drei, nur unzureichend getarnt, wurden kurz nach ihrer Flucht aufgegriffen. Sie bekamen, obwohl die Waffen überall in Europa seit zwei Tagen schwiegen, noch die ganze Brutalität und Absurdität des Krieges zu spüren. Nach einem Schnellverfahren vor einem Kriegsgericht wurden sie an Bord ihres Schiffes erschossen, „ausgelöscht“, wie der Kommandeur zynisch hinzufügte. „Ich bin heute mit noch zwei Kameraden zum Tode verurteilt worden wegen Fahnenflucht“. Wir werden nun die letzten Opfer dieses Krieges sein, und auch umsonst, wie so viele Gefallene“, schrieb Alfred G. vor seiner Hinrichtung im Abschiedsbrief an die Eltern.

Das Todesurteil gegen den jungen Funker war das letzte von mindestens 16.000, die die NS-Militärjustiz während des Zweiten Weltkrieges vollstreckt hat (der Freiburger Militärhistoriker Messerschmid geht sogar von 25.000 Exekutionen aus). Obwohl die Spuren inzwischen fast verwischt sind, hat der Kasseler Politikwissenschaftler und Zeitgeschichtler Professor Jörg Kammler die Schicksale von Al-

## Späte Rehabilitation

fred G. und anderen Deserteuren zu dokumentieren versucht.

Mehr als 40 Jahre nach Kriegsende wagen sich in vielen Städten der Bundesrepublik Friedensgruppen wie die im Zuge des Protestes gegen die Nato-Nachrüstung entstandene Initiative „Reservisten verweigern sich“ an die späte Rehabilitation der gemeinhin als Verräter, Feiglinge und ehrlosen Gesellen geltenden Fahnenflüchtigen. Damit rühren sie nicht nur an ein bis vor kurzem von den Historikern verdrängtes Thema, sondern offenbar auch an ein gesellschaftliches Tabu. Es geht um die Frage: „ob jemand, der aus welchen Gründen auch immer - den Weg in den Abgrund nicht mitzumachen bereit war, diskriminiert werden darf gegenüber demjenigen, der sich - leichten oder schweren Herzens - der Nazi-Militärmaschinerie zur Verfügung gestellt hat“ (so die Gelsenkirchener „Aktion gegen Krieg“).

Wegen Fahnenflucht verurteilte Soldaten, die den Krieg überlebten, „konnten nur selten

# „Ich wollte nur leben“

## Der vergessene Widerstand der kleinen Soldaten - Streit um ein Denkmal

damit rechnen, rehabilitiert oder gar als Verfolgte anerkannt zu werden“, hat Faschismus-Forscher Kammler herausgefunden. „Die meisten von ihnen haben sich mit dem feindseligen Schweigen, das sie auch nach dem Krieg umgab, verbittert abgefunden.“ Sie wurden mit „Verkennung und Verkanntheit“ (Heinrich Böll) bestraft. Nicht einmal die engsten Familienangehörigen hätten oft etwas davon gewußt.

„Das lange Schweigen soll nun gebrochen werden. In Kiel, Bremen, Kassel, Marburg, Darmstadt, Regensburg, München melden sich in diesen Tagen kritische Gruppen zu Wort. „Um Deserteure“, sagt Gisela Schramm von der Gelsenkirchener Aktion, „ist noch nie getrauert worden.“ Die Soldaten, die keine mehr sein wollten, hin- und hergerissen zwischen Todesangst und Lebenshunger, seien „die eigentlichen Helden“,

## Eine Provokation

denen Ehre gebühre. Der Männer gedenken, die sich der sinnlosen Metzerei entziehen wollten, sie sogar öffentlich ehren. Eine Provokation, zweifellos.

In Bremen wird seit mehr als zwei Jahren ein Kleinkrieg um das „Denkmal des unbekanntem Deserteurs“ geführt. Die Skulptur wurde zunächst in der Innenstadt aufgestellt, nach massiven Protesten aber ins Foyer eines Bürgerhauses im Stadtteil Vegesack verbannt. Vom ersten Tag an ist sie ein Stein des Anstoßes. Der 1,20 Meter hohe Betonklotz, aus dem eine Soldatenbüste mit Helm und Tarnnetz ragt, löste ungezählte Podiumsdiskussionen, eine Debatte im Landesparlament (das eine Entfernung mehrheitlich ablehnte) und sogar eine persönliche Intervention des damaligen Verteidigungsministers Wörner aus.

Auch Wörner forderte die Demontage der Skulptur, weil durch sie „die Desertion als moralische Pflicht auch für den Soldaten der Bundeswehr“ propagiert werde. In der Tat stammt der Helm des „unbekanntem Deserteurs“ nicht aus Wehrmacht-Beständen, sondern sieht denen der heutigen Armee täuschend ähnlich, und schon bei der Einweihung machten die Initiatoren klar, daß es ihnen nicht nur um die Vergangenheit gehe.

Solche Aktualisierungen freilich sind problematisch und sorgen nicht nur in Bundeswehr-Kreisen für Empörung. Ein Oberst, Kommandeur des Verteidigungsbezirks-Kommandos 20, war um bemerkenswerte Differenzierung bemüht: „Männer, die aus Hitlers Armeen desertiert sind“, wurde er zitiert, „haben ein Denkmal verdient. Ein Aufruf zur Wehr-Straft Fahnenflucht (bis zu fünf Jahre Freiheitsstrafe, d.Red.) muß jedoch unterbleiben.“

Selbst das erregte den Argwohn der Denkmal-Gegner, wor-

auf der Oberst in einem Leserbrief seine Haltung erläuterte: Gemeint seien jene Fahnenflüchtigen, die „aus tiefer innerer religiöser, politischer oder moralischer Überzeugung desertiert sind und die glaubten, diesen Widerstand gegen das Unrechtssystem in dieser Form zum Ausdruck bringen zu müssen. Diese „wenigen Einzelfälle“ müsse

weiß, daß der Grund zur Desertion fast ausschließlich abgrundtiefe Angst oder rücksichtsloser Egoismus gewesen ist, der nur die eigene Haut retten wollte.“

Und immer wieder ist der nach Ansicht von Zeitgeschichtler wie Jörg Kammler allenfalls in Einzelfällen - etwas beim Wechsel der Fronten im jugoslawischen Partisanenkampf - be-

Leute, die keine andere Möglichkeit als eine Art von passivem Widerstand, das Weglaufen, Sich-Entziehen, Bitten, weiterhin als ehrlose Verbrecher verachten?“ fragte damals der Grün-Stadtverordnete Ulrich Restat. In der Tat ein kaum aufzulösender Widerspruch.

Der Schriftsteller Alfred Andersch, im Juni 1944 an der italienischen Front zu den Amerikanern übergelaufen, schreibt in seinem autobiographischen Werk „Die Krischen der Freiheit“, einer eindrucksvollen ethischen Auseinandersetzung mit Fahnenflucht und Eidesbruch: „Mein ganz kleiner privater 20. Juli fand bereits am 6. Juni statt... Ich hatte beschlossen, davonzulaufen.“ Und er sagt auch: „Die meisten Desertionen... geschahen nicht aus der Furcht vor dem Tode, sondern aus dem Willen zu leben.“

Zum Beispiel der einstige Gefreite Ludwig Baumann aus Hamburg. Er ist einer der wenigen aus der großen anonymen Schar der lange Gesichteten, der über seine Fahnenflucht offen sprechen kann. „Ich wollte nur leben und nichts mehr mit dem Töten zu tun haben, vor allem aber: ich wollte die Freiheit.“

Baumann versucht nicht, seine Desertion im Sommer 1942 aus der Hafenkompagnie im besetzten Bordeaux nachträglich zu einem Heldenepos hochzustilisieren. Mit einem Kameraden hätte sich der junge Mann, der zuvor einmal aufgefallen war, weil er einem Vorgesetzten das Stiefelputzen verweigert hatte, nach Marokko absetzen wollen und von dort nach Amerika. Aber der Traum von der Freiheit währte nur einen Tag, dann wurden sie verhaftet. Am 30.

## Zum Tode verurteilt

Juni 1942 verurteilte ihn das Kriegsgesicht des Marine-Befehlshabers Westfrankreich zum Tode. „Die Flucht von der Fahne ist und bleibt das schimpflichste Verbrechen, das der Soldat begehen kann“, hieß es in der Urteilsbegründung.

Zwei Monate saß Baumann in der Todeszelle des Wehrmachtgefängnisses Bordeaux. Wie durch ein Wunder wurde er zu zwölf Jahren Zuchthaus „begnadigt“, abzusetzen „im Frieden“. Davon erfuhr er erst beim Abtransport ins Konzentrationslager Esterwege. Im März 1944 kam Baumann, „bedingt wehrwürdig“, zum „Strafbataillon 500“ in die Festung Torgau an der Elbe.

Eigentlich hatte er die schlimmste Zeit aus seinem Gedächtnis verbannen wollen. Doch als in Bremen der Streit um das Deserteur-Denkmal entbrannte, wurden die alten Erinnerungen wach, und er besorgte sich über das Bundesarchiv die „Akte Baumann“. Das Todesurteil löst noch heute Beklemmung in ihm aus. „Ich hätte nicht mit verbundenen Augen sterben wollen, weil ich dann meine Mörder nicht gesehen hätte.“

Aber wichtiger als seine ganz persönliche „Vergangenheitsbewältigung“ ist dem unpolitischen Fahnenflüchtigen, der erst lange nach dem Krieg ein politisches Bewußtsein entwickelt hat, die Zukunft. „Was kann“, fragt er sich oft, „die Nibelungen-treue des deutschen Soldaten im Atomzeitalter anrichten?“



„SIE HABEN EIN DENKMAL VERDIENT“: Die umstrittene Skulptur „des unbekanntem Deserteurs“ in Bremen. Bild: Kono

man im Zusammenhang mit den Widerstandskämpfern sehen. Zugleich bekundete der Kommandeur seinen Respekt vor den Soldaten, „die getreu ihrem Fahnenbild gekämpft, gelitten und geblutet haben“. Ob diese „Klärstellung“ auf höhere Weisung kam, ist nicht überliefert.

Das Beispiel Bremen zeigt, wie unendlich mühsam es auch 43 Jahre nach Kriegsende ist, Verständnis für jene Männer zu wecken, die aus Angst, Gewissensnöten oder Verzweiflung das Gewehr wegwarfen und „türnten“. Vor allem sinnige Frontsoldaten werden mit dieser „Verhöhung“ nicht fertig. Zu tief sitzt offenbar noch die Vorstellung vom Feigling und Wehrzersetzer: „Wer im Krieg war,

rechtierte Vorwurf zu hören, die Weggelaufenen seien mitschuldig am Tod von Kameraden geworden.“

Es sind nicht nur unverbesserliche Militaristen, denen nicht in den Kopf will, daß „Fahnenflucht der Widerstand des kleinen Soldaten war“, wie es der Zeitkritiker Gerhard Zwerenz ausdrückt, der aus eigener Erfahrung spricht. Diese Sicht der Dinge spielte eine wichtige Rolle bei einer Diskussion in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung im Herbst 1981, die ganz am Anfang der bundesweiten Debatte um ein verändertes Bild vom Deserteur stand: „Wie kann man die Widerstandskämpfer - zum Beispiel die Männer des 20. Juli 1944 - ehren und gleichzeitig die vereinzelt kleinen

Leserbrief im Kölner Stadt-Anzeiger vom 23.12.88

## Deserteure

### Keine Stunde des Zorns

„Ich hätte nicht mit verbundenen Augen sterben wollen, weil ich dann meine Mörder nicht gesehen hätte.“ So zitieren Sie mich in Ihrem Artikel über Deserteure im Zweiten Weltkrieg. Den Satz habe ich so nicht gesagt. Ich wurde 1942 zwei Monate nach meinem Todesurteil wegen Desertion zu zwölf Jahren Zuchthaus „begnadigt“, aber ich erfuhr davon erst Monate später. Jeden Morgen beim Wachwechsel dachte ich, „jetzt holen sie dich“. Als mich vor einiger Zeit eine Historikerin befragte, fielte ich meine Erinnerungen so zusammen: Ich hätte mir gewünscht, ohne Augenbinde zu sterben, um die Sonne und den Himmel zu sehen. Man bekommt die Augen ja nicht verbunden, um geschont zu werden, sondern damit man noch im Tod erniedrigt wird und den schließenden Soldaten nicht in die Augen sehen kann. Wie sollte ich in der Stunde Zorn auf das Erschießungskommando haben, in der ich zu begreifen versuche, daß ich Abschied von meinem Leben nehme und ins jenseits eintrete.

Ludwig Baumann  
Bremen 70

Verantwortlich für Leserbrief:  
Dr. Alfons Schiele

## Das Zitat

„Wer dem Publikum nachläuft, sieht nur dessen Hinterteil.“

Birgit Bruehl, niedersächsische Finanzministerin.

Wenn am 1. April die neuen Bundeswehr-Rekruten am Bremer Hauptbahnhof auf ihren Sonderzug warten, ist Ludwig Baumann schon da. „Laßt euch nicht mißbrauchen“, rät der 71-Jährige, „lernt aus der Geschichte.“ Zum Beispiel aus seiner. Ludwig Baumann saß monatelang in der Todeszelle, nachdem er von der Hitler-Armee desertierte. Und bis heute hat er weder eine Entschädigung erhalten noch wurde er rehabilitiert.

Rückblende: Schweißnaß schreckt Ludwig Baumann hoch. Schon wieder klopfen Uniformierte an seine Zellentür. Wollen ihn abholen zum Erschießen. Nein, doch nicht. Vielleicht in der nächsten Nacht. Ein Traum, der sich wiederholt. Auch heute noch, nach fast fünfzig Jahren. Im Schlaf werden Erinnerungen wach. Trauma eines Deserteurs.

Es war im Mai 1942, als der einfache Marinesoldat gerade 21 Jahre alt, den Entschluß faßte, der sein Leben veränderte: Weg von der Hitler-Armee. Ein Held war er nicht, auch kein Widerstandskämpfer. Er hatte einfach nur Angst um sein Leben. „Warum sollte ich in irgendein Land ziehen und Menschen erschießen, die mir nichts getan haben?“ erzählt der 71-Jährige. Zusammen mit einem Kameraden brach er in Bordeaux nachts erst in die Waffenkammer ein und machte sich dann aus dem Staub. Ludwig Baumann hatte desertiert. Weit kamen die beiden nicht. Auf einem einsamen Feldweg griffen zwei deutsche Soldaten sie auf. „Wir hätten sie ohne weiteres sofort erschießen können“, erinnert sich Baumann, „dafür hatten wir uns die Waffen ja extra besorgt. Aber eine Waffe haben und sie auch benutzen, das ist zweierlei.“ Ludwig und sein





# er Deserteur

Ludwig Baumann

Kamerad wurden verhaftet. Das Urteil des Militärgerichts: Todesstrafe.

Eines von schätzungsweise fünfzigtausend Todesurteilen, die die Militärjustiz während der Nazi-Zeit aussprach. Einer späteren Karriere der Richter in der Bundesrepublik Deutschland stand dieser tausendfache juristische Mord nicht im Wege. Auch der von Professor Erich Schwinge nicht. Sein Kommentar zum Militärstrafgesetzbuch von 1936 galt als Standardwerk zur Auslegung des Nazi-Rechts. Wann immer die Juristen in Uniform Hemmungen hatten, die Todesstrafe für Desertation auszusprechen, Schwinges Kommentar wußte sie zu nehmen. Nach 1945 galt der in Marburg lehrende Professor als angesehener Militärstrafrechtler und Gutachter für die Bundesregierung.

Auf eine so schöne Karriere kann Ludwig Baumann nicht zurückblicken. Nur durch Glück und einige verzwickte Beziehungen seines Vaters ist er überhaupt noch am Leben. Sieben Wochen nach dem Todesurteil wurde die Strafe in zwölf Jahre Zuchthaus umgewandelt. Ein Ausnahmefall, von dem Baumann selbst erst erfuhr, nachdem er vier Monate zitternd in der Todeszelle täglich auf die Exekution gewartet hatte.

Auch nach der Befreiung hatte der gelernte Maurer nichts zu lachen. Während die Täter fleißig die Karriereleiter emporkrochen, schlich Opfer Baumann seelisch und körperlich gebrochen aus dem Zuchthaus. Trost suchte er im Alkohol. „Es ging immer weiter bergab, bis ich ganz unten war“, erinnert sich der Deserteur. Erst als seine Frau bei der Geburt des sechsten Kindes starb, bekam er - um den Kindern das Heim zu ersparen - allmählich wieder Grund unter die Füße.

Verantwortung gegenüber Jugendlichen spürt der Rentner noch heute. So macht er sich immer wieder auf den Weg - zum Bremer Hauptbahnhof. Wenn dort die neuen Rekruten auf ihren

Sonderzug warten, ist Ludwig Baumann schon da. Seit fünf Jahren. Allein steht er in der Menge verunsicherter, frisch geschorener Jungs und deren Eltern. „Ich sage ihnen, sie sollen sich nicht mißbrauchen lassen“, erklärt Baumann seine Aktionen.

„Täglich verhungern hunderttausend Menschen auf der Erde für unseren Reichtum. Macht und Wohlstand sind ungerecht verteilt. Geraten diese Verhältnisse ins Wanken, sind damals wie heute die Soldaten an der Reihe, sie wieder zu sichern. Auch heute werden Soldaten mißbraucht. Es gibt aber viele Wege, sich der Bundeswehr zu entziehen. Das heißt es für mich, aus der Geschichte zu lernen.“

Auch die Bundesregierung braucht seiner Meinung nach noch Nachhilfeunterricht in Geschichte. Bis heute haben die Deserteure des Zweiten Weltkrieges weder eine Entschädigung erhalten noch wurden sie rehabilitiert. Ein entsprechender Antrag der Grünen Bundestagsabgeordneten Antje Vollmer wurde vom Hohen Hause 1990 abgelehnt. Auf Empfehlung eines Gutachtens, das ein anerkannter Professor der Militärjustiz erstellt hatte. Sein Name: Erich Schwinge.



Fotos: Jürgen Siegmann

Doch Ludwig Baumann, dessen Urteil bis heute noch nicht aufgehoben ist, läßt sich nicht abspesen. Im Oktober 1990 gründete der Deserteur die Bundesvereinigung „Opfer der NS-Militärjustiz“. Im September 1991 gab es einen ersten kleinen Erfolg. Nach sechsjährigem Rechtsstreit hat das Bundessozialgericht in Kassel der Witwe eines hingerichteten deutschen Soldaten in einem Grundsatzurteil eine Rente zugesprochen. In der Urteilsbegründung bezeichneten die Richter ihre braunen Vorgänger als „verlängerten Arm einer verbrecherischen Kriegsführung“. Sie folgerten: Behörden und Gerichte mußten den Deserteuren und „Wehrkraftzersetzer“ die Unrechtmäßigkeit ihres Handelns nachweisen. „Ein erster wichtiger Schritt. Vielleicht beschließt jetzt endlich auch der Bundestag, daß die Urteile der Kriegsgerichte Unrecht waren, und stellt unsere volle Rehabilitation her. Auch wenn es für die meisten Opfer zu spät ist“, sagt Ludwig Baumann.

Das jüngste „Unrechtsbereinigungsgesetz“ der Bundesregierung vom Juli 1991 jedenfalls bezieht sich nur auf die „Opfer der DDR-Gewaltherrschaft“.

Andreas Schlüter

# Soldaten

Eure Kameraden in der DDR kontrollieren inzwischen ihre Offiziere und verweigern deren Befehle. Manche zerstören ihre Waffen, weil sie erkennen, daß Waffen immer zum Töten da sind, und viele gehen ganz einfach nach Hause. Ist das nicht ein guter Beitrag zum Frieden? - Solltet Ihr nicht das alles auch tun? Wäre das nicht ein einmaliger gesamtdeutscher Beitrag zum Frieden?

Immer wurde Euch von Euren Offizieren gesagt, Ihr seid bei der Bundeswehr, um uns vor dem möglichen Angreifer aus dem Osten zu schützen. Nun bricht der ganze Osten zusammen und der Feind ist weit und breit nicht auszumachen. Daraufhin verabschiedet die Bundesrepublik einen Rüstungsetat in nie dagewesener Höhe und die Nato beschließt als einziges Bündnis der Welt wieder den Ersteininsatz von Atomwaffen. ~~Mit~~ ~~Ihr~~ Euch da nicht fragen, ob das mit der Bedrohung aus dem Osten nicht schon immer eine Zwecklüge war, so, wie die Soldaten immer schon belogen wurden. Kommt Euch da nicht der Gedanke, daß die Mächtigen der westlichen Welt auch militärisch ganz andere, nämlich imperialistische Ziele verfolgen: Jetzt schon verpulvern die paar reichen westlichen Länder 70 % der globalen Energien und zerstören damit unsere Biosphäre. Sie plündern die Schätze unserer Erde und überschwemmen die Dritte Welt mit unserem Giftmüll. Sie lassen hier die Lebensmittel vernichten und jeden Tag verhungern 100 000 Menschen qualvoll. -

Und die Machthaber unserer reichen Welt glauben nun, diese Verbrechen an der Erde und den Menschen durch militärische Überlegenheit verewigen zu können. Dabei verteidigen sie mit ihrem Rüstungswahn nur unseren eigenen Untergang.

Soldaten, laßt Euch nicht mehr belügen und für eine verbrecherische Politik mißbrauchen.

Schmeißt Eure Waffen fort und geht nach Hause.

Für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung unserer Erde.

"Die antimilitaristische Informationsgruppe"  
V.i.S.d.P. Ludwig Baumann  
Deserteur im II. Weltkrieg  
Aumunder Flur 3  
2820 Bremen 70

# Kein Denkmal für Deserteure

Filmteam drehte am Fort Zinna letzte Einstellungen eines Dokumentarfilms

Von NTK-Redakteurin  
Eva Meisel

Torgau. Die Vorgeschichte reicht schon länger zurück und wurde am 1. September 1989 greifbar: zum 50-Jahrstag des Überfalls auf Polen und Beginn des Zweiten Weltkriegs sollte in Bonn ein Denkmal aufgestellt werden...

Das Denkmal des türkischen Bildhauers Mehmed Aksoy zeigt einen Menschen, der sich dem Kriegsgeschehen zu entziehen versucht, jemanden, der den Terror nicht mitmachen möchte. Friedensinitiativen hatten das tonnschwere Marmordenkmal in Auftrag gegeben. Doch niemand wollte es haben. In Bonn stand es einen Tag auf einem Tiefader, in Potsdam fand es dann am 1. September 1991 am Platz der Einheit Unter-schlupf, doch es wirkt eher geduldet, denn erwünscht. Der Standort ist äußerst diskret, ein wenig wackelig steht es inzwischen da.

## Grundsätze

Regisseur Helge Cramer, der mit anekdotischen Themen Erfahrung hat, begleitete die Denkmalsgeschichte mit der Kamera. Bonn 1989: heftige Reaktionen. 1991 in Potsdam vorsichtiges Verständnis - immerhin ist das Thema ganz neu.

Was es heißt, sich dem Kriegsgeschehen entziehen zu wollen, das haben Menschen während des Zweiten Weltkriegs erfahren. Sie wurden zum Tode

verurteilt. Der fahnenflüchtige Soldat ist immer und überall dort, wo militärische Grundsätze zu wichtigen gesellschaftlichen Wertvorstellungen zählen, ein Verräter und Feigling. Daß während des Zweiten Weltkriegs zahlreiche Soldaten keine andere Protestmöglichkeit als die persönliche Verweigerung sahen, zählt nicht. 50 000 Todesurteile sprach die Nazi-Militärjustiz gegen Deserteure aus - eine Zahl, die schon als solche Protest signalisiert. Bei den alliierten Streitkräften gab es eine Handvoll Todesurteile.

## Parallelen

Szenenwechsel in die DDR: Fahnenflüchtige, die in Uniform über die Mauer sprangen. Damals im Westen zu politischen Helden hochstilisiert. Heute sind die Helden vergessen. Sie werden als politisch verfolgte Deserteure anerkannt wie die Deserteure des Zweiten Weltkriegs. Schließlich geht es um Grundsätze. Militärische Eide zählen für immer.

Politischer Protest ist es nur dann, wenn er als solcher proklamiert und manifestiert wird. Einfach nur gegen den Krieg sein, das gilt nicht.

## Erlebnisse

Mit dieser Problematik beschäftigt sich der Denkmal-Film, dessen letzte Szenen in Torgau gedreht wurden.

Drehort Fort Zinna, genau dort, wo Deserteure erschossen wurden, im Wallgraben. Ludwig Baumann saß hier dreieinhalb

Monate in der Todeszelle, bis er schließlich zum Strafbataillon 500 begnadigt wurde.

Als das Kamerateam der Medienwerkstatt Franken anrückt, beginnt es zu regnen. Stürmisches Wetter, später Grupelschauer erschweren die Dreharbeit. Ludwig Baumann, der schon einen Tag früher angereist kam, hatte sich um eine Requisite bemüht.

Vormittags sprach er beim Kreismuseum vor. Museumsdirektor Ehrhard Lissner weiß sofort Bescheid. Die Hand- und Fußfessel, die hier mittelalterliche Foltermethoden demonstrieren sollen, stammen offensichtlich vom Brückenkopf und wurden dort zu Kriegzeiten in der Schmiede für Todeskandidaten gefertigt. Jedenfalls haben frühere Häftlinge sie erkannt. Aber auch das paßt: Torgaus jüngere Vergangenheit wurde zu DDR-Zeiten ja ignoriert.

## Erinnerung

Auch Ludwig Baumann bestätigt: so haben sie ausgesehen. Die zum Tode verurteilten mußten die schweren Fesseln Tag und Nacht tragen, so daß die Gelenke blutig gescheuert waren. Sie kamen deshalb häufig ins Krankenrevier, wo Ludwig Baumann mit Diphtherie lag. „Das Geräusch der Ketten habe ich heute noch im Ohr.“

Ehrhard Lissner ist sofort bereit, die Fesseln als Requisit zu verleihen. Doch sie sind fest in der Wand verschraubt, damit Museumsbesucher nicht daran

hanieren. Nach einer halben Stunde Wartezeit kann Ludwig Baumann die Fesseln in der Einkaufstasche mitnehmen.

## „Immer draußen“

Während des Interviews im Fort Zinna werden ihm die Fingerringe klamm. Sachlich, aber engagiert schildert er seine persönlichen Erfahrungen: die Inhaftierung, Verurteilung, Krankheit, Todeszelle, Abtransport ins KZ und schließlich die Begnadigung. Wiedergutmachung hat er bis heute nicht bekommen. Denn vor dem Gesetz gelten die 50.000 zum Tode Verurteilten immer noch als Deserteure, die zu Recht verurteilt wurden.

So ist für Ludwig Baumann die Geschichte des Denkmals auch zu seiner persönlichen geworden. Nicht nur, weil er '89 und '91 bei der Aufstellung dabei war, sondern weil er inzwischen denkt, daß Deserteure „immer draußen sind“. Ihr Protest ist zu persönlich, aber vielleicht auch deshalb besonders gefährlich.

Freilich, Ludwig Baumann kämpft mit der Bundesvereimigung der Opfer der NS-Militärjustiz weiter um Wiedergutmachung und rechtliche Anerkennung. Am Ende des Interviews wirft er die Ketten spontan von sich. Keine einstudierte Geste, keine Regieanweisung, nur typisch Ludwig Baumann.

Der Film „Kein Denkmal für Deserteure“ ist übrigens am 14. Februar, 23.30 Uhr auf SAT 1 zu sehen.



Ludwig Baumann mit den nicht-mittelalterlichen Ketten.



Die Kameraleute sind noch nicht zufrieden, Ludwig Baumann muß den Intercity nach Berlin wieder verlassen. Mehrmals probte der 72jährige Nordbremer gestern mittag das Einsteigen, bis die Szene im Kasten war.

Foto: Jochen Stoss

## Einst unerwünscht, heute Star

BBC dreht mit Baumann auf dem Bahnhof Film über Aussöhnung

**gru. So ändern sich die Zeiten: 1987 erteilte die Bundesbahn ihm Hausverbot, gestern stellte sie Ludwig Baumann einen schmucken Intercity zur Verfügung. Als Requisit für einen Film über Aussöhnung und Verbrüderung, den BBC gerade mit dem 72jährigen Vorsitzenden der „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“ in der Hauptrolle dreht.**

Der Nordbremer, der im Zweiten Weltkrieg desertiert und nach seiner Festnahme zunächst zum Tode verurteilt worden war, verteilte vor sechs Jahren auf dem Hauptbahnhof Informationsblätter an junge Rekruten und machte sie auf ihr Recht auf Wehrdienstverweigerung aufmerksam. Das mißfiel Offiziellen von Bundeswehr und Bundesbahn. Ludwig Baumann erhielt Hausverbot, das vom Oberverwaltungsgericht freilich schon wenig später wieder aufgehoben wurde.

Mittlerweile hat sich der Pazifist international einen Namen gemacht. Vor allem deshalb, weil er seit Jahren für die gesellschaftliche Rehabilitation und die materiel-

le Entschädigung der Opfer der nationalsozialistischen Militärjustiz und -psychiatrie kämpft. Im Oktober wurde er zum Vorsitzenden der „Bundesvereinigung“ gewählt, seit August bewilligt die Oberfinanzdirektion Köln ihm eine Entschädigung für Verfolgung, Folter und Inhaftierung.

BBC dreht zur Zeit in Bremen, Moskau und Edinburgh einen Film über die Erinnerungen und Erkenntnisse von drei Kriegsveteranen. Er soll am Volkstrauertag in Großbritannien ausgestrahlt werden. Ludwig Baumann trifft am Dienstag kommender Woche in Berlin auf die Hauptdarsteller aus Rußland und Schottland. Dann sind Aufnahmen und Interviews vor dem russischen und britischen Ehrenmal sowie an der Gedenkstätte Plötzensee vorgesehen.

Gestern aber mußte zunächst einmal die Abreise Baumanns nach Berlin im Intercity gefilmt werden. Dafür war der Zug früher als sonst auf Gleis 5 eingetroffen. Und damit die Aufnahmen nicht gestört wurden, stand auf der Informationstafel: „Bitte nicht einsteigen. Wird gereinigt.“



"Ehrenwerte Gesellschaft",  
Wehrmachtsdeserteure a.D.,

wo leben wir denn?! Dies ist doch nur in unserer Bananenrepublik möglich, daß eine Gesellschaft wie die Ihrige gegen die Bundeswehr Dienstaufsichtsbeschwerde erhebt, wie beigefügter Zeitungsausschnitt ausweist.

Wer hat sich denn in Ihrem Verein zusammengerottet? Wahrscheinlich nur solche Typen, die sich bei der ehem. Wehrmacht Straftaten wie

Desertation bzw. Fahnenflucht  
Feigheit vor dem Feind  
Befehlsverweigerung  
Wehrkraftzersetzung  
Kameradendiebstahl  
Plünderung  
Vergewaltigung von Frauen  
im besetzten Gebiet  
Schwulsein (A...f...rei)  
Sabotage  
Selbstverstümmelung  
Zusammenarbeit mit dem Feind  
u.ä. Taten

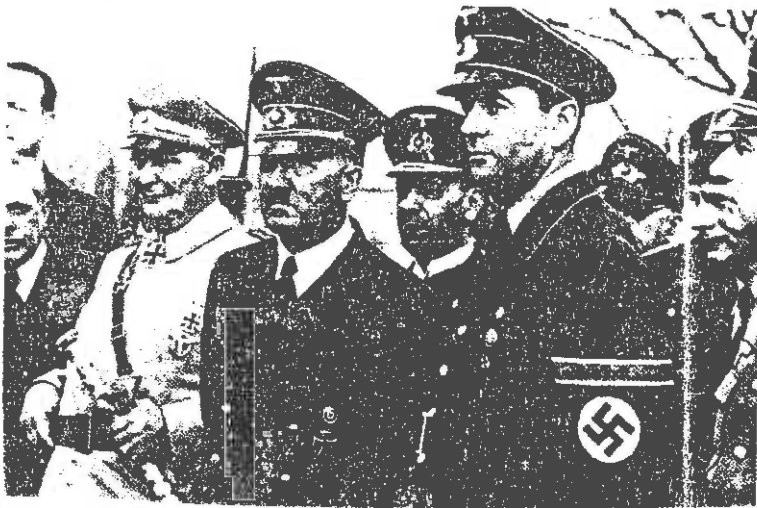
zuschulden kommen ließ<sup>en</sup>. Und nun spielt man den Widerstandskämpfer, läßt sich womöglich noch eine Entschädigung aus Steuermitteln zahlen, die Kriegsteilnehmer, welche bis zum Schluß anständig geblieben sind, mit ihren Steuern aufzubringen haben.

Die Wehrmachtsdeserteure a.D., wozu ja auch Ihr Ludwig Baumann aus Bremen gehört, müssen sich sagen lassen, daß in allen Armeen der Welt Desertation mit der Todesstrafe bedroht war und noch ist, wenn diese im Kriegseinsatz erfolgte. Da gab es doch nichtsanderes für solche Feiglinge, die ihre Kameraden im Stich ließen, um ihren Arsch in Sicherheit zu bringen. An die Wand damit oder Rüge ab war doch das einzig Richtige für solche Kreaturen ohne Charakter, Gewissen und Kameradschaft. Jeder Landser hatte den Wunsch, den Krieg lebend zu überstehen und Millionen von ihnen taten ihre Pflicht bis zum bitteren Ende. Sicherlich waren die wenigsten davon dem NS\_Regime verbunden. Sie blieben anständig bis zum letzten Tag in der Überzeugung, ihre Heimat verteidigen zu müssen.

Der Gipfel der Unverschämtheit ist, daß man den zurecht hingerichteten Deserteuren, sprich Kameradenverräter, noch Denkmäler setzt. Dies ist doch eine Verhöhnung der Opfer, die in Wahrung ihrer Ehre im Kriege ihr Leben verloren haben. Aber wie gesagt, in unserem jetzigen Deutschland ist alles möglich. Daher ein "Pfui" den Wehrmachtsdeserteuren a.D.!

**Alois Groëblehner**

**8000 München 2  
Thalkirchner Str. 25**



Unser Führer  
und Oberster Befehlshaber  
der DEUTSCHEN WEHRMACHT



Obersteutnant der  
DEUTSCHEN WEHRMACHT  
-Träger des Ritterkreuzes  
mit Eichenlaub und Schwertern-

(II. Gruppe/Jagd-  
geschwader 54)

**Reichsverteidigung**

M., im März 1994

Herr Baumann!

Eine andere Anrede ist mir nicht möglich.  
Der "deutschen Presse" habe ich entnommen, daß Sie  
als Fahnenflüchtiger bzw. Wehrkraftzersetzer bei  
einem Volkstrauertag auftreten durften.  
Nun, in dieser BRD (Besetztes Rest-Deutschland) ist  
nichts unmöglich.  
Seien Sie aber versichert, Volksschädling Baumann,  
daß Sie **für a l l e s** alsbald sich vor dem  
REICHSKRIEGSGERICHT in Berlin zu verantworten haben.  
Das DEUTSCHE REICH befindet sich noch immer im  
Kriegszustand, folglich gilt noch immer Kriegsrecht.  
Was Sie zu erwarten haben, ist klar.  
Nehmen Sie vorher Zyankali, dies erspart Ihnen  
Nerven und der alsbald wieder funktionierenden  
reichsrechtlichen Justiz und dem Herrn Reichs-  
Finanzminister etliche Reichsmark.

Stets dem deutschen Recht und der Wahrheit  
verpflichtet verbleibe ich getreu meinem Fahneneid  
mit den Worten: Es lebe das DEUTSCHE REICH!

Mit DEUTSCHEM GRUB

Kriegswehrmachtgefängnis  
Btlg. Wehrmacht

Bordeaux, den 29. April 1943

St.L. J X-272/42

134

100

N i e d e r s c h r i f t .

Es erscheint der Matr.Gefr. Ludwig B a u m a n n , Marine-Hafenkompanie Bordeaux, und erklärt:

"Die Gnadenentscheidung vom 20. August 1942 des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine ist mir heute bekanntgegeben worden."

Diese Niederschrift nebst Gnadenentscheid wurde vorgelesen und von dem Matr.Gefr. Ludwig Baumann wie folgt mitunterschrieben.-

*Ludwig Baumann*



*Kunz*  
Hauptmann u. Komp.Führer.-

Bremen 2008

Acht Monate lag ich in der Todeszelle,  
ohne von meiner Begnadigung zu 12 Jahren  
Zuchthaus zu wissen. Dabei wurde ich vom  
SD gefoltert, weil ich meine französischen  
Freunde und Fluchthelfer nicht verraten  
habe

Ludwig Baumann

Hamburg, den 7. Okt. 1942

*M. G. 87*

Gericht des Marinebereichs Westfrankreich Zweigstelle	
Eing.	1. OKT. 1942
B. Nr.	

An das  
Gericht des Marinebereichs  
Westfrankreich  
Zweigstelle, Royan  
Geschäftsstelle

Ally!  
An Herrn Hauptmann Baumann  
die am 17.9.42 mich  
mit Begnadigung auf  
12 Jahre  
in der Reichswehr für  
meine 4-jährige  
Militärzeit  
74/10.42

*per Post 11/10/42*

Betr.: Strafsache des Ludwig Baumann  
Ihr Schreiben vom 19.9.1942

Ich erlaube mir höflichst, mich auf Ihr obiges  
Schreiben zu beziehen. Da mein Sohn von seiner  
Begnadigung noch nichts weiß, kommen mir  
Zweifel, ob diese vielleicht inzwischen rückgängig  
gemacht worden ist.

Ich bitte Sie darum recht höflich um Mitteilung  
ob die von Herrn Großadmiral ausgesprochene  
Begnadigung auf 12 Jahre Zuchthaus noch in  
Kraft ist oder inzwischen geändert wurde.

*per Post 11/10/42*

Herrn Baumann  
Auf Ihr Schreiben vom 17.9.42 ist mir mitgeteilt, dass die Begnadigung  
auf 12 Jahre Zuchthaus zurückgeführt wurde, mit  
Wirkung vom 1.10.42.

7.10.42/42

# The Washington Post

SUNDAY, NOVEMBER 27, 1994

6

## Enduring Angst: How to Deal With Hitler's Army Deserters?



Ludwig Baumann, visiting eastern German town of Torgau where he was imprisoned, carries shackles of sort worn by deserters in World War II.

By Rick Atkinson  
Washington Post Foreign Service

BERLIN—More than half a century ago, Seaman Ludwig Baumann tried to run from the war he had grown to detest. He has been running ever since.

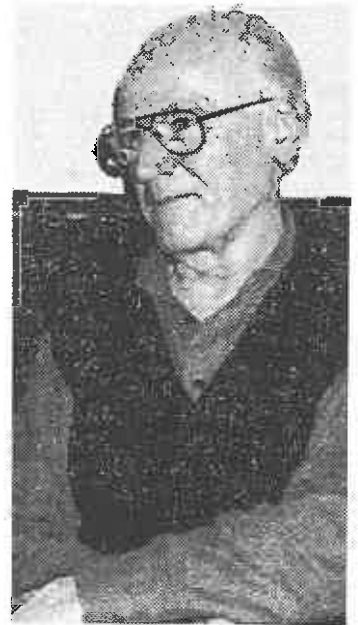
Arrested in civilian clothes on June 3, 1942, when he attempted to slip out of occupied France, the German sailor was court-martialed for desertion and condemned to execution by firing squad. Baumann's death sentence eventually was commuted to a long prison term and he spent the rest of World War II in a German penal camp before being liberated by Soviet troops.

Although Baumann survived Nazi justice, the war pursues him to this day: in the anonymous letters accusing him of cowardice; in the German legal system, which still considers him a convicted felon; in the recurrent nightmares of being led in shackles by his executioners.

Now 72 and living in Bremen, Baumann has devoted the final years of his life to battling what he—and a growing number of German historians and politicians—see as the unfair stigma attached to those who rejected Hitler's war by fleeing.

Of an estimated 22,500 German soldiers sentenced to death for desertion, approximately 15,000 were shot or guillotined. More than 5,000 others were condemned for "defeatism" or "subversion of national defense," offenses that included denouncing Adolf Hitler or decrying the war. Of those who escaped execution, all but a few hundred perished in prison or have died in the five decades since the war ended.

In an emotional debate that is part of a broader anguish over why so few Germans resisted Hitler's Third Reich, the Bonn Parliament failed to find common ground this fall in reevaluating the legal status



LUDWIG BAUMANN  
... at 72, still no pension

of deserters. Baumann and his supporters want a general annulment of sentences by Nazi military courts. They also want formal government recognition that such punishments were unjust because they were meted out by a corrupt, illicit judicial system.

The German Defense Ministry—and, thus far, a parliamentary majority—oppose any blanket amnesty. Pardons should be granted only after the review of individual cases, opponents contend, because many a deserter left his comrades in the lurch just to save his own skin. Moreover, exonerating those who fled suggests that "every soldier who had the courage to stick with it" made an illegitimate choice on behalf of Hitler's regime, as conservative politician Norbert Geis put it.

"It's a two-edged sword. If you have a general amnesty for deserters, you imply that those who did not desert were active collaborators, which is wrong," said Michael Wolffsohn, a political science professor in Munich. "And because this is a symbolic issue, it's a signal to the present rather than the past and might be seen as encouraging desertion today."

In its immediate impact, legal rehabilitation would have little ef-

See GERMANY, A40, Col. 1

# How to Judge Deserter From Hitler?

GERMANY, From A39

fect other than to compensate some surviving deserters for time they spent in Nazi prisons. But like so many questions of 20th-century German history, the issue has a transcendent power, beset with conflicting claims of justice and injustice, innocence and guilt, righteousness and iniquity.

Why, for example, should World War II deserters still be considered pariahs, while East German army deserters were welcomed with open arms by West Germany before the Berlin Wall fell in 1989? Why should an amnesty be extended to those who collaborated with the East German Stasi secret police—a proposal now gaining momentum—while those convicted of subverting the Third Reich remain tainted with felony convictions? Why should the army officers who ineptly attempted to assassinate Hitler with a bomb on July 20, 1944, now be lionized as heroes, while soldiers who refused to fight are considered slinkers?

There are no clear answers to these questions in Germany today, only opinions and more questions.

"A simple soldier was not in a position to plant a bomb against Hitler. Besides, deserters are not motivated by a desire to overthrow a regime. But desertion is a form of resistance for the simple soldier," said Norbert Haase, a military historian in Berlin and author of "German Deserters."

"Is it not legitimate to draw back from an unjust war of aggression?" Haase continued. "There are many different forms of opposition."

Those seeking a blanket pardon contend that reviewing cases individually is impractical because many

records were destroyed as the war drew to a close, either by the Allied bombing of army archives in Potsdam or by German military judges anxious to thwart war crimes investigators. Furthermore, those who were executed rarely have a strong advocate trying to clear their names today, while deserters still living tend to be old, feeble or disinclined to exhume the past.

Parliament long ago annulled sentences passed on civilian defendants by the infamous Nazi People's Court. But the enduring stature of court-martial convictions reflects both the continued influence of military judges—some of whom served in Germany's postwar judiciary—and the lingering myth that the army was apolitical during the Third Reich.

"There was an effort in postwar society that continues to this day to draw a distinction between the fatherland and National Socialism, as if there were two wars, one for Germany and one for the Nazis," said Manfred Messerschmidt, former director of the Military History Research Office in Freiburg. "The view has been simply that deserters deserted the fatherland and therefore they are criminals. . . . But in fact it was only one war."

Virtually all modern armies consider wartime desertion a serious offense but none has displayed the methodical vengeance of the Wehrmacht. According to Messerschmidt, only one U.S. deserter was executed in World War II and none in the British army. In World War I, the German army carried out 48 death sentences.

But German military justice in the Third Reich was animated by Hitler's dictum: "The soldier can die,

killed on the eastern front.

"We're mistaken if we believe we really know now what we were thinking so long ago," Baumann said in a recent interview. "I just know that when I saw those pictures I thought, 'You can't be a soldier any longer.' I wanted nothing more to do with all the death and violence. I just wanted to live."

With stolen pistols and a flashlight, Baumann and another sailor slipped out of Bordeaux at night in civilian clothes from a French friend. Intending to cross into Vichy France and work their way to the United States, the pair was immediately apprehended by guards at a border crossing. On June 30, 1942, a three-judge military tribunal sentenced both deserters to die "in the name of the German people."

Baumann's father pulled enough strings in the navy's high command to get the sentences commuted to 12 years in prison. Baumann spent the rest of the war in a military prison southwest of Berlin and in a "punishment battalion" used as cannon fodder in the last desperate battles against the Red Army.

For decades after 1945, Baumann tried to forget. He took over his father's tobacco trading firm in Hamburg, battled alcoholism and fathered six children. But the stain of having run away lingered through the decades. "We were considered cowards during the war," Baumann said, "and we were considered cowards after the war."

In 1990, he and three dozen other deserters united to form Victims of National Socialist Military Justice, an organization seeking exoneration for those who fled.

Their successes have been limited. A federal administrative court

decreed in 1991 that Nazi military judges practiced "terror justice" and that widows of soldiers executed for desertion are entitled to pensions. But federal rulings have fallen short of ordering that surviving deserters should be compensated.

Further concessions have been resisted by politically powerful German veterans' organizations and many active-duty officers; when Baumann rose to speak last year at a service honoring Germany's war dead, a Bundeswehr delegation turned its back on him in protest.

"When I see these thousands of war memorials all over the country, honoring the heroes who died for their fatherland," he said, "it seems to me that it's meant to veil the fact that they suffered miserable deaths in a criminal cause."

*Special correspondent Petra Kruschok contributed to this report.*

the deserter must die." As fortune turned against the Wehrmacht, with catastrophic defeats at Stalingrad, in North Africa and Normandy, desertion became epidemic despite draconian efforts to curb it.

"It's estimated that by the end of the war there were far more than 100,000 deserters," Haase said.

At least some who fled were clearly propelled by righteous, even heroic, impulses. Stefan Hampel, for example, burned his army uniform after witnessing the murder of Jews in Byelorussia and joined a Polish resistance group in Lithuania, according to Haase's research. Setting out for Switzerland to alert the International Committee of the Red Cross to the genocide in Eastern Europe, Hampel was arrested and condemned to death, but survived the war.

Countless others fell victim to drumhead courts-martial, which, irrespective of evidence or judicial due process, capriciously convicted those suspected of malingering. Hans von Luck, a highly decorated Wehrmacht colonel now living in Hamburg, recounted dispatching a sergeant to a rear motor pool in the last months of the war only to have the man accused of desertion by a roving judge advocate and summarily shot. Such "flagrant injustice," in von Luck's words, was not uncommon.

"Military justice was above all political justice serving to stabilize Nazi power and to prolong the war," Messerschmidt has written.

A more prosaic and perhaps more typical case was that of Baumann. Stationed in occupied Bordeaux with a German naval unit, the 20-year-old sailor was weary of military life and sickened by newsreels showing grotesquely frozen corpses of those



# Herald Tribune



INTERNATIONAL

PUBLISHED WITH THE NEW YORK TIMES AND THE WASHINGTON POST

## Third Reich Deserters Want Names Cleared

By Rick Atkinson  
*Washington Post Service*

BERLIN — More than a half-century ago, Seaman Ludwig Baumann tried to run from the war he had grown to detest. He has been running ever since.

Arrested in civilian clothes on June 3, 1942, when he tried to slip out of occupied France, the German sailor was court-martialed for desertion and condemned to execution by firing squad. Mr. Baumann's death sentence was eventually commuted to a long prison term, and he spent the rest of World War II in a German penal camp before being liberated by Soviet troops.

Although Mr. Baumann survived Nazi justice, the war pursues him to this day: in the anonymous letters accusing him of cowardice; in the German legal system, which still considers him a convicted felon; in the recurrent nightmares of being led in shackles by his executioners.

Now 72 and living in Bremen, Mr. Baumann has devoted the final years of his life to battling what he — and a growing number of German historians and politicians — see as the unfair stigma attached to those who rejected Hitler's war by fleeing.

## DESERTERS: Germans Want Their Names Cleared

Continued from Page 1

were meted out by a corrupt, illicit judicial system.

The German Defense Ministry — and, thus far, a parliamentary majority — oppose any blanket amnesty. Pardons should be granted only after the review of individual cases, opponents contend, because many a deserter left his comrades in the lurch just to save his own skin. Moreover, exonerating those who fled suggests that "every soldier who had the courage to stick with it" made an illegitimate choice on behalf of Hitler's regime, as the conservative politician Norbert Geis put it.

"It's a two-edged sword," said Michael Wolffsohn, a political science professor in Munich. "If you have a general amnesty for deserters, you imply that those who did not desert were active collaborators, which is wrong. And because this is a symbolic issue, it's a signal to the present rather than the past and might be seen as encouraging desertion today."

In its immediate impact, legal rehabilitation would have little effect other than to compensate some surviving deserters for time they spent in Nazi prisons. But like so many questions of 20th-century German history, the issue has a transcendent power, beset with conflicting claims of justice and injustice, innocence and guilt, righteousness and iniquity.

Why, for example, should World War II deserters still be considered pariahs, while East German Army deserters were welcomed with open arms by West Germany before the Berlin Wall fell in 1989?

Why should an amnesty be extended to those who collaborated with the East German Stasi secret police — a proposal now gaining momentum — while those convicted of subverting the Third Reich remain tainted with felony convictions? Why should the army officers who tried to assassinate Hitler with a bomb on July 20, 1944, now be lionized as heroes, while soldiers who refused to fight are considered shirkers?

There are no clear answers to these questions in Germany today, only opinions and more questions.

"A simple soldier was not in a position to plant a bomb against Hitler," said Norbert Haase, a military historian and author of "German Deserters." "Besides, deserters are not motivated by a desire to overthrow a regime. But desertion is a form of resistance for the simple soldier."

Those seeking a blanket pardon contend that reviewing cases individually is impractical because many records were destroyed as the war drew to a close, either by the Allied bombing of army archives in Potsdam or by German military judges anxious to thwart war crimes investigators.

Furthermore, those who were executed rarely have a strong advocate trying to clear their names today, while deserters still living tend to be old, feeble or disinclined to exhume the past.

Parliament long ago annulled sentences passed on civilian defendants by the infamous Nazi People's Court. But the enduring stature of court-martial convictions reflects both the continued influence of military judges, some of whom served in Germany's postwar judiciary, and the lingering myth that the army was apolitical during the Third Reich.

# DIE ZEIT



WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK · WIRTSCHAFT · HANDEL UND KULTUR

C 7451 C

Preis 4,00 DM

Den Wehrmachts-Deserteuren muß Recht widerfahren

## Die Schande tilgen

Von Hans Schueler

Der weiland FDP-Vorsitzende Erich Mende trug das vom Führer gestiftete Ritterkreuz bei Bonner Empfängen noch am Halse. Sein Parteifreund Burkhard Hirsch, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, will das verbliebene Häuflein der Liberalen jetzt auf eine Parlamentsinitiative einschwören, die rund 300 noch lebende Fahnenflüchtige und Kriegsdienstverweigerer der großdeutschen Wehrmacht fünfzig Jahre nach Kriegsende vom Makel der Strafwürdigkeit befreit. Dennoch kann man nicht sagen, daß sich die Zeiten inzwischen grundlegend geändert hätten. CDU und CSU halten nach wie vor an der Überzeugung fest, die Ehre aller „anständigen“ deutschen Soldaten werde befleckt, wenn diese Deserteure allesamt rehabilitiert würden.

Der Streit rührt an das Grundverständnis der Bundesrepublik und ihrer Millionen Bürger, die den NS-Staat als halbwegs Erwachsene oder gar als Soldaten in Hitlers Armee erlebt haben. Sie alle wissen längst, daß Hitler-Deutschland ein Unrechtsstaat war und daß der Diktator und seine Generäle Europa und die Sowjetunion unprovokiert mit mörderischen Angriffskriegen überfallen haben. Deutsche Soldaten haben in diesen Kriegen gekämpft und gelitten; viele von ihnen sind gefallen, und niemand hat ein Recht, heute noch darüber zu befinden, ob die Toten und die Überlebenden aus irreführender Überzeugung, aus tradiertem Pflichtbewußtsein oder unter bloßem Befehlszwang handelten.

Muß nicht der gleiche Verzicht auf Rechten und Richten auch für diejenigen gelten, die sich – aus welchem Grunde immer – dem Gehorsam gegenüber einem verbrecherischen Gewaltregime entzogen haben? Dazu zählten ohne Rang- und Reihenfolge Deserteure, erklärte Kriegsdienstverweigerer und „Wehrkraftzersetzer“. Das Verdikt über sie hat Adolf Hitler selbst gesprochen: „Der Soldat an der Front kann sterben, der Deserteur muß sterben.“ Dieses Verdikt gilt in den Strafregistern bis heute.

Der Oberst Stauffenberg und seine Mitverschwörer mußten ebenfalls sterben. Sie standen als Hochverräter im Gesinnungskatalog des NS-Regimes sogar noch tief unter den Deserteuren und Defätisten. Dennoch gab es unter Demokraten im Nachkriegsdeutschland keinen Zweifel daran, daß die Offiziere im Widerstand, die ja ihren Soldateneid auf den Oberbefehlshaber der Wehrmacht gebrochen hatten, ehrenvolle Männer waren. Gewiß, die ethische Motivation der Hochverräter des 20. Juli und ihr Opfertod sind von überwältigender Leuchtkraft. Aber verdienen nicht die kleinen „Ohne mich“-Muschkoten ein wenig Respekt allein wegen der Tatsache, daß auch sie „auf der richtigen Seite“ standen – ohne daß den anderen Soldaten ein Vorwurf daraus gemacht werden könnte, dort nicht gestanden zu haben? Sollen sie nicht wenigstens von der Schande des Vaterlandsverrates befreit werden?

Der NS-Staat, dies wird von vielen bis heute nicht wirklich wahrgenommen, ist in der Totalität seines Unrechts unteilbar. Das aber heißt: Adolf Hitler fehlte von Anfang an die Legitimation, Soldaten eidespflichtig zu machen, weil er ein Verbrecher und deshalb selbst nicht eidesfähig war. Daran krankt bis heute unheilbar auch jedes in seinem Herrschaftsbereich erlassene Militärgerichtsurteil. Die Massenhaftigkeit der schätzungsweise 50 000 Todes- und 100 000 Zuchthausurteile gegen Soldaten beweist nur, daß die deutsche Militärjustiz dem Terrorsystem nicht minder willfährig gedient hat als Roland Freisler und sein „Volksgerichtshof“. Ihm hat der Bundestag auch erst sehr spät, 1985, die Eigenschaft abgesprochen, überhaupt ein Gericht gewesen zu sein.

Für die wenigen noch lebenden Soldaten, denen bis heute der Strafmakel anhaftet und die im Gegensatz zu SS-Generälen oder der Freisler-Witwe keinen Pfennig Rente bekommen haben, könnte es bald zu spät sein. Der Bundeswehr droht durch die Rehabilitierung von Wehrmachtsdeserteuren kein Schaden. Ihr ist jeder Angriffskrieg von Verfassungen wegen verboten. Wollte die Bundesrepublik ihn führen, wäre die sofortige Desertion für jeden Staatsbürger in Uniform eine Dienstpflicht.



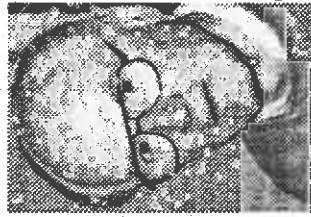
Frankf. Rundschau 9. Mai 95

# Deserteur und Kurdin mit Aachener Friedenspreis geehrt

## Baumann gründete „Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz“ / Abgeordnete Leyla Zana sitzt im Gefängnis

Von Anton-Andreas Guha

FRANKFURT A. M., 8. Mai. Der 1988 als Gegengewicht zum Karlspreis ins Leben gerufene Aachener Friedenspreis



wird in diesem Jahr dem Wehrmachtsdeserteur Ludvig Baumann sowie der von ihm gegründeten „Bundesvereinigung der

Opfer der NS-Militärjustiz“ und der früheren Abgeordneten der Kurdischen Demokratie-Partei, Leyla Zana (Bild: Leon Maresch), verliehen. Dies teilte der Vorsitzende des Aachener Friedenspreises, Pfarrer Albrecht Bausch, am 8. Mai mit, dem Tag, an dem die Namen der Preisträger bekanntgegeben werden. Die Verleihung findet am 2. September statt. In der Begründung für die Auswahl heißt es, beide Preisträger entsprächen dem Zweck des Friedenspreises. „Frauen, Männer und Gruppen zu würdigen, die auch von unten her gegen Militarismus, Rassismus und Faschismus gehandelt haben“.

Der heute 73jährige Baumann wurde 1942 in Frankreich unter anderem wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde dann in 12 Jahre Zuchthaus umgewandelt. Der Deserteur verbrachte den Krieg zunächst im KZ Esterwegen, dann im berüchtigten Strafataillon 500

an der Ostfront. Er kehrte als gebrochener Mann aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurück und wurde, nicht zuletzt wegen des auch nach 1945 noch gültigen Makels, ein Feigling zu sein, schwer alkoholkrank. Erst als seine Frau 1966 bei der Geburt des sechsten Kindes starb, „fiel“ er sich und begann, sich in der Umweitung und Friedensbewegung zu engagieren. Vor allem setzte er sich für die immer noch als Verräter diskreditierten Deserteure ein. 1990 gründet sich die „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e. V.“, deren Vorsitzender Baumann ist.

Von den etwa 3000 Wehrmachtsdeserteuren, die trotz Todesurteils nicht hingerichtet wurden, leben heute noch 200 bis 300. Die Bonner christlich-liberale Koalition verweigert ihnen die pauschale Aufhebung der Urteile als NS-Unrecht.

Die Kurdin Leyla Zana wurde im Dezember letzten Jahres zusammen mit sie-

ben weiteren Parlamentariern der Kurdischen Demokratie-Partei zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Bereits 1988 war sie, als sie sich für ihren zu elf Jahren Haft verurteilten Mann, dem Bürgermeister von Diyarbakir, einsetzte, verhaftet und gefoltert worden. „Die Foltern dauerten sieben Tage“, schrieb sie, darunter Vergewaltigungen und Elektroschocks.

Der Aachener Friedenspreis würdigt nicht nur Leyla Zanas Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung des kurdischen Volkes, sondern auch ihr Engagement für Rechtsstaatlichkeit in der ganzen Türkei. Bei ihrer Verurteilung rief sie den Richtern zu: „Wir haben uns im Parlament für Brüderlichkeit, Demokratie sowie Frieden eingesetzt und ein Ende des Blutvergießens gefordert. Wenn dies ein Verbrechen ist, habe ich ein Verbrechen begangen und werde es auch weiterhin begehen.“

# PRESSEDIENST

**CDU/CSU**

Fraktion im Deutschen Bundestag

## Geis: Kein Persilschein für Deserteure

Zur Diskussion über die Rehabilitierung von Deserteuren der Wehrmacht erklärt der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis, MdB:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird in keinem Fall Bestrebungen nachgeben, den Deserteuren der Wehrmacht von vornherein einen Persilschein auszustellen. Es gibt genug Fälle, in denen Fahnenflüchtige sich in höchst verwerflicher und krimineller Art von der Truppe entfernt haben. Solchen Tätern kann auch nach 50 Jahren nicht ein strafrechtlicher Vorwurf erspart bleiben. Deshalb bleiben wir bei der Einzelfallprüfung. Wir würden sonst denjenigen Richtern in der Militärjustiz Unrecht tun, die mit großem Mut dem Druck von Partei und Gestapo widerstanden und sich um ein unabhängiges richterliches Urteil bemüht haben. Es kann nicht sein, daß nach 50 Jahren uns gelingt, was Hitler nicht gelungen ist, nämlich die ganze Militärjustiz zum Terrorinstrument der Nazis zu machen.

Wir werden uns auch nicht dafür hergeben, all denen neues Unrecht zuzufügen, die in den vergangenen 50 Jahren von Stasi, Wolf und Co. in die Naziflecke gestellt worden sind. Dies gilt insbesondere für Hans Filbinger.

Schon 1981 stellte Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl fest:

'Die Verleumdungskampagne gegen Hans Filbinger ist in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ohne Beispiel. Wir alle sollten bereit sein, aus den bitteren Erfahrungen dieses Kesseltreibens zu lernen ...'

Auch der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Gebhard Müller sagt: 'Es ist Hans Filbinger furchtbares, nicht wieder gut zu machendes Unrecht geschehen.'

Eine pauschale Kennzeichnung der Militärjustiz in der Zeit des Nationalsozialismus als Terrorinstrument des NS-Staates wäre ebenso falsch, wie eine Beschönigung der zahlreichen damals ergangenen Unrechtsurteile. Soweit das Bundessozialgericht seit 1991 von einer Unrechtsvermutung hinsichtlich von Todesurteilen durch die Militärjustiz ausgeht, wollen wir daran nichts ändern. Eine Prüfung des Einzelfalls muß jedoch möglich bleiben, damit nicht neues Unrecht geschaffen wird.

# Fahnenflucht/ Der grösste Justizmord in der Geschichte

Die Nazis haben 15 000 Deserteure hingerichtet. Die Überlebenden kämpfen noch heute um ihr Recht.

Und wieder durchführte Ludwig Baumann jener ewiggleiche Alptraum. Es war die Nacht zum 3. März dieses Jahres. Tags zuvor hatte Deserteur Baumann vom Urteil über den Kriegsverbrecher Wolfgang Lehnick-Emden erfahren: «Im Namen des Volkes», sprach das höchste deutsche Gericht, «nicht schuldig». So blieb der ehemalige Wehrmachtstunant Wolfgang Lehnick-Emden weiterhin ein freier Mann, weil zu lange her ist, was er verbrochen hat: die Ermordung von fünfzehn Frauen und Kindern im süditalienischen Calizzo. Ein rasches Gemetzel auf dem Rückzug am 13. Oktober 1943, aktenkundig und verjährt.

Ludwig Baumann ist im Zweiten Weltkrieg desertiert. Sein Verbrechen war die Flucht vor dem Hakenkreuz. Für diese Tat gewährt auch das demokratische Deutschland noch immer keine Verjährung. Die Deserteure blieben vorbestraft.

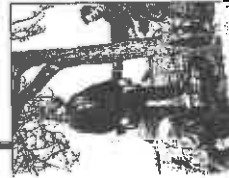
In einer ruhigen Juninacht des Jahres 1942, die Front liegt weit im Osten, entfernten sich der Matr. Gefr. Baumann, Ludwig, Jahrgang 22, und der Matr. Gefr. Oldenburg, Kurt, Jahrgang 20, un-erlaubt von ihrer Truppe, einer Hafenkompagnie in Bordeaux. Die beiden sind keine Staufenberg, sondern sie wollen, wie Baumann heute sagt, «bloss keine Soldaten mehr sein, keine Leute umbringen – wir wollen ganz einfach leben.» Die Flucht, die nach Amerika führen soll, endet am nächsten Morgen an der Grenze zum unbesetzten Frankreich. Die Deserteure hätten schiessen können, doch sie tun es nicht, lassen sich widerstandslos von einer Grenzpatrouille verhaften.

Tag später sieht das Feldurteil des Marinebefehlshabers Westfrankreich fest: Tod durch Erschiessen. Baumann jedoch in Hamburg, hat einen Freund, und der kennt einen einflussreichen Freund in Berlin, beim Oberkommando der Kriegsmarine. So wird das Todesurteil, man ist ja in Siegerlaute, gnädigst in zwölf Jahre Zuchthaus umgewandelt. Doch ehe er dorthin darf, muss er als Kanonenfütterer an die Ostfront, Sträfbatalion 500. Sollen doch die Russen den letzten Schuss für dieses fetze Schwein spendieren.

**Ludwig Baumann**, eine kleine Zusatzsache, erfährt acht Monate lang nichts von seiner sogenannten Begnadigung. Deserteur Baumann, im Ansehen des Reichs auf der Stufe von Juden und Bolschewiken, liegt im Konzentrationslager Esterwegen in Keiten. Jeden Morgen, wenn die Wache kommt, glaubt Baumann, es sei seit letzter gewesen.

**«Ich kann nur bedauern, dass Sie nicht erschossen oder geköpft wurden.»**

Anonymer Brief an Ludwig Baumann



**DESERTIERER:** Zwei US-Soldaten begnien bei Schweifert die Leiche eines Landsers, der von der SS zusammen mit zehn Kameraden gefolgt wurde.

Ein friedliches Leben hat Lehnick-Emden nach dem Krieg geführt, wechselte von den Brautern zu den Sozis, wurde Karnevalpräsident und Herr Gemeinderat, unbeschollener Bürger dieses Staates mit Anspruch auf die Rente. Was ist das für ein Staat, dachte Ludwig Baumann, der nur Gnade mit den Mördern kennt? Was für ein Staat, für den noch heute Recht ist, was Hitlers Richtern billig war? Was für ein Staat, der noch heute jene straft, die damals nicht mehr morden wollten? «Ich verzweifle an diesem Staat. Ohne Würde kann der Mensch nicht leben.»



KONZERT FÜR FÜNF DESERTEURE: Die katholische Harmonie von Waldkirch spielt auf.



GEDENKFEIER: Deserteur Ludwig Baumann (grosstes Bild) mit Trauergästen auf dem Friedhof von Waldkirch in der Nähe von Freiburg i. Br. Vor 50 Jahren erschoss hier die Wehrmacht fünf Fahnenflüchtige.

Jahre alt. Er sieht zwischen den Gräberreihen auf dem Friedhof von Waldkirch, einer kleinen Gemeinde in der Nähe von Freiburg im Breisgau. Eine örtliche Initiativegruppe, die den Wehrmachtsdeserteuren zu später Rehabilitation verhelfen will, hat ihn eingeladen. Ein Kommando der Wehrmacht erschoss hier vor 50 Jahren, am 10. April 1945 und zehn Tage vor dem Einmarsch der Franzosen, fünf Deserteure. Eine letzte Abschreckung für jene, die am Endsieg zweifelten.

Der Bürgermeister, SPD, hält eine Rede, der Pfarrer auch, die katholische Harmonie bläst zu Ehren der toten «Kameradenschweine». Baumanns Blick fällt auf die geschmückten Gräber der Deserteure. Dieser Alptraum, sein ganzes Leben ist er ihm nicht losgeworden: dass er von selber Begnadigung erfährt, die Wache ihm am nächsten Morgen aus der Zelle holt – und an die Wand stellt. Von den 100 000 Fahnenflüchtigen, Deserteuren und sogenannten Wehr-

kraftsetzern zwischen 1939 und 1945 hat die Militärjustiz der Nazis rund 30 000 zum Tod verurteilt, 20 000 wurden hingerichtet, allein 15 000 wegen Desertion. Des Führers Worte waren den Richtern Paragrafen genug. So hatte Adolf Hitler in «Mein Kampf» geschrieben: «Der Soldat an der Front kann sterben, der Deserteur muss sterben.» Und im Felde ging der Satz durch die Reihen: «Wer den Tod in Ehren fürchtet, stirbt in Schande.»

Ludwig Baumann nennt diese 20000 Toten «den grössten juristischen Massenmord in der deutschen Geschichte». Die Arbeit der Wehrmachtsgerichte war sogar gründlicher als jene des Volksgerichtshofes und seines Präsidenten Freisler. Der brachte «mir» gut 5000 Menschen an den Galgen.

Deserteur Baumann überlebt den Krieg, doch im Kopf ist er verwüest. In den nächsten Jahren säuft er sich zu einer Ruine. Er übernachtet im Hinterzimmer seiner Stammkneipe, verpasst, mit ein paar anderen Kriegsverstümmelten, das ganze Vermögen seines Vaters in Hamburg. Wo immer er hinkommt, gilt er als Kameradenschwein, als feiger Hund. Das hört er so lange, bis er es selber glaubt. Tagsüber der Suif, nachts hört er seine Ketten schleppern. In Bremen schliesslich lernt er seine Frau kennen. Doch die Ehe geht am Schnaps kaputt. Seine Frau überlebt die Geburt ihres sechsten Kindes nicht.

Ludwig Baumann sucht Arbeit im öffentlichen Dienst, doch einen wie ihn nimmt der Staat nicht. Derweil machen andere Karriere in diesem Staat, kleinere und grössere. Hans Karl Filbinger zum Beispiel wird Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Als Marinereicher schleichte Filbinger noch Monate vor Kriegsende «Wehrkraftzersetzer» wie Baumann in den Tod. Erst 1978, nach 30 Jahren in Amt und Würde, musste Filbinger unter Druck der Presse von seinem hohen Posten weichen. Ehrenmitglied der CDU ist er bis heute geblieben.

**Der Tod seiner Frau**, 1966, bringt Baumann auf die Füsse und weg von der Flasche. Er muss für die Kinder sorgen. Und langsam kann er Kontakt knüpfen zu einer anderen Generation von Deutschen, für die Kadavergehorsam nicht die höchste aller Tugenden ist. Unter Achtundsechzigern mutiert einer wie Ludwig Baumann fast zum Helden wider Willen. Ansonsten jedoch werden die Deserteure weitgehend mit Verachtung gestraft – bis auf jene, die beim Feind abhauen, aus der DDR. Diese Deserteure sind politisch nützlich.

Erst Mitte der achtziger Jahre jedoch, als die deutsche Friedensbewegung gegen neue Nato-Raketen ihren grossen Frühling erlebt, wagt sich Baumann erstmals aus seiner Ächtung heraus halbwegs in die Öffentlichkeit. Die Dienstverweigerer und Drittweltaktivisten machen ihm Mut, dazu zu stehen, was er 40 Jahre lang verschwiegen, so gut er konnte.

Nach dem Fall der Mauer vertraut sich Ludwig Baumann endgültig in die Öffensive. Mit 37 andern alten, gebrochene

Männern gründet er im Oktober 1990 die «Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz», deren Vorsitzender er ist. Seither hat er mehr als hundert Briefe erhalten, zumeist anonyme, zum Beispiel aus Nürnberg: «Ich kann nur bedauern, dass Sie nicht erschossen oder geköpft wurden. In meinen Augen sind Sie und die anderen Deserteure elende, verachtenswerte Lumpen und Banditen und Mörder an ihren im Stich gelassenen Kameraden.»

Baumann kämpft zäh um sein letztes Lebensziel, Brief um Brief schickt er an die Poliker in Bonn, damit diese sich des Themas endlich annehmen. Doch er hat die Macht einer potentiellen Lobby gegen sich, an vorderster Front den Ring Deutscher Soldatenverbände. Dieser vertritt 430000 Soldaten und nicht, wie Baumann, knapp 300 noch lebende Deserteure. Generalmajor a.D. Jürgen Schreiber, Präsident des Soldatenrings, läuft gegen jede Bemühung Sturm, dem «Typ des Deserteurs» selbst die minimalste Anerkennung zuzusprechen. Denn für ihn wie für die Bonner Regierungsparteien ist eines klar und entscheidend: Die Rehabilitierung der Deserteure wäre eine Anklage gegen die Wehrmacht, gegen die ganze männliche Kriegsgeneration. Wie stand es denn, so hiesse die zwingende Frage, um Pflicht und Gehorsam jener Millionen, die schossen bis zur letzten Stunde?

Einer wie er, weiss Ludwig Baumann, negt am Mythos der Wehrmacht als Opfer. Der deutsche Soldat, so geht die Wahrheit wohl einer Mehrheit im Land, war treu, tapfer, ein aufrechter Kämpfer. Und er würde von den Nazis missbraucht. Ein falscher Mythos, wie immer mehr Historiker beweisen (siehe Kasten Seite 65).

Auch Jürgen Schreiber stand im Dienst, damals. Als Unteroffizier sollte er im Februar 1945 zum Piloten ausgebildet werden. Doch weil die Luftwaffe kaum noch existierte, kommandierte Berlin diese Unteroffiziere mehr und mehr an die Front. Also schrieb Jürgen Schreiber am 18. Februar 1945 seinem einflussreichen Vater, dem Generalleutnant Kurt Franz Schreiber am Reichskriegsgericht, in der Hoffnung, dessen Wort an nicht-gehorchten Ort werde ihn vor der Kommandierung an die Front beschützen: «Lieber

...



**«An die Wand damit oder Rube ab war doch das einzig Richtige für solche Feiglinge, die ihre Kameraden im Stich liessen.»**  
Anonymer Brief an Ludwig Baumann



**GRAUSAMES SPIEL: Monatslang liessen die Nazis den Toteskandidaten Baumann über seine Begnadigung im Ungewissen.**

Pappi (...) Von den meisten (auch vorgeschützt) wird mit dem 1. März die Veretzung zur Infanterie angewiesen. Wenn Du auf Grund meiner letzten Briefe nichts unternommen hast, dürfte es jetzt zu spät sein. Dennoch schreibe ich Dir 2 weitere Stellen, die Einfluss auf unsere Ausbildung haben. (...) Mit Gruss und Kuss, Dein Jürgen.»

**Der nächste Brief** am Tag darauf: «Lieber Pappi (...) Nimm bitte die Angelegenheit noch einmal energisch in die Hand, ehe es vielleicht doch zu spät ist.»

Ludwig Baumann, von einem deutschen Militärlieutenant mit diesen Briefen aus einem Prager Archiv versorgt, meint hierzu lakonisch: «Vermünftigerweise wollte sicher fast keiner mehr an die Front. Nur hatten die anderen Soldaten keinen Generalleutnant zum Vater, der da mit seinen Beziehungen nachhelfen konnte. Wenn Generalmajor Schreiber nicht so unbeherrschbar wäre, könnte er sich gut bei uns «Wehrmachtsrückbegegnung» einbringen.»

Baumann macht weiter, findet langsam breitere Unterstützung und erlebt am 11. September 1991 den bislang schönsten Tag in seinem verfilmten Nachkriegsleben: Das Bundessozialgericht



**«Nehmen Sie vorher Zyankali, das erspart Ihnen Nerven und dem Herrn Reichsfinanzminister etliche Reichsmark.»**

Brief von Alois Groebhaller, Oberfeldwebel der Luftwaffe, an Ludwig Baumann (März 1994)

spricht den Hinterbliebenen der Opfer der NS-Militärjustiz ein Recht auf Entschädigung zu. Das Urteil aber ändert wenig am politischen Unwillen zur Rehabilitierung. Und noch immer wird den Deserteuren die Rente um jene Zeit gekürzt, die sie nicht mehr unter der Nazi-Fahne stand. Wer hingegen als SS-Mann sein Werk bis zum grausigen Ende vollbracht, hat vollen Anspruch auf das Altersgeld des Staates.

Wieder Post an Baumann, Spätherbst 1991. Der achtzigste oder der neunzigste Brief? «An die Wand damit oder Rube ab war doch das einzig Richtige für solche Feiglinge, die ihre Kameraden im Stich liessen, um ihren Arsch zu retten. (...) Sichtlich waren die wenigsten Landsler mit dem NS-Regime verbunden. Sie blieben anständig bis zum letzten Tag.»

März 1993, Ludwig Baumann erfährt, dass 128 ehemalige lettische Legionäre der Waffen-SS bis zum heutigen Tag Geld aus Deutschland erhalten, völlig legal gemäss Bundesversorgungsgesetz. Und Baumann weiss, dass die Witwe des blutigsten aller braunen Richter, Freisler, eine hübsche Zusatzrente für die treu geleisteten Staatsdienste kassiert. Den überlebenden Deserteuren hingegen, den je der Tag von der Rente abgezogen, wird sie nicht treu mitmarschiert sind.

**Angst vor dem Tod** hat Ludwig Baumann nur noch in seinen Träumen. Gleichwohl muss er sich an den Gedanken gewöhnen, dass der Tod schneller sein könnte als die Politik. Von den 37 Gründungsmitgliedern seiner Vereinigung musste bereits die Hälfte mit der alten Schande ins Grab.

Derweil ringen sie im Bundestag um jedes Wort über die geforderte Würdigung, rechtlich und moralisch, sofort und für alle. CDU und CSU fühlen sich als Repräsentanten des anständigen deutschen Soldaten. Ihr äusserstes Angebot ist die Prüfung jedes Falles. Eine Generalrehabilitierung liegt jenseits des Denkbaren für den Kanzler und seine Koalition. Der Deserteur selber hätte nachzuweisen, dass er aus ehrenhaften Gründen abgetaucht war. Doch bis die alten Männer ihre Akten gefunden hätten, sagt Baumann, «wären wir alle längstens tot.»

Demnächst wird Ludwig Baumann wieder am Bahnhof in seinem Wohnort Bremen stehen, wenn die jungen Männer zum ersten Dienst in der Bundeswehr einrücken. Er wird ihnen sagen, was ihm als eigenes, kleines Vermächtnis gilt: «Wir könnten aus der Geschichte lernen. Die Soldaten wurden immer dazu missbraucht, alles zu zerstören, das fremde Land, das eigene Land und sich selber. Und nie konnte einer hinterher sagen, was der, den er tötete, ihm denn getan hatte.»

MARTIN BEGLINGER

**Wie Soldaten zu Mördern wurden**

Mythos Wehrmacht

50 Jahre hat sie sich mehr oder weniger gehalten, die Legende vom anständigen Soldaten, der seine Pflicht tat, ohne sich dabei die Hände schmutzig zu machen. Die Wehrmacht – von Hitler und den Nazis missbraucht, das war die Lebenslüge einer ganzen Kriegsgeneration. Nun zerzaust eine Ausstellung in Berlin diesen Mythos. Eine Gruppe von Wissenschaftlern um den Hamburger Militärlieutenant Hannes Heer weist mit einer eindrücklichen Fülle von Dokumenten nach, wie Soldaten zu Mördern wurden.

Literatur: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.), «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht. Verlag Hamburger Edition, 68 DM. Die Ausstellung ist vom 8. Mai bis zum 16. Juni in Berlin zu sehen (Humboldt-Universität, anschliessend in Potsdam, Stuttgart und Wien).

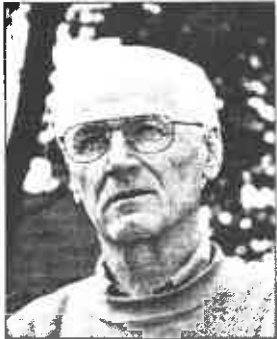
# Kameradenschwein sagt heute kaum noch einer

Zwar wächst der Zuspruch für die ehemaligen Wehrmachtsdeserteure, doch rehabilitiert sind sie immer noch nicht

Von Theo Berger

Ludwig Baumann genießt es, endlich einmal Ruhe zu haben. Der 73jährige sitzt auf dem Sofa in seinem kleinen Wohnzimmer in Bremen, die Füße auf dem Couchtisch, und schaut durch das Fenster in die Ferne. Es ist nur eine kleine Verschnaufpause, dann wird es ihn wieder weitertreiben, zu Podiumsdiskussionen und Pressekonferenzen, in die Büros der Bonner Abgeordneten und in Schulen. Der schmächtige Mann ist in den letzten vier Jahren ständig unterwegs gewesen. Erst vor kurzem hat er in Baden-Württemberg in 12 Tagen 27 Veranstaltungen bestritten.

Was den gelehrten Maurer nicht zur Ruhe kommen läßt, ist der Kampf um die Rehabilitierung der Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg von der Wehrmacht desertiert sind. 100 000 Zuchthausstrafen und 30 000 Todesurteile verhängten die NS-Richter gegen Kriegsdienstverweigerer, Fahnenflüchtige und sogenannte „Wehrkraftzersetzer“. Über 20 000 Todesurteile wurden vollstreckt,



Opfer der NS-Justiz: Ludwig Baumann aus Bremen. Foto: Stroscher

überlebt haben das Grauen der Verfolgung in den KZ, Straflagern und Strafbataillonen nur wenige tausend. Heute leben noch etwa 300 der Wehrmachtsdeserteure – alle ohne Anspruch auf Entschädigung, alle immer noch vorbestraft. Das Verbrechen, nicht mehr für das Hakenkreuz kämpfen zu wollen, hat auch Ludwig Baumann begangen.

Im Juni 1942 verlassen die Matrosengefreiten Ludwig Baumann und Kurt Oldenburg ihre Hafenskompanie in Bordeaux. Ihr Ziel: über Marokko nach Amerika. Doch ihre Flucht ist bereits an der nahegelegenen Grenze zum unbesetzten Teil Frankreichs beendet. Dort laufen sie einer deutschen Zollstreife in die Arme. Von den entscherten Pistolen, die beide in ihren Taschen tragen, machen sie keinen Gebrauch. „Wir haben es einfach nicht gekonnt“, sagt Baumann.

## Todesurteil

Des Führers Weisung „Der Soldat an der Front kann sterben, der Deserteur muß sterben“ leitet das Feldkriegsgericht schnell Folge: Ludwig Baumann wird „wegen Fahnenflucht im Felde zum Tode und zu insgesamt 1 Jahr und 2 Monaten Gefängnis“ verurteilt. Baumann jedoch hat Glück. Sein Vater, ein Tabakgroßhändler, hat einen Freund, der den Oberkommandierenden der Kriegsmarine kennt. Baumanns Urteil wird nach sieben Wochen in zwölf Jahre Zuchthaus umgewandelt. Als kleine Rache wird dem Verurteilten die Um-

wandlung des Urteils jedoch erst acht Monate später mitgeteilt.

Tag und Nacht ist Baumann im Wehrmachtsgefängnis Bordeaux an Händen und Füßen gefesselt. Jeden Morgen beim Wachwechsel der Gedanke: Jetzt ist es soweit, jetzt holen sie dich raus. Einmal muß Baumann zuschauen, wie 90 spanische Geiseln im Hof erschossen werden. „Erst von diesem Moment an habe ich wirklich angefangen, politisch zu denken“, sagt Baumann, „habe Krieg und Faschismus gehaßt.“

Nach einer Zwischenstation im Wehrmachts-KZ Torgau wird Baumann im August 1944 mit dem Strafbataillon 500 an die Ostfront geschickt. Sein Freund Kurt Oldenburg stirbt dort – das Strafbataillon als nachträgliche Vollstreckung des Todesurteils. Baumann übersteht den Krieg als Verwundeter im Lazarett.

Das Ende des Krieges erlebt Baumann als „Traum der Freiheit“. Ein Traum, der nicht lange hält. Zum einen, weil er von den Alpträumen verdrängt wird, die ihn Nacht für Nacht heimsuchen. Zum anderen, weil einer, der nicht mitgemacht hat, die kollektive Verdrängung stört. Baumann wird als „Kameradenschwein“, „Vaterlandsverräter“ und „Feigling“ beschimpft. Er erhält Morddrohungen. „Wenn alle dich für einen Feigling halten, dann glaubst du es irgendwann selbst“, erzählt Baumann. Er verfällt dem Alkohol, vertrinkt den Besitz seines inzwischen verstorbenen Vaters.

## Erinnerung gestrichen

In Bremen lernt er seine Frau kennen. Es kommen die Kinder, „die nicht kommen sollten“. Baumann ist am Ende. Erst als seine Frau bei der Geburt des sechsten Kindes stirbt, kommt der inzwischen 45jährige wieder auf die Füße, lernt Verantwortung für sich und seine Familie zu übernehmen.

Es dauert Jahrzehnte, bis ihm klar wird, daß seine Desertion kein Verrat war, sondern etwas, auf das er stolz sein kann. Wie sehr auch er sich vor der Vergangenheit geflüchtet hat, merkt er erst, als er Einsicht in seine Wehrmachtsakte erhält: Sechs der zehn Monate in der Todeszelle hat Baumann verdrängt, einfach aus der Erinnerung gestrichen. Auf die Frage, warum er desertiert ist, findet Baumann nur schwer eine Antwort: „Ich kann über meine Gefühle von damals nicht reden, weil ich sie nicht weiß“, sagt er. Und: „Ich weiß nur, daß ich dies alles nicht mitmachen wollte, daß ich kein Soldat, sondern frei sein wollte. Ich wollte andere Menschen nicht umbringen und selbst einfach leben.“

1990 gründet Baumann mit 36 anderen alten Männern die „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“. „Fast alle von uns waren arm gelieben, keiner hatte nach dem Krieg Anschluß an die Gesellschaft gefunden“, erzählt Baumann. „Wir hatten ja auch nie jemanden, der zu uns stand, waren immer allein.“ Und so geht es ihnen heute zwar schon um eine Entschädigung für das erlittene Unrecht, in erster Linie aber um Rehabilitierung und späte Würde.

Baumann wird Vorsitzender des Vereins. Da seine Mitstreiter meist schon zu krank sind, macht er den Großteil der Arbeit allein. Und rückt damit ins Visier der Unbeliebten. In Briefen wird der alte Mann beschimpft und bedroht. „An die Wand damit oder Rube ab war doch das einzig Richtige für solche Kreaturen ohne Charakter, Gewissen und Ka-



Soldaten, die desertierten, kamen vor Standgerichte oder wurden von der SS aufgeknüpft. Foto: Berliner Zeitung

meradschaft“, schreibt ihm ein Anonymus. Beeindrucken läßt sich Baumann von solchen Briefen nicht. Hoffnung macht ihm, daß gerade in letzter Zeit der Zuspruch für ihn und seine Bundesvereinigung zunimmt.

## Einzelprüfung abgelehnt

Eine politische Entscheidung, die die Opfer der NS-Militärjustiz rehabilitiert, läßt dennoch auf sich warten. Erst im April scheiterte wieder eine generelle Regelung im Rechtsausschuß des Bundestages. Für Baumann ist klar warum: „Wir sind ein Politikum. Wenn wir entschädigt werden, sind wir eine Anklage an die

gesamte männliche Kriegsgeneration. Da wollen die einfach nicht über ihren Schatten springen.“ Mit „die“ meint Baumann die Politiker der CDU und CSU. Die vorgeschlagene Einzelfallprüfung aus den Reihen der Union lehnen die Betroffenen ab. „Ohne den Satz, alle Urteile sind Unrecht“, sind wir nicht rehabilitiert“, sagt Baumann. „Keiner hat sich je fragen lassen müssen, warum er damals mitgemacht hat“, schimpft er. „Aber wir sollen jetzt unser Gewissen prüfen lassen, damit wir entschädigt werden.“ Lieber wolle seine Vereinigung scheitern, als einen „verwässerten“ Kompromiß einzugehen. „Und außerdem“, sagt Bau-

mann, „werden wir eine Einzelfall- und Gewissensprüfung gar nicht überleben.“

Von Juli bis September, wenn in Bonn Sommerpause ist, will auch Baumann ein bißchen zur Ruhe kommen. Lesen, radfahren, sich um seine Enkelkinder kümmern. Danach wird er wieder auf Tour gehen, um über den „größten Justizmord in der Geschichte“ aufzuklären und für die Belange der Opfer zu streiten. Resigniert hat Baumann nicht. Nur manchmal – wenn er wieder besonders viele Veranstaltungen hinter sich gebracht hat – liegt er abends im Bett mit dem Gefühl, mit seinem Leben auf den Markt zu gehen.



# Der alte Ungeist ist noch munter

Bonner Anhörung über Rehabilitierung von Wehrmachts-Deserteuren gerät zur Gespensterdebatte

Von unserem Redaktionsmitglied Gunther Hartwig, Bonn

Ludwig Baumann war der Verzweiflung nahe. Seit über 50 Jahren kämpft der Mann, der im Zweiten Weltkrieg von einem Wehrmattersgericht wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt wurde und nur durch ein Wunder der Vollstreckung entging, um seine Re-

Auch die Grünen-Abgeordnete Christa Nickels empörte sich über den früheren Wehrmattersrichter Otfried Keller: "Unglaublich, der rechtfertigt Nazi-Urteile." Der Ausschuß-Vorsitzende Horst Eymann (CDU) bemüht sich, die Wogen zu glätten, obwohl er Verständnis dafür zeigte, daß von Baumann und anderen Betroffenen im Saal angesichts der Äußerungen Kellers eine Menge "Selbstbeherrschung" verlangt wurde.

Eymann hatte gehaut, daß er eine emotionsgeladene Sitzung zu leiten haben würde. Schließlich waren von der Union neben Otfried Keller weitere Gutachter zu dem Hearing geladen worden, die einer Wiedergutmachung von Unrechtmindesst sikeptisch gegenüberstehen. Dies hatte auch in der Union zum Landgerichtspräsidenten in Hessen gebracht hat, wollte von einer pauschalen Rehabilitierung von Kriegsdienstverweigerern, Deserteuren und "Wehrkraftzersetzer" nichts wissen, weil es nach seiner Ansicht bei der "Wehrmachtsrechtspflege" juristisch nichts zu beanstanden gegeben habe: "So waren jedenfalls die Bestimmungen des Gesetzes." Auch der ehemalige Bundeswehrgeneralmajor Jürgen Schreiber bestand darauf, daß "jeder Rekrut zu jeder Zeit lernt, daß ein Entfernen von der Truppe strafbar und schändlich ist". Im übrigen, so belehrte der Präsident des "Rings Deutscher

habilitierung. Nun aber saß der Vorsitzende der Vereinigung "Opfer der NS-Justiz" als Sachverständiger bei einer Anhörung im Rechtsausschuß des Bundestages und mußte ertragen, daß ein ehemaliger Heeresrichter von damals die Verfahren vor Hit-

weigerung, Fahnenflucht oder "Wehrkraftzersetzung" wurden gefällt, 22 000 davon vollstreckt. Über 100 000 Verurteilte landeten in Zuchthäusern und Konzentrationslagern.

Seit Jahrzehnten hoffen die Opfer der NS-Militärjustiz darauf, daß der Bundestag die Urteile von damals für unwirksam oder nichtig erklärt. Die noch 300 Überlebenden - von einmal 4000 - verprechen sich von einer parlamentarischen Initiative, daß ihnen der Makel der "Drückeberger", "Feiglinge" oder "Kameradenverräter" (so der gleichgeschaltete Tenor der Urteile) endlich genommen wird.

Das Bundessozialgericht (BSG) hat längst bestimmt, daß alle Opfer der NS-Justiz zu entschädigen sind - gleichviel ob sie heldenhafte Widerstandskämpfer waren oder nicht. BSG-Richter Traugott Wulforst vor dem Rechtsausschuß: "Auch für Verurteilte der Wehrmachtsjustiz sind die Entschädigungsvoraussetzungen gegeben, denn die Militärgerichte waren Terrorinstrumente des NS-Staats." Wulforst plädierte dafür, sämtliche Urteile für rechtsunwirksam zu erklären: "Es waren generell Unrechtsmaßnahmen. Ich mache da keine Unterschiede."

Der Hinweis konservativer Militärforscher, Fahnenflüchtige hätten sich seinerzeit auch anderer Straftaten (Vergewaltigung oder Totschlag) schuldig gemacht, darf nach Meinung des Bündnisgrünen Volker Beck nicht als Argument ge-

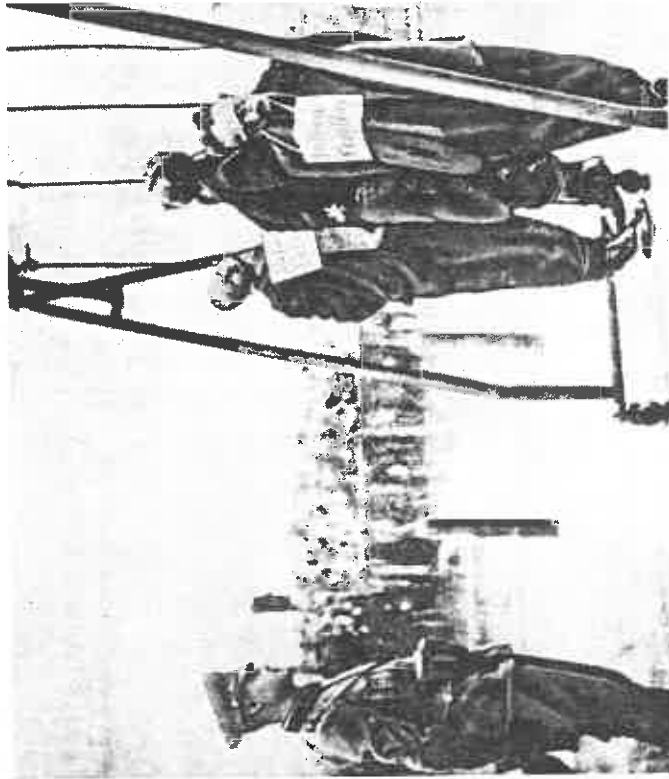
lers Kriegsgeschehen als "rechtsstaatlich" und die Prozeßvorschriften des Nazi-Regimes als "segensreich" für die Angeklagten verteidigte. Nicht nur aus Baumann brach Erregung und Zorn hervor: "Ich halte das nicht aus."

ein pauschale Rehabilitierung von Deserteuren herhalten: "Wir verlangen weder eine Bestrafung der Richter, noch wollen wir Urteile wegen anderer Delikte für nichtig erklären. Uns geht es um Wiedergutmachung an den Deserteuren, nicht um Rehabilitation von Kriegsverbrechern."

## "Unterschiede machen"

Auch der CDU-Abgeordnete Friedbert Pflüger beharrte darauf, einen "Unterschied zu machen zwischen Desertion in der Diktatur und Desertion in der Demokratie". Ob sich Koalition und Opposition auf dieser Basis auf ein gemeinsames Entschädigungsgesetz verständigen können?

Bis Januar wollen die Fraktionen jetzt erst einmal die Ergebnisse der Anhörung auswerten. Dann ist ein neues Gespräch unter den Obleuten geplant. Volker Beck von den Bündnisgrünen: "Ich kann mir nicht vorstellen, daß sich die Union einer Regelung verweigert, indem sie weiter auf einer unwürdigen Einzelfallprüfung besteht." Nach Vorstellung von Grünen und SPD soll den Betroffenen eine einmalige Haftentschädigung von 5000 Mark und ein Rentenzuschlag von rund 500 Mark monatlich gewährt werden. Herta Däubler-Gmelin: "Es ist eine Schande, daß die Opfer der Wehrmachtsjustiz nicht längst rehabilitiert sind."



Kurzer Prozeß wurde in der deutschen Wehrmacht mit Soldaten gemacht, die desertierten.  
Foto: Archiv

Soldatenverbände" die Abgeordneten, hätten die Militärjuristen mit dem Nazi-System nichts zu tun gehabt, was schon allein aus dem Tatbestand deutlich werde, "daß Adolf Hitler nie einen Wehrmattersrichter empfangen hat".

Ähnlich urteilte der ebenfalls von der CDU/CSU benannte Militä-

tärhistoriker Franz Seidler (Bundeswehr-Hochschule München): "Hitler hielt nichts von den Militärrechtern - sie waren ihm zu lasch und zu unpolitisch." Die Zahlen allerdings sprechen gegen eine besondere Zurückhaltung der Wehrmachtsjustiz: Mehr als 30 000 Todesurteile wegen Kriegsdienstver-

## Deserteure und NS-Militärjustiz im Hearing des Rechtsausschusses

## „Nichts Rechtsstaatliches“ zu erkennen

Von Eckhard Wiemers

Ungute Vorahnungen plagten den Vorsitzenden: Zum Auftakt der Anhörung im Bundestags-Rechtsausschuß zum Thema „Rehabilitierung von Deserteuren“ in der Nazi-Zeit ermahnte der Ausschußvorsitzende Horst Eylmann alle Beteiligten dringlich, bei der Behandlung und Diskussion des emotionsgeladenen Stoffes Disziplin zu üben. Aus gutem Grund: Schon im Vorfeld des Hearings war die Auswahl der Sachverständigen durch die CDU/CSU-Fraktion von der SPD-Opposition als „Provokation“ und „Skandal“ scharf getadelt worden. Selbst eine Reihe junger CDU-Abgeordneter hatte an der Auslese deutliche Kritik geübt, das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gar mit Boykott gedroht.

Der geschlossene Boykott blieb zwar aus. Doch als der Gutachter Franz W. Seidler, Professor an der Bundeswehrhochschule in München, verharmlosend und im Gegensatz zur Mehrzahl der anderen Experten die Urteilspraxis der NS-Militärjustiz als eher milde bewertete, war der Eklat da: Unter lautstarkem Protest verließ der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Otto Schily den Ort der Anhörung.

Mit einer solchen Aktion hatte zuvor auch schon der Sachverständige Ludwig Baumann gedroht, Vorsitzender der „Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz“ und als Deserteur im Weltkrieg II nur knapp dem Fallbeil von Hitlers Henkern entronnen, durch KZ-Folter aber bis auf den Tag gesundheitlich ruiniert. Mit Zwischenrufen wie „unzumutbar“ und „nicht zu ertragen“ hatte Gutachter Baumann, der wegen seiner Desertion nach geltendem „Recht“ noch heute als vorbestraft gilt, den Vortrag des früheren Kriegsrichters Otfried Keller unterbrochen, der die NS-Militärjustiz, die durch „Führerbefehle“ und Richtlinien des Obersten Kriegsherrn Adolf Hitler gesteuert und somit unabhängig war, auch in ihrer Urteilspraxis gegenüber Deserteuren, „Wehrkraftzersetzer“ und Wehrdienstverweigerern durchweg als „rechtsstaatlich“, ja sogar wegen mancher ihrer Regelungen als „sebensreich“ hochgejubelt hatte.

Dies geschah, nachdem der Experte Baumann vorab diese Statistik des Grauens offengelegt hatte: Mehr als 20 000 Soldaten, die sich Hitlers völkerrechtswidrigem Aggressions- und Vernichtungskrieg verweigert hatten, wurden aufgrund von „Rechtssprüchen“ von NS-Militärrichtern erschossen, erhängt, geköpft. Viele Zehntausende andere – die Schätzungen gehen bis zu hunderttausend – sind in KZ, Straflagern und Strafbataillonen elend zugrundegegangen und umgekommen. Überlebt haben gerade mal 4 000 Soldaten, die von Hitlers Fahnen gingen. Weniger als 300 von ihnen leben heute noch und warten als vorbestrafte Kriminelle – mehr als 50 Jahre nach Ende des Weltkriegs – immer noch auf Rehabilitierung, in zweiter Linie erst auf Entschädigung.

Daß der Gesetzgeber mit seinem zögerlichen Verhalten hinter der Einschätzung der Bundesbürger herhinkt, belegte im Hearing Gutachter Baumann mit Um-

frage-Daten aus „Das Parlament“: Danach würdigen 36 Prozent der Bundesbürger Soldaten, die von der Hakenkreuz-Fahne gingen, als Widerständler, zehn Prozent gar als Helden. Nur noch jeder siebte Bürger (ca. 15 Prozent) sieht Deserteure negativ, kaum jemand noch als vorbestrafte Kriminelle. In seinen Unterlagen hatte Baumann auch das Schweizer Nachrichtenmagazin „fakts“ parat, das erschreckt fragt: „Was für ein Staat, der heute noch jene straft, die damals nicht mehr morden wollten?“

„Nichts Rechtsstaatliches“ konnte bei der Anhörung des Rechtsausschusses Professor Manfred Messerschmidt, bis 1988 Leitender Historiker im Militärgerichtlichen Forschungsamt Freiburg i. Br., in den Urteilen der NS-Militärjustiz ausmachen. Gerade auch gegenüber „Wehrkraftzetzern“ habe sie vielmehr eine „systemstabilisierende Funktion in Hitlers völkerrechtswidrigem Vernichtungskrieg“ ausgeübt. Im ideologischen Übereifer sei z. B. die Todesstrafe für die Entwendung eines Feldpostpäckchens verhängt worden. Selbst wenn man „geschönte“ Zahlen über Todesurteile der Wehrmachtsjustiz zugrunde lege, reichten diese im historischen Vergleich „für 800 Jahre deutscher Geschichte – „geleistet“ in knapp sechs Kriegsjahren“. Allein deshalb sei es schon „lächerlich“, der NS-Militärjustiz „eine am Recht orientierte Haltung zu bescheinigen“.

Mit einer ähnlichen Einschätzung der Wehrmachtsjustiz konfrontierte auch Traugott Wulfhorst, Richter am Bundessozialgericht a. D., die von der CDU/CSU-Fraktion aufgeborenen Experten, die den Kriegsrichtern der NS-Zeit nicht durchweg solche Negativ-Atteste ausstellen wollten. Unter Vorsitz von Wulfhorst hatte das Bundessozialgericht in Kassel vor einigen Jahren jenes umwälzende Grundsatzurteil gefällt, das die NS-Militärjustiz als ein Terrorinstrument

des Hitler-Regimes disqualifizierte, dessen Urteilsprüche darum den Makel „offensichtlicher Unrechtmäßigkeit“ trügen. Gutachter Wulfhorst: „Wegen der Massenhaftigkeit der Todesurteile, die wesentlich um der Schlagkraft der Wehrmacht willen auf allgemeiner Abschreckung beruhten, ist die Unrechtmäßigkeit der Strafurteile zu vermuten.“ Zum Vergleich: Die Zahl vollstreckter Todesurteile wegen Desertion auf Seiten der Westalliierten, die als Demokratien einen legitimen Verteidigungskrieg geführt hatten, läßt sich beinahe an den Fingern einer Hand ablesen.

Fazit des Hearings im Rechtsausschuß, in dem die Wogen der Erregung, ja der Empörung ungewöhnlich hochschlugen: Die von der Opposition aufgeborenen Sachverständigen machten sich ohne Ausnahme für eine allgemeine Rehabilitierung derer stark, die sich Hitlers Vernichtungs- und Aggressionskrieg verweigert hatten – aus welchen Motiven immer. Die Urteile der NS-Militärjustiz sollten für rechtsunwirksam oder für null und nichtig erklärt werden.

Auf eine differenzierte Prüfung der Einzelfälle von Fahnenflucht bestanden hingegen die von der CDU/CSU-Fraktion bestellten Gutachter, die auch nach den Motiven der Opfer forschen möchten. Auch eine generelle Verurteilung der Wehrmachtsjustiz wurde von ihnen abgelehnt.

Der Ausschußvorsitzende Eylmann plädierte auf der Linie des Grundsatzurteils des höchsten Sozialgerichts der Bundesrepublik im Prinzip für eine „Vermutung der Rechtswidrigkeit“ in Bezug auf die Urteilsprüche der Wehrmachtsjustiz. Aufgrund der Anhörung machte er sich für eine schnelle Entschädigung der wenigen stark, die von Hitlers militärischer Justizmaschinerie nicht zermalmt wurden, die sie, oftmals gesundheitlich ruiniert und verarmt, mit viel Glück oder durch Zufall überlebten. ●

„Die Zeit“ 22. Dez. 95

## Ein Deserteur jagt die Politik

**K**ein anonymer Brief, sondern unterschrieben, mit Namen und Adresse: „Seien Sie versichert, Volksschädling Baumann, daß Sie für alles alsbald sich vor dem Reichskriegsgericht in Berlin zu verantworten haben.“ Solche Schmähbriefe bekommt Ludwig Baumann nicht eben selten. Denn für viele Alt- und Jungrechte ist der Vorsitzende der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz eine Reizfigur.

Als 21-jähriger Marinesoldat war Baumann 1942 wegen „Fahnenflucht“ zum Tode verurteilt, dann zu zwölf Jahren Zuchthaus begnadigt worden. Sein Martyrium führte ihn über das KZ Esterwegen im Emsland und das Wehrmachtgefängnis Torgau an der Elbe ins Strafbataillon 500. Eines von Tausenden Schicksalen deutscher Deserteure im Zweiten Weltkrieg, die mutig nein zu einer verbrecherischen Kriegführung sagten.

Seit 1990 kämpft Baumann zusammen mit anderen ehemaligen Leidensgenossen um eine Rehabilitierung von Opfern der Nazi-Militärjustiz. Einen Erfolg konnten sie verbuchen, als das Bundessozialgericht in Kassel 1991 der Witwe eines hingerichteten Deserteurs erstmals eine Hinterbliebenenrente zusprach. Baumann und seinen Mitstreitern geht es jedoch weniger um materielle Entschädigung als um die lange verweigerte ge-

sellschaftliche Anerkennung. Für sein Engagement erhielt der mittlerweile 73 Jahre alte Bremer im September den alternativen Aachener Friedenspreis.

Heftig gedrängt von Baumann und seiner Vereinigung, hat sich der Bundestag das ganze Jahr lang mit dem Problem der Deserteure des Zweiten Weltkrieges herumgequält. Noch immer weigert sich die

CDU/CSU-Fraktion, ihnen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Bei einer Bundestagsanhörung Ende November bot die Union „Sachverständige“ auf, die den furchtbaren Militärriechern des „Dritten Reiches“ ein gutes Zeugnis ausstellten – ein gespenstisches Schauspiel, das Baumann, der als Betroffener geladen worden war, mit den Worten quittierte: „Ich halte das nicht aus.“

*Volker Ullrich*



**Ludwig Baumann,  
Opfer der NS-Justiz**





FOTO: HEINZ ENGEL/BONNER GENERALANZEIGER

Seit 1987 ist Jürgen Schreiber (r.) Vorsitzender der 400 000 Mann starken Soldatenverbände. Links sein Vorgänger Johannes Müller

**WEHRMACHT**

# Ein General im Zwielficht

Jürgen Schreiber, Chef der Soldatenverbände, hält Deserteure für Drückeberger. Jetzt muß der Weltkrieg-II-Offizier selbst um seinen Ruf kämpfen

**D**er Herr Generalmajor a. D. wittert eine Verschwörung gegen seine Person. »Die ganze Sache ist doch aufgezo-gen worden von dem Oberkommunisten im Bundestag, dem Gerhard Zwerenz«, wettet Dr. Jürgen Schreiber, Vorsitzender des Rings Deutscher Soldatenverbände (RDS). Eine »linke Clique, gewisse Deserteure, versuchen, mich mit miesen Tricks zu verleumden«.

Zu den Heckenschützen an der ideologischen Front zählt Schreiber auch Ludwig Baumann. Der 74jährige kämpft

seit Jahren für die noch lebenden Opfer der NS-Militärjustiz um Rehabilitation. Und damit auch gegen Jürgen Schreiber und seine über 400 000 Mitglieder in den Soldatenverbänden, die es ablehnen, »Deserteure als Widerstandskämpfer anzuerkennen« (Schreiber). Für den Generalmajor ist auch heute noch Fahnenflucht das schlimmste Verbrechen, das ein Soldat begehen kann. Die Masse der Deserteure seien Leute gewesen, die sich drücken wollten.

Deshalb hat es Schreiber schmerzhaft in seiner Ehre getroffen, daß der Freiburger Militärgeschichtler Manfred Messerschmidt in einem Prager Archiv Briefe gefunden hat, die den Karrieresoldaten und Weltkriegsteilnehmer in dubiosem Licht erscheinen lassen.

Im Februar 1945, die deutsche Luftwaffe lag am Boden, und ihre Soldaten wurden zur Infanterie abkommandiert, schrieb der damalige Fahnenjunker-Unteroffizier Jürgen Schreiber vom Flieger-

horst Helmstedt an seinen Vater. Der war zu diesem Zeitpunkt ein einflußreicher Mann: Kurt Schreiber, Generalrichter am Reichskriegsgericht.

»Wie es jetzt hier steht«, so der damals 19jährige Soldat an den Vater, »schrieb ich schon im Großen und Ganzen. Allerdings hat sich die Sache insofern verschärft, als von den meisten (auch Vorgesetzten) mit dem 1. März die Versetzung zur Infanterie angenommen wird... Wenn Du aufgrund meiner letzten Briefe

**»Eine linke Clique versucht, mich mit miesen Tricks zu verleumden«**

Jürgen Schreiber, Generalmajor a. D.

nichts unternommen hast, dürfte es jetzt zu spät sein.« Dennoch nannte der Junior »zwei weitere Stellen, die Einfluß auf unsere Ausbildung haben... Mit Gruß und Kuß, Dein Jürgen«.

Schon 24 Stunden später, am 19. Februar, erhielt der Generalrichter erneut Feldpost mit der Aufforderung, »die Angelegenheit noch einmal energisch in die Hand« zu nehmen. »ehe es vielleicht doch zu spät ist«.



FOTO: SÜDDEUTSCHER VERLAG

Wegen angeblicher Kollaboration bingerichtete deutsche Soldaten 1945. Über 20 000 Deserteure wurden Opfer der NS-Militärjustiz

Daß er mit Hilfe des einflußreichen Vaters der drohenden Abkommandierung zur Infanterie entgehen wollte, weist Jürgen Schreiber heute energisch zurück. »Völliger Quatsch. Es ist doch grotesk zu behaupten, ich habe mich drücken wollen.

Was ich wollte, ist, die Fliegerei weiterzuführen. Faktum ist, daß es für uns genug zu tun gab. Bei der Infanterie hätte ich wieder neu anfangen müssen.«

Schreiber sagt, er müsse »in keiner Weise« ein schlechtes Gewis-

sen haben, zumal er die letzten Tage des Krieges »im Erdkampf« bei der Infanterie verbracht habe. Bei der Bundeswehr ging er 1986 als Kommandeur des Luftwaffenausbildungskommandos in Pension. Sein Engagement diente fortan der Ehrenrettung der Wehrmacht.

Ludwig Baumann hat Verständnis dafür, daß kurz vor Kriegsende niemand mehr an die Front wollte. »Nur hatten die anderen Soldaten keinen Generalrichter zum Vater, der da mit seinen Beziehungen nachhelfen konnte. Wenn Dr. Schreiber nicht so unbelehrbar wäre, könnte er sich gut bei uns »Drückebergern« und Wehrmachtsdeserteuren einbringen. Denn wenn die Briefe damals bekannt geworden wären, wäre er schwer bestraft worden.«

Am 1. September 1943 hatte der Chef der Heeresjustiz, Karl Sack, die Weisung erlassen: »Im übrigen muß auch der Soldat, der nicht mehr den Willen hat, an gefährdeten Stellen zu kämpfen... bei richtiger Würdigung der heutigen Kampfverhältnisse als Fahnenflüchtiger behandelt werden.«

MICHAEL STOESSINGER



# „Widerstand würdigen“

Freitag, 7. Juni 1996 ■ die tageszeitung

## ■ Wehrmachtsdeserteure sollen pauschal rehabilitiert werden, fordert Ignatz Bubis

*taz:* Seit Jahren bemüht sich eine Initiative um die pauschale Rehabilitierung der Deserteure aus der Wehrmacht des NS-Staates. Die Rechtspolitiker des Bundestags haben sich aber immer noch nicht geeinigt. Ist es wichtig, diese Frage zu klären?

**Ignatz Bubis:** Ich verstehe und unterstütze die Forderung derjenigen, die aus politischen Motiven oder ihrer Überzeugung wegen aus der Wehrmacht desertiert sind, nach Rehabilitierung und Entschädigung. Sie dürfen nicht als Kriminelle gelten, sondern müssen in ihren Überzeugungen gewürdigt werden. In Fällen von Kriegsdienstverweigerung oder Wehrkraftzersetzung sollte es eine generelle Rehabilitierung geben. Eine solche pauschale Rehabilitierung könnte auch sicherlich auf andere, ähnliche Bereiche erweitert werden. Die betroffenen Menschen sollten auch entschädigt werden.

*Ist das nur für die überlebenden Deserteure wichtig?*

Die Rehabilitierung muß auch posthum gelten.

*Würde sich die Klärung über die Betroffenen hinaus auswirken?*

Natürlich hätte das Auswirkungen, weil deutlich gemacht würde, daß Widerstand gegen ein Terrorregime und Befehlsverweigerung unter einer Diktatur nachträglich nicht bestraft werden darf, sondern Anerkennung erfährt.

*Gegner der Rehabilitierung behaupten, damit würden Millionen deutscher Soldaten nachträglich ins Unrecht gesetzt, die guten Glaubens ihrem Land dienten und nichts Böses wollten.*

Soldaten haben sich schon immer auf den Willen zur Pflichterfüllung berufen, und das können sie auch künftig tun. Dabei weiß

man doch, daß sich hinter diesem Begriff auch Überzeugungstäter verstecken. Ich sehe in einer Rehabilitierung der Deserteure keine Diffamierung derjenigen deutschen Soldaten, die bis zum Schluß ihren Dienst getan haben, ohne dabei Verbrechen zu begehen.

*Es heißt, mit einer Rehabilitierung würden heute Deserteure ermutigt, werde die Loyalität gegenüber der Bundeswehr gefährdet.*

Auch das trifft nicht zu. Die Bundeswehr ist doch nicht vergleichbar mit der Wehrmacht, und sie sieht sich doch auch selbst nicht in der Tradition der Wehrmacht des NS-Staates.

*Wieso dann der anhaltende Widerstand der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag gegen die pauschale Rehabilitierung?*

Sie befürchtet zu Unrecht eine Diffamierung der anderen Wehrmachtssoldaten und Schäden für die Bundeswehr. Es wäre ein Er-

folg demokratischer Erziehung klarzustellen, daß es geboten ist, einem Unrechtsregime den Gehorsam zu verweigern und Widerstand zu leisten. Wir sind doch genauso umgegangen mit den Deserteuren der Nationalen Volksarmee der DDR. Diese Soldaten sind hier doch nicht bestraft oder mißachtet worden, sondern



**Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland** Foto: Dietmar Gust/Zenit

wurden verständnisvoll aufgenommen und als politische Flüchtlinge anerkannt.

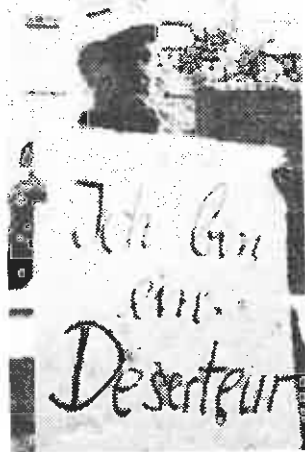
*Ist dieses Problem leichter zu lösen, wenn die Kriegsteilnehmergeneration nicht mehr unter den aktiven Politikern vertreten ist?*

Wahrscheinlich wird das so sein. Aber dann wird auch kaum noch jemand leben, der von einer Rehabilitierung profitieren würde. Und deshalb muß man es jetzt machen.

**Interview: Hans Monath**

## Das Portrait

### Der Deserteur



Ludwig Baumann Foto: taz

Dem Nobelpreiskomitee in Oslo liegen aus Deutschland zwei Vorschläge für die diesjährige Verleihung des Friedenspreises vor. Das „Komitee der russischen Soldatenmütter“ soll die Auszeichnung bekommen, sagt die Bundestagsfraktion der SPD. Sie wird unterstützt von Bündnis 90/Die Grünen. Ludwig Baumann, Deutschlands bekanntester Wehrmachtsdeserteur und Vorsitzende der „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“ habe den Preis mehr als verdient, meint hingegen die vor ein paar Wochen gegründete „Potsdamer Initiative Friedensnobelpreis für Ludwig Baumann“. Ihr auch von PDS-Bundestagsabgeordneten unterstützter Vorschlag sei nicht als „Konkurrenz zu verstehen, denn der Preis sei ja auch in der Vergangenheit schon öfters geteilt worden“.

Ludwig Baumann ist heute noch vorbestraft, weil er als 22-jähriger im Juni 1942 in Bordeaux, Frankreich, aus Hitlers Armee desertierte. „Ich hatte erkannt, daß es ein verbrecherischer, völkermörderischer Krieg war.“ Baumann ist stolz darauf, solch einen Verrat begangen zu haben. Andere schimpfen ihn deshalb einen „Feigling“, andere nennen dies „Mut“.

Taz

7.2.96

Ludwig Baumann wurde wegen „Fahnenflucht“ im Felde zum Tode verurteilt, der Spruch später dann aber in eine 12jährige Zuchthausstrafe umgewandelt. Davon wußte er allerdings nichts. Im KZ Esterwege, eines der berühmtesten Moorlager im Emsland, und später im Wehrmachtsgefängnis von Torgau erwartete er jeden Morgen, daß die Hinrichtung vollstreckt wird. Wie viele andere Deserteure wurde Baumann kurz vor Kriegsende in das berühmte Bewährungsbataillon 500 gezwungen. Als er wieder zurück nach Deutschland kam, bejubelte ihn niemand, im Gegenteil, als „Kameradenschwein“ wurde er geächtet.

Zur öffentlichen Figur wurde Baumann erst Ende der 80er Jahre, als er mit anderen die Bundesvereinigung gründete, um endlich die Aufhebung der Unrechtsurteile gegen „Deserteure“ zu erstreiten. Dies ist ihm bis heute nicht gelungen, obwohl 1991 in einem Urteil des Bundesgerichts die NS-Militärjustiz als „verbrecherisch“ bezeichnet wurde. Doch Unionsabgeordnete halten das Wehrmachtsrecht auch heute noch für „Recht“. Eine pauschale Rehabilitierung der von NS-Gerichten Verurteilten führe zudem zu einer Untergrabung des „Wehrwillens für die Bundeswehr“, argumentieren sie, ganz so, als ob die Bundeswehr heute noch in der Tradition von völkerrechtswidrigen Angriffskriegen stehe. Anita Kugler



Foto: Mirko Heinemann

März 96

## Bescheidener Held

Der einstige Deserteur Ludwig Baumann wurde für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen

**N**ein, ein Held sei er ganz und gar nicht. Der 74jährige schüttelt energisch den Kopf. „Widerständler“, die Bezeichnung gefällt ihm besser. Ludwig Baumann hat Schwierigkeiten laut zu sprechen. Und wenn, dann gerät er außer sich. Über das Unrecht. Zu lange hat er den Mund gehalten, zu lange war ihm eingepflichtet worden, er müsse sich für seine Flucht vor dem Hakenkreuz schämen. Wenn Baumann von sich spricht, fällt oft der Begriff vom „kleinen Mann“. Dabei ist er, der Vorsitzende der *Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz*, einer der ganz wenigen, die nach dem Krieg noch Mut aufbrachten, den Kampf für ihre Rehabilitation als Deserteure in der NS-Zeit aufzunehmen. Nur wenige von ihnen haben den Zweiten Weltkrieg überlebt.

Ludwig Baumann wurde jetzt von der „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Baumann selbst saß in der Todeszelle der Nazis, wartete auf seine Hinrichtung. Nur seinem einflußreichen Vater, einem Hamburger Tabakgroßhändler, hat er zu verdanken, daß sein Todesurteil in zwölf

Jahre Zuchthaus umgewandelt wurde. An das lange Warten auf den Tod kann sich Baumann kaum noch erinnern. „Ich dachte immer, es wären so um die vier Monate gewesen.“ Er schüttelt den Kopf. „Ich erfuhr erst 1992 aus meinen Akten, wie lange ich wirklich gegessen hatte, zehn Monate.“ Die „Akten“ waren ein Ablehnungsbescheid. Baumann mußte erfahren, daß er keinen Anspruch auf eine Entschädigung als Opfer des Faschismus anmelden durfte.

Während sogar die Dienstjahre von SS-Angehörigen bei der Rentenzahlung angerechnet werden, zieht die bundesdeutsche Rentenkasse bei Deserteuren wie Baumann die Zeit fern von der Fahne ab. Baumann wurde nach langer Auseinandersetzung dann doch eine Entschädigung zugesprochen. Er ist sicher, daß sein Antrag ohne Druck vor allem der ausländischen Medien nicht durchgekommen wäre. Viele andere „hatten dieses Glück nicht“. Das klingt bei Ludwig Baumann fast, als schäme er sich für das Interesse an seiner Person.

So bescheiden wie diese Äußerung ist auch sein Auftreten. Seine einfache Kleidung läßt ihn in

der Menge verschwinden. Nur wenn er redet, bekommt man eine Ahnung von der Energie, die in ihm steckt. Baumann spricht verhalten, aber so präzise wie ein Analytiker.

Nach dem Krieg stürzte Baumann „total ab“. „Das war die Regel unter den Todeskandidaten“, sagt er schlicht. Immer wieder erfuhr er in seinem Umfeld Demütigungen, immer wieder wurde er als Feigling und Drückeberger beschimpft. Baumann floh in den Alkohol und versoff mit anderen Gescheiterten das Vermögen seines Vaters. Bei der Geburt ihres sechsten Kindes starb seine Frau. „Die Last der Verantwortung hat mich aufgeweckt“, sagt Baumann heute.

Seit in den sechziger Jahren die kritischen Stimmen gegen den militärischen Kadavergehorsam lauter wurden, wagte sich auch Baumann an die Öffentlichkeit. Noch heute ist der Wehrdienstgegner Baumann vorbestraft, seine Forderung nach einer zumindest symbolischen Aufhebung der Urteile verhallte. Teilerfolge hat er dennoch erreicht: Hinterbliebenen der Opfer der NS-Militärjustiz wurde 1991 das Recht auf Entschädigung zugesprochen. Die Bundestagsfrak-

tionen von SPD und Grünen stehen hinter ihm. Auch unter den Jüngeren der CDU sollen laut Baumann die alten Vorurteile wanken.

Eine Umfrage des Instituts für Zeit- und Regionalgeschichte in Flensburg ergab, daß heute noch 15 Prozent der Bundesbürger eine negative Einstellung zu Deserteuren der Nazizeit hätten. 36 Prozent ordneten sie als „Widerständler“ ein, zehn Prozent sehen in ihnen „Helden“. Heute leben noch knapp 300 der einstigen Deserteure. Die NS-Militärjustiz hatte einst 30.000 wegen „Fahnenflucht“ und „Feigheit vor dem Feind“ verurteilt.

Mirko Heinemann



## Potsdamer Initiative

- Friedens-Nobelpreis für Ludwig Baumann -

---

14467 Potsdam, Lindenstraße 53 Tel: 0331/280 50 83 - Fax: 0331/270 87 28

### Ludwig Baumann

Ludwig Baumann wurde am 13.12.1921 in Hamburg als Sohn eines Tabakgroßhändlers geboren. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland trat er als junger Mann weder der Hitler-Jugend noch der NSDAP bei. Als 19jähriger wurde Ludwig Baumann in die Wehrmacht eingezogen. Am 03.06.1942 desertierte er gemeinsam mit seinem Freund Kurt Oldenburg bei Bourdeaux/Frankreich aus Hitlers Armee.

Zu seinen Motiven erklärt Ludwig Baumann heute: „Ich hatte erkannt, daß es ein verbrecherischer, völkermörderischer Krieg war.“

Bereits am folgenden Tage wurden die beiden Freunde von deutschen Grenzposten gestellt. Obwohl Ludwig Baumann und Kurt Oldenburg bewaffnet waren, vermochten sie es nicht, ihre Waffen gegen andere Menschen einzusetzen. Baumann: „Menschen töten, das konnten wir nicht.“

Ludwig Baumann wurde am 30.06.1942 wegen „Fahnenflucht im Felde“ zum Tode verurteilt. Von der Umwandlung der Todesstrafe in eine 12jährige Zuchthausstrafe erfuhr er erst nach Monaten täglicher Todesangst. Jeden Morgen rechnete er mit seiner Hinrichtung. Ludwig Baumann wurde in das KZ Esterwegen, eines der berüchtigten Moorlager im Emsland, und später in das Wehrmachtsgefängnis Torgau transportiert. In Torgau erlebte Ludwig Baumann, wie Tausende andere Deserteure hingerichtet wurden. Seine Angst verließ ihn seitdem nicht mehr. Baumann: „Auch heute verfolgt mich diese Not noch in meinen Träumen.“

Wie viele andere Deserteure wurde Ludwig Baumann in das sogenannte Bewährungsbataillon 500 an die Ostfront gezwungen. Dennoch überlebte Baumann den Krieg. Nach Rückkehr aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft hatte er es schwer in einer Gesellschaft, in der Deserteure noch immer als „Feiglinge“ geächtet wurden. Er vertrank sein Erbe in kurzer Zeit.

Erst als seine Frau bei der Geburt des sechsten Kindes starb, gelang es ihm, sich vom Alkohol zu lösen. Er war von nun an für seine Kinder allein verantwortlich. In dieser Zeit begann Ludwig Baumann, sich in der Friedens- und „3.Welt“-Bewegung zu engagieren.

1989 gründete er mit etwa 40 noch lebenden Wehrmachts-Deserteuren die „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“, um eine Aufhebung der Unrechtsurteile gegen Deserteure, „Wehrkraftzersetzer und Selbstverstümmeler“ durchzusetzen und deren vollständige Rehabilitierung zu erreichen. Als Vorsitzender der Bundesvereinigung wurde Ludwig Baumann bekannt. Trotz großem Engagement und internationaler Anerkennung und Unterstützung ist dem heute 74jährigen diese Forderung bisher verwehrt worden.

Ludwig Baumann setzt sich nicht nur für die Rehabilitierung von Deserteuren ein, sondern versucht an jedem Einberufungstermin mit jungen Männern, die auf dem Weg in die Kaserne sind, ins Gespräch zu kommen. Auf Bahnhöfen oder vor Kasernen spricht

er zu den Einberufenen: „Leistet Widerstand, wenn ihr Befehle bekommt, denen ihr im zivilen Leben nicht folgen würdet.“

Im Jahre 1994 wurde Ludwig Baumann mit dem „Sievershäuser Friedenspreis“ und 1995 mit dem „Aachener Friedenspreis“ ausgezeichnet.

Mit der Verleihung des Friedensnobelpreises an Ludwig Baumann könnte eine Brücke zur 60 Jahre zurückliegenden Verleihung des Preises an Carl von Ossietzky geschlagen werden, der sich damals gegen den größten Vernichtungskrieg der Menschheitsgeschichte wehrte. Für die Desertion aus eben diesem Krieg ist Ludwig Baumann noch heute vorbestraft.



Potsdamer Initiative  
- Friedens-Nobelpreis für Ludwig Baumann -

---

14467 Potsdam, Lindenstraße 53 Tel: 0331/280 50 83 - Fax: 0331/270 87 28

### Begründung des Vorschlages

Seit mehr als 50 Jahren ist der größte Vernichtungskrieg in der Menschheitsgeschichte beendet. Dennoch gelten Menschen, die sich diesem Krieg durch Desertion verweigert haben, noch immer als „Feiglinge, Vaterlandsverräter und Kameradenbetrüger“. Die Urteile der NS-Militärjustiz gelten unverändert fort. Wehrmachts-Deserteure sind bis heute vorbestraft.

Alle Initiativen, diesen unglaublichen Zustand zu ändern und eine Rehabilitierung der Betroffenen durchzusetzen, sind im Deutschen Bundestag bislang gescheitert.

Auch heute gilt der Deserteur als nicht gesellschaftsfähig. Aus dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien desertierten viele Tausende junge Männer und entzogen sich so dem blutigen Krieg. Das Europäische Parlament forderte am 28. Oktober 1993 die Mitgliedsstaaten auf, geflüchteten Deserteuren ein Bleiberecht zu gewähren. Diese Forderung wurde vom UNHCR unterstützt. Dennoch wurde in keinem Land Europas ein derartiges Bleiberecht generell gewährt. Vielmehr sahen auch die Mitgliedsstaaten der EU tatenlos zu, wie die kriegführenden Parteien im ehemaligen Jugoslawien Deserteure an den jeweiligen Kriegsgegner auslieferten.

Mit der Verleihung des Friedens-Nobelpreises an einen Deserteur, der den größten Justizmord der deutschen Geschichte überlebte, könnte ein internationales Signal gesetzt werden.

Mit Ludwig Baumann würde eine Persönlichkeit geehrt, für die die NS-Unrechtsurteile auch heute noch nicht hinnehmbar sind und die Rehabilitierung von Wehrmachts-Deserteuren unverzichtbar ist.

Mit Ludwig Baumann würde ein Mensch geehrt, der sich aktiv für internationale Verständigung und eine gerechte Weltwirtschaft einsetzt.

Mit Ludwig Baumann würde ein einfacher Mensch geehrt, dessen Lebensweg bestätigt, daß sich jeder gegen Ungerechtigkeit, Krieg und Völkermord zur Wehr setzen kann.

Mit Ludwig Baumann würde eine Persönlichkeit geehrt, die die Ideale des Friedens-Nobelpreisträgers Carl von Ossietzky umsetzte.

Mit der Verleihung des Friedens-Nobelpreises an Ludwig Baumann würde erstmals Desertion als Widerstand gegen Krieg und Völkermord international anerkannt werden.

**Die Nominierung Ludwig Baumanns für den Friedens-Nobelpreis 1996 wird von folgenden Initiativen, Organisationen und Persönlichkeiten unterstützt :**

Inge und Walter Jens (Präsident des Schriftstellerverbandes); Sonnhild und Ulli Thiel, Klaus Pfisterer (Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, DFG-VK Baden-Württemberg); Internationale der Kriegsdienstgegner/innen; Grüne Liga Berlin e.V.; Kampagne „Produzieren für das Leben-Rüstungsexporte stoppen“; Ökumenisches Friedensforum europäischer Katholiken e.V.; Dr. Wolfgang Hertle (Archiv Aktiv); Infoladen Potsdam; Christian Gehlsen (MdL Brandenburg); Prof. Georg Stefan und Kirsten Troller (Journalist); Humanistische Union (LV Berlin); Friedensinitiative Wilmersdorf (Berlin); Johannes Mario Simmel (Schriftsteller); Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär; Bettina Wegner (Liedermacherin); Eine Welt e.V. (Schwerin); Prof. Dr. Dr. Fritz Enderlein (Rechtsanwalt); BAOBAB Infoladen e.V. (Berlin); Barbara Kramer (Rechtsanwältin); Der Rabe Ralf (Berlin); Dr. Werner Stang (Historiker); Dr. Lothar Schröter (Historiker); Christa Müller (Schriftstellerin); ami - antimilitarismus-information (Berlin); Stephan Frielinghaus (Pfarrer); Gesellschaft für europäische Sicherheit e.V. (Berlin); Schwule Kriegsdienstgegner e.V. (Berlin); Dr. Helmut Kramer (Richter am OLG Braunschweig a.D.); Dr. Franz-Josef Degenhardt (Schriftsteller und Liedermacher); Prof. Dr.Dr.Dr. Ossip K. Flechtheim (Zukunftsforscher, Politikwissenschaftler); Prof. Dr. Wolfgang R. Langenbucher (Kommunikationswissenschaftler; Universität Wien); Thomas Lohmeier (Bundesvorsitzender der JungdemokratInnen/Junge Linke); Heiko Kauffmann (Sprecher PRO ASYL); Heinz Knobloch (Schriftsteller); Irmgard und Dr. B.-J. Salzmann (Pax Christi Ravensburg); Charles Wilp (Medienkünstler); Angelika Rudolph (Solidario-Laden, Potsdam); Dr. Ursula Enderlein (Potsdam); Heidelinde Weis-Duna (Schauspielerin); Dr. Detlef Garbe (Leiter der KZ Gedenkstätte Neuengamme); Jens Augner (Bundesvorstandssprecher Grün-Alternatives Jugendbündnis); Thomas Schild-Dona (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. Rems-Murr); Matthias-Domaschk-Archiv Berlin; Friedensinitiative Weinheim; Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit -ARGE- (Wien, Österreich); Franz Nadler (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. Offenbach); Connection e.V. (Offenbach); Karl Gass (Regisseur); Claudia Roth (MdEP, Vorsitzende der Grünen Fraktion im europäischen-Parlament); Grüne Jugend Berlin; Buchladen „Schwarzes Schaf“ (Ludwigsburg); Prof. Dr. Jürgen Kuczynski (Publizist); Antidiskriminierungsbüro Berlin; Otto Wiesner (Schriftsteller); Franziska Eichstädt-Bohlig (MdB); Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten, LV Berlin (VVN-BdA); Ohne Rüstung leben e.V.; Öko-Bildungswerke (Köln), PDS Baden-Württemberg, Johann Schickinger (Bildhauer); Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime (Stuttgart); Bündnis 90/Die Grünen, OV Haltern; Hellmut G. Haasis (Schriftsteller, Thaddäus-Troll-Preisträger); Reinhard Köhler (Verein für Friedensarbeit, Ulm); Bernd Lupfer (Alternative Liste, Bereich Frieden und Internationalismus); Prof. Dr. Dorothee Sölle (Theologin und Schriftstellerin); Prof. Dr. Fulbert Steffensky (Theologe); Judith Demba (MdA Berlin); MADIA-Arbeitskreis 2/3-Welt e.V. (Potsdam); Walter Flegel (Schriftsteller); Hendrik Kraemer Haus (Berlin); Naturfreundejugend Ortenaukreis; Werner Schulz (MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die



Grünen); **Anti-Kriegs-Museum** (Berlin); **Helmuth Prieß** (Oberstleutnant a.D., Darmstädter Signal, 1. stellvertretender Bürgermeister in Swisttal); **Volker Wiedersberg** (Kriegsdiensttotalverweigerer, Potsdam); **Manfred Such** (MdB); **Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen** (Karlsruhe); **Dipl.-Ing. Michael Zingerle** (Wien, Österreich); **JungdemokratInnen/Junge Linke LV Berlin**; **Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Bremen**; **Steffi Lemke** (MdB); **Birgit Müller** (Potsdamer Stadtpräsidentin); **Friedenszentrum Braunschweig e.V.**; **Carmen Blazejewski** (Regisseurin); **Andreas Höntsch** (Regisseur); **Susanne Würth-Mazur, Dieter Mazur** (Bremen); **Th. Ziegler, M. Höfflin** (Beauftragte für KDV + ZDL der Evang. Landeskirche in Baden), **Studienkreis** (Frankfurt a.M.); **Bündnis 90/Die Grünen, LV Brandenburg**; **Claus Dobberke** (Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport der Stadt Potsdam); **Elisabeth Schroedter** (MdEP); **AStA der Märkischen Fachhochschule** (Iserlohn); **Pax Christi Basisgruppe Ravensburg**; **PDS Brandenburg**; **Olaf Michael Ostertag** (Kabarettist); **Jutta Kausch** (Schauspielerin); **Klaus Stangert** (Antifa Treptow); **Jakob Knab** (Autor, Pax Christi Kaufbeuren); **Ralph Giordano** (Schriftsteller und Publizist); **Prof. Dr. Jens Reich** (Bürgerrechtler); **Women in Black** (Belgrad, Jugoslawien); **Europäisches Institut für Abrüstung und Entwicklung**; **Eva Bulling-Schröter** (MdB); **Studierendenschaft der Universität des Saarlandes**; **Steffi Lemke** (MdB); **Prof. Dr. H. Bohrmann** (Universität Dortmund); **Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener (IVvDn) e.V.**; **Lothar Eberhardt** (Initiator des „Potsdamer Appells“); **Annelie Buntenbach** (MdB); **Andreas Weiß** (Musiker); **Birgit Hebein** (Alternativreferat der österreichischen HochschülerInnenschaft); **Kraillinger Forum für politische Bildung e.V.**; **Prof. Dr. Ludwig Elm** (MdB); **Dr. Barbara Höll** (MdB); **Wolfgang Bierstedt** (MdB); **Verband Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung „Freies Deutschland“ e.V. (DRAFD)**; **Bürogemeinschaft Schottengasse** (Wien, Österreich); **Zentrale Zivildienstberatung** (Wien); **Selbstorganisation der Wehrdienstverweigerer** (Wien); **Kurt Hälker** (Wehrmachtsdeserteur, Schriftführer DRAFD); **AStA der Universität Augsburg**; **Prof. Anneliese Fried** (Berlin); **Wilfried Telkämper** (MdEP); **Touristenverein „Die Naturfreunde“ OG Göppingen**; **Gregor Gysi** (MdB, Vorsitzender der Bundestagsgruppe der PDS); **Die Grünen - Die Grüne Alternative** (Österreich); **Prof. Dr. Arno Drinkmann** (Evang. Fachhochschule Nürnberg); **Lothar Lehmann** (Totalverweigerer, Bürgerinitiative „Verheizte Lausitz“); **Christa Nickels** (MdB, Vorsitzende des Petitionsausschusses); **Frank John** (Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V., Berlin); **Dieter Oudesluys** (Dolmetscher und Übersetzer); **Jutta Schlott** (Schriftstellerin); **Horst Rehberg** (Schauspieler); **Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit Bonn**; **Paolo Bogiatto** (Friedensinitiative Turin, Italien); **Service Civil International (SCI), Österreichischer Zweig**; **Prof. Dr. Herta Schmid** (Universität Potsdam, Institut für Slavistik); **Netzwerk Gewissensfreiheit** (Wien, Österreich); **Stefan Mielchen** (Vorsitzender des AStA der Philipps-Universität Marburg); **Prof. Dr. Wolfgang Keim** (Universität Paderborn); **Franz von Hammerstein** (Pfarrer i.R., ehemaliger Gestapo- und KZ-Häftling); **ReferentInnenrat des StudentInnenparlamentes der Humboldt-Universität zu Berlin**; **Martin Hantke** (Antimilitaristische Oppositionsbewegung - AMOB); **Colectivo NOVIOLENCIA Y EDUCACION** (Madrid, Spanien); **ReferentInnenrat des StudentInnenparlamentes der Humboldt-Universität zu Berlin**; **AStA der Universität Hannover**; **Hans-Michael Hanert** (Pfarrer, Frankfurt/Oder); **Bernd Pittkunings** (sorbischer Liedermacher, Sorbenbeauftragter des Landes Brandenburg); **Religioni per la Pace (Sezione Italiana**

della WCRP); Prof. Gregor Putensen (Greifswald); Waldemar Grytz (Diplomingineur, Stuttgart); Asociacion de Objetores as de Conciencia de Euskadi, Euskadiko Kontzientzi Eragozleen Alkartea (Bilbao, Spanien/Euskadi); Jan Wendt (Fraktionsvorsitzender „Die Andere“ in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam); Service Civil International (SCI), Schweizer Zweig; Christian Sachse (Konfliktforscher, Berlin); Harald Petzold (MdL Brandenburg); Service Civil International (SCI), Deutscher Zweig; Matthias Kittmann (Selbstorganisation der Zivildienstleistenden -SodZDL-); Dr. Gernot Lennert (Landesgeschäftsführer der (Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, DFG-VK Hessen); Andreas Kuhnert (MdL Brandenburg); Irina Günther (stellvertretende Vorsitzende im Kreistag Potsdam-Mittelmark); Anita Tack (MdL Brandenburg); Friedensseminar Meißen; Dr. Jose Federico Westerkamp (Presidente Movimento por la vida y la paz -MOVIP-; Buenos Aires, Argentinien); Henning Süssner (Vorstandsmitglied Junge Linke Schweden); ADFG-AMIGOS DA TERRA, Porto Alegre, Brasilien; Harald Petzold (MdL Brandenburg); swing connection (Potsdam); Svenska Fredskommitten, Stockholm, Schweden; Linda Lema Tucker (Presidenta de la Liga Internacional des Mujeres Pro Paz y Libertad, Seccion de Peru -LIMPAL PERU-); Antonino Drago (Dozent der Universität Neapel, Italien); Alessandro Marescotti (PEACELINK, Taranto, Italien); Rosibel Flores Nunez und Claudia Hermannsdorfer (Bufete Acosta Bonilla y Asociados - Abogacia, Notariado Estudios Economicos y Juridicos - Tegucigalpa, Honduras); Uta Titze-Stecher (MdB); Uwe Lambinus (MdB 1972-94, SPD-Unterbezirksvorsitzender Main-Spessart und Miltenberg, Präsident des Rad- und Kraftfahrerbandes SOLIDARITÄT Deutschland); Ake Wilen (Journalist, Svenska Fredskommitten, Stockholm, Schweden); Konrad Gilges (MdB); Kampanjen mot Verneplikt (Bergen, Norwegen); Heidi Wright (MdB); Wieland von Hodenberg (Konsulat der Geistigen Republik Zitzer in Bremen);

-Stand vom 7.10.1996 -

# Einer, der sich wehrte

Immer noch kämpft der Deserteur Ludwig Baumann dagegen, daß Menschen einander umbringen / Von Karl-Heinz Janßen

N ein, den Friedensnobelpreis hat er nun nicht bekommen. Ludwig Baumann, Deutschlands bekanntester Deserteur, lächelt fein. Wäre die Vorschlagung einer Potsdamer Initiative durchgedrungen – mehr als eine Geste wäre es nicht –, dann hätte sich die Stahlhelm-Riege der CDU/CSU im Bundestag nicht länger querlegen können, wenn über eine Rehabilitierung der wenigen noch lebenden Opfer einer blutrünstigen Wehrmachtsjustiz debattiert wird. Mit ihrer Begründung hatten die Potsdamer allemal recht: Es wäre „ein einfacher Mensch“ gehört worden, „dessen Lebensweg bestätigt, daß sich jeder gegen Ungerechtigkeit, Krieg und Völkermord zur Wehr setzen kann“.

Immerhin, zwei Friedenspreise – den Stievehäuser und den (alternativen) Aachen – hat dieser in Bremen wohnende „Hamburger Jung“ bereits empfangen. Auch zum Zeichen, daß der vielgerühmte Hanseatengeist nicht nur bei Senatoren, Bankiers, Reedern, Kaufleuten anzutreffen ist, sondern ebenso bei den kleinen Leuten.

Der eher zierliche Mann, dessen Leichtigkeit die Frage nach seinem Alter gar nicht erst aufkommen läßt, wirkt nordisch kühl, beherrscht, fast unbeteiligt, wenn er in Schulen und Akademien von seinen schrecklichen Kriegserlebnissen erzählt. Aber die gewollte Sachlichkeit ist nur der Schutzmantel einer empfindsamen Seele. Zehn Monate in der Todeszelle des Kriegsvermachungsfängnisses Bordeaux sind Baumann zum lebenslangen Trauma geworden. Auch jetzt noch suchen ihn Alpträume heim, und es ist stets die gleiche Szene: „Ich bin zwar begnadigt, und trotzdem holen sie mich zum Erschießen ab.“

Der Schlaf floh ihn schon als Kind, wenn ihm wundersame und schreckliche Ereignisse des Tages durch den Kopf gingen. Sein Vater, der aus ärmsten Verhältnissen zum Tabakgroßhändler aufgestiegen war, achtete streng darauf, daß sein einziger Sohn es ebenfalls zu etwas bringe. Doch mit den schulischen Leistungen haperte es, mochte sich die liebevolle Mutter noch so sehr mühen. Was weder Lehrer noch Eltern wußten: Das scheinbar dicktelle Kind war Legasthiker. Mit vierzehn begann Ludwig Baumann eine Maurellschule, mit fünfzehn verlor er seine Mutter, als er sie am meisten gebraucht hätte, mit neunzehn, bei Kriegsanfang, holte ihn die Kriegsmarine. Zu jenen Jünglingen, die begeistert ins Feld zogen, zählte er nicht. Der Vater hatte – im November 1932 – einmal die Nazis gewählt und es rasch bereut. Sein Sohn wurde von der Hitlerjugend erdrängt, sich ihr anzuschließen, aber er widerstand. Er war nicht aus dem Holze,

aus dem man Soldaten schnitzte. Den Vorgesetzten fiel er gleich unangenehm auf, als er sich weigerte, ihre Stiefel zu putzen. Sie rächten sich mit brutalem Strafeszieren und Wachschreiben.

Nach der Besetzung Frankreichs wurde Baumann einer Hafenkompagne in Bordeaux zugewiesen. „Dort traf ich auf Weggefährten, die ähnlich dachten wie ich.“ Mit seinem Freund Kurt Oldenburg beschloß er im Frühjahr 1942, ins unbegrenzte Vichy-Frankreich zu fliehen. Irrend wie Vichy-Frankreich über Marokko dort hin auszuwandern, wo die große Freiheit winkte: Amerika!

Über die Motive der Flucht hat Baumann oft nachgedacht. An eine Beweglichkeit kann er sich noch genau erinnern. Als sie in der Wochenschau die Bilder vom Winterkrieg in Rußland und von der Wollschensammlung für die deutschen Krieger sahen, fiel ihm als erstes ein, daß nun die Millionen von russischen Kriegsgefangenen auf freiem Feld bei minus vierzig Grad erfroren. Da mochte er nicht länger mitruhen.

Französische Freunde brachten die Fahnenflüchtigen zur Demarkationslinie. Dort wurden die beiden von einer Zollstreife erwischt. Obwohl sie sich zuvor aus der Waffenkammer Pistolen besorgt hatten, wagten sie es nicht, sich freizuschießen. Baumann: „Wir konnten einfach keine Menschen töten!“

Beide wurden zum Tode durch Erschießen verurteilt. Mit Ketten an Händen und Füßen gefesselt, warteten sie in Einzelzellen auf die Exekution. Jeden Morgen bei der Wachablösung durchführte der Schreck: Jetzt kommen sie... Erst nach zehn Monaten, vor dem Abtransport ins berüchtigte Moorlager Esterwegen, wurde dem Matrosengefreiten Baumann mitgeteilt, daß ihn der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine befreien nach sieben Wochen zu zwölf Jahren Zuchthaus begnadigt hatte. Den Gnadenakt verdankte Baumann seinem Vater: Der Großkaufmann kannte einen Geschäftspartner, der mit Großadmiral Raeder befreundet war.

Wie üblich, blieb die Zuchthausstrafe für die Dauer des Krieges ausgesetzt. Die beiden Kameraden gelangten, nach mehreren KZ-Stationen, ins Wehrmachtsgefängnis Torgau, wo fast täglich deutsche Soldaten hingerichtet wurden. Hier bereitete man sie auf ihren Einsatz im Strafbataillon 500 vor, einem Todeskommando, das die wenigsten überlebten, auch Baumanns Freund nicht. Er selber wurde 1944 in der Südkraine verwendet und hatte das Glück, daß im Lazarett Brünn ein tschechischer Arzt die Heilung bis zum Kriegsende hinausögerte.

Weihnachten 1945 war Baumann wieder zu Hause. Aber mit dem Leben kam er nun nicht mehr zurecht, zumal der Vater etwas wissen. Ludwig Baumann versuchte, das Grauen in der Todeszelle und der Front zu verdrängen, und Heimkehrer fühlte sich einsam und verlassen. Deserteure wurden als „Feiglinge“, „Dreckschweine“ und „Verfälscher“ verachtet und beschimpft. Nicht einmal die Geburt des sechsten Kindes starb die Frau. Dieser Schicksalsschlag brachte



Fotografie: Hans-Joachim Hesseberg

**Ludwig Baumann wird noch heute von Alpträumen heimgesucht, und es ist stets die gleiche Szene: „Ich bin zwar begnadigt, trotzdem holen sie mich zum Erschießen ab.“**

Kaufgetunnel der langen Samstage mit einem Plakat an die Hungernden der südlichen Hemisphäre erinnerte und alle Vierteljahr auf dem Bahnhof die jungen Rekruten vor ihrer Abfahrt in die Kasernen ermahnte: „Laßt euch nicht mißbrauchen! Beruft euch auf das Grundgesetz!“

Doch seine eigentliche Lebensaufgabe stand ihm noch bevor. Auf einmal wurden die Deserteure, nicht zuletzt dank neuer historischer Erkenntnisse, zu einem öffentlichen Thema; man errichtete ihnen sogar Denkmale. Jetzt kamen auch die Fakten auf den Tisch: 30.000 Todesurteile allein gegen Deserteure, davon mehr als 25.000 vollstreckt. Von denen, die nicht hingerichtet wurden, haben kaum 4.000 KZ-Haft und Strafbataillon überstanden. Etwa 200 leben noch und gelten bis zum heutigen Tage als vorbestraft!

Im Herbst 1990 gründete Baumann mit 36 alten Männern – „fast alle arm, fast alle gebrechlich“ – die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V., der ein wissenschaftlicher Beirat zugeordnet wurde. Seither ist er als Handlungsreisender in Sachen Wiedergutmachung unterwegs. Den vielen Einladungen zu Vorträgen, Gedächtnisveranstaltungen, Podiumsdiskussionen und den Interviewwünschen in ausländischer Medien kann er kaum noch nachkommen. Die Ansprechpartner im Bundestag und in den Behörden lernen seine Beharrlichkeit schätzen oder fürchten.

Beachtliches ist schon bewirkt worden. Bahnbrechend für ein neues Denken war das Grundsurteil des Bundessozialgerichts vom 11. September 1991, das den Hinterbliebenen hungerstarrer Soldaten eine Entschädigung zusprach. In der Rentenversicherung werden künftig die Straftaten der Deserteure, „Wehrkraftzersetzer“, Selbstverstümmler und Kriegsdienstverweigerer angerechnet. Wegweisend für den Gesetzgeber ist ein Satz im BSG-Urteil: Zu entschädigen seien „gleichermaßen Widerstandskämpfer, unpolitische Menschen, auch Feiglinge“ und treue Gefolgeleute in einem völkerrechtswidrigen Krieg.“

Das schönste Geburtstagsgeschenk – Ludwig Baumann wird am 13. Dezember 75 Jahre alt – bereitet dem Mann, der schon so lange um Rehabilitierung kämpft, die Justizministerin von Sachsen-Anhalt, Karin Schubert. Sie hat im Bundesrat einen nach allen Seiten abgedeckten Gesetzesentwurf eingebracht, der die pauschale Aufhebung der Unrechtsurteile und eine einmalige Entschädigung von je 7.500 Mark vorsieht.

Wie auch immer die Sache ausgeht, Ludwig Baumann wird weiter dafür kämpfen, „daß wir Menschen uns nicht gegenseitig umbringen“.

Baumann zur Umkehr in seiner Lebensführung. Er befreite sich von seiner Sucht, entschloß sich, seine Kinder allein aufzuziehen und ersparte ihnen so das Heim.

In den achtziger Jahren engagierte er sich in einer Dritte-Welt-Gruppe und in der Friedensbewegung. Den Bremen wurde der Mann bald vertraut, der im

# Sind die Deserteure die wahren Idioten?

Der Münchner Historiker Seidler und seine Gutachten zur NS-Zeit

Das Buch „Die Kollaboration 1939 – 1945“ von Franz W. Seidler gehört zu den zweifelhaftesten Machwerken der jüngsten deutschen Geschichtsschreibung – der Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer hat es in der AZ vom 24. Mai besprochen. In akribischer Recherchearbeit hat Seidler das Leben von rund 150 Personen in ganz Europa nachgezeichnet, die während des Zweiten Weltkriegs und deutscher Besatzungszeit mit den Nationalsozialisten zusammengearbeitet haben. Einer kritischen Wertung hat er sich dabei enthalten; vielmehr entlossen seiner deutschen Gelehrtenfeder Behauptungen wie „das französische Kulturleben“ sei während der deutschen Besatzung „aufgeblüht“. Kurt Sontheimer kam zu dem Schluß, Seidler wolle auf dem Umweg über die Kollaboration Nazi-Deutschland in einem besseren Licht erscheinen lassen. Franz W. Seidler ist nicht nur Professor für Neuere Geschichte an der Münchner Bundeswehrhochschule, sondern auch Gutachter im Streit um die Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz.

Über 30 000 Todesurteile und mehr als 100 000 Haftstrafen haben Wehrmichtsrichter gegen Menschen verhängt, die am verbrecherischen Angriffskrieg der Nazis nicht teilnehmen wollten. 51 Jahre nach dem Zweiten Weltkriegs streiten in Bonn die Politiker noch immer über die Rehabilitierung der NS-Kriegsjustizopfer. Während ehemalige Militärrichter wie Hans Filbinger (CDU) Ministerpräsidenten werden konnten, gelten die 300 heute noch lebenden Deserteure weiterhin als vorbestraft.

Der Einzelfall müsse geprüft werden, sagen politische Rechtsausleger wie der CSU-Abgeordnete Norbert Geis („Kein Persilschein für Deserteure“), denn längst nicht alle Deserteure hätten aus politischen Motiven gehandelt. Zur Untermauerung seiner These hat Geis Gutachter wie den ehemaligen NS-Militärrichter Otfried Keller oder den Münchner Professor Franz W. Seidler zur Anhörung geladen.

Der „Kollaborations“-Professor hat dann auch ein entsprechendes Gutachten erstellt: Die meisten Deserteure hätten mit ihrer Fahnenflucht nicht gegen

das Unrecht protestieren wollen, dazu seien sie von ihrem Bildungsstand her gar nicht in der Lage gewesen, behauptet



**Umstrittener Hochschullehrer: Franz W. Seidler.** Foto: Verlag

Seidler. Es handle sich bei ihnen um einfache Menschen, die oft aus zerrütteten Familienverhältnissen gekommen seien und keine abgeschlossene Berufsausbildung gehabt hätten.

Damit argumentiere Seidler in alter NS-Tradition, sagt der Freiburger Militärgeschichtler Manfred Messerschmidt: „Es ist haarsträubend. Er stellt die Deserteure mehr oder weniger als Idioten und Trottel hin und setzt damit eine Linie fort, die in der Nazizeit von der Wehrmacht vertreten wurde. Die haben da-

mals auch behauptet, daß 50 – 90 Prozent aller Deserteure 'Minderwertige und Asoziale' seien.“

Gefangengenommene Deserteure mußten oft unter unmenschlichen Bedingungen in Moorlagern zwangsarbeiten. Tausende verreckten. Für den Gutachter Seidler aber war die Verpflegung ausreichend; wer krank wurde, sei selber schuld gewesen: „Daß der Gesundheitszustand der Gefangenen im Laufe des Krieges rapide abnahm, lag daran, daß viele ihre Verpflegung gegen Rauchwaren tauschten und außerhalb des Lagers rohe Kartoffeln aßen.“

Für Ludwig Baumann sind solche Sätze wie Schläge ins Gesicht: Der heute 74jährige desertierte 1942, wurde erwischt und zum Tode verurteilt, lag zehn Monate lang an Händen und Füßen gefesselt in einer Todeszelle, ohne zu wissen, daß sein Urteil längst zu zwölf Jahren Zuchthaus umgewandelt worden war. „Es ist unglaublich, welche Wissenschaft Seidler betreibt. Den halt' ich für faschistisch, das hab' ich auch im Bundestag gesagt.“

Baumann hat mit dieser Aussage kaum Widerspruch geerntet, aber Franz W. Seidler lehrt weiter an der Bundeswehrhochschule. Ein Skandal, den der rechtspolitische Sprecher der Bündnisgrünen, Volker Beck, prüfen lassen will: „Ich bin erschrocken, daß Leute wie Seidler unsere Offiziere ausbilden. Es fehlt ihm an der notwendigen Distanz zum Dritten Reich.“

**Auf eine SPD-Anfrage bezüglich des Treibens von Franz W. Seidler antwortete das Verteidigungsministerium am 7. April 1996, es bestehe kein Anlaß für dienstrechtliche Maßnahmen oder ein Lehrverbot.**

Thomas Grasberger

Von ZDL Jörn Gieseke

Ludwig Baumann: Geboren am 13. Dezember 1921 in Hünzburg. Als 18jähriger einbezogen zum Dienst in der Wehrmacht. Im Mai 1942 desertiert und am 3. Juni gefasst beim Versteck, dem deutsch besetzten Teil Frank-

# „Solange noch einige von uns leben...“

Das erste Mal in einem Konzentrationslager zur Ehre von Pazifisten, Desertieren und Kriegsdienstverweigerern wurde im österreichischen Mauthausen enthüllt. – Auf ihre Rehabilitierung warten Wehrmachtsdeserteure noch immer.

richs zu verfasen. Vier Wochen später von einem NS-Militärgericht wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt und zehn Monate lang in Bordeaux in der Todeszelle inhaftiert. Am Ende und Führer geleistet. Möglich mit seiner Fahnenflucht verbunden. Gegen Ende des Krieges nach Internierung in mehreren KZs ins Stafastalation 500 an die Ostfront verlegt. Nach der Befreiung

trouren, Kriegsdienstverweigerer, Fahnenflüchtigen und „Wehrkraftzersetzer“ im Dritten Reich und, wie er immer wieder betont, um deren „Späte Würde“.

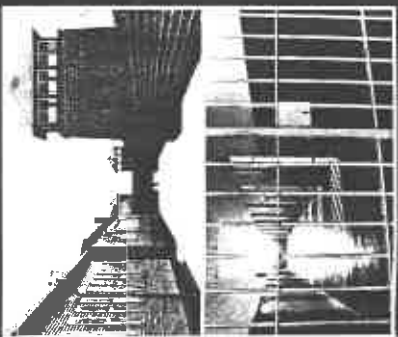
## Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerer

Als kleinen Baustein zur Wiederherstellung solcher Würde kann man sicherlich auch die Veranstaltung be-

trischer Sprecher der CDU/CSU, hat zum Bundesjahresbericht mehrfach erklärt, daß nur demjenigen die einmalige Entschuldigungsverweigerung von 7500 DM gezahlt wird, der nicht wegen zusätzlicher Straftaten verurteilt wurde. Auch zu diesem Thema äußert sich Ludwig Baumann. In seiner Rede auf der Gedenkfeier: „Wer könnte diese Deserteure aus Hitlers Wehrmacht überleben, aber dabei andere Straftaten – wie z.B. Diebstahl von Lebensmitteln oder Zerstörung von Gebäuden? Damit sollen nur die Deserteure die einzigen Soldaten der Wehrmacht sein, von denen eine Inhaftierung keine Straftat ist.“ Und er gibt sich kämpferisch: „Wir haben nach einem Leben der Erniedrigung nichts mehr zu verlieren und lassen uns nicht mit einer Entschuldigungsverweigerung abkommen. Solange noch einige von uns leben, werden wir weiter für eine eindeutige Rehabilitierung kämpfen, auch durch den Deutschen Bundestag.“ beschlossen wird die Feier mit der Enthüllung der Gedenktafel. Man fordert Ludwig Baumann auf, dies zu tun. Er ist bewegt, das ist ihm anzumerken. Ein Baby auf dem Arm seines Vaters, tritt ihm dabei, das Buch vorzulesen und so den Text sichtbar zu machen. Aus dieser Art von Anerkennung wird er seine Kraft schöpfen, sich weiterhin für die späte Würde einsetzen, die ihm und seinen Leidensgenossen zukommt. Und er ist in diesem Moment gewiss: Auch die Generalobern nach ihm werden seinen Traum vom Frieden weiterverfolgen und dafür kämpfen, daß „viele Menschen nicht gegenseitig umbringen“.

**Kontakte:**  
Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V., Herrn Ludwig Baumann  
Friedrich-Humbert-Str. 116  
D-28759 Bremen

Europäisches Büro für Kriegsdesertierungs-Entschuldigungsverfahren/Concilium  
Europa-Objekt (Mergelstraße der Gedenkfeier), Herrn Mike Schwärzel  
Rue van Elswyck 33, B-1050 Brüssel



Das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen. Foto: Dominik Grotzer

griffen, die an diesem 17. Mai 1997 stattfindet: Angelehnt an den internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer, der jährlich Mitte Mai begangen wird, soll im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen/Oberrösterreich im Rahmen einer Feierstunde eine Gedenktafel enthüllt werden, gewidmet den pazifistischen Widerständen in der Wehrmacht gegen Verbrechen und Krieg. Desertierer und Kriegsdienstverweigerer, in Erinnerung an zehntausende Opfer der NS-Militärjustiz.

Es ist das erste Mal, daß diejenigen, die dem deutschen Wehrmacht den Gehorsam verweigerten, die sich nicht mit schuldig machen an Hitler Deutschland verurteilt sind, in einem öffentlichen Konzentrationslager durch ein Mahnmahl geehrt werden.

## Streit um Rehabilitierung geht weiter

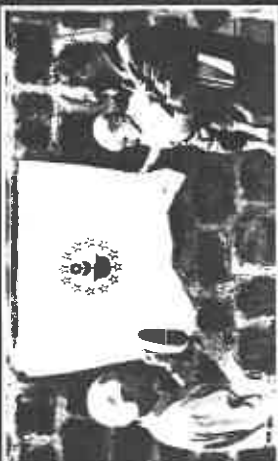
Daß es bei Wiedergewinnung und Rehabilitierung von Wehrmachtsdeserteuren nicht nur um Aufarbeitung von Vergehen geht, sondern daß dies auch einen starken symbolischen Wert für die Gegenwart ausstrahlt, machen nicht nur die Medien deutlich, auch die Antworten von jungen Kriegsdienstverweigerern aus dem ehemaligen Jugoslawien verweisen auf die unvorhergesehenen Aktualität des Themas, weltweit, auch in Litauen. Die Mitwirkung im Krieg, auf dem Balkan haben humanitäre Verbrechen begangen und sich dem Widerstand durch Flucht entzogen. Einmalig als Asylgrund anerkannt wurde. In der Türkei, die Anschluss an Europa sucht, wird Kriegsdienstverweigerung hart bestraft. Schon EU-Mitglied Griechenland lehnt mit seiner Gesetzgebung ein Verbleiben in der Bundesrepublik ab. In der Bundesrepublik Deutschland hat gerade zwei Tage vor der Gedenkfeier der Bundestag die Rehabilitierung des Wehrmachtsdeserteurs abgelehnt, und eine Entschuldigung angenommen – 52 Jahre nach Kriegsende! Eigentlich hätte dieser beschuldigt, Desertieren von damals ein großes Stück literarischer Würde geben können. Hauptkomponente ist jedoch nur ein Formelkomplex zwischen den beiden großen Parteien, drei Bausteine und seine Mitarbeiter. Vielmehr als historische Dokumentation, denn als Rehabilitierung einfließen, Norbert Geis z.B., rechtspho-

Einmalig als Asylgrund anerkannt wurde. In der Türkei, die Anschluss an Europa sucht, wird Kriegsdienstverweigerung hart bestraft. Schon EU-Mitglied Griechenland lehnt mit seiner Gesetzgebung ein Verbleiben in der Bundesrepublik ab. In der Bundesrepublik Deutschland hat gerade zwei Tage vor der Gedenkfeier der Bundestag die Rehabilitierung des Wehrmachtsdeserteurs abgelehnt, und eine Entschuldigung angenommen – 52 Jahre nach Kriegsende! Eigentlich hätte dieser beschuldigt, Desertieren von damals ein großes Stück literarischer Würde geben können. Hauptkomponente ist jedoch nur ein Formelkomplex zwischen den beiden großen Parteien, drei Bausteine und seine Mitarbeiter. Vielmehr als historische Dokumentation, denn als Rehabilitierung einfließen, Norbert Geis z.B., rechtspho-

Einmalig als Asylgrund anerkannt wurde. In der Türkei, die Anschluss an Europa sucht, wird Kriegsdienstverweigerung hart bestraft. Schon EU-Mitglied Griechenland lehnt mit seiner Gesetzgebung ein Verbleiben in der Bundesrepublik ab. In der Bundesrepublik Deutschland hat gerade zwei Tage vor der Gedenkfeier der Bundestag die Rehabilitierung des Wehrmachtsdeserteurs abgelehnt, und eine Entschuldigung angenommen – 52 Jahre nach Kriegsende! Eigentlich hätte dieser beschuldigt, Desertieren von damals ein großes Stück literarischer Würde geben können. Hauptkomponente ist jedoch nur ein Formelkomplex zwischen den beiden großen Parteien, drei Bausteine und seine Mitarbeiter. Vielmehr als historische Dokumentation, denn als Rehabilitierung einfließen, Norbert Geis z.B., rechtspho-

## Eindrücke, die kein Klassenraum der Welt vermitteln kann

Ludwig Baumann ist da. Er hat eine Rede gehalten. Für uns, 14 Zehner, die im Rahmen der Konferenz „Deserteure damals und heute“ die Veranstaltung besuchen, later Teil des historischen Exponats einer Vergangenheit, die aus Unrecht und Medien bekannt, teilweise allgegenwärtig ist und doch gleichzeitig unvorstellbar und unfaßbar bleibt. Zu diesem Erleben trägt auch die beeindruckende Atmosphäre des Konzentrationslagers bei, das wir bereits zwei Tage zuvor mit unserer Gruppe besucht haben. Hier sind Gassen zu sehen, in dem Menschen hingehaust worden sind, aufgrund von Gerichtsverfahren, die diesen Namen kaum verdienen eine Gaschamber zu betreten, nur einige Quadratmeter groß, in der Menschen industriell ermordet wurden; einen Operationstisch zu betreten, auf dem medizinische Experimente an Menschen vorgenommen wurden, an denen sie qualvoll zugrunde gingen; in senkrechter Mittagssonne die



Den pazifistischen Widerständen – die Gedenktafel.



durch die Alliierten zurückgelassen. In seine Geburtsstadt in der vergeblichen Hoffnung auf Anerkennung und Rehabilitation im jungen Sozialistischen Deutschland. 1990, nach jahrelanger Teilnahme der Bundesregierung an der Durchführung der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz. Seitdem kämpft Ludwig Baumann als Vorsitzender dieser Vereinigung zusammen mit 16 Weggefährten für die Entschuldigungsverweigerung von Deserteur-



Er gehorchte seinem Gewissen. Deshalb nannten sie ihn eine „feige Drecksau“.

Er zog die Konsequenzen. Deshalb haßten sie ihn. Er desertierte aus der Wehrmacht. Hitlers Justiz verurteilte ihn zum Tode. Heute ist Ludwig Baumann (75) für den Staat immer noch die feige Drecksau. Bonn hat Baumann und die anderen 200 lebenden Deserteure immer noch nicht rehabilitiert. Ein deutscher Skandal.



Aug' in Aug' mit dem Volkszorn: Ludwig Baumann in der Münchner Wehrmachtausstellung vor einem riesigen Bild mit Volksgenossen aus dem Dritten Reich. Für viele von ihnen war Baumann eine „feige Drecksau“.

„Zuningsstand her“ gar nicht in der Lage gewesen „politisch“ zu handeln: „Bei den Fahnenflüchtigen bis Juni 1944 handelte es sich in der Mehrzahl um einfache Menschen, oft aus zerrütteten Familienverhältnissen, denen politische Überlegungen oder gar gezielte Widerstandshandlungen fremd waren.“

Deserteure - dumm, faul, feige, undiszipliniert und versoffen: Das ist heute noch der Tenor von sogenannten Gutachtern wie Professor Seidler, der erst in der jüngsten Ausgabe des Nachrichtenmagazins „Focus“ eine ganze Seite bekommen hat, um sich über die Münchner Wehrmachtausstellung auszulassen.

Gerade in Zusammenhang mit der Ausstellung ist in den letzten Wochen viel von „Ehre“ und „Tapferkeit“ die Rede. Oft leere Worthülsen, wie das Beispiel des Wehrmachtsoffiziers Jürgen Schreiber zeigt. In den 90er Jahren hat sich Generalmajor Schreiber als Chef der Soldaten-Deserteure wie Ludwig Baumann. Für den General sind sie nur „Drückeberger“ gewesen.

Schreiber selbst war freilich auch nichts anderes: Im Februar 1945 wurde der Luftwaffen-Unteroffizier zur Infanterie an die Front versetzt. Sein Vater war zu dieser Zeit Generalrichter am Reichskriegsgericht und ein einflussreicher Mann. Der 19jährige Jürgen Schreiber schickte ihm ein ganzes Bündel von Briefen, die der Militärhistoriker Manfred Messerschmidt vor einigen Jahren in einem Prager Archiv entdeckte. Tenor der Schreiberbriefe: Lieber Papi, tu was, damit ich nicht an die Front muß!

Für Ludwig Baumann ist das eine kleine Genugtuung: „Das sind sie, die sogenannten Helden.“ Mit dem Begriff „Ehre“ kann der 75jährige ohnehin nicht mehr viel anfangen: „Ehre hat mit Glorifizierung und Heldenhaftigkeit zu tun. Die Helden aber waren oft jene, die am meisten gemordet haben.“

Baumann und den noch lebenden Deserteuren geht es „um unsere späte Würde“. In den letzten Jahren hat sich da einiges getan. Umfragen belegen, daß mehr als 80 Prozent der deutschen Bevölkerung für eine Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure sind. Nur im Bundestag gibt es immer noch eine kleine Gruppe von Menschen, die dafür sorgt, daß die Bluttatorte von damals heute noch rechtens sind.

# Die verlorene Ehre des Ludwig B.

Von Thomas Grasberger

Freitagvormittag, in einem Nebenraum des Münchner Rathaussaales. Während zwei Türen weiter Hunderte von Menschen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht betrachten, spricht der zierliche Mann mit den grauen Haaren zu einer Pasinger Schulklasse. Fast andächtig wirkt er, wenn er ruhig, aber eindringlich mit den Jugendlichen redet. Sie hören ihm aufmerksam zu.

Nein, er bereue nicht, was er damals getan hat. Obwohl er zehn Monate lang in der Todeszelle saß, um tagtäglich seiner Hinrichtung entgegenzublicken. Nichts bereue er, obwohl ihn die Alpträume bis heute plagten.

Ludwig Baumanns Kampf ist ein Kampf gegen die Alpträume, ein Kampf um Anerkennung und Wiedergutmachung. Der Mittelsbizer führt ihn friedlich und an vielen Fronten: in Bonn als Vorsitzender der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz; bei zahllosen Kundgebungen als Redner, vor Schulklassen als Zeitleuge.

„Ich habe aus meiner Geschichte gelernt, daß wir uns nie mehr dazu verführen lassen dürfen, andere Völker zu überfallen“, sagt der gelernte Maurer. Deshalb erzählt er immer wieder seine Geschichte. Sie beginnt im Juni 1942: Die Matrosengefreiten Ludwig Baumann und Kurt Oldenburg setzen sich von ihrer Hafenkompagnie in Bordeaux ab. Amerika ist ihr Ziel, Marokko ihr geplanter Fluchtweg, Frankreich ihr Schicksal.

Denn bereits an der Grenze zum nicht besetzten Teil des Landes werden die Deserteure von einer deutschen Zollstreife verhaftet. Obwohl Baumann und Oldenburg bewaffnet sind, schießen sie nicht.

„Ich war damals ein unpolitischer Mensch, aber zum Militär wollte ich nie. Das haben die gemerkt, deshalb haben sie mich von vornherein schikaniert“, erzählt Baumann heute. Die Entscheidung zur Fahnenflucht kommt ihm und seinem Freund bei der Wochenschau, als sie die Bilder vom Winterkrieg in Ruß-

## Deutsche Soldaten sind keine Mörder!



land sehen: „Für die deutschen Soldaten würden Wollschachen gesammelt, aber Millionen von russischen Menschen mußten erbärmlich erfrieren.“ Da beschließen die jungen Männer, nicht mehr mitzumachen. Aber ihr Plan scheitert.

Wegen Fahnenflucht im Feld werden Baumann und Oldenburg zum Tod durch Erschießen verurteilt. Tag für Tag warten sie in Ketten auf das nahe Ende, aber sie haben Glück im Unglück. Baumanns Vater - ein Hamburger Tabakgroßhändler - kennt einen Geschäftspartner, und der kennt einen General.

So wird Ludwig Baumann begnadigt, erfährt aber erst einmal nichts davon. Die Wehrmachts-Sadisten lassen ihn monatelang in tödlicher Ungewißheit, bevor er und Oldenburg über mehrere KZ-Stationen ins Wehrmachtgefängnis Torgau gebracht werden. Hier sind Hinrichtungen deutscher Soldaten durch deutsche Soldaten an der Tagesordnung.

Nächste Station: Strafbattalion 500, ein Todeskommando. Kurt Oldenburg fällt, Ludwig Baumann wird in der Südkraine verwundet. Erst Weihnachten 1945 ist für den 24jährigen der Spuk aus. Den Sprung ins

Mit dieser Postkarte macht die Tucholsky-Gesellschaft auf die Greuelthaten der deutschen Wehrmacht aufmerksam. Ludwig Baumann (r.) desertierte und muß bis heute büßen.

Leben aber schafft er zunächst nicht mehr. Alpträume Todeszelle, Alptraum Front, und die Nachkriegszeit ist auch nur ein böses Erwachen.

Denn aus Hitlers Volksgenossen werden über Nacht Adenauers Wirtschaftswunderkinder. Für Scham ist keine Zeit und Deserteure sind schlicht „Verräter“ und „Feiglinge“.

Ludwig Baumann säuft buchstäblich ab, in „viel zu viel Alkohol“. Als Handelsvertreter schlägt er sich mehr schlecht als recht durch. Seine Frau stirbt bei der Geburt des sechsten Kindes - das ist die Wende im Leben des fast gescheiterten Mannes. Er schwimmt sich frei vom Alkohol, zieht die Kinder alleine groß.

Ludwig Baumanns Stimme wird brüchig, wenn er heute über diese Zeit spricht. Sie hebt erst wieder an, wenn er bei den 80er Jahren anlangt: Friedensbewegung, Dritte Welt, Zettel verteilen in der Fußgängerzone seiner Heimatstadt Bremen. Der



Rentner wird politisch aktiv, denkt in großen Zusammenhängen, spricht über den Golfkrieg und Bosnien: „Paßt auf, vielleicht wird auch heute ganz was anderes verteidigt als die Demokratie“, sagt er über kriegerische Einsätze der Gegenwart.

Als 1986 das erste Denkmal für Deserteure in Bremen aufgestellt wird, beginnt der lange Kampf des Deserteurs Baumann. Er gründet die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz - zusammen mit 36 anderen alten Männern, die

fast alle gebrechlich und arm sind. Ganz im Gegensatz zu ehemaligen Wehrmachtsrichtern, denen die blutigen Roben bei ihren bundesrepublikanischen Karrieren nicht im Weg hingen.

30 000 Todesurteile haben diese Richter gesprochen, mehr als 25 000 wurden vollstreckt. Die Urteile gelten heute noch, und Ex-Richter wie Hans Filbinger brachten es in der Bundesrepublik sogar bis zum Ministerpräsidenten.

Baumann und seine wenigen Weggefährten hingegen müssen sich seit Jahren einem demütigenden Ritual unterziehen. Bonns konservative Machthaber unter der Federführung des rechten Rechtspolitikers Norbert Geis verlangen von jenen, die sich Hitlers Völkermord entzogen haben, eine Rechtfertigung in Einzelfallprüfungen.

So klingt seit Jahren die stramme Marschmusik, die jetzt anlässlich der Münchner Wehrmachts-Ausstellung in Peter Gauwellers rechtsextrêmes Solo mündete. Der Text zu dieser Musik geht so: Die einschlägigen Kriegsstrafbestimmungen der Wehrmacht, die zu den Deserteursurteilen führten, hätten sich damals „ohne Zweifel als rechtsstaatliche Verfahren“ und für die Angeklagten „als segensreich“ erwiesen.

Dies ist nicht etwa ein Zitat des Volksgerichtshof-Präsidenten Roland Freisler. Das hat vielmehr der ehemalige Marburger Landgerichtspräsident Otfried Keller am 29.11.1995 vor sich gegeben. Keller sprach als Sachverständiger der CDU/CSU bei einer Anhörung zur Rehabilitierung der Deserteure. Er muß es ja wissen, war er doch selbst Wehrmachtsrichter, der Todesurteile ausgesprochen hat.

Ludwig Baumann hat damals bei der Anhörung geschrien: „Ich halte das nicht aus.“ Er mußte aber noch mehr aushalten. Zum Beispiel von einem anderen Sachverständigen der CDU/CSU, Franz W. Seidler, Professor an der Bundeswehrhochschule in München.

Seidler ist schon mehrfach wegen stark rechtslastiger Schriften über die Wehrmacht und das Dritte Reich aufgefallen. Zuletzt mit einem Buch über NS-Kollaborateure in ganz Europa, das Seidler minutös recherchiert hat. Einer Wertung seines Faktenwustes hat er sich aber enthalten.

Als Sachverständiger im Rechtsausschuß hat Seidler im November 1995 den Gipfel des Zynismus geliefert, als er den Deserteuren vorwarf, „ichbezogen“ gehandelt zu haben. Die meisten seien „von ihrem Bil-

„Erst Weihnachten 1945 ist für ihn der Spuk aus.“

„Die blutbefleckten Roben der Wehrmachtsrichter.“

„Helden waren die, die am meisten gemordet haben.“



■ Recht ■

# Beschämend genug

Nach mehr als 50 Jahren will der Bundestag die Opfer der NS-Militärjustiz endlich rehabilitieren. Der Streit um die Wehrmachtsdeserteure wird damit nicht enden

VON HERTA DÄUBLER-GMELIN

■ 52 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind noch immer nicht alle Seiten der Nazi-Unrechtszeit aufgearbeitet: Erst im Herbst wird der Bundesjustizminister seinen Bericht vorlegen, der aufzeigen soll, welche Unrechtsurteile von NS-„Gerichten“ heute noch den Anschein der Gültigkeit besitzen, also noch ausdrücklich aufgehoben werden müssen. Und um die Rehabilitation und Entschädigung der vielen unschuldig verfolgten Wehrmachtsdeserteure ringt der Bundestag schon mehr als fünf Jahre. Dabei steht längst fest, daß durch Urteilsurteile der Nazi-Kriegsgerichte über 20 000 Fahnenflüchtige, Kriegsdiensverweigerer und sogenannte Wehrkraftverweigerer zum Tode verurteilt und die meisten auch hingerichtet wurden - aus den Militärgesetzen aller demokratischen Staaten der Anti-Hitler-Koalition ist nur ein derartiger Fall bekannt. Fest steht auch, daß Männer



**Herta Däubler-Gmelin** ist SPD-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Parteivorsitzende



Einer von über 20 000: hingerichteter Deserteur (1945) Foto: AKG Photo

mehr als fünf Jahren um eine Rehabilitierungserklärung gerungen. Anträge der SPD und der Grünen lagen vor - CDU/CSU und FDP indes sahen sich nicht in der Lage, Rehabilitation und Entschädigung mitzubeschließen.

Vor einem Jahr schien gar das endgültige Scheitern programmiert - das wäre schon deshalb beschämend, weil die wenigen Überlebenden immer älter und immer weniger werden. Die Auseinandersetzung schien festgefahren. Daß es jetzt dennoch gelungen ist, einen Kompromiß zu finden, ist der 8. Synode der EKD zu verdanken. Ihr ist es im November gelungen, Verbrechen und Unrecht jener Zeit ebenso klar herauszustellen, wie die Notwendigkeit zur Rehabilitation der Opfer zu betonen. Sie differenzierte in hilfreicher Weise: Respekt vor der Haltung gerade der Wehrmachtsdeserteure bedeutet nicht Verurteilung anderer Wehrmachtsoldaten, deren Vaterlandsliebe mißbraucht wurde.

Vor allem aber stellte sie die Unterschiede zwischen der NS-Wehrmacht in jenem völkerrightswidrigen Angriffskrieg damals und den Pflichten einer auf Gesetz und Verfassung gegründeten Bundeswehr und ihrer Soldaten in unserem heutigen Rechtsstaat heraus. Auf dieser Grundlage konnte ein neuer Anlauf versucht werden, der in einen Beschluß des Deutschen Bundestages einmünden soll: Rehabilitation der Opfer, eine symbolische Entschädigung von 7 500 Mark, die nicht auf eine Rente angerechnet wird, vor allem aber der Respekt vor Männern wie Ludwig Baumann und seinen Mitstreitern werden sie kennzeichnen. Zu Ende ist damit der Streit um Deserteure sicherlich nicht; aber ein kleines Stück Unrecht kann damit beseitigt werden. Nach mehr als 50 Jahren. Beschämend genug.

straf galten und weder Entschädigung noch Renten erhielten. Weder die Öffentlichkeit noch die Soldaten fragten nach ihren Gründen oder ihrem Leiden; Verachtung und Abscheu sind auch heute typischerweise von Personen zu vernehmen, die sich auch sonst gegen die Ausleuchtung jener Zeit oder die Wahrheit über die Rolle der Wehrmacht wenden. Vieles davon ist sicherlich nur mit der Furcht vor Fragen zu erklären, denen man sich nicht ausgesetzt sehen will, Fragen nach dem eigenen Verhalten, der eigenen Verantwortung, zu Kritik, Widerstand und Aufbegehren gegen das verbrecherische System damals, Fragen, die den eigenen Gehorsam, die damalige Pflichterfüllung und Vaterlandsliebe in einem ganz anderen Licht erscheinen lassen müßten. Der Deutsche Bundestag hat seit

Deutschland



Getöteter Deserteur (1945 in Aschaffenburg): „Die Flucht von der Fahne ist und bleibt das schimpflichste Verbrechen“

ZEITGESCHICHTE

## „Tür auf, Todesurteil“

Das Parlament in Bonn will die Deserteure des Zweiten Weltkriegs endlich rehabilitieren. Die Urteile der NS-Militärjustiz sollen für Unrecht erklärt werden, die bislang als vorbestraft geltenden Opfer oder deren Angehörige erhalten eine Entschädigung.

Zum Wehrkraftzersetzer wurde der Gefreite Johann Scholtyssek, 24, aus privatem Unglück. Als er 1942 von der Front heimkam, hatte seine Frau sich einen Liebhaber zugelegt. Aus Kränkung und im Zorn machte der Soldat gleich noch eine abfällige Bemerkung über den Feldzug des Führers. Das brachte ihn vor Gericht: Todesurteil wegen Zersetzung der Wehrkraft.

Nach einer Verwundung in Rußland durfte der Schütze Gerhard Fritsche 1943 auf Genesungsurlaub nach Hause. Der 19jährige hatte genug vom Krieg, er versteckte sich bei seiner Freundin in Berlin. Feldgendarmen griffen ihn auf; er kam vors Kriegsgericht und wurde wegen Desertion zum Tode verurteilt.

Der Matrose Ludwig Baumann, 20, entfernte sich im besetzten Frankreich im Juni 1942 von der Truppe. Acht Stunden später wurde er gefaßt: Todesstrafe.

Am Ende hatten die drei jungen Soldaten noch ziemlich viel Glück. Nach Wochen der Angst wurden ihre Todesurteile in Zuchthausstrafen umgewandelt. Anstatt hingerichtet zu werden, leisteten sie Zwangsarbeit. Mehr als 20 000 Deserteure der großdeutschen Armee kamen nicht davon, sie wurden erschossen oder erhängt.

Die etwa 300 noch lebenden Deserteure, Wehrkraftzersetzer und Kriegsdienstverweigerer warten bis heute auf Rehabilitierung und Entschädigung. Sie gelten noch immer als vorbestraft. Jetzt will ihnen der Bundestag Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Regierung und SPD einigten sich nach jahrelangem Gezerre darauf, daß die von der Wehrmachtjustiz verhängten Urteile „unter Anlegung rechtsstaatlicher Wertmaßstäbe Unrecht“ gewesen seien. Das gelte aber nicht, heißt es einschränkend weiter, für Taten, die auch heute strafwürdig

wären. Jede Desertion einzeln daraufhin zu prüfen sei jedoch nach so langer Zeit nicht mehr möglich. 7500 Mark sollen nun jedem Deserteur oder dessen Angehörigen als Entschädigung gewährt werden.

Für eine kleine Rente, wie sie die Grünen zusätzlich fordern und wie sie auch andere NS-Verfolgte erhalten, gibt es im Parlament keine Mehrheit. Da macht die CDU/CSU nicht mit: Die Deserteure sollen als eine besondere Gruppe behandelt und verstanden werden – vor allem aus Rücksicht auf die anderen Wehrmachtssoldaten.

Pauschal alle Deserteure zu rehabilitieren würde heißen, „daß wir auf der anderen Seite denen, die geblieben sind, sagen, daß sie generell rechtswidrig gehandelt haben“, meint der rechtspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Norbert Geis (CSU).

Immerhin bezeugt der Bundestag jetzt „den Opfern und ihren Familien Achtung

und Mitgefühl“. Und in der Resolution versichern die Parlamentarier vorsorglich, daß dies „keine Abwertung der deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs“ bedeute.

Der Gefreite Scholtyssek war 1941 auf Kreta leicht verwundet worden. Daheim in Bottrop sollte der gelernte Bergmann wieder in den Pütt fahren und Kohle fördern. In seiner Wohnung aber hatte sich ein fremder Mann breitgemacht, der sich mit Scholtysseks Frau offenbar gut verstand: Im Nebenraum krähte ein Baby.

„Natürlich habe ich ordentlich Krach gemacht und die rausgeschmissen“, sagt

Der Schwiegervater wurde nach dem Krieg ebensowenig zur Rechenschaft gezogen wie die Richter, die den jungen Gefreiten hastig und ohne ihn anzuhören verurteilt hatten (siehe Seite 68). Scholtyssek aber war vorbestraft.

Zu Recht, wie die Bundesregierung noch 1986 in einem Bericht ans Parlament behauptete: „Verurteilungen wegen Kriegsdienstverweigerung, Fahnenflucht oder Zersetzung der Wehrkraft haben im allgemeinen nicht gegen rechtsstaatliche Grundsätze verstoßen, da solche Handlungen auch in Ländern mit rechtsstaatli-

demüht.“ Ihn stört vor allem der Hinweis in der Resolution, daß Urteile für damals begangene Vergehen, die heute ebenfalls bestraft würden, weiter als rechtmäßig gelten sollen.

Daß die Deserteure nicht pauschal rehabilitiert werden und auch keine Rente bekommen, halten auch die Grünen für das entscheidende Manko der Bundestagsentschließung. „Deshalb können wir der Entschließung nicht zustimmen“, sagt der rechtspolitische Sprecher der Grünen, Volker Beck. „Wer sich am Vernichtungskrieg Hitlers nicht mehr beteiligt hat, hat in jedem Fall recht gehandelt. Er kann niemals zu Recht verurteilt worden sein.“

Die CDU/CSU ist mit der parlamentarischen Entschließung zufrieden. Ihr Rechts-Experte Geis merkt leicht mokant an, daß mancher Deserteur ja erst ein Delikt verübt und danach aus Angst vor Strafe Fahnenflucht begangen habe. So einer könne selbstredend nicht rehabilitiert werden.

Vergehen im Zusammenhang mit Desertion kamen aber häufig vor. „Fast jeder, der aus welchen Gründen auch immer abgehauen ist, brauchte doch Zivilkleidung, Nahrung und ein Fortbewegungsmittel“, sagt der Freiburger Militärhistoriker Wolfram Wette. Aber man dürfe „das damals verurteilte Hauptdelikt Desertion nicht in den Schatten möglicher Nebendelikte stellen“.

Auch Schütze Fritsche wurde straffällig, bevor er sich davonmachte: Er stahl Urlaubsscheine und fälschte sie. Er war 1941 als 17-jähriger zur Leibstandarte SS Adolf Hitler gekommen, „zur kämpfenden Truppe“.

Ein Oberschenkeldurchschuß und Lungenriß brachten ihn 1943 ins Lazarett und schließlich zum Genesungsurlaub nach Hause. „Als mir mein Vater dann erzählte, was sie hier mit den Juden machten, war es endgültig aus. Ich wollte nicht mehr zurück.“

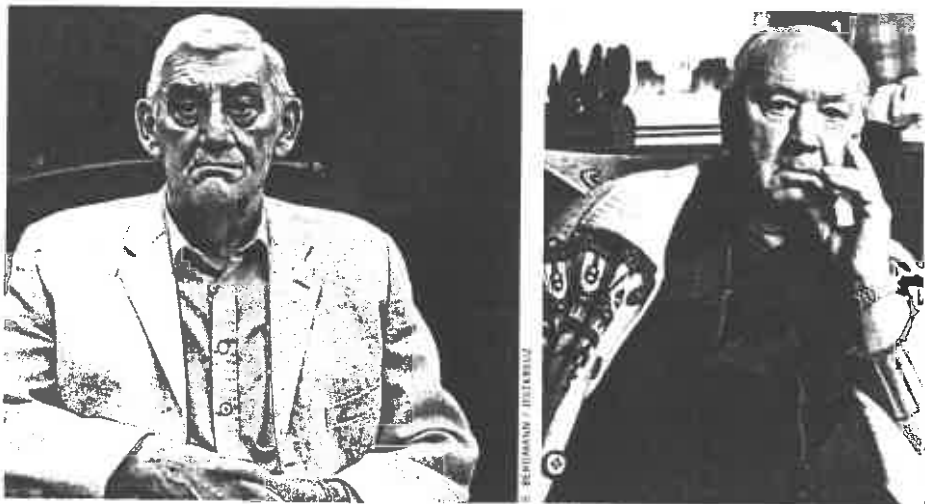
Und dann war da auch noch die 15 Jahre ältere Nachbarin, die früher bei den Schularbeiten behilflich gewesen war, und die nun durchaus Angenehmeres zu bieten hatte als der blutige Krieg im fremden Land: Unterkunft und ein warmes Bett.

Weil alles so schön glattlief, traute sich Fritsche bald schon wieder auf die Straße, holte gar eines Tages – naiv und frech –

seine Freundin in voller Uniform vom Arbeitsplatz im Polizeipräsidium am Alexanderplatz ab. „Da haben mich dann die Kettenhunde, die Feldgendarmen, geschnappt.“

Schon gefesselt am Hinrichtungspfahl, wurde er begnadigt. „Neun hatten sie vor mir schon erschossen.“

Da Fritsche vor seiner Fahnenflucht straffällig geworden war, weiß er jetzt noch nicht mal, ob er überhaupt die 7500 Mark Entschädigung bekommen wird, die ihm als Deserteur zustehen.



NS-Justizopfer Fritsche, Scholtyssek: „Ihr mit eurem Scheißkrieg“

Scholtyssek heute. Irgend etwas wie „Ihr mit eurem Scheißkrieg“ will er noch gerufen haben, so genau weiß er das nicht mehr. Sein Schwiegervater, Ortsgruppenleiter der NSDAP in Bottrop, denunzierte ihn.

SA-Männer holten Scholtyssek ab, verfrachteten ihn auf einen Lastwagen und brachten ihn mit 44 anderen Gefangenen nach Münster vor ein Sondergericht. Dort wurde Unrecht am Fließband gesprochen: „Tür auf, der nächste rein, Todesurteil. In 20 Minuten war alles vorbei.“

Tagelang lag Scholtyssek in Ketten gefesselt im Wasserturm von Münster, die Hinrichtung vor Augen. Dann wurde er ins Konzentrationslager Esterwegen gebracht, später als Zwangsarbeiter nach Calais. An der Küste mußte er tiefe Löcher für den Bau von Befestigungsanlagen in den Fels sprengen. Viele Mitgefangene warfen sich verzweifelt auf die Loren, in denen das gelöste Geröll an den Abgrund geschoben wurde und ließen sich mit dem Gestein 20 Meter tief in den befreienden Tod stürzen.

Scholtyssek hielt durch. Er war kräftig, und er hatte ein Ziel: „Ich wollte den Alten noch mal rankriegen, der mich denunziert hat.“ Viel wurde nicht daraus nach dem Krieg: „Einmal habe ich ihn zur Rede gestellt und angepackt, aber da ist der zur Polizei gelaufen, und die haben mich dann gleich festgenommen, nicht ihn.“

cher Verfassung während des Krieges mit Strafe bedroht waren.“

Erst das Bundessozialgericht bewertete die Vergangenheit grundlegend anders: Die Richter entschieden in einem aufsehenerregenden Urteil 1991, daß die Todesurteile „offensichtlich unrechtmäßig“, die Militärgerichte „Gehilfen des NS-Terrors“ gewesen seien.

Als der Matrose Ludwig Baumann im Juni 1942 in Bordeaux desertierte, wollte er mit einem Freund über den von Deutschen unbesetzten Teil Frankreichs nach Marokko und dann nach Amerika fliehen. Die beiden kamen nur ein paar Kilometer weit.

„Die Flucht von der Fahne ist und bleibt das schimpflichste Verbrechen, das der deutsche Soldat begehen kann“, urteilte das Feldkriegsgericht. Zehn Monate saß Baumann in der Todeszelle; zunächst zu zwölf Jahren Zuchthaus begnadigt, wurde er dann als Kanonenfutter in ein Strafbataillon an die Ostfront geschickt.

Baumann ist heute Vorsitzender der „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“. Er bemängelt, daß ihm und seinesgleichen jetzt vom Bundestag weder moralisch noch juristisch Genüge getan werde: „Wir werden mit diesem Beschluß nicht rehabilitiert, sondern erneut ge-

**„Wer sich am Vernichtungskrieg Hitlers nicht mehr beteiligt hat, hat in jedem Fall recht gehandelt“**

## EntschlieÙung

1. Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.
2. Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs wurden zehntausende deutscher Soldaten und Zivilpersonen Opfer von Verurteilungen wegen der Tatbestände "Kriegsdienstverweigerung", "Desertion/Fahnenflucht" und "Wehrkraftzersetzung". Tausende von ihnen wurden hingerichtet.
3. Der Deutsche Bundestag bezeugt den Opfern und ihren Familien Achtung und Mitgefühl. Er stellt fest, daÙ die von der Wehrmachtjustiz während des Zweiten Weltkriegs wegen dieser Tatbestände verhängten Urteile unter Anlegung rechtsstaatlicher WertmaÙstbe Unrecht waren. Anderes gilt, wenn bei Anlegung dieser MaÙstbe die der Verurteilung zugrundeliegende Handlung auch heute Unrecht wäre. Mehr als 50 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch Untersuchungen über jede einzelne Desertion anzustellen, ist unmöglich.
4. Eine Rehabilitierung von Deserteuren und die Entschädigung der berlebenden bedeuten keine Abwertung der deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs. Die meisten Soldaten wollten die Pflicht erfüllen, die sie ihrem Vaterland zu schulden glaubten, oder sie sahen keine Möglichkeit, sich dem Kriegsdienst zu entziehen. Was ein Soldat tut, ist nicht zu lösen von Zielsetzung und Moral seiner Führung. Vaterlandsliebe und Tapferkeit können miÙbraucht werden; sie sind Tugenden, wenn sie darauf gerichtet sind, Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit zu bewahren oder zu schaffen.

Die Bundeswehr ist Armee eines demokratischen Rechtsstaates. Das Grundgesetz der Bundesrepublik gewährt die Kriegsdienstverweigerung und verbietet jede auf einen Angriffskrieg angelegte Handlung; darüber hinaus ist den Soldaten der Bundeswehr gesetzlich verboten, verbrecherische Befehle zu befolgen. Deshalb kann die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer der Wehrmachtjustiz keine negativen Auswirkungen auf die Bundeswehr haben.

5. Leiden und Schmerzen der Opfer können durch materielle Entschädigung nicht ausgeglichen werden. Der Deutsche Bundestag geht aber davon aus, daÙ die Bundesregierung den Opfern der Wehrmachtjustiz bzw. ihren Angehörigen eine einmalige, nicht anrechenbare Leistung von DM 7.500 gewährt und dafür eine Antragsfrist bis zum 31. Dezember 1998 einräumt."

Leitartikel / 1. Okt. 97

## Deserteure fürchten um Entschädigung

### SPD und Grüne kritisieren die Pläne Waigels

Von Matthias Arning

SPD, Grüne und die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz haben Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) am Dienstag vorgeworfen, die vom Bundestag beschlossene Rehabilitation und Entschädigung von Deserteuren zu unterlaufen. Der Opferverband befürchtete, daß auch 52 Jahre nach Kriegsende kaum ein Deserteur entschädigt werde.

FRANKFURT A. M., 30. September. Der Vorsitzende der Bundesvereinigung, Ludwig Baumann, bewertete den vom Finanzministerium vorgelegten „Entwurf zur abschließenden Regelung der Rehabilitation und Entschädigung“ als „Betrug und eine erneute Demütigung“. Nachdem sich der Bundestag im Mai für die Rehabilitation und die Entschädigung der Opfer der nationalsozialistischen Militärjustiz ausgesprochen und das Bundesjustizministerium auf dieser Grundlage ein Gesetz zur Aufhebung von NS-Unrechtsurteilen des Volksgerichtshofs und der Standgerichte entworfen hat, verwässere das Papier das Bemühen des Parlaments.

Baumann nannte im Gespräch mit der *Frankfurter Rundschau* konkrete Beispiele. Während der Bundestag die von der Wehrmachtjustiz verhängten Urteile als „Unrecht“ bezeichnet hatte, heißt es in dem Text aus Waigels Ministerium: „Es wird von der Vermutung ausgegangen, daß Verurteilungen wegen der Tatbestände ‚Wehrkraftzersetzung‘, ‚Kriegsdienstverweigerung‘ oder ‚Fahnenflucht‘ aus heutiger Sicht bei der Anwendung rechtsstaatlicher Wertmaßstäbe Unrecht sind.“

Der Gesetzentwurf von Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) sieht angelehnt an die Absichten des Bundestages vor, Unrechtsurteile pauschal aufzuheben. Ziel sei, „über den Einzelfall hinausgehend, den vielen Menschen, denen Unrecht widerfahren ist, endlich Gerechtigkeit zu verschaffen“. Der einzelne Fall von Desertion werde nicht überprüft.

Das sehen Waigels Referenten offenbar ganz anders: Wenn in das Urteil des Volksgerichtshofs oder der Standgerichte auch andere Straftaten eingeflossen seien, „die auch heute Unrecht wären“, sei der Anspruch auf Rehabilitation wie auf die pauschal festgesetzten 7500 Mark Entschädigung verwirkt. Zugleich würden „die Witwen der vielen Tausenden hingerichteten und ermordeten Opfer von der Entschädigung ausgeschlossen“, die keinen Antrag auf Rehabilitation gestellt haben, rügte Baumann.

Ein weiteres Kriterium für die Rehabilitation der Opfer ist für den Vorsitzenden der Bundesvereinigung „skandalös“: In Waigels Entwurf wird auf den Paragraphen 6 des Bundesentschädigungsgesetzes verwiesen, der über Jahrzehnte hinweg benutzt wurde, um kommunistischen Verfolgten des nationalsozialistischen Regimes Entschädigungen zu verwehren. „Das schlägt dem Faß den Boden aus“, sagte der grüne Bundestagsabgeordnete Volker Beck. Für die SPD-Parlamentarierin Herta Däubler-Gmelin steht fest: „So kann das nicht bleiben.“ Der Entwurf Waigels entspreche nicht dem Beschluß des Bundestages, der „aber millimetergenau umgesetzt werden muß“, sagte Däubler-Gmelin der *FR*.

# Ein Alptraum ohne Ende

Auch 53 Jahre nach Kriegsende bleiben viele Nazi-Urteile gültig

Von unserem Redakteur  
**HAJO KRÄMER**

**Bonn/MZ.** Ludwig Baumann ist fassungslos. 53 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges bleibt der 76jährige Wehrmachts-Deserteur weiter vorbestraft, weil er sich dem Völkermord verweigert hatte. Die für heute angestrebte Verabschiedung eines endgültigen NS-Unrechtsaufhebungsgesetzes im Bundestag ist gescheitert. Die Unionsmehrheit im Rechtsausschuß hat eine entsprechende Kompromißformel, um die seit Monaten gestritten wird, erneut in letzter Minute verhindert.

„Ein Skandal“

Damit sei die Chance vertan worden, am heutigen 8. Mai, dem symbolträchtigen Jahrestag der Niederlage und Befreiung, „in würdiger Weise das schlimmste Kapitel des NS-Unrechts abzuschließen“, meint Volker Beck, rechtspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen. „Es wäre ein Skandal, wenn ganze Opfergruppen wie Deserteure oder Homosexuelle von einer vollständigen Rehabilitierung ausgeschlossen blieben.“

Der Bundestag hat sich dazu bekannt, daß der Krieg „ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen“ war, nimmt Baumann die Volksvertreter beim Wort. „Aber diejenigen, die sich diesem Vernichtungskrieg verweigerten, werden nicht wirklich freigesprochen. Denn die Urteile der Blutrichter, die 30 000 Deserteure hinrichten ließen, bleiben gültig“, empört sich der Vorsitzende der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz. Baumann selbst ist mit dem Leben davongekommen, nachdem er fast ein Jahr in der Todeszelle gesessen hatte. Psycho-Folter: Seine Begnadigung wurde ihm monatelang nicht mitgeteilt. Ein Alptraum, der bis heute geblieben ist: „Ich bin zwar begnadigt, aber trotzdem holen sie mich ab.“

Nach dem Krieg kommen neue Alpträume hinzu: Dreckschwein, Feigling, Verräter wird der einstige Deserteur Baumann von Leuten beschimpft, für die der 8. Mai 1945 nie ein Tag der Befreiung sein wird. Der Bremer ergibt sich dem Alkohol. Als seine Frau bei der Geburt des sechsten Kindes stirbt, erweckt dieser Schicksalsschlag den seelisch zerstörten Handels-

vertreter zu neuem Leben: Ludwig Baumann befreit sich von seiner Sucht, zieht seine Kinder allein auf und geht in die Offensive. Er engagiert sich in der Friedensbewegung und gründet schließlich 1990 für die 200 heute noch lebenden Leidenskameraden, die einst die Strafbataillone überstanden, die Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz. Seither kämpft er um die Aufhebung der Unrechtsurteile, „um die Wiederherstellung unserer Menschenwürde“.

Die deutsche Vereinigung macht dem leidgeprüften Mann Hoffnung auf ein allgemeines Rehabilitierungsgesetz. „Bei der Aufarbeitung der ostdeutschen Diktatur hat der Bundestag nicht gezögert und die ideologiegeprägten Waldheim-Urteile allesamt pauschal aufgehoben, obwohl dort auch Kriegsverbrecher verurteilt wurden“, so Baumann. „Wieso soll das für die NS-Justiz und deren Blut-Urteile nicht möglich sein?“

Wie nötig das ist, demonstriert 1996 der Fall des Widerstandskämpfers Dietrich Bonhoeffer. 51 Jahre nach seiner Ermordung stellt die Justiz plötzlich fest, daß die Todesurteile gegen viele Männer und Frauen des 20. Juli immer noch nicht formaljuristisch aufgehoben sind. Das gilt bis heute auch für viele Unrechtsurteile, die Nazi-Juristen in den besetzten Gebieten fällten.

Schaden für den Rechtsstaat

1997 beschließt der Bundestag schließlich ein Gesetz zur Entschädigung von Deserteuren, Kriegsdienstverweigerern und Wehrkraftzersetzer. Für den ermüdeten Ludwig Baumann „ein wichtiger Teilerfolg“. Aber konservative Kreise finden immer neue Vorbehalte, um eine Aufhebung der Urteile hinauszuzögern.

Jetzt wird sogar Schaden für den Rechtsstaat befürchtet. Bundesdeutsche Richter haben in den 50er Jahren viele Rehabilitierungsanträge mit der Begründung abgelehnt, die zugrundeliegenden NS-Urteile seien rechtens. Konsequenterweise müßten diese Urteile ja nun auch aufgehoben werden. Aber so weit soll es gar nicht gehen, meint Volker Beck. „Wir wollen nur die NS-Urteile tilgen. Die früher darauf basierenden bundesdeutschen Urteile bleiben dann einfach gegenstandslos im Raum stehen.“



# Aufhebung der NS-Urteile nur halbherzig

Bundestag verabschiedet NS-Schlußgesetz. Entscheidungen zu Zwangssterilisationen werden pauschal annulliert. Schwammige Formulierungen bei Urteilen gegen Deserteure. Grüne: Weitere Demütigungen ■ **Von Severin Weiland**

**Berlin (taz)** – Auch nach dem gestrigen Beschluß des Bundestages, mit dem die NS-Unrechtsurteile und alle Entscheidungen zur Zwangssterilisation nun gerichtlich aufgehoben werden können, bleibt es bei der Einzelfallprüfung für Deserteure. Die Grünen konnten sich nicht mit ihrer Forderung durchsetzen, die Urteile gegen Deserteure pauschal aufzuheben. Bereits im Rechtsausschuß des Bundestages hatten sich die Koalitionsparteien und die SPD auf einen Passus geeinigt, nach dem alle Urteile nach dem 30. Januar 1933 annulliert werden, die zur „Durchsetzung oder Aufrechterhaltung“ des

NS-Unrechtsregimes aus „politischen, militärischen, rassischen, religiösen und weltanschaulichen Gründen ergangen sind“. Insgesamt wird die Zahl der Unrechtsentscheidungen auf eine halbe Million geschätzt.

Bei den Urteilen zu „Kriegsdienstverweigerung, Desertion/Fahnenflucht, Wehrkraftersetzung“ machte der Rechtsausschuß allerdings eine Einschränkung. In seiner schriftlichen Begründung verweist er auf die Entschließung des Bundestages vom 15. Mai vergangenen Jahres. Darin wurde zwar festgehalten, daß die Urteile der Wehrmachtjustiz wegen De-

sertion „unter Anlegung rechtsstaatlicher Wertmaßstäbe auch heute Unrecht waren“. Zugleich war aber auf Druck konservativer Unionspolitiker der Satz eingefügt worden: „Anderes gilt, wenn bei Anlegung dieser Maßstäbe die der Verurteilung zugrundeliegende Handlung auch heute Unrecht wäre.“ Für den Rechtsexperten der Union, Norbert Geis, ist dieser Verweis eine eindeutige Klarstellung. Nur solche Urteile wegen Desertion könnten aufgehoben werden, die aus „politischen Gründen“ erfolgten.

Durch Geis' jüngste Äußerung sieht sich der bündnisgrüne Abge-

ordnete Volker Beck in seiner Befürchtung gestärkt, der Verweis auf die Entschließung vom Mai 1997 werde nur zu „weiteren Unklarheiten“ führen. Demütigungen von Deserteuren, die im Einzelfall nun die politische Motivation ihrer Tat nachweisen müßten, blieben so bestehen. Noch heute gelten vergleichsweise lapidare Begleiterscheinungen der Desertion – etwa Stehlen von Lebensmitteln oder Zivilkleidung – als strafbar. In der Begründung des Rechtsausschusses heißt es an anderer Stelle denn auch, die Aufhebung gelte nur für solche Urteile, die „eindeutig auf NS-Unrecht be-

ruhen“. Bei Entscheidungen, in denen „Straftaten der allgemeinen Kriminalität im Vordergrund stehen“, sei nur eine „teilweise Aufhebung zuzulassen“.

Nicht durchsetzen konnten sich die Grünen auch mit ihrer Forderung, Urteile nach den unter dem NS-Regime verschärften Homosexuellen-Paragrafen 175 (Unzucht zwischen Männern) und 175a/Nr.4 (Gewerbsmäßige Unzucht unter Männern) aufzuheben. Nunmehr werden nur jene Urteile be-seitigt, die auf eine „menschensrechtswidrige Verfolgung und Be-seitigung der Homosexuellen abzielten“.

**Severin Weiland**

**Gesetz  
zur Aufhebung nationalsozialistischer  
Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege und von  
Sterilisationsentscheidungen der ehemaligen Erbgesundheitsgerichte**

Vom 25. August 1998

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

in der Strafrechtspflege erlassen wurden, bleiben unberührt.

**Artikel 1**

**§ 6**

**Gesetz  
zur Aufhebung nationalsozialistischer  
Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege  
(NS-AufhG)**

**§ 1**

Durch dieses Gesetz werden verurteilende strafgerichtliche Entscheidungen, die unter Verstoß gegen elementare Gedanken der Gerechtigkeit nach dem 30. Januar 1933 zur Durchsetzung oder Aufrechterhaltung des nationalsozialistischen Unrechtsregimes aus politischen, militärischen, rassischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen ergangen sind, aufgehoben. Die den Entscheidungen zugrunde liegenden Verfahren werden eingestellt.

(1) Auf Antrag stellt die Staatsanwaltschaft fest, ob ein Urteil aufgehoben ist; hierüber erteilt sie eine Bescheinigung. Antragsberechtigt sind der Verurteilte, nach seinem Tode seine Verwandten und Verschwägerten gerader Linie, seine Geschwister, der Ehegatte und der Verlobte. Sind alle Antragsberechtigten verstorben oder ist ihr Aufenthalt unbekannt, so hat die Staatsanwaltschaft die Feststellung von Amts wegen zu treffen, wenn dafür ein berechtigtes Interesse dargetan wird.

**§ 2**

Entscheidungen im Sinne des § 1 sind insbesondere

(2) Zuständig ist die Staatsanwaltschaft, die das Verfahren eingeleitet hat, das der in § 1 genannten Entscheidung vorausgegangen ist. Wird am Sitz dieser Staatsanwaltschaft keine deutsche Gerichtsbarkeit ausgeübt oder läßt sich die Staatsanwaltschaft nicht bestimmen, so ist die Staatsanwaltschaft zuständig, in deren Bezirk der Betroffene zum Zeitpunkt der Tatbegehung seinen Wohnsitz hatte. Wird auch am Sitz der Staatsanwaltschaft keine deutsche Gerichtsbarkeit ausgeübt oder läßt sich diese Staatsanwaltschaft aus anderen Gründen nicht bestimmen, so wird die zuständige Staatsanwaltschaft durch den Bundesgerichtshof bestimmt. Die Staatsanwaltschaft teilt dem Bundeszentralregister die Feststellung der Urteilsaufhebung mit.

1. Entscheidungen des Volksgerichtshofes,
2. Entscheidungen der aufgrund der Verordnung über die Einrichtung von Standgerichten vom 15. Februar 1945 (RGBl. I S. 30) gebildeten Standgerichte,
3. Entscheidungen, die auf den in der Anlage genannten gesetzlichen Vorschriften beruhen.

(3) Absatz 1 Satz 2 und 3, Absatz 2 gelten für Entscheidungen nach § 4 sinngemäß.

**§ 3**

(1) Ist eine Entscheidung auf die Verletzung mehrerer Strafvorschriften gestützt und liegen die Voraussetzungen des § 1 Satz 1, auch in Verbindung mit § 2, nur hinsichtlich eines Teiles der Entscheidung vor, so wird die Entscheidung insgesamt aufgehoben, sofern der Teil der Entscheidung, der die Voraussetzung des § 1 Satz 1, auch in Verbindung mit § 2, erfüllt, nicht von untergeordneter Bedeutung ist.

**§ 7**

Die Aufhebung des Urteils umfaßt auch alle Nebenstrafen und Nebenfolgen.

(2) Erscheint nach Lage des Falles zweifelhaft, ob die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen, so ist die dem Täter günstigere Auslegung zugrunde zu legen.

**§ 8**

Eintragungen im Bundeszentralregister über Urteile, deren Aufhebung gemäß § 6 festgestellt worden ist, sind zu tilgen.

**§ 4**

(1) Ist die Entscheidung in Fällen des § 3 nicht vollständig aufgehoben, so wird auf Antrag der Teil der Entscheidung aufgehoben, für den die Voraussetzungen des § 1 Satz 1, auch in Verbindung mit § 2, vorliegen.

**Artikel 2**

**Gesetz  
zur Aufhebung von Sterilisationsentscheidungen  
der ehemaligen Erbgesundheitsgerichte**

(2) Über den Antrag entscheidet das Landgericht durch unanfechtbaren Beschluß.

**§ 1**

**§ 5**

Weitergehende Vorschriften, die zur Wiedergutmachung oder Beseitigung nationalsozialistischer Unrechts

(1) Die eine Unfruchtbarmachung anordnenden und noch rechtskräftigen Beschlüsse, die von den Gerichten aufgrund des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 (RGBl. I S. 529), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Februar 1936 (RGBl. I S. 119), erlassen worden sind, werden aufgehoben.

(2) Die Aufhebung kann nicht zum Nachteil eines Dritten geltend gemacht werden.

nungsblatt für die Britische Zone, S. 110; BGBl. III 316 -1a) tritt außer Kraft.

## § 2

Die Verordnung über die Wiederaufnahme von Verfahren in Erbgesundheitssachen vom 28. Juli 1947 (Verord-

## Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

---

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 25. August 1998

Der Bundespräsident  
Roman Herzog

Der Bundeskanzler  
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Justiz  
Schmidt-Jortzig

Der Bundesminister der Finanzen  
Theo Waigel

Anlage  
(zu Artikel 1 § 2 Nr. 3)

1. Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März 1933 (RGBl. I S. 141)
2. Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 (RGBl. I S. 175)
3. Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens vom 24. April 1934 (RGBl. I S. 341)
4. Gesetz zum Schutz der nationalen Symbole vom 19. Mai 1933 (RGBl. I S. 285)
5. Gesetz gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933 (RGBl. I S. 479)
6. Gesetz über Volksabstimmung vom 14. Juli 1933 (RGBl. I S. 479)
7. Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933 (RGBl. I S. 1016)
8. Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen vom 20. Dezember 1934 (RGBl. I S. 1269)
9. Reichsflaggengesetz vom 15. September 1935 (RGBl. I S. 1145)
10. Gesetz zum Schutze des Deutschen Blutes und der Deutschen Ehre vom 15. September 1935 (RGBl. I S. 1146)
11. Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935 (RGBl. I S. 1146)
12. Preußisches Gesetz über die Geheime Staatspolizei vom 10. Februar 1936 (G. S. 21)
13. Gesetz über die Hitlerjugend vom 1. Dezember 1936 (RGBl. I S. 993)
14. Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe vom 22. April 1938 (RGBl. I S. 404)
15. Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 (RGBl. I S. 414)
16. Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vom 6. Juli 1938 (RGBl. I S. 823)
17. Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 17. August 1938 (RGBl. I S. 1044)
18. Verordnung über Reisepässe von Juden vom 5. Oktober 1938 (RGBl. I S. 1342)
19. Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12. November 1938 (RGBl. I S. 1580)
20. Polizeiverordnung über das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit vom 28. November 1938 (RGBl. I S. 1676)
21. Verordnung über den Nachweis deutschblütiger Abstammung vom 1. August 1940 (RGBl. I S. 1063)
22. Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I S. 547)
23. Verordnung über die Beschäftigung von Juden vom 3. Oktober 1941 (RGBl. I S. 675)
24. Erlaß des Führers über die Rechtsstellung der NSDAP vom 12. Dezember 1942 (RGBl. I S. 733)
25. Polizeiverordnung über die Kenntlichmachung der im Reich befindlichen Ostarbeiter und -arbeiterinnen vom 19. Juni 1944 (RGBl. I S. 147)
26. Folgende Vorschriften des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871 in seiner am 30. Januar 1946 gültigen Fassung: §§ 2, 9, 10, 16 Abs. 3, § 42a Nr. 5, § 42k, 80 bis 94 einschließlich, § 102, 103, 112, 134a, 134b, 140, 140a, 140b, 141, 141a, 142, 143, 143a, 189 Abs. 3, § 210a, 226b, 291, 353a, 370 Nr. 3
27. Gesetz über Verhängung und Vollzug der Todesstrafe vom 29. März 1933 (RGBl. I S. 151)
28. Gesetz zur Gewährleistung des Rechtsfriedens vom 13. Oktober 1933 (RGBl. I S. 723)
29. Gesetz über Maßnahmen der Staatsnotwehr vom 3. Juli 1934 (RGBl. I S. 529)
30. Verordnung über das Sonderstrafrecht im Krieg und bei besonderem Einsatz (Kriegssonderstrafrechtsverordnung) vom 17. August 1938 (RGBl. 1939 I S. 1455)
31. Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. September 1939 (RGBl. I S. 1683)
32. Verordnung gegen Volksschädlinge vom 5. September 1939 (RGBl. I S. 1679)
33. Verordnung zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutz der Wehrkraft des deutschen Volkes vom 25. November 1939 (RGBl. I S. 2319)
34. Verordnung zum Schutze des Reichsarbeitsdienstes vom 12. März 1940 (RGBl. I S. 485)
35. Verordnung zum Schutze der Metallsammlung des deutschen Volkes vom 29. März 1940 (RGBl. I S. 565)
36. Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten vom 4. Dezember 1941 (RGBl. I S. 759)
37. Verordnung des Führers zum Schutze der Sammlung von Wintersachen für die Front vom 23. Dezember 1941 (RGBl. I S. 797)
38. Verordnung des Führers zum Schutze der Rüstungswirtschaft vom 21. März 1942 (RGBl. I S. 165)
39. Verordnung über den Schutz der Waffenabzeichen der Wehrmacht vom 3. Mai 1942 (RGBl. I S. 277)
40. Verordnung zur Sicherung des totalen Kriegseinsatzes vom 25. August 1944 (RGBl. I S. 184)
41. Polizeiverordnung über das Betreten von Seeschiffen in deutschen Häfen vom 16. September 1944 (RGBl. I S. 223)
42. Verordnung zur Sicherung des Fronteinsatzes vom 26. Januar 1945 (RGBl. I S. 20)
43. § 1 des Gesetzes zur Änderung des Reichsstrafgesetzbuches vom 4. September 1941 (RGBl. I S. 549)
44. Abschnitt IV der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des Deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (RGBl. I S. 35)
45. Verordnung des Reichsministers des Innern über das Verbot kommunistischer Demonstrationen im Freistaat Sachsen vom 21. Februar 1933 (RGBl. I S. 78)

46. § 5 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 (RGBl. I S. 83)
  47. Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am Deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe vom 28. Februar 1933 (RGBl. I S. 85)
  48. Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung vom 21. März 1933 (RGBl. I S. 135)
  49. Verordnung des Reichspräsidenten über die Gewährung von Straffreiheit vom 21. März 1933 (RGBl. I S. 134)
  50. Gesetz zur Abwehr politischer Straftaten vom 4. April 1933 (RGBl. I S. 162)
  51. § 1 des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 23. April 1936 (RGBl. I S. 378)
  52. Gesetz gegen Wirtschaftssabotage vom 1. Dezember 1936 (RGBl. I S. 999)
  53. Gesetz zum Schutze von Bezeichnungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vom 7. April 1937 (RGBl. I S. 442)
  54. Gesetz gegen Straßenraub mittels Autofallen vom 22. Juni 1938 (RGBl. I S. 651)
  55. §§ 3 und 8 des Gesetzes zur Änderung des Reichsstrafgesetzbuches vom 4. September 1941 (RGBl. I S. 549)
  56. Polizeiverordnung über das Photographieren und sonstige Darstellen verkehrswichtiger Anlagen vom 29. März 1942 (RGBl. I S. 156)
  57. Verordnung zur Erweiterung und Verschärfung des strafrechtlichen Schutzes gegen Amtsanmaßung vom 9. April 1942 (RGBl. I S. 174)
  58. Verordnung des Führers zum Schutz der Sammlung von Kleidung und Ausrüstungsgegenständen für die Wehrmacht und den Deutschen Volkssturm vom 10. Januar 1945 (RGBl. I S. 5)
  59. Volkssturmstrafrechtsverordnung (VOSTVO) vom 24. Februar 1945 (RGBl. I S. 34)
- einschließlich aller zusätzlichen Durchführungsbestimmungen, Verordnungen und Erlasse.

Ludwig Baumann  
Aumunder Flur 3  
28757 Bremen

Bremen, den 8.6.1998

Frau Professor  
Dr. Herta Däubler-Gmelin, MdB  
Bundeshaus

53113 Bonn

Liebe Frau Däubler-Gmelin

es berührt mich sehr, wie Sie sich in unserer Sache in Bonn engagieren und dann auch noch bei der OFD in Köln für Einzelschicksale kämpfen. Dafür möchte ich Ihnen nochmals ganz herzlich danken, auch namens der Mitglieder unserer Bundesvereinigung.

Unter dem Eindruck des Parlamentarischen Ringens um diese Regelung habe ich mich nach Ihrer Pressekonferenz am 27. Mai in Stellungnahmen, Interviews und Fernsehbeiträgen zunächst positiv zu diesem Gesetz zur Aufhebung der NS-Urteile geäußert. Das sehe ich heute anders, nachdem mir zuerst ein namhafter Jurist sagte, er sei von dem Gesetz „maßlos enttäuscht, denn für Deserteure bedeute es die Einzelfallprüfung, die wohl bei den Staatsanwaltschaften in Hamburg anders als in Bayern ausfallen wird.“

Nun wird meine Befürchtung immer stärker, daß wir das Gesetz in dieser Form nicht länger positiv würdigen können. Vielmehr möchte ich mit dazu beitragen, daß es nach einem - auch von mir erhofften - Wechsel der Bundesregierung möglichst schnell zu einer Nachbesserung kommen wird. Die Erkenntnis der Unzulänglichkeiten des Gesetzes für unsere Opfergruppe hat mich so geschockt, daß ich Nächte lang nicht mehr geschlafen habe. Ich habe das Gesetz mit seiner Anlage und seiner Begründung, sowie das Bundestagsprotokoll mit der abschließenden Beratung immer wieder gelesen und mich zusätzlich mit unserem Vorstand und anderen Sachkundigen verständigt. Aufgrunddessen bin ich nun sicher, daß das verabschiedete Gesetz - trotz seiner Klarheit für andere Opfergruppen - für uns Wehrmachtsdeserteure folgende gravierende Mängel hat:

1. In den vorangegangenen Gesetzentwürfen der SPD, der Grünen und auch der Koalition wurde explizit in § 2 festgestellt, daß die Urteile des Volksgerichtshofs, der Standgerichte, des Reichskriegsgerichts und der übrigen Militärgerichte NS-Unrecht und daher aufzuheben sind. In dem nun verabschiedeten Gesetz ist § 2 Nr. 3 gestrichen worden, mit der Folge, daß das Reichskriegsgericht und die Militärgerichte gar nicht mehr genannt werden. Anstelle dessen wird mit der Generalklausel in § 1 der Eindruck erweckt, als seien die Urteile gegen Wehrmachtsdeserteure mit der Formulierung „militärischen Gründen“ aufgenommen worden. Das ist aber nur insoweit richtig, wie die Voraussetzung vorliegt, daß sie „gegen elementare Gedanken der Gerechtigkeit“ verstoßen und „zur Durchsetzung oder Aufrechterhaltung des Nationalsozialistischen Unrechtsregimes“ gedient haben. Spätestens seit der Anhörung am 29.11.1995 im Rechtsausschuß des Bundestages weiß ich aber, daß alle von der Unionsfraktion eingeladenen



Sachverständigen und die meisten Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion genau diese Voraussetzung für unsere Verurteilungen entschieden bestritten haben und auch weiterhin bestreiten. Die Erklärung von MdB Löwisch in der Bundestagsdebatte vom 28. Mai 98 (Anlage 4 des Plenarprotokolls) belegt dies deutlich. Welche Auswirkungen wird dies auf die Staatsanwaltschaften haben? Außerdem: Wer von den wenigen noch Lebenden, meist gebrechlichen Betroffenen wird sich auf einer so unklaren Rechtsgrundlage nach einem Leben von Demütigungen durch Behörden und Gerichte noch zur Staatsanwaltschaft trauen, um statt der erhofften Rehabilitation möglicherweise eine Ablehnung zu erhalten?

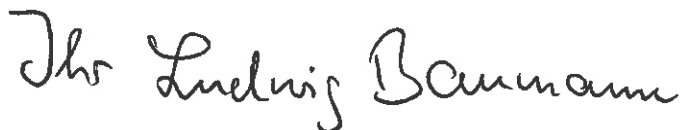
2. Die Feststellung in der Begründung des Rechtsausschusses zu § 1 des NS-AufhG greift bei den Wehrmachtsdeserteuren nicht, weil deren Urteile „im Einklang“ mit dem Bundestagsbeschluß vom 15. Mai 1997 „erfasst“ werden sollen. Dieser durchaus historische Beschluß sagt aber in Ziffer 3, daß die damaligen Urteile dann kein NS-Unrecht waren, „wenn die ihnen zugrundeliegenden Handlungen auch heute noch Unrecht sind“. Das ist bei der Fahnenflucht der Fall, sie ist auch heute Unrecht und wird bestraft, so daß den Wehrmachtsdeserteuren - anders als den Wehrkraftzersetzer und Kriegsdienstverweigerern - auch hiermit nicht geholfen wird.

3. Alle Urteile des Volksgerichtshofs und der Standgerichte werden mit dem NS-Aufhebungsgesetz (NSAufhG) pauschal aufgehoben. Mit der Anlage werden unter Nr. 30 auch die Urteile wegen Wehrkraftzersetzung und Kriegsdienstverweigerung nach der Kriegssonderstrafrechtsverordnung pauschal aufgehoben und unter der Nr. 32 alle Urteile der Sondergerichte und Militärgerichte auf der Grundlage der Volksschädlingsverordnung. Die Urteile gegen Wehrmachtsdeserteure bleiben dagegen in diesem Gesetz und seiner Anlage weiterhin ausgeklammert - obwohl das etwa die Hälfte aller Todesurteile der gesamten NS-Justiz waren, ca. 20.000! Dabei hatte selbst der Gesetzentwurf der Koalition vom 3. März 1998 noch die pauschale Aufhebung unserer Todesurteile vorgesehen. Auch hier fällt das jetzt beschlossene Gesetz weit hinter die vorausgegangenen Gesetzentwürfe zurück.

Liebe Frau Däubler-Gmelin, diese ernüchternde „Nachlese“ zu dem beschlossenen Gesetz, das am 1. Juli inkraft treten soll, können wir kaum fassen, ja sie würde uns verzweifeln lassen, gäbe es nicht die Hoffnung auf eine „Nachbesserung“ nach einem Regierungswechsel im Herbst 1998.

Wir wissen, wie aufopfernd Sie für uns gekämpft haben, um das Beste bei den gegenwärtigen parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen zu erreichen. Das werden wir auch weiterhin ganz deutlich öffentlich sagen. Wir hoffen und vertrauen fest darauf, daß es mit Ihrer Hilfe nach der Bundestagswahl ein Gesetz geben wird, mit dem alle - auch unsere Urteile - unmißverständlich aufgehoben werden.

Mit herzlichen Grüßen



Ludwig Baumann

16. Dezember 1998

Herrn  
Ludwig Baumann  
Aumunder Flur 3  
  
28757 Bremen

Lieber Herr Baumann,

vielen Dank für Ihr liebes Schreiben vom 5. Oktober 1998 und die darin ausgesprochenen Glückwünsche über die ich mich sehr gefreut habe.

Ich lasse - wie auch Sie - nicht davon ab, auch weiterhin die Rehabilitierung der NS-Opfer mehr als fünfzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs zu einem menschlich vertretbaren Abschluß zu bringen. Deshalb werde ich auch weiterhin versuchen, mehr aus der EntschlieÙung des Deutschen Bundestages vom 15. Mai 1997 und dem Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege herauszuholen.

Mit dieser Auffassung stehe ich nicht allein. Wie Sie sicher der Presse entnommen haben, haben die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und Bündnis 90/DIE GRÜNEN in ihre Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998 in Abschnitt IX Nr. 3 folgende Passage aufgenommen:

"Die Rehabilitierung und die Verbesserung der Entschädigung für Opfer nationalsozialistischen Unrechts bleibt fortdauernde Verpflichtung. Die neue Bundesregierung wird eine Bundesstiftung "Entschädigung für NS-Unrecht" für die "vergessenen Opfer" und unter Beteiligung der deutschen Industrie eine Bundesstiftung "Entschädigung für NS-Zwangsarbeit" auf den Weg

bringen. Nachteile in der Rentenversicherung und bei der Rehabilitation von NS-Opfern werden durch eine gesetzliche Ergänzung des geltenden Rechts ausgeglichen."

Bei der Prüfung der Frage, wie dieses Vorhaben umgesetzt werden kann, werde ich Ihre bedenkenswerten Vorschläge in die Überlegungen einbeziehen.

Mit freundlichen Grüßen und mit der herzlichsten  
Kant haten Wünschen für die kom-  
menden Tage



G. Hart - 

# Torgauer Gedenken

## Über die Schwierigkeiten, an einem Ort an Opfer aus zwei Diktaturen zu erinnern / Von Rolf Surmann

„Dem unbekanntem Deerteure“ widmen Kriegsdienstverweigerer das Denkmal, das sie 1986 in Bremen aufstellten. Unschwer zu bemerken: Es war die Zeit der Friedensbewegung, und dieses Denkmal war wohl das erste seiner Art in der Bundesrepublik. In dieser Zeit war es auch möglich, dass Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz nach Jahrzehnten andauernder Diskriminierung den Entschluss fassen konnten, gegen die weiterhin gültigen Urteile der Wehrmachtswitz anzugehen und sich gegen ihre gesellschaftliche Ächtung zur Wehr zu setzen. Heute geht es wieder um die Gestaltung eines Denkmals, das — auch — für sie errichtet werden soll. Doch dagegen protestieren sie heftig.

Dieses Denkmal soll in Torgau entstehen, einem Ort, der den meisten wohl am ehesten durch das symbolträchtige Zusammentreffen sowjetischer und US-amerikanischer Soldaten am Ende des Zweiten Weltkriegs bekannt ist. Doch Torgau war auch das Zentrum der NS-Militärjustiz. Zwei Militärgefängnisse gab es dort, ab 1943 residierte das Reichskriegsrecht in der kleinen Stadt. Von dem allein über 70 000 als Deserteure und Wehrkraftzersetzer durch diese Gerichte Verurteilten haben nicht einmal 4000 die Verfolgung in den KZs und Strafbatalionen überlebt. Torgau war zudem selbst ein Ort der Verfolgung. Die Inhaftierten mussten Erschießungen mit ansehen oder in ihren Zellen mit anhören. Zu ihnen gehörte der Deserteur Ludwig Baumann. Zum Tode verurteilt und in Eisen gelegt, erwartete er zehn Monate seine Hinrichtung, bis seine „Pegnadigung“ zu zwölf Jahren Zuchthaus endgültig feststand. Für ihn wie für die anderen zirka 800 Verfolgten der NS-Militärjustiz, die noch leben, ist Torgau deshalb der zentrale Ort ihres Gedankens.

Torgau hat auch eine Nachgeschichte. Von 1945 bis 1950 nutzte die sowjetische Militäradministration diese Anlage, bis 1989 diente sie der DDR-Justiz als Strafvollzugsanstalt. Seitdem ist sie fast vollständig zerstört. Während für die Opfer der NS-Militärjustiz bis heute kein Zeichen auf der Geschichte ihrer Verfolgung hinweist, ist in der Zeit von 1989 bis heute an die Nachgeschichte gleich zweifach erinnert worden. Ein großes Kreuz, von Geist-

lichen christlicher Konfession eingeweiht, wurde auf Betreiben der „Opfer des Stalins“ bereits 1992 aufgestellt. Doch auch einer einzelnen Person, des „Engels von Zinna“, wird mit einer Ehrenfahne gedacht. Gemeint ist Professor Dr. Friedrich Timm, der hier von 1950 bis 1955 inhaftiert war. Mit finanzieller Unterstützung durch die Stiftung Sächsischer Gedenkstätten kam diese Ehrung zu Stande.

Schon 1994, zwei Jahre vor Anbringung der Tafel, war einer wissenschaftlichen Studie allerdings zu entnehmen, dass die Arbeit über „Herkunft und Rasse im Zusammenhang mit Verbrechen“ vergeben werden sollte. Die Studie sollte die Herkunft und Rasse im Zusammenhang mit Verbrechen untersuchen und für „sehr gut“ befunden hatte. Die Besonderheit der Arbeit besteht darin, dass dieser Frage anhand von Tätowierungen nachgegangen werden war, die KZ-Arzt Erich Wagner laut eigener Aussage „von 800 Tätowierten der verschiedensten Bevölkerungsschichten (im KZ Buchenwald) gesammelt“ hatte. Seit den 60er Jahren wurde im Übrigen von Eugen Kogon und anderen bereits darauf hingewiesen, dass Wagners „Forschung“ das Interesse der herrschenden KZ-Kommandanten-Ehrentafel Koch auf tätowierte Häftlinge gelenkt und zur Herstellung von „Souvenirs“ aus menschlicher Haut geführt hatte.

Doch auch die Stufungsleistung kam zu der Auffassung, dass die Ehrung eines solchen Menschen, zumal als „Engel“, der Nachprüfung bedürfe. Ein Gutachten über die Biografie Timms wurde für notwendig befunden und ausgerechnet ihre eigene Torgauer Dependence damit beauftragt. Ein mittlerweile vorliegender Zwischenbericht macht jedoch wenig Hoffnung auf baldige Änderung sächsischer Erinnerungskultur.

Unkenntnis der wissenschaftlichen Literatur, vermutlich jedoch ihr Übergehen aus Gründen der Selbstrechtfertigung, steht zu vermuten, wenn vermerkt wird, erst „im Nachhinein“ hätten sich „Anhaltspunkte“ für Timms Beziehungen zum KZ Buchenwald

geben. Auch folgendes Beispiel für Forschungs- und Entscheidungsdrang findet sich: „Da sich unter den nach Kriegsende entdeckten menschlichen Präparaten von toten Häftlingen ... auch Stücke gegerbiter tätowierter Menschenaub befanden, sind weitere Nachforschungen über die Umstände der Entstehung dieser Dissertation und der von Wagner dankbar vermerkten „Bereitwilligen Unterstützung bei der Durchführung durch Prof. Timm dringend geboten.“ Im Übrigen soll „erst in diesem Zusammenhang“ die NSDAP-Mitgliedschaft Timms seit dem 1. Mai 1933 und seine Beurteilung durch die Parteigremien bewertet werden.

Gleichwohl ist man sich in Torgau darüber im Klaren, dass die örtliche Erinnerungspolitik nicht unbedingt als gelungen bezeichnet werden kann. Die Leitung der Gedenkstätte schrieb deshalb einen Ideenwettbewerb für die „Opfer politischer Gewaltverhaftung“ aus. Seine Ausrichtung gab Justizminister Heilmann, vor einigen Jahren als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten im Gespräch, mit dem Statement vor, das Gedanken an die Verfolgten nach 1945 sei ihm wichtiger als die Erinnerung an die NS-Opfer. So wundert es nicht, dass der Titel der Ausschreibung meint, dass er befürchten lässt. In den Gedanken für „die zu Unrecht Verfolgten der sowjetischen Besatzungsmacht“ und „die zu Unrecht Verfolgten der DDR-Justiz“ sollen nun „die zu Unrecht Verfolgten der Wehrmachtswitz“ einbezogen werden. Der preisgekrönte Entwurf setzt diese Vorgaben natürlich auch um. Vereinfacht skizziert, schlägt er die Schaffung einer gestuften Fläche mit Stelltafeln zu den drei genannten Gruppen vor.

Nicht, dass sich diese Lage verwundert es leicht eine Atmosphäre persönlicher Demützung. Im Beirat, der über die Gestaltung des Gedenkortes mitdiskutiert, steht der Deserteur Baumann sich deshalb vielfältigen Anfeindungen aus-

gebet der Staatsanwaltschaft stellen und

den. In der Mulde des jenseitigen Talhangs fand ich einen wilden Kirschenbaum, an dem die reifen Früchte glasig und hellrot hingen. Das Gras um den Baum war saft und abendlich grün. Ich griff nach einem Zweig und begann von den Kirschen zu pflücken. Das Glücksleben, das Alfred Andersch nach gelungener Desertion schildert, bleibt Ludwig Baumann und seinen Mitstreitern und Mitstreiterinnen bis heute verwehrt.

Dennoch, so spricht der Vorsitzende des Beirats fast vertraulich von „Adolf“ und von einer „adolfinischen Militärjustiz“, die es auch mit solchen zu tun gehabt habe, „die wegen Feigheit vor dem Feind belangt wurden“. Oder es kommt vor, dass man ihm vorwirft, er vertrete die Interessen der NS-Opfer lediglich deshalb so vehement, weil er darunter leide, nicht selbst erschossen worden zu sein. Wenige waren es nur, die, wie Ignatz Bubis, hiergegen auftraten.

Nun mag man einwenden, dass es sich hier (lediglich) um Jagdsenen in der Provinz handele. Doch im gesellschaftlichen Zusammenhang betrachtet erscheint diese Auseinandersetzung eher als Stein in einem Mosaik. Damit sind nicht nur die neuen Versuche angesprochen, die Wehrmachtswitz grundsätzlich zu diskreditieren. Auch scheinbar nebensächliche Vorkommnisse wie die Antrittsverleumdung eines Privatdozenten, die ihm zur Abqualifikation des Hitler-Attentäters Johann Georg Elser geriet, sind in diesem Kontext zu sehen. Vielleicht nicht zufällig sind beide Angriffe mit der Rehabilitierung der Deserteure direkt verbunden. Denn der öffentliche Nachweis, dass die Wehrmacht einen Vernichtungskrieg geführt hat, stärkt all diejenigen, die sich ihm in irgendeiner Form verweigerten. Der wissenschaftliche Vortrag hingegen, dem zufolge ein einfacher Mann wie Elser weder die moralische Kompetenz für ein Attentat auf Hitler gehabt, noch hinsichtlich verantwortungsvoll gegenüber Mitbetroffenen gehandelt habe, erinnert an das Prüfungsverlangen gegenüber den Opfern der NS-Militärjustiz. In allerkannter Form wird das Recht auf Widerstand und Verweigerung letztlich allein den „Eitlen“ zugesprochen, die anderen haben zu schweigen und zu gehorchen.

Obwohl im Mai 1997 der Deutsche Bundestag in seinem Beschluss zur Rehabilitierung der Wehrmachtswitz, Wehrkraftzersetzer und Kriegsdienstverweigerer feststellte, dass der II. Weltkrieg ein Angriffs- und Vernichtungskrieg war, kamen deren eindeutige Rehabilitierung und angemessene Entschädigung nicht zu Stande. Auch mit dem Gesetz zur Aufhebung der NS-Unrechtsurteile vom September 1998 wurden die Verurteilten nicht explizit und pauschal aufgehoben. Weiterhin müssen Deserteure erst Anträge bei der Staatsanwaltschaft stellen und

denkmal, das sie 1986 in Bremen aufstellten. Unschwer zu bemerken: Es war die Zeit der Friedensbewegung, und dieses Denkmal war wohl das erste seiner Art in der Bundesrepublik. In dieser Zeit war es auch möglich, dass Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz nach Jahrzehnten andauernder Diskriminierung den Entschluss fassen konnten, gegen die weiterhin gültigen Urteile der Wehrmachtswitz anzugehen und sich gegen ihre gesellschaftliche Ächtung zur Wehr zu setzen. Heute geht es wieder um die Gestaltung eines Denkmals, das — auch — für sie errichtet werden soll. Doch dagegen protestieren sie heftig.

Dieses Denkmal soll in Torgau entstehen, einem Ort, der den meisten wohl am ehesten durch das symbolträchtige Zusammentreffen sowjetischer und US-amerikanischer Soldaten am Ende des Zweiten Weltkriegs bekannt ist. Doch Torgau war auch das Zentrum der NS-Militärjustiz. Zwei Militärgefängnisse gab es dort, ab 1943 residierte das Reichskriegsrecht in der kleinen Stadt. Von dem allein über 70 000 als Deserteure und Wehrkraftzersetzer durch diese Gerichte Verurteilten haben nicht einmal 4000 die Verfolgung in den KZs und Strafbatalionen überlebt. Torgau war zudem selbst ein Ort der Verfolgung. Die Inhaftierten mussten Erschießungen mit ansehen oder in ihren Zellen mit anhören. Zu ihnen gehörte der Deserteur Ludwig Baumann. Zum Tode verurteilt und in Eisen gelegt, erwartete er zehn Monate seine Hinrichtung, bis seine „Pegnadigung“ zu zwölf Jahren Zuchthaus endgültig feststand. Für ihn wie für die anderen zirka 800 Verfolgten der NS-Militärjustiz, die noch leben, ist Torgau deshalb der zentrale Ort ihres Gedankens.

Torgau hat auch eine Nachgeschichte. Von 1945 bis 1950 nutzte die sowjetische Militäradministration diese Anlage, bis 1989 diente sie der DDR-Justiz als Strafvollzugsanstalt. Seitdem ist sie fast vollständig zerstört. Während für die Opfer der NS-Militärjustiz bis heute kein Zeichen auf der Geschichte ihrer Verfolgung hinweist, ist in der Zeit von 1989 bis heute an die Nachgeschichte gleich zweifach erinnert worden. Ein großes Kreuz, von Geist-

lichen christlicher Konfession eingeweiht, wurde auf Betreiben der „Opfer des Stalins“ bereits 1992 aufgestellt. Doch auch einer einzelnen Person, des „Engels von Zinna“, wird mit einer Ehrenfahne gedacht. Gemeint ist Professor Dr. Friedrich Timm, der hier von 1950 bis 1955 inhaftiert war. Mit finanzieller Unterstützung durch die Stiftung Sächsischer Gedenkstätten kam diese Ehrung zu Stande.

Schon 1994, zwei Jahre vor Anbringung der Tafel, war einer wissenschaftlichen Studie allerdings zu entnehmen, dass die Arbeit über „Herkunft und Rasse im Zusammenhang mit Verbrechen“ vergeben werden sollte. Die Studie sollte die Herkunft und Rasse im Zusammenhang mit Verbrechen untersuchen und für „sehr gut“ befunden hatte. Die Besonderheit der Arbeit besteht darin, dass dieser Frage anhand von Tätowierungen nachgegangen werden war, die KZ-Arzt Erich Wagner laut eigener Aussage „von 800 Tätowierten der verschiedensten Bevölkerungsschichten (im KZ Buchenwald) gesammelt“ hatte. Seit den 60er Jahren wurde im Übrigen von Eugen Kogon und anderen bereits darauf hingewiesen, dass Wagners „Forschung“ das Interesse der herrschenden KZ-Kommandanten-Ehrentafel Koch auf tätowierte Häftlinge gelenkt und zur Herstellung von „Souvenirs“ aus menschlicher Haut geführt hatte.

Doch auch die Stufungsleistung kam zu der Auffassung, dass die Ehrung eines solchen Menschen, zumal als „Engel“, der Nachprüfung bedürfe. Ein Gutachten über die Biografie Timms wurde für notwendig befunden und ausgerechnet ihre eigene Torgauer Dependence damit beauftragt. Ein mittlerweile vorliegender Zwischenbericht macht jedoch wenig Hoffnung auf baldige Änderung sächsischer Erinnerungskultur.

Unkenntnis der wissenschaftlichen Literatur, vermutlich jedoch ihr Übergehen aus Gründen der Selbstrechtfertigung, steht zu vermuten, wenn vermerkt wird, erst „im Nachhinein“ hätten sich „Anhaltspunkte“ für Timms Beziehungen zum KZ Buchenwald

geben. Auch folgendes Beispiel für Forschungs- und Entscheidungsdrang findet sich: „Da sich unter den nach Kriegsende entdeckten menschlichen Präparaten von toten Häftlingen ... auch Stücke gegerbiter tätowierter Menschenaub befanden, sind weitere Nachforschungen über die Umstände der Entstehung dieser Dissertation und der von Wagner dankbar vermerkten „Bereitwilligen Unterstützung bei der Durchführung durch Prof. Timm dringend geboten.“ Im Übrigen soll „erst in diesem Zusammenhang“ die NSDAP-Mitgliedschaft Timms seit dem 1. Mai 1933 und seine Beurteilung durch die Parteigremien bewertet werden.

Gleichwohl ist man sich in Torgau darüber im Klaren, dass die örtliche Erinnerungspolitik nicht unbedingt als gelungen bezeichnet werden kann. Die Leitung der Gedenkstätte schrieb deshalb einen Ideenwettbewerb für die „Opfer politischer Gewaltverhaftung“ aus. Seine Ausrichtung gab Justizminister Heilmann, vor einigen Jahren als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten im Gespräch, mit dem Statement vor, das Gedanken an die Verfolgten nach 1945 sei ihm wichtiger als die Erinnerung an die NS-Opfer. So wundert es nicht, dass der Titel der Ausschreibung meint, dass er befürchten lässt. In den Gedanken für „die zu Unrecht Verfolgten der sowjetischen Besatzungsmacht“ und „die zu Unrecht Verfolgten der DDR-Justiz“ sollen nun „die zu Unrecht Verfolgten der Wehrmachtswitz“ einbezogen werden. Der preisgekrönte Entwurf setzt diese Vorgaben natürlich auch um. Vereinfacht skizziert, schlägt er die Schaffung einer gestuften Fläche mit Stelltafeln zu den drei genannten Gruppen vor.

Nicht, dass sich diese Lage verwundert es leicht eine Atmosphäre persönlicher Demützung. Im Beirat, der über die Gestaltung des Gedenkortes mitdiskutiert, steht der Deserteur Baumann sich deshalb vielfältigen Anfeindungen aus-

# Allmählich läuft Wehrmachtsdeserteure die Zeit davon

## Bei Amtsantritt versprach Rot-Grün eine eindeutige Rehabilitierung – zu sehen ist davon noch immer nichts

Von Eckhard Stengel (Bremen)  
Die Bundesregierung hat noch immer nicht ihre Ankündigung verwirklicht, Wehrmachtsdeserteure eindeutiger als bisher vom Makel der Vorstrafe zu befreien.

„Uns ist ein Traum in Erfüllung gegangen“, freute sich der Vorsitzende der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, Ludwig Baumann, als der Bundestag im Mai 1998 das Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile verabschiedete. Endlich seien die verurteilten Wehrmachtsdeserteure rehabilitiert, glaubte Baumann. Erst nach genauerem Studium merkte er, dass er sich zu früh gefreut hatte: Die Deserteure sind nicht so eindeutig vom Makel des Straftäters befreit, wie ihre Vereinigung jahrelang gefordert hatte. Das Gesetz, von CDU/CSU und damaliger SPD-Opposition beschlossen,

hebt alle Urteile auf, die „unter Verstoß gegen elementare Gedanken der Gerechtigkeit (...) zur Durchsetzung oder Aufrechterhaltung des nationalsozialistischen Unrechtsregimes aus politischen, militärischen, rassischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen ergangen sind“.

Neben dieser auslegungsbedürftigen Generalklausel nennt das Gesetz Urteile, die auf jeden Fall als aufgehoben gelten – etwa die des Volksgerichtshofes oder auch Urteile nach dem „Gesetz gegen Straßenraub mittels Autofallen“ von 1938.

Tausende von Todesurteilen wegen Fahnenflucht (die nicht alle vollstreckt wurden) stehen nicht auf dieser Liste. Bei ihnen kommt es auf den Einzelfall an. „Natürlich wird ein Urteil gegen einen Deserteur nur dann aufgehoben, wenn er Widerstand gegen das Naziregime geleistet hat“, interpretierte der CDU-Politiker Norbert Geis im Bundestag die Neuregelung. Als

der Grüne Volker Beck mangelnde Rechtsklarheit rügte, rief Geis: „Dann haben wir es ja richtig gemacht!“ Ob Deserteure unter das Aufhebungsgesetz fallen, können sie oder ihre Hinterbliebenen bei derjenigen Staatsanwaltschaft überprüfen lassen, die damals die Anklage erhoben hatte. „Das ist unzumutbar und entwürdigend“, findet der 78-jährige Baumann.

Auch SPD und Grüne wollten diese Regelung so nicht stehen lassen. Als sie die Regierung übernahmen, vereinbarten sie eine „gesetzliche Ergänzung des geltenden Rechts“. Darauf warten Baumann und seine Mitsstreiter bis heute vergeblich. Seit Monaten verhandelt der harnäckige Bremer darüber mit Justizministerin Herta Däubler-Gmelin. Immer wieder bekundeten die SPD-Politikerin dabei ihr Wohlwollen, und er bescheinigt ihr „besten Willen“. Aber zugleich vertröstet sie ihn stets auf später. Seit kurzem macht das Ministeri-

um ihm gar keine Hoffnung mehr. Sprecher Thomas Weber sagte jetzt der FR, es gebe derzeit keinen „praktischen Anlass“ für eine Neuregelung, nämlich keinen konkreten Fall, in dem ein Deserteur mit einer Einzelfallprüfung gescheitert sei.

Kein Wunder, denn die Betroffenen stellen gar nicht erst solche Anträge, sondern warten auf eine pauschale Rehabilitierung. Unterstützung bekommen sie jetzt von Günter Saathoff, dem zuständigen Mitarbeiter der Grünen-Bundestagsfraktion. Er verstehe nicht, warum das Justizministerium noch immer keinen Änderungsentwurf vorgelegt habe, „obwohl das von uns schon einige Male angemahnt wurde“, sagte Saathoff der FR. „Direkt nach der Sommerpause“ wolle er das Thema noch einmal aufgreifen. Unterdessen läuft die Zeit davon. Baumanns Optervereinigung hatte vor neun Jahren 37 Gründungsmitglieder. Heute leben davon noch elf.

SZ-Interview mit dem Vorsitzenden der NS-Militärjustiz-Opfer

# Baumann: Wehrmachts-Deserteure immer noch benachteiligt

Rot-grüne Regierung an Zusagen erinnert / Am 20. Juli Gedenkfeier im Bendlerblock auch für Fahnenflüchtige

Nach der offiziellen Gedenkfeier der Bundesregierung zum 20. Juli wird im Bendlerblock auch eine Gedenkfeier für die Deserteure stattfinden. Der ehemalige Deserteur Ludwig Baumann, 78 Jahre alt, wird einen Kranz niederlegen und eine kleine Ansprache halten. Baumann wurde 1942 zum Tode verurteilt, später aber zu zwölf Jahren Haft begnadigt. 1990 hat Baumann mit 36 anderen Deserteuren die Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz gegründet, dessen Vorsitzender er ist. Mit Ludwig Baumann sprach Marianne Heuwagen

**SZ:** Kranzniederlegungen für Deserteure gab es schon früher im Bendlerblock. Was ist in diesem Jahr anders?

**Baumann:** Die Bundeswehr hat über viele Jahre versucht, unsere Rehabilitierung im Rechtsausschuss des Bundestages zu verhindern. Sie hat immer die Traditionsbindung zur Wehrmacht betont, weshalb Deserteure für sie auch ein ungeliebtes Thema waren. Deshalb ist es für uns jetzt eine gute Sache, dass sie uns nun erlaubt, nach der offiziellen Gedenkveranstaltung auch unserer Opfer zu gedenken, denn es geschieht erstmals unter dem Hausrecht der Bundeswehr.

**SZ:** Was empfinden Sie persönlich an so einem Tag?

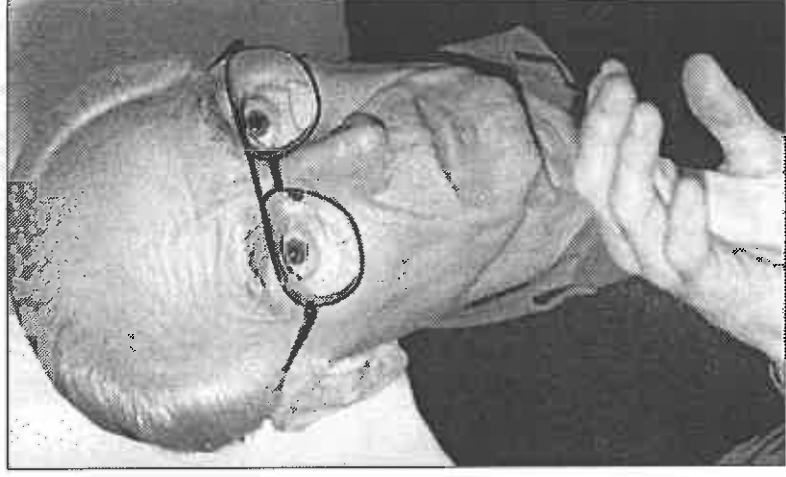
**Baumann:** An uns wurde einer der blutigsten Verfolgungen der ganzen deutschen Geschichte begangen. Es sind über 30 000 Todesurteile gegen Deserteure ausgesprochen worden, über 20 000 sind hingerichtet worden. 10 000 haben hohe Zuchthausstrafen erhalten, nicht einmal 4000 haben den Krieg überlebt. Wenn wir an diesem Ort, in der Gedenkstätte des Deutschen Widerstandes, unserer Toten gedenken können, dann ist das für mich ein bewegender Augenblick.

**SZ:** Der Bundestag hat doch im Mai 1998 die Nazi-Urteile aufgehoben, fühlen Sie sich damit ausreichend rehabilitiert?

**Baumann:** Wir haben um dieses Gesetz lange gekämpft. Aber wir wollten immer, dass die Urteile pauschal aufgehoben werden. Dies ist nicht geschehen, was für uns tragisch ist. Es wurde immer gesagt, dass wir nicht pauschal rehabilitiert werden könnten, weil damit alle Soldaten der Wehrmacht, das waren 18 Millionen, ins Unrecht gesetzt würden.

**SZ:** Was bedeutet das jetzt konkret?

**Baumann:** Die Urteile des Volksgerichtshofs, der Standgerichte, der Sondergerichte und 59 in der Anlage genannten



Ludwig Baumann

Foto: dpa

te Delikte sind alle explizit aufgehoben worden. Nur die Deserteure müssen bei der Staatsanwaltschaft einen Antrag stellen. Die hebt das Urteil auf, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind. Dazu gehört, dass das Urteil gegen den elementaren Gedanken der Gerechtigkeit verstößen haben muss. Aber es gibt doch wohl Staatsanwälte, die da anderer Auffassung sind, so dass eine solche Aufhebung für einen Deserteur regelrecht zu einem Spießrutenlaufen werden kann. Unsere Männer sind ein Leben lang diskriminiert worden. Wir sind als Feiglinge und Vaterlandsverräter beschimpft worden, bis wir uns selber schuldig gefühlt haben. Diejenigen, die noch leben, sollen nicht mehr zur Staatsanwaltschaft gehen müssen. Diese Entwürdigung tun wir uns nicht an.

**SZ:** Was erwarten Sie nun von der rot-grünen Bundesregierung?

**Baumann:** Es steht in der Koalitionsvereinbarung, dass dieses Gesetz verabsert werden soll. Wir haben nun zwei Jahre lang gewartet. Die Justizministerin hat es mir sogar noch einmal schriftlich versprochen, dass dies geschehen soll. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass das Gesetz geändert wird.



# Frankfurter Rundschau

20. Juli 2000 / Seite 1

## Zeremonie für NS-Deserteure

### Erstmals Kranzniederlegung in Gedenkstätte des Widerstands

Von Karl Heinz Baum

Erstmals wird am heutigen Donnerstag in der Berliner Gedenkstätte „Deutscher Widerstand“ im Bendlerblock ein Kranz zur Erinnerung an die zu Zuchthaus oder zum Tode verurteilten Kriegsdienstverweigerer und Deserteure der NS-Zeit in Deutschland niedergelegt werden. Am Abend findet dort ein feierliches Gelöbnis von 200 Soldaten statt.

BERLIN, 19. Juli. Hausherr der Gedenkstätte ist an diesem Tag die Bundeswehr, die nach Angaben der „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ erstmals der Kranzniederlegung „auf ihrem Terrain“ zugestimmt hat. Im Vorjahr war die Zeremonie an zu vielen verfügbaren Auflagen gescheitert. Kranzniederlegung und eine Ansprache des Vorsitzenden der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, Ludwig Baumann, sollen unmittelbar nach der Gedenkveranstaltung der Bundesregierung für die Opfer des 20. Juli 1944 an gleicher Stelle stattfinden, an der Bundestagspräsident Wolfgang Thierse die Ansprache halten wird. Am Abend findet dann wie im Vorjahr am Bendlerblock ein feierliches Gelöbnis von 200 jungen Soldaten statt.

Die Gedenkstätte „Deutscher Widerstand“ erinnert an die Männer des 20. Juli 1944, die als Mitglieder des Oberkommandos des Heeres an diesem Tag den Versuch

unternahmen, die nationalsozialistische Gewaltherrschaft unter Adolf Hitler zu stürzen. Im Bendlerblock, dem früheren Sitz des Oberkommandos des Heeres, wurden nach dem misslungenen Umsturzversuch fünf beteiligte Offiziere erschossen, darunter der Stabschef des Allgemeinen Heeresamtes, Claus Graf Schenk von Stauffenberg.

Baumann will den Kranz allerdings nicht an der 1960 angebrachten Tafel zum Gedächtnis der Offiziere niederlegen, sondern vor die 1953 geschaffene Bronzefigur eines jungen Mannes mit gefesselten Händen. Die NS-Militärjustiz verhängte gegen Kriegsdienstverweigerer und Deserteure 30 000 Todesurteile, mehr als 15 000 wurden vollstreckt. Für Baumann, 1942 wegen „Fahnenflucht“ zum Tode verurteilt und später begnadigt, ist das die „blutigste juristische Verfolgung der ganzen deutschen Geschichte“. Die NS-Urteile können seit drei Jahren auf Antrag aufgehoben werden. Die Betroffenen weigern sich laut Baumann, Anträge zu stellen.

Zum Gelöbnis hat die Bundeswehr 1200 Gäste eingeladen. Nach Polizeiangaben sind in Berlin gefälschte Karten aufgetaucht. Mit ihnen werde es keinen Einlass geben, heißt es aus dem Verteidigungsministerium. Gruppierungen, darunter Jusos, Jungdemokraten, die Kampagne gegen Wehrpflicht, die Sozialistische Jugend und ein „Büro für antimilitaristische Maßnahmen“ wollen demonstrieren.



# Geschichte eines Gedenkens

## Erstmals Deserteure an Gedenkveranstaltung in Deutschland

Der letzte Kranz war der spektakulärste. Erstmals sogar von der deutsche Bundeswehr geduldet, legten ehemalige Wehrmachtsdeserteure und Kriegsdienstverweigerer gestern bei der Gedenkveranstaltung des Hitler-Attentats hoher Offiziere einen Kranz nieder.

● VON PETER VOEGELI, BERLIN

Am 20. Juli 1944 um 12.42 Uhr erschüttert eine schwere Detonation das Führerhauptquartier Wolfsschanze. Ein greller Blitz dringt aus der Holzbaracke, in der Hitler hohe Offiziere zu einer Lagebesprechung versammelt hat. Doch der Führer überlebt und die Attentäter, darunter Oberst Claus Schenk von Stauffenberg werden noch am selben Abend im Innenhof des so genannten Bendlerblocks in Berlin, angestrahlt von gespenstisch gleisenden Lastwagenscheinwerfern, erschossen.

56 Jahre später im selben Innenhof. Eine Ehrenabteilung von Marinesoldaten steht stramm, die blauen Bänder ihrer Käppi wehen gleichmässig im Wind, ein grosse blutrote Buche rauscht im nach wie vor düsteren Innenhof: Ehrengäste, Witwen der im Zuge des Attentats Hingerichteten, der Verteidigungsminister. Die Musik spielt Bach, «Ich hatt' einen Kameraden» und die Nationalhymne.

Die Redner sprechen vom «Widerstand als Fundament unserer Republik» und erwähnen, dass die Attentäter «ihrem Gewissen und ihrer moralischen Kraft folgten». Stühle sind reserviert für Prinzessin von Löwenstein, Graf von Schwerin...

### Entwürdigende Prozedur

... Unter den Zuschauern sitzt auch Ludwig Baumann. 1942 war er in Frankreich desertiert, er wollte den verbrecherischen Angriffskrieg nicht



Erstmals auch Deserteure zugelassen: Ein Marinesoldat steht Wache bei der Gedenktafel für die Opfer der Verschwörung gegen Adolf Hitler am 20. Juli 1944.

Bild Keystone

mitmachen, er wollte leben. Baumann wurde gefasst, in 40 Minuten zum Tode verurteilt. Während 10 Monaten in Einzelhaft erwartete er jeden Tag den Tod. Doch Baumann gelangte in ein berüchtigtes Bewährungsbataillon, überlebte. Erst 1998 wurde ein Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile erlassen. Doch während alle erwähnten Opfergruppen pauschal rehabilitiert werden, müssen Deserteure wie Ludwig Baumann nochmals vor Gericht beweisen, dass sie aus Gewissensgründen desertiert waren. Die überlebenden rund 300 Deserteure wollen sich die entwürdigende Prozedur nicht antun, sie bleiben verurteilt. Heute ist die Befolgung verbrecherischer Befehle für Soldaten strafbar.

Seit 1952 wird der Attentäter vom 20. Juli gedacht. Sie waren die Helden der Demokratie, obwohl ihnen weniger die Errichtung einer Demokratie als die Bewahrung eines starken autoritären Deutschlands vorschwebte, das

Hitler mit seinem Krieg besudelte und zerstörte. Im Kalten Krieg fokussierte der Westen den Widerstand auf die Männer des 20. Juli, der Osten auf die Kommunisten im Untergrund. Eine heftige Kontroverse entstand, als die «Gedenkstätte Deutscher Widerstand» im Westberliner Bendlerblock auch Kommunisten und Deserteure würdigte. Doch allmählich ändern sich die Dinge.

### Nur geduldet

Er war nicht offiziell eingeladen, er wurde nicht erwähnt, er legte seinen Kranz erst nach der Zeremonie nieder, ohne die offiziellen Ehrengäste. Doch Ludwig Baumann wurde von der Bundeswehr, die für diesen Tag Hausherr des Bendlerblocks war geduldet. Er legte einen Kranz nieder mit der Aufschrift: «Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär.» Absender: Deserteure und Kriegsdienstverweigerer.



An den Bundestagspräsidenten  
Herrn Wolfgang Thierse

Datum: 2. Aug. 2000

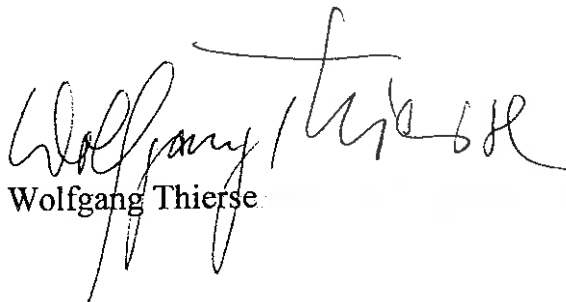
Sehr geehrter Herr Thierse,  
bei Ihrer wichtigen Rede in der Gedenkstätte Deutscher  
Widerstand am 20 Juli haben Sie den vielfältigen  
deutschen Widerstand auch namentlich benannt.  
Leider sind Sie meiner Bitte nicht nachgekommen,  
auch die Wehrmachtsdesertere namentlich zu er-  
wähnen, obwohl an den Desertere aus Hitlers  
Krieg die blutigste juristische Verfolgung der ganzen  
deutschen Geschichte verübt wurde - allein 20 000  
Todesurteile. Kein Redner hat uns Desertere erwähnt.  
Vielleicht war es auch darum möglich, daß mich  
der Kommandeur der zur Sicherung der Gedenkstätte  
anwesenden Feldjäger als Straftäter beschimpfte und  
der von uns für die ermordeten Desertere niedergelegte  
Kranz in der folgenden Nacht verschwand.  
Wir bitten Sie sehr, alles zu tun, damit dieser  
Skandal aufgedeckt wird.  
Auch bitten wir Sie herzlich, Einfluß zu nehmen  
damit wir künftig unserer Opfer an diesem Ort  
würdig gedenken können.  
Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Ludwig Baumann

Herrn  
Ludwig Baumann  
Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.  
Aumunder Flur 3  
28757 Bremen

Sehr geehrter Herr Baumann,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 2. August. Ich bedauere im Rückblick sehr, daß ich in meiner Rede vom 20. Juli nicht auch die Wehrmachts-Deserteure erwähnt habe. Ich tue dies umso mehr wegen der von Ihnen geschilderten Vorgänge, die auch ich für skandalös halte. Ihrer Bitte folgend werde ich mich dafür einsetzen, daß künftig auch der Opfer der Deserteure würdig gedacht wird.

Mit freundlichem Gruß



Wolfgang Thierse



Datum: 07.08.2000

Herrn  
Rudolf Scharping  
Bundesverteidigungsminister  
Postfach 13 28

53003 Bonn

### Dienstaufsichtsbeschwerde

Sehr geehrter Herr Scharping,

am 20. Juli 2000 konnten wir unter dem Hausrecht der Bundeswehr in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand für die verfolgten Deserteure und Kriegsdienstverweigerer einen Kranz niederlegen. Dabei konnte ich mit einer Ansprache meiner getöteten Kameraden gedenken.

Der Kommandeur der Feldjägereinheit, die an diesem Tag die Gedenkstätte Deutscher Widerstand bewachte, beschimpfte mich daraufhin als „Straftäter“.

Wir Wehrmachtsdeserteure haben ein Leben lang um unsere Würde kämpfen müssen. Am 15. Mai 1997 stellte der Deutsche Bundestag auf Initiative Frau Däubler-Gmelins mit Ihrer maßgeblichen Unterstützung zur Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure in einem Bundestagsbeschluß fest:


**Der 2. Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen (Anlage).**

Das heißt doch, daß wir Wehrmachtsdeserteure auch Vorbilder für die Bundeswehr sein sollten. Denn wollte die Bundeswehr einen Krieg führen wie die Wehrmacht, so wären alle Soldaten der Bundeswehr von der Verfassung her in der Pflicht zu desertieren, da verbrecherische Kriege und ihre Befolgung heute unter Strafe stehen.

Der Feldjägermajor hat mich mit seiner Äußerung zutiefst verletzt. Er war weder bereit, uns seinen Namen zu nennen noch bereit, sich bei mir zu entschuldigen.

Darum beantrage ich, gegen den Major ermitteln zu lassen und ihn wegen seiner Äußerung im Rahmen einer Dienstaufsichtsbeschwerde zur Rechenschaft zu ziehen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Ludwig Baumann  
(Vorsitzender)

Anlage: Presse zum 20. Juli 2000



Bundesministerium der Verteidigung  
Inspekteur des Heeres  
Fü H/ Pers – Az 11-04-01/198.00

Bonn, 7. September 2000  
Telefon: (0 18 88) 24- 9803  
Telefax: (0 18 88) 24- 5004  
E-Mail: BMVgFuehRB  
@BMVg.Bund400.de

Herrn  
Ludwig Baumann  
Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz  
Aumunder Flur 3

28757 Bremen

Betr.: Ihre Dienstaufsichtsbeschwerde vom 07.08.2000

Sehr geehrter Herr Baumann,

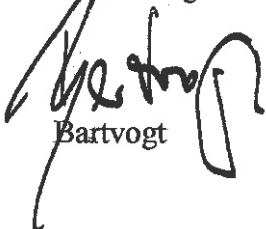
Herr Bundesverteidigungsminister Scharping hat mir die Beantwortung Ihres Schreibens vom 07. August 2000 übertragen, mit dem Sie darüber Klage führen, dass ein Major der Feldjäger anlässlich der Kranzniederlegung der „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand am 20. Juli 2000 Sie als Straftäter bezeichnet habe. Für Ihr Schreiben danke ich.

Die Ermittlungen haben Ihren Vorwurf bestätigt. Bei dem Feldjägerstabsoffizier handelt es sich um einen Reserveoffizier, der seinerzeit im Rahmen einer Wehrübung eingesetzt war. Ich bewerte sein Verhalten als nicht nachvollziehbare Entgleisung Ihnen gegenüber sowie als Verletzung des Ihnen seitens der Bundeswehr eingeräumten Gastrechts.

Der Disziplinarvorgesetzte des Feldjägerstabsoffiziers hat durch eine Meldung bereits am 21. Juli 2000 Kenntnis von dem Zwischenfall erhalten und gegenüber diesem sofort Maßnahmen ergriffen.

Für die Ihnen seitens eines Bundeswehrangehörigen zugefügte Kränkung bitte ich um Entschuldigung. Der Reserveoffizier wird künftig nicht mehr zu Wehrübungen herangezogen.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag



Bartvogt



# „Unbefriedigende Entscheidung“

## Wehrmachtsdeserteur Baumann muss weiter auf gesetzliche Rehabilitierung warten

Von unserem Korrespondenten  
Peter Gärtner

Berlin. Wirkliche Reue zeigte der Angeklagte nicht. Und auch die Entschuldigung von Major Dirk Reitz fiel bestenfalls halbherzig aus. Zwar bedauerte der Reserveoffizier seine Äußerung, den Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann am Rande einer Gedenkveranstaltung für die Männer des 20. Juli im Berliner Bendlerblock als „Straftäter“ bezeichnet zu haben. Auch wollte er dieses angesichts der „tragischen Vita“ des inzwischen 80-jährigen Kaufmannssohns aus Bremen „keinesfalls in beleidigender Absicht“ getan haben.

Doch über „Ansätze zu einer Entschuldigung“, die die Amtsrichterin anerkannte, kam Reitz, der am 20. Juli 2000 als Kompaniechef der diensthabenden Feldjägerinheit Gelöbnis und Gelände abgesichert hatte, nicht hinaus. Weder gab er Baumann die Hand, noch blickte er ihn an.

Im Gegenteil. Vom Verteidiger musste sich Baumann als Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz gar anhören, dass auch sein Todesurteil vom 30. Juni 1942 wegen „Fahnenflucht im Felde“ im Grunde genommen immer noch rechtsgültig ist. Die Ausführungen des Anwalts sollten suggerieren, dass die Einordnung „Straftäter“ so verkehrt nicht sein könne.

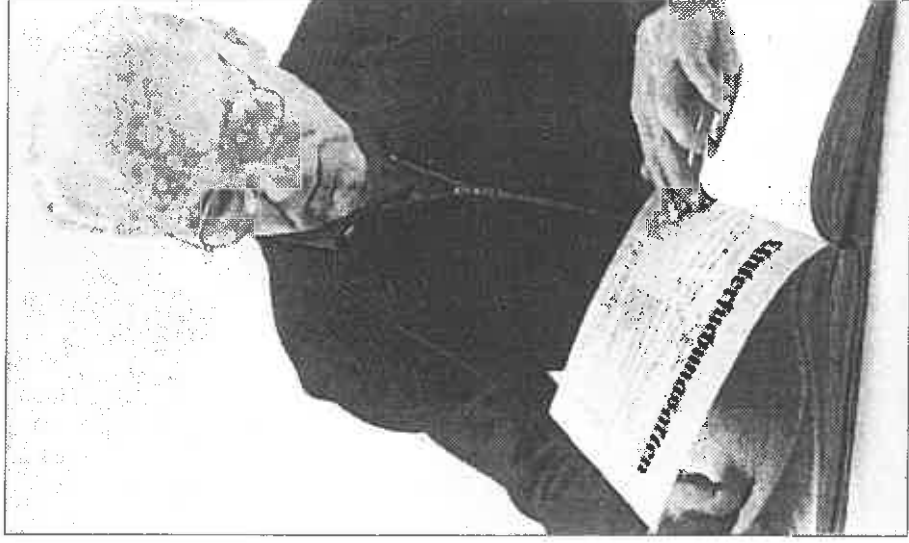
Zwar verwies die Richterin darauf, dass sich das Verteidigungsministerium, dessen Gast Baumann bei der erstmaligen Zeremo-

nie für NS-Deserteure in der Gedenkstätte damals war, sich für die „nicht nachvollziehbare Entgleisung“ entschuldigte.

Doch Ludwig Baumann war das nicht genug. „Es hat mich erneut traumatisiert, mich im Heiligtum des deutschen Widerstands, in dem auch Deserteure geehrt werden, als Straftäter beschimpfen zu lassen“, erklärte er gegenüber dem Gericht. „Es war für mich eine schlimme Beleidigung“. Ihm ging es in dem Prozess aber nicht nur um eine Entschuldigung, sondern auch um die zentrale Frage der gesetzlichen Rehabilitierung und deshalb um ein „klares Urteil“.

Doch diesen Gefallen tat ihm das Amtsgericht nicht. Da es keine Zweifel an der „ehrverletzenden Weise“ der Äußerungen des Angeklagten gab, (so der Staatsanwalt) wurde auf die Anhörung der Zeugen verzichtet und das Verfahren gegen Geldbuße eingestellt. Hoch erfreut versprach der Historiker Reitz, im zivilen Leben wissenschaftlicher Mitarbeiter der TU Darmstadt, 500 Euro für die Kriegsräberfürsorge innerhalb von zwei Tagen zu überweisen.

Baumann sprach zwar von einer „unbefriedigenden Entscheidung“, war dennoch aber nicht unzufrieden. Die zahlreichen Beobachter, darunter auch Juristen, ermutigten ihn, weiter für eine Gesetzesänderung zu kämpfen. „Die Rechtslage bedarf einer dringenden Revision“, so ein Anwalt. Deserteure sind die einzige Gruppe von Opfern des Dritten Reichs, für die die NS-Unrechtsurteile nicht pauschal aufgehoben wurden.



Wehrmachts-Deserteur Ludwig Baumann aus Bremen, hier beim Studium der Verfahrensakten von 1942.  
Foto: Katja Heddinga/Archiv.

# Die Angst aus der Todeszelle hat ihn nie verlassen

## Ludwig Baumann ist Deutschlands prominentester Wehrmachts-Deserteur / Langer Kampf für die Rehabilitation der NS-Opfer

Von unserem Redakteur  
Am Strohmeier

Bremen. Wer eine Ahnung davon haben will, wie nah und gegenwärtig der Nationalsozialismus noch sein kann, obwohl er nun schon vor fast 56 Jahren unterging, muss ein Gespräch mit dem Bremer Ludwig Baumann führen. Wenn man heute dem kleinen, hageren, geistig bellwachen und trotz seiner beinahe 80 Jahre rüstigen Mann über die Jahre, fast saftigen Stimme gegenüber sitzt, dann ist kaum zu ahnen, wieviel deutsche Geschichte, die zugleich deutsches Unheil und Gräuel waren, er erlebt hat, ja erleben musste. Denn freiwillig hätte Ludwig Baumann sich vermutlich ein ganz anderes Leben gewünscht. Das Trauma des Durchgemachten ist bei ihm noch heute so bedrückend, dass er bisweilen therapeutische Hilfe in Anspruch nehmen muss, wenn die Angstrisoren überhand nehmen. Ganz wild er die Schrecken wohl nie überwinden.

Ludwig Baumann ist Deutschlands bekanntester Deserteur des Zweiten Weltkrieges. Er ist heute – eine späte Genußnutzung für sein schweres Leben – fast so etwas wie ein Medienstar. Wohl alle deutschen Zeitungen, auch die großen überregionalen und die Magazine und Wochenblätter wie „Zeit“ und „Spiegel“, haben über ihn und seine Aktivitäten berichtet. Die BBC drehte einen Film, und selbst die „Washington Post“ und die „International Herald Tribune“ fanden ihn langer Geschichten für würdig.

Mit Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin sieht er seit Jahren in ständigem Briefkontakt und hat sie auch schon mehrmals persönlich getroffen. Immer geht es dabei um das Schicksal und die Rehabilitation der Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und Wehrkraftzersetzer aus Hitlers Krieg. Eine Potsdamer Bürgerinitiative hatte ihn deshalb 1996 sogar für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen – mit der Begründung: „Mit Ludwig Baumann würde ein einfacher Mensch geehrt, dessen Lebensweg bestätigt, dass sich jeder gegen Ungerechtigkeit, Krieg und Völkermord zur Wehr setzen kann.“ Der Aufruf fand damals viel Unterstützung von Prominenten aus Politik und Kultur.

Und das ist die Geschichte des Ludwig Baumann: Geboren 1921 in Hamburg, wo er auch aufwuchs. Der Vater hatte sich aus einfachen Verhältnissen zum Tabakgroßhändler hochgearbeitet. Die Schule fiel ihm schwer, weil er Legastheniker war, eine Krankheit, die damals noch gar nicht als solche erkannt war. Er machte eine Maurerlehre. Mit 19 Jahren holte ihn Hitlers Kriegsmarine. Seine Begeisterung für den Militärdienst hielt sich in engen Grenzen, den Eintritt in die HI hatte er schon verweigert.

Da er bei der Wehrmacht nicht jeden Befehl befolgte, musste er reichlich strafverfahren und Wache schieben. Dann musste er zum Einsatz nach Frankreich und wurde in

Bordeaux einer Hafenkompanie zugewiesen. Im Frühjahr 1942 versuchte er mit einem Kameraden – französische Freunde hatten ihnen geholfen – in den unbesetzten Teil Frankreichs zu fliehen. Die beiden hatten sich sogar Pistolen besorgt. Eine deutsche Zollstreife fasste sie an der Grenze. Nun folgten die Leidenstationen des Ludwig Baumann: Verurteilung zum Tode, zehn Monate Warten auf die Exekution in der Einzelzelle, an Händen und Füßen gefesselt. Erst später erfährt er, dass er inzwischen zu zwölf Jahren Zuchthaus begnadigt worden war.

Die Strafe wurde aber bis zum Ende des Krieges ausgesetzt. Es folgten rurchbare Wochen im berühmten Moorlager Esterwegen an der Ems. Dann Überstellung nach mehreren Zwischenstationen in KZs ins Wehrmachtsgefängnis Torgau. Immer wieder wurde er hier Zeuge von Erschießungen. Man gab ihm sogar Arbeitskleidung, die auf Brust und Rücken Einschusslöcher hatte, in der andere also hingerrichtet worden waren. Dann folgte der Einsatz im Strafbattalion 500, einem Todeskommando, das nur wenige überlebte. Baumann wurde an der Front in der Südküste verwundet und erlebte das Kriegsende im Lazarett im tschechischen Brünn.

Die Heimkehr brachte aber kein Ende der Leiden. Zu Hause als „Verräter“, „Volkschädling“, „Dreckschwein“ und „Feigling“ beschimpft – verdrick Baumann, ohnehin körperlich und seelisch nur noch ein Wrack, dem Alkohol. Das schien ihm der einzige Ausweg: die grauenvollen Alpträume von Todeszelle und Front zu vergessen, oder zu verdrängen.

Die große Umkehr in seinem Leben kam erst, als seine Frau, mit der er sechs Kinder hatte, starb und er beschloss, den Nachwuchs als Alleinerziehender zu betreuen. Die Begegnung mit der Friedensbewegung machte ihn zum politischen Menschen. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse der historischen Forschung über die Deserteure des Zweiten Weltkrieges kamen damals hinzu: 30 000 Todesurteile wurden ausgesprochen, mehr als 25 000 vollstreckt. Etwa 4000 entkamen der Hinrichtung, dem KZ und dem Strafbattalion lebend. Ein internationaler Vergleich: Die Kriegsteilnehmer USA, Frankreich und Großbritannien haben im Zweiten Weltkrieg nicht einmal ein Dutzend Deserteure hingerichtet!

1990 gründete Baumann mit 36 nicht mehr ganz jungen Leidensgenossen die „Bundesvereinigung Opfer der Militärjustiz e.V.“. Seitdem kämpft der Bremer unermüdet für die Rehabilitation seiner Gefährten. Und da hat er beachtliche Erfolge aufzuweisen. Ein „Feld“ will Deutschlands prominentester Deserteur dennoch nicht sein. „Helden“ mag er übernaup nicht, sagt er und fügt hinzu, dass die meisten Deserteure aber keine Feiglinge gewesen seien, wie man ihnen so oft nachgesagt hat. Seine Fahnenflucht in Bordeaux sei auch keine Heidenat gewesen. Über die Motive seiner Desertion bekann er heute: „Ich war da-



Der Bremer Ludwig Baumann, der 1942 aus der Wehrmacht desertierte.

mals ein unpoltischer Mensch. Aber wir hatten in der Wochenschau furchtbare Bilder von Winterkrieg in der Sowjetunion gesehen – auch von den Leiden der russischen Kriegsgefangenen. Da wollte ich einfach nicht hin und an dem Morden dort teilnehmen.“

Heute fühlt sich Ludwig Baumann, noch nicht am Ende seines Kampfes für die Rehabilitation der NS-Opfer. Einiges ist erreicht worden dank seiner und seiner Mitstreiter Initiativen, aber auch dank eines gewandelten politisch-gesellschaftlichen Klimas in der Bundesrepublik.

1991 hatte das Bundessozialgericht die Vergangenheit neu bewertet. Die Richter entschieden in einem Aufsehen erregenden Urteil, dass die Todesurteile gegen die Deserteure unrechtmäßig, die Militärgerichte (Gefängnisse des NS-Terrors) gewesen seien. Den Hinterbliebenen der hingerichteten Soldaten wurde eine Entschädigung zugesprochen. Künftig wurden die Straftatzeiten der Deserteure, Wehrkraftzersetzer und Kriegsdienstverweigerer in der Rentenversicherung angerechnet. 1995 gelieferte der Bundesgerichtshof Nazi-Richter als „Blutrichter“, die eigentlich wegen Rechtsbeugung und wegen Kapitalverbrechen hätten bestraft werden müssen.

Am 15. Mai 1997 wurde ein Bundesstag nach langem Gezerre der Parteien establiert, nach einer Entscheidung verabschiedet, dem Punkt 1 lautet: „Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, walt von nationalsozialistischen Deutsch-

Diskriminierungen, Beleidigungen und Demütigungen nun wirklich nicht mehr zugeordnet werden konnte. „Das würde für uns zu einem entwürdigenden Spießrutenlaufen führen“, sagt Baumann und hofft auf eine Verbesserung dieses Gesetzes. Rot-Grün hatte bei Amtsantritt eine eindeutige Rehabilitation der Deserteure versprochen. sieht dazu aber bei den gegenwärtigen Meinungsverhältnissen im Bundesrat keine Möglichkeit.

Ludwig Baumann kämpft noch an einer anderen Front: Am ehemaligen Wehrmachtsgefängnis in Torgau, einer der Stätten der Leiden, soll eine Gedenkstätte für die Gewaltopfer errichtet werden – für solche der NS-Herrschaft und des Stalinsismus, also der Nachkriegszeit. Um dieses Projekt wird erbittert gestritten: Beide Gruppen wollen nichts miteinander zu tun haben. Baumann sagt: „Da müssten wir ja auch Leute ehren, die unsere Peiniger waren, denn viele von den NS-Schergen sahen nach 1945 in dem Gefängnis.“

Empört hat ihn auch, dass die Urteile der DDR-Justiz (z. B. in den Waldheim-Prozessen) nach der Wiedervereinigung sofort und pauschal aufgehoben wurden, obwohl darauf auch viele wirkliche Kriegsverbrecher und Kriegsnachfolger fielen. Merkwürdig findet er, auch angesichts seines eigenen Schicksals, dass die Deserteure der Nationalen Volksarmee der DDR in der Bundesrepublik in allen Ehren aufgenommen wurden und keinerlei Nachteile hatten.

So muss er denn trotz aller Fortschritte und Erfolge viele politische Widersprüche hinnehmen, die aber zugleich Widerspruch sind. Etwa: Dass er so lange als „Verräter“ diskriminiert wurde, obwohl er einem verbrecherischen Gewaltregime den Gehorsam verweigert hat, was doch eigentlich Lob und Abekennung verdient hätte – wozu ihn im übrigen Ignaz Bubis immer unter Grundgesetz: Bundeswehroldaten ist es verboten, verbrecherischen Befehlen zu folgen.

Ein anderer Widerspruch: Dass Desertion so schwer wog im Nachkriegsdeutschland, obwohl klar war, dass Adolf Hitler als politischem Verbrecher jede Legitimation fehlte, Soldaten auf sich zu vereidigen. Und dass Oberst Stauffenberg und seine Mitverbrecher, die im NS-System „Hochverräter“ waren und hingerichtet wurden (auch sie waren ja auf Hitler vereidigt) und hatten diesen Eid gebrochen), nach 1945 in Westdeutschland im Gegensatz zu den Deserturen als „Ehrenmänner“ und Lichtgestalten. Was natürlich kein Argument gegen ihre mutige und edle Tat ist. Und dass ihm, Ludwig Baumann, noch immer ein Strafmaßkel anhängt und er vom Staat keine Rente für seine Leidenzeit bekommt, während die Witwe des Blutrichters Freisler und hohe SS-Generale Pensionen kassieren. Das hohe deutsche Paradoxe, die Deserteur Ludwig Baumann nicht verstehen kann, mit dem er aber einfach leben muss.



Dauerhafte Erinnerung an jene, „die einem verbrecherischen Regime nicht mehr dienen wollten“: links außen der Bremer Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann, daneben Buchenwald-Gedenkstättenleiter Volkhard Knigge. Foto: ap

# Fahnenflucht und Stolperstein

## Im KZ Buchenwald werden jetzt auch Opfer der NS-Militärjustiz geehrt

Von unserem Korrespondenten  
Peter Gärtner

**Weimar. Adolf Hitler ließ nie Zweifel daran aufkommen, was er vom Recht auf Verweigerung hält. „An der Front kann man sterben, als Deserteur muss man sterben“, hatte er bereits in „Mein Kampf“ geschrieben. Für die NS-Militärjustiz waren Hitlers Worte Gesetz: über 35 000 Urteile, darunter knapp 23 000 Todesurteile, wurden bis zum Kriegsende gegen Deserteure gefällt und 15 000 auch vollstreckt.**

Martin Gauger war einer der ersten Deserteure, die ins Konzentrationslager Buchenwald kamen. Schon 1934 musste der Jurist den Staatsdienst verlassen, weil er den Treueid auf den „Führer“ abgelehnt hatte. Dann wurde der Justiziar der Bekennenden Kirche verhaftet, nachdem er den Einberufungsbefehl ignorierte. Aus der Einzelhaft eines Düsseldorfer Gefängnisses kam Gauger direkt ins KZ. Ein Prozess fand nie statt, im Juli 1941 wurde er in der Tötungsanstalt Sonnenstein ermordet.

Für Kriegsdienstverweigerer war Buchenwald das zentrale Lager. Seit gestern erinnert ein schlichter Gedenkstein auf dem ehemaligen KZ-Gelände oberhalb Weimars an jene Männer, die „den Kriegsdienst verweigert haben und einem verbrecherischen Regime nicht mehr dienen wollten“, wie es in der Inschrift heißt. Für Gedenkstätten-Direktor Volkhard Knigge war dieser „Stolper-

stein“, wie er sagt, „eine besondere Herzensangelegenheit“. Denn geehrt wird damit erstmals eine Opfergruppe am Ort ihrer Verfolgung, die, wie Knigge erklärte, „am allerlängsten auf ihre Rehabilitation warten musste“ und deren Geschichte in beiden deutschen Staaten ignoriert wurde.

Für den Bremer Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, war es nicht nur „eine bewegende Stunde“ hier „unserer Toten gedenken zu können“, sondern auch eine Krönung seines langen Kampfes um Anerkennung. Der 79-jährige zählt zu den knapp 200 Wehrmachts-Deserteuren in Deutschland, die das Grauen der KZs und Strafbattallone überstanden und noch am Leben sind. Der Marinegefreite setzte sich mit einem Freund im Juni 1942 von einer Hafenkompagnie in Bordeaux ab. „Ich war kein Held und auch kein Feigling. Man hat es einfach getan.“ Baumann überlebte mehrere KZ, das Wehrmachtgefängnis in Torgau und den Einsatz im Strafbattillon 500 in der Ukraine.

„Nach dem Krieg hatte ich gehofft, dass unsere Handlungen wenigstens verstanden werden“, meint Baumann. Doch überall, in den Gerichten und Verwaltungen, hätten Hitlers frühere Volksgenossen gesessen, in deren Augen wir „Dreckschweine und Vaterlandsverräter“ waren. „Wir wurden so beschimpft, dass wir uns selbst schuldig gefühlt haben“, erinnert er sich. Erst in den achtziger Jahren wurde er durch die Frie-

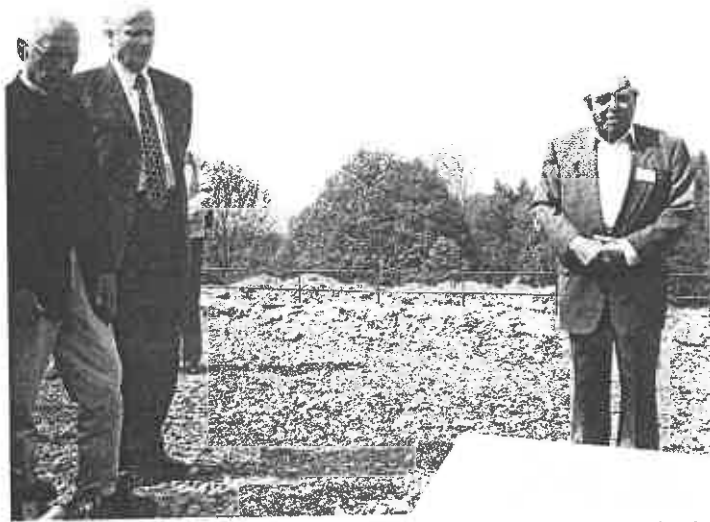
denbewegung zum Erinnern ermutigt. Im Oktober 1990 war Baumann nach zahlreichen Trauma-Therapien dann soweit, dass er mit 37 Leidensgenossen – „fast alle gebrechlich und arm“ – den Opferverband ins Leben rief. Seitdem sei man „ein Stachel, für alle, die mitgemacht haben“ – aber auch für die Bundeswehr.

Doch bis zu einer juristischen Rehabilitation scheint es noch ein weiter Weg zu sein. Jahrzehntlang galten Deserteure in der Bundesrepublik sogar als vorbestraft. Erst nach dem Bundestagsbeschluss vom 15. Mai 1997, der den Zweiten Weltkrieg als „Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen“ einstuft, konnten die Nazi-Urteile aufgehoben werden.

Aber Deserteure müssen dafür bei der Staatsanwaltschaft einen Antrag stellen. Das, weiß Baumann, kann zu einem „Spießrutenlaufen“ werden: „Diese Entwürdigung tun wir uns nicht an.“ Die Vereinigung setzt jetzt auf die rot-grüne Bundesregierung, die angekündigt hatte, das Gesetz zu verbessern.

„Zwischen der Mahnung des Gewissens und dem Entschluss ihm zu folgen“, schrieb der SPD-Politiker Egon Bahr in einem Grusswort, „liegt ein tiefer Graben. Ihn zu überspringen erfordert Mut. Kriegsdienstverweigerer und Deserteure der Wehrmacht waren auch Vorkämpfer für eine zivile Gesellschaft“.

# Gedenkstein für Deserteure



Enthüllung des Gedenksteins

Mit einem feierlichen Akt wurde am 15. Mai 2001, dem Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer, im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald ein Gedenkstein für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure der Wehrmacht enthüllt. Es ist dies das erste Denkmal für diese Gruppe der NS-Verfolgten innerhalb eines deutschen Konzentrationslagers.

die letzten noch lebenden Deserteure aus Hitlers Armee nach einem Leben der Diskriminierung und Erniedrigung jetzt auch noch einer staatsanwaltlichen Einzelfallprüfung unterziehen, um ihre Rehabilitation zu erreichen. »Das werden wir nicht hinnehmen, auch nicht vor der deutschen Geschichte«, so Ludwig Baumann, der in diesem Zusammenhang daran erinnerte, dass die »Blutrichter« des NS-Staates die Nachkriegsrechtsprechung entscheidend mitgeprägt haben. »Hätten sie uns rehabilitiert, hätten sie sich selbst als Mordgehilfen anklagen müssen.« Die juristische Entlastung der NS-Deserteure, so Baumann, sei unter anderem auch durch die Traditionsbindung der Bundeswehr an die Wehrmacht verhindert worden.

Text und Fotos von Werner Schulz

»Der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben.« Nach dieser Maxime, ausgegeben von Adolf Hitler schon 1925 in »Mein Kampf«, verhängte die nationalsozialistische Militärjustiz insgesamt über 30 000 Todesurteile und mehrere zehntausend Zuchthausstrafen gegen Kriegsdienstverweigerer und Deserteure der Wehrmacht. Über 20 000 dieser Todesurteile wurden vollstreckt, andere wurden in perfider Strategie zur Vollstreckung aufgeschoben bis nach dem Ende des Krieges, denn die kriegswichtige Arbeitskraft der Todeskandidaten sollte bis aufs Äußerste ausgebeutet werden.

Auch unter den insgesamt 250 000 Inhaftierten des Konzentrationslagers Buchenwald, die für die dort aufgebaute Rüstungsindustrie schufteten mussten, waren verurteilte Deserteure und Kriegsdienstverweigerer. Ihre genaue Anzahl ist nicht bekannt, ganz sicher aber waren es mehrere Hundert. Insgesamt kamen in dem KZ und seinen 136 Außenkommandos 50 000 Menschen ums Leben.

Auf dem weitläufigen Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers wird der Opfer des Nationalsozialismus u.a. mit einer Reihe von Gedenktafeln gedacht. Die jetzt enthüllte Tafel Nummer vier, die auf eine Initiative des Historikers Guido Grünewald zurückgeht, enthält folgende Inschrift:

»In Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Militärjustiz, die den Krieg verweigert haben und einem verbrecherischen Regime nicht mehr dienen wollten. Von November 1944 bis März 1945 wurden mehrere hundert von Kriegsgerichten Verurteilte aus dem Mi-

litärstrafvollzug in das Konzentrationslager Buchenwald eingewiesen. Fast alle kamen hier in das Konzentrationslager Mittelbau-Dora. Viele haben nicht überlebt.«

## Einzelfallprüfung

Nur noch wenige verurteilte Deserteure sind heute am Leben, man schätzt ihre Zahl auf ungefähr 200. Einer von ihnen ist Ludwig Baumann, Wehrmachtsdeserteur und Vorsitzender der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz. Für den heute 79-Jährigen war die Enthüllung des Gedenksteins in Buchenwald der bisherige Höhepunkt seines unermüdlichen Kampfes für die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure.

Ludwig Baumann und der Hamburger Literaturwissenschaftler Prof. Dr. Jan Philipp Reemtsma kritisierten in ihren Vorträgen während der Gedenkveranstaltung in der früheren Häftlingskantine den Umgang der deutschen Politik mit den wenigen noch überlebenden NS-Verfolgten. In dem »Gesetz zur Aufhebung der NS-Unrechtsurteile« vom 25. August 1998 sind zwar Millionen von NS-Urteilen gesetz-

lich aufgehoben worden, aber ausdrücklich nicht die Verurteilungen der Wehrmachtsdeserteure. Dies, obwohl an ihnen die blutigste juristische Verfolgung in der deutschen Geschichte verübt wurde. Nach den Bestimmungen des Gesetzes von 1998 müssten sich

Ludwig Baumann (links) und Jan Philipp Reemtsma



## Eid auf den Führer

Auch Professor Reemtsma, der die Bundesvereinigung der Opfer der Militärjustiz seit Jahren unterstützt, erkannte »ein Stück Kontinuitätsbegehren« in der ablehnenden Haltung deutscher Politik gegenüber der generellen Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure. Wenn der Bundestag in dem Gesetz von 1998 Desertion als eine Handlung darstellt, die »auch heute noch Unrecht ist«, verkenne er nicht nur, dass Desertion heute durch die gesetzlich geregelte Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung in einem anderen Rechtskontext stehe, sondern lasse damit auch die Sichtweise zu, es gäbe so etwas wie »Rechtskontinuität« in einzelnen Bereichen, »die gleichsam unberührt vom Verbrecherischen des Regimes geblieben« wären. Dem widersprach Reemtsma entschieden. Eine Einzelfallprüfung lehnte er auch deshalb ab, weil Einzelfälle nur dort geprüft werden dürften, wo es grundsätzlich und im Ganzen gesehen juristisch Rechtssicherheit und Verfahrenssicherheit gegeben hat, was bei der NS-Militärjustiz nicht der Fall war. Reemtsma: »Wo im Blick aufs Ganze nur



## Grußworte

Anlässlich der Gedenkfeier für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure der Wehrmacht am 15. Mai 2001 in Weimar-Buchenwald sandten zahlreiche Prominente aus dem In- und Ausland ihre Grußworte. Hier eine kleine Auswahl:

**Alfred Biolek**, Talk Master, Köln: »Ich begrüße die Idee, mit einem Gedenkstein die Kriegsdienstverweigerer und Deserteure der Nazizeit zu rehabilitieren. Obwohl sie sich unter Lebensgefahr gegen das verbrecherische Naziregime entschieden haben, wurden sie auch in der demokratischen Bundesrepublik verachtet und bestraft. Es ist höchste Zeit, diese Haltung zu korrigieren. Der Gedenkstein soll ein Zeichen dafür sein.«



**Ralph Giordano**, Publizist, Köln: »...zur Enthüllung des Gedenksteins ... für die Sache der Deserteure, die immer noch um ihre Rehabilitation kämpfen: Schande über die, die mehr als 50 Jahre nach dem Ende des von Hitlerdeutschland ausgelösten Zweiten Weltkrieges dafür verantwortlich zeichnen – Schande über sie!«

**Dieter Schulte**, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes: »Es ist höchste Zeit, dass Kriegsdienstverweigerer und Wehrmachtsdeserteure eindeutig und vorbehaltlos rehabilitiert werden. Ihr Verhalten sollte Vorbild und Mahnung zugleich sein.«

**Ulrich Wickert**, Tagesthemen-Moderator, Hamburg: »Dabei war es gar nicht tapfer, des Kaisers oder Hitlers Ruf zu den Waffen zu folgen, und, von der Masse eingelullt, zu tun, was verlangt wurde. Tapfer war, wer sich Gedanken machte, ob es sittlich richtig war, solch einem Ruf zu folgen. Und dann möglicherweise nicht durch die Kugel des Gegners, sondern – weil er sich aus ethischen Gründen weigerte, am großen Schlachten teilzunehmen – durch die Kugel oder den Strick der Nazis das Leben zu verlieren.«

**Desmond Tutu**, ehem. Erzbischof, Friedensnobelpreisträger 1984 und Vorsitzender der Versöhnungskommission, Kapstadt: »... die Kriegsdienstverweigerer, die heute geehrt werden, ... verdienen unseren größten Respekt und Bewunderung für ihren Mut und ihre Humanität. Ihr Beispiel bezeugt der Welt, dass es einen anderen Weg gibt. Die Verweigerung des Einverständnisses und der Zusammenarbeit mit Streitkräften, die im Namen des Staates danach trachten zu töten, zu verstümmeln und zu zerstören, ist der Pfad von Ehre und Liebe. Unterdrückung, Feindschaft und Gewalt werden nicht das letzte Wort haben. Ich grüße Sie – Ihr Mut gibt der Welt Hoffnung.«

**Günter Grass**, Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger 1999, Lübeck: »Es ist mir unverständlich, weshalb von diesen Opfern nationalsozialistischer Militärjustiz Anträge auf Einzelprüfung verlangt werden – ihre Haltung sollte aus heutiger Sicht begrüßt und – soweit möglich – honoriert werden.«



zufälligerweise Recht gesprochen wurde, wurde nirgendwo Recht gesprochen.« Schließlich erinnerte er daran, dass die Soldaten der Wehrmacht ihren Treue-Eid auf den Führer Adolf Hitler ablegten. »Führer« aber, so Reemtsma, war keine Institution der Verfassung, wie dies in Monarchien etwa der König ist, sondern »nichts weiter als ein rechtlich bedeutungsloser Ziernamen Hitlers«. Der Eid auf den Führer war somit rechtlich unerheblich. »Eine personale Gefolgschaftsbeziehung kann nie ein Rechtsverhältnis begründen. Wer die Wehrmacht verließ – aus was für Gründen auch immer – legte ebenso wenig ein justiziables Verhalten an den Tag wie derjenige, der eine beliebige andere Gruppierung verlässt, die sich auf einen Anführer eingeschworen hat.«

Mit der Enthüllung der Gedenktafel verbanden die in Buchenwald Anwesenden die Hoffnung, der Bundestag möge

den wenigen noch lebenden, aber auch den verstorbenen Deserteuren durch die generelle Rehabilitation ihre Würde zurückgeben. Auch in zahlreichen Grußworten, die aus dem In- und Ausland zu der Veranstaltung gesandt wurden, kam der Wunsch einer vollständigen juristischen Rehabilitation zum Ausdruck. Grußworte sandten u.a. die Friedensnobelpreisträger Oscar Arias, Adolfo Perez Esquivel und Desmond Tutu, der Literaturnobelpreisträger Günter Grass, sowie andere bekannte Persönlichkeiten wie Ulrich Wickert und Alfred Biolek. Im Wortlaut sind die Redebeiträge und Grußworte im Internet zu finden unter [www.eak-online.de/gedenkveranstaltung](http://www.eak-online.de/gedenkveranstaltung).

## Kriegsgegner im KZ Buchenwald

Auf dem Ettersberg, hoch über der Goethe- und Schiller-Stadt Weimar gelegen, wurde von den Nazis seit 1937 das Konzentrationslager Buchenwald errichtet. Geplant war es als Haft- und Arbeitslager für politische Gegner des Naziregimes. Schon bald kamen Sinti und Roma, Juden, Homosexuelle und so genannte Asoziale hinzu. Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs wurden mehr und mehr Menschen aus anderen Ländern interniert. Bei der Befreiung des Lagers waren 95 % der Häftlinge keine Deutschen.

Seit Mai 1938 gab es in Buchenwald eine besondere Häftlingsgruppe mit der Bezeichnung »Aus der Wehrmacht«. Das waren so genannte »schwer erziehbare« Soldaten, die wegen Disziplinarverstößen, »Renitenz«, Diebstählen oder Homosexualität in die Strafbataillone der Wehrmacht geraten waren. Unter ihnen auch einige überzeugte Pazifisten, wie etwa der Kirchenjurist Dr. Gotthard Martin Gauger. Er war bereits 1934 aus dem Staatsdienst entfernt worden, weil er den Treueeid auf Hitler ablehnte. Danach arbeitete er als Justitiar für die Bekennende Kirche. Als er am 29.4.1940 den Einberufungsbefehl zur Wehrmacht erhielt, floh er in die Niederlande. Beim Versuch, in die Schweiz zu gelangen, wurde er verhaftet und sollte als Kriegsdienstverweigerer vor Gericht gestellt werden. Einen Prozess gab es jedoch nie. Mitte Mai 1944 wurde Gauger nach Buchenwald gebracht, zwei Monate später wurde der Kriegsdienstverweigerer in Sonnstein bei Pirna in der Gaskammer ermordet.

Die erste größere Gruppe von Häftlingen, die wegen Kriegsdienstverweigerung in Buchenwald eingeliefert wurde, waren Angehörige der Zeugen Jehovas. Ihre Zahl war 1938 mit 477 Männern auf dem Höchststand. Deserteure tauchen in den Statistiken der Konzentrationslager bis 1944 nur vereinzelt auf, denn Desertion wurde von der Militärjustiz häufig mit der Todesstrafe belegt und in über 20 000 Fällen auch vollstreckt.

Ab September 1944 jedoch änderte sich aufgrund einer Initiative Himmlers der Umgang mit den Häftlingen und zum Tode Verurteilten. Die Vollstreckung der Todesstrafe sowie Zuchthausstrafen wurden ausgesetzt, die Arbeitskraft der Häftlinge sollte für die Kriegswirtschaft ausgebeutet werden. Verurteilte Deserteure wurden hinfür in Arbeitslager und Konzentrationslager gesteckt. »Zwischenhaft« nannten die Nazis diesen mörderischen Arbeitseinsatz, zu dem allein im KZ Buchenwald rund 800 Männer eingewiesen wurden. Viele Kriegsgegner und Deserteure haben diese unmenschliche Galgenfrist nicht überlebt, die Arbeitsbedingungen in der Außenstelle »Mittelbau« waren grausam. In der Beschreibung eines Überlebenden heißt es: »Wir mussten in einem Salzbergwerk 640 m unter der Erde arbeiten. Die Stollen wurden betoniert. Eine Hitze war es da unten, nicht zum Aushalten. Hier gingen dann auch die meisten Kameraden ein. Eine kleine Kratzwunde wurde innerhalb von zwei Tagen durch das Salpetersalz zu einem faustgroßen Loch. Dann kam Wasser in die Füße. Das ganze vereiterte und der Mann ging ein, denn ärztliche Hilfe gab es nicht.«



Steinkarren und Hänge-Pfahl vor dem Krematorium im ehemaligen KZ

# Unbeirrbarer Aufklärer

Die Militärgeschichtsschreibung revolutioniert: Manfred Messerschmidt zum 75. Geburtstag

Vor Jahren schrieb der Wissenschaftsjournalist Karl-Heinz Janßen in der Wochenzeitung *Die Zeit* über Manfred Messerschmidt: „Er ist ein Mann der leisen Töne, aber was er sagt, erweist seine große Kompetenz. Hinter seiner zurückhaltenden Art verbirgt sich die Leidenschaft eines juristisch geschulten Historikers, der sich moralischen Werten verpflichtet weiß und in seinen Urteilen unerbittlich ist: Manfred Messerschmidt hat die deutsche Militärgeschichtsschreibung revolutioniert und ihr zu internationaler Anerkennung verholfen.“ Die *Frankfurter Rundschau* sprach von einem „Glücksfall“. Der Freiburger Historiker, der heute 75 Jahre alt wird, hat die Geschichte des deutschen Militärs seit dem 17. Jahrhundert erforscht. In diesem Jahr veröffentlichte er im Handbuch der preußischen Geschichte gleichsam als Summe seiner jahrzehntelangen Forschungen eine umfangreiche Darstellung zum Thema „Das preußische Militärwesen“.

Im Zentrum von Messerschmidts Auseinandersetzung mit der deutschen Militärgeschichte stand jedoch die Wehrmacht in der nationalsozialistischen Zeit. Bereits 1969 publizierte er „Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination“, ein Buch, das mittlerweile als Standardwerk gilt. Von Messerschmidt stammt das Wort, die Wehrmacht sei der „stählerne Garant“ des NS-Systems gewesen und ihr Wirken habe die deutsche Kriegführung im Zweiten Weltkrieg zu einem „kriminellen Ereignis“ gemacht. Nach der heftigen gesellschaftlichen Debatte über die Wehrmacht, die Mitte der Neunzigerjahre mit der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ angestoßen wurde, weiß man, welche Emotionen dieses Thema freisetzt. Als Vorreiter einer sachlichen Erforschung und Darstellung der Geschichte der Wehrmacht haben Messerschmidt und einige seiner Kollegen im Freiburger Militärgeschichtlichen For-



Manfred Messerschmidt

FOTO: VANKANN

schungsamt (MGFA), das 1993 von Freiburg nach Potsdam verlegt wurde, schon früher einschlägige Erfahrungen gemacht.

Geboren 1926 im Dortmund und geprägt vom kulturellen und politischen Milieu des Ruhrgebiets, erlebte Messerschmidt die Schlussphase des Zweiten Weltkrieges als Flakhelfer und Pionier.

Er studierte Geschichte und promovierte 1954 an der Universität Freiburg bei Gerhard Ritter. Nach einem juristischen Zweitstudium kam er 1962 zum MGFA. Gegen den Widerstand konservativer Militärs wurde er 1970 vom damaligen Verteidigungsminister Helmut Schmidt in die Position des Leitenden Historikers berufen, die er bis 1988 innehatte. In den beiden folgenden Jahrzehnten entstand im liberalen Freiburger Klima kritische Geschichtsforschung an einem militärhistorischen Institut der Bundeswehr. Sie zeichnete sich dadurch aus, dass sie die historiographischen Standards auf die Geschichte des deutschen Militärs anwendete, während sich die traditionelle Kriegsgeschichte an den Interessen des Militärs orientierte. Diese Öffnung der Militärgeschichtsforschung, die national und international als Sensation empfunden wurde, ist mit dem Namen Manfred Messerschmidts untrennbar verbunden.

Einer breiteren Öffentlichkeit wurde er bekannt durch seine Rolle in der Waldheim-Kommission. In den Medien wurde der Freiburger Historiker seinerzeit als ein Mann geschildert, der die Aufklärung klar vor die Schonung politischen Prestiges stellte. 1989 engagierte sich Messerschmidt für eine juristische Rehabilitierung Carl von Ossietzkys. Unvergessen ist, dass er nach dem Filbinger-Skandal die Legende von der sauberen Wehrmachtsjustiz widerlegte und mit seinen Forschungen über Deserteure und Kriegsdienstverweigerer in der NS-Zeit die Grundlage für deren Rehabilitierung legte. Im vergangenen Jahr nahm das Hamburger Institut für Sozialforschung die Kompetenz Messerschmidts in Anspruch, als es eine Kommission zur Überprüfung der Wehrmachtsausstellung berief. In einer umfangreichen Festschrift zum Geburtstag statten 45 Autoren aus aller Welt dem Historiker Messerschmidt Dank ab für seine wegweisenden Forschungen. *Wolfram Wette*

# An ihre Rehabilitation glaubten viele Deserteure schon nicht mehr

## Rot-grüne Koalition verspricht auch homosexuellen Opfern die pauschale Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile

Von Pitt von Bebenburg (Berlin)

Viele Jahrzehnte lang mussten manche Opfergruppen des Nationalsozialismus auf ihre Rehabilitation warten. Jetzt will die rot-grüne Koalition den verurteilten Wehrmachtsdeserteuren und Homosexuellen „ihre Ehre zurückgeben“, wie der Bündnisgrüner Volker Beck sagt. Bis zum Sommer soll ein Gesetzentwurf verabschiedet werden, mit dem nationalsozialistische Unrechtsurteile pauschal aufgehoben werden.

Für Ludwig Baumann war der Freitag „ein schöner Tag“. Am Morgen erfuhr er, dass die rot-grüne Koalition ihn und seine Leidensgenossen rehabilitieren will. „Wir können zufrieden sein. Es war so ein langer Kampf – und wir haben schon nicht mehr daran geglaubt“, sagt der 80-jährige aus Bremen. Baumann ist als junger Mann aus der Wehrmacht desertiert, wurde gefasst und zum Tode verurteilt. Zehn

Monate hat er in der Todeszelle verbracht. Ein ähnliches Schicksal traf zehntausende Männer. „Von den 48 000 Todesurteilen der gesamten Nazi-Zeit wurden 30 000 gegen Deserteure verhängt“, berichtet Baumann. Als Vorsitzender der „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“ bemühte er sich jahrzehntelang vergeblich um Rehabilitation. Heute leben nach Schätzungen des Verbandes noch 150 der Opfer.

Ähnlich erging es den Homosexuellen. Dem Grünen Beck zufolge wurden 50 000 in der Nazi-Zeit wegen ihrer sexuellen Orientierung verurteilt und 15 000 in Konzentrationslager verschleppt. Nach dem Krieg drohte ihnen eine erneute Verurteilung. Der Homosexuellen-Paragraf 175 der Nazis blieb bis 1969 Gesetz. „Endlich erfahren auch die homosexuellen Opfer der NS-Justiz späte Gerechtigkeit“, freut sich jetzt der Lesben- und Schwulenverband.

Im Jahre 1998, noch zu Zeiten der CDU/FDP-Koalition, wurden die nationalsozia-

listischen Unrechtsurteile aufgehoben – aber nicht alle. Deserteure und Homosexuelle wurden nicht pauschal entlastet. Sie müssen bei der Justiz eine Einzelfallprüfung beantragen.

„Das ist ein unwürdiger Vorgang“, meint Beck. Viele Betroffene stellten wegen der „auch heute noch bestehenden Vorurteile“ ihre Anträge nicht, heißt es in der Begründung des rot-grünen Gesetzentwurfs. Es sei aber kein Fall bekannt, in dem eine nachgewiesene Verurteilung in der Einzelfallprüfung nicht aufgehoben worden sei. Die Koalition hebt auch hervor, „dass eine Rehabilitation von Deserteuren keine Abwertung der deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs“ bedeute.

SPD und Grüne wollen „auf jeden Fall vor der Sommerpause, vielleicht auch schon im April“ (Beck), den Beschluss des Bundestages herbeiführen. PDS und FDP hatten sich bereits früher für die pauschale Rehabilitation ausgesprochen. Dage-

gen hält die Union Einzelfallprüfungen weiter für richtig. Ihr rechtspolitischer Sprecher Norbert Geis verweist darauf, dass manche Soldaten desertiert seien, um einer gerechten Strafe etwa wegen Verbrechen an Zivilisten zu entgehen.

Der SPD-Rechtspolitiker Alfred Hartenbach sagt, es sei „endlich Zeit“, die beiden Opfergruppen zu rehabilitieren. SPD und Grüne hatten sich bereits im Koalitionsvertrag darauf verständigt. Wie die Rechtspolitiker andeuten, mussten jedoch Bedenken des Finanzministeriums ausgeräumt werden, dass mit dem Gesetz Entschädigungszahlungen verbunden sein könnten.

Beck betont, unabhängig von der Rehabilitation diskutiere die Koalition über „Lücken im Entschädigungsrecht“. Man denke über die Einrichtung einer Bundesstiftung nach, um bislang „bewusst vergessene Opfer“ zu entschädigen. Auch dies könne „vielleicht noch in dieser Legislaturperiode“ angegangen werden.



# Der letzte Kampf der Deserteure

## Die rot-grüne Bundesregierung will die NS-Unrechtsurteile pauschal aufheben

Von unserem Korrespondenten  
Peter Gärtner

**Berlin/Bremen.** Was es noch heute bedeutet, ein Wehrmachts-Deserteur zu sein, erfährt Ludwig Baumann schon beim Blick in die Post. „Tiefer kann ein charakterloser Mensch nicht sinken“, schrieb ihm ein Unbekannter aus Berlin. „Jeder andere Verbrecher ist dagegen ein Heiliger“.

Obwohl der 80jährige Vorsitzende der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz mit Sitz in Bremen seit Jahrzehnten mit ähnlichen Beleidigungen und Demütigungen konfrontiert wird, muss er nach solchen Attacken erst einmal schlucken. Doch in seinem Kampf für die Aufhebung der NS-Urteile haben ihn die „Vaterlandsverräter“-Beschimpfungen zu meist ermutigt.

Jetzt ist der Sohn eines Hamburger Tabakgroßhändlers fast am Ziel: Die rot-grüne Bundesregierung will den verurteilten Deserteuren und Homosexuellen ihre Ehre zurückgeben.

Ein entsprechender Gesetzentwurf, um die NS-Unrechtsurteile pauschal aufzuheben, soll noch im Februar ins Parlament eingebracht werden. „Wir haben daran schon gar nicht mehr geglaubt“, erzählt der rüstige Alte, der als junger Mann vor 60 Jahren im besetzten Frankreich desertierte, dann gefasst und in einem Blitzverfahren wegen

„Fahnenflucht im Felde“ zum Tode verurteilt wurde.

Das Schicksal des letztlich begnadigten Marinegefreiten, der nach zehn Monaten Todeszelle, KZ-Aufenthalt und Strafbatallion aus dem Krieg heimkehrte, ist kein Einzelfall. „Von der NS-Justiz wurden allein über 30 000 Todesurteile gegen Deserteure verhängt“, heißt es in der Stellungnahme der Bundesvereinigung.

Jahrzehntlang mussten Fahnenflüchtige und Homosexuelle mit dem Stigma leben, dass sie von einem Unrechtsregime „rechtskräftig“ verurteilt wurden. Zwar wurden 1998 – noch zu Zeiten der CDU/FDP-Regierung – die NS-Richtersprüche aufgehoben. Aber Deserteure und Homosexuelle wurden nicht pauschal entlastet. Wer rehabilitiert werden wollte, der musste erst seinen Fall prüfen lassen.

Diese Praxis soll bald der Vergangenheit angehören. Allerdings macht auch der rot-grüne Gesetzentwurf eine Ausnahme: Verurteilungen wegen des typischen NS-Delikts „Kriegsverrat“ – schon 1937 sprach der Oberbefehlshaber der Wehrmacht von einem „grundlegenden Wandel in der Beurteilung der fluchwürdigen Verratsverbrechen im NS-Recht“ – sollen nicht aufgehoben werden.

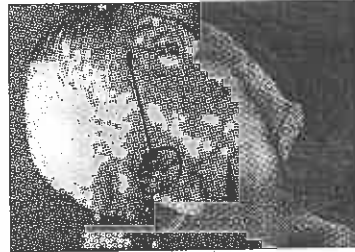
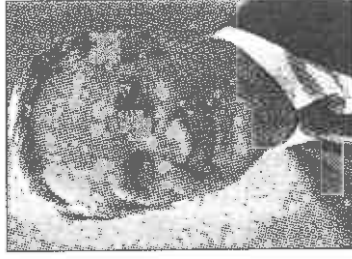
Der Historiker Manfred Messerschmidt hält dies für eine „bedenkliche Schiefelage“. Der langjährige Leitende Historiker des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg erinnert daran, dass Nationalkonservative, die die Engländer kurz vor Kriegsende warnten, heute in der Geschichtsschreibung als Helden des Widerstands gefeiert werden. Der der einfache Soldat hingegen, der durch Verrat möglicherweise zu einem schnelleren Kampfe beitrug, solle dafür

nicht einmal rehabilitiert werden. Messerschmidt spielt damit auch auf die Kritik von Norbert Geis an. Der rechtspolitische Sprecher der Unionfraktion hatte von „verwerflichen“ Fällen der Desertion gesprochen und sich – als einziger im Rechtsausschuss – gegen den Gesetzentwurf gewandt. Geis sprach von Soldaten, die sich abgesetzt haben, weil ihnen eine Strafe wegen Verbrechen an der Zivilbevölkerung drohte, oder wenn einer zu feindlichen Truppen übergelaufen sei und die Stellung seiner Kameraden verraten habe.

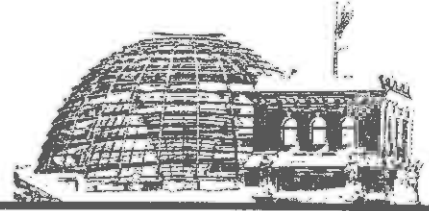
Ludwig Baumann weist diese Beispiele empört zurück: Schon im Vorfeld des Überfalls auf die Sowjet-

union sei im „Barbarossa“-Kriegsgerichtsbarkeitserlass festgelegt worden, dass für alle Verbrechen von Wehrmachtsangehörigen an der Zivilbevölkerung „kein Verfolgungszwang“ bestehe. Zudem sei „doch nicht zu bestreiten, dass auch nur so lange millionenfach in den Ver-nichtungslagern gemordet werden konnte, wie die Fronten verteidigt wurden“.

Norbert Geis



Ludwig Baumann



MITTEILUNG 188 | 01.02.2002

Herausgeber: Hans-Peter Reppnik MdB

Redaktion:

Dr. Thomas Raabe (030) 227-5 30 15

Sven GÖran Mey (030) 227-5 48 06

Christiane Schwarte (030) 227-5 53 75

Katrin Kohl (030) 227-5 27 03

Telefax (030) 227-5 66 60

fraktion@cducsu.de

www.cducsu.de

## Geis: Die Justizministerin setzt neues Unrecht

**Zu dem Vorhaben der Justizministerin, durch Gesetz sogenannte national-sozialistische Unrechtsurteile gegen Deserteure pauschal aufzuheben, erklärt der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis MdB:**

Die Justizministerin setzt neues Unrecht, wenn sie alle Urteile gegen Deserteure pauschal aufheben will.

Zweifellos gab es viele Deserteure im letzten Krieg vor über 60 Jahren, die mit dem Wahnsinn Hitlers nicht mehr einverstanden waren und deshalb desertiert sind. Sie haben Achtung verdient. Ihre pauschale Verurteilung als Feiglinge wäre großes Unrecht. Manche sind in den letzten Monaten des Krieges auch deshalb desertiert, um ihre Haut zu retten. Auch eine solche Tat ist nicht verwerflich.

Wer aber desertiert ist, um z.B. einer gerechten Strafe wegen einer schweren Straftat, u.U. gegen Zivilisten aus den besetzten Gebieten, zu entgehen oder wer zu den feindlichen Truppen übergelaufen ist und die Stellung seiner Kameraden verraten hat und diese deshalb unter schweren feindlichen Beschuss geraten sind, oder wer die ihm anvertrauten Flüchtlinge, meist Frauen und Kinder, feige im Stich gelassen hat – der hat auch nach heutigen Maßstäben schweres Unrecht begangen.

Solche Urteile pauschal aufzuheben, hieße neues Unrecht zu setzen: Unrecht an den Richtern, die diese Deserteure zu Recht verurteilt haben, Unrecht an den Widerstandskämpfern, die dann mit diesen Deserteuren gleichgesetzt werden, Unrecht an den Soldaten, die nicht davongelaufen sind und die Leib und Leben eingesetzt haben, oft mit schweren Verwundungen aus dem Krieg zurückgekommen sind oder ihr Leben verloren haben.

Wir sollten 60 Jahre nach dem Krieg dem Unrecht Hitlers nicht neues Unrecht hinzufügen.



**CDU/CSU**  
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Herausgeber: Hans-Peter Replik MdB

Redaktion:

Dr. Thomas Raabe (030) 227-5 30 15

Sven GÖran Mey (030) 227-5 48 06

Christiane Schwarte (030) 227-5 53 75

Katrin Kohl (030) 227-5 27 03

Telefax (030) 227-5 66 60

fraktion@cducsu.de

www.cducsu.de

# Geis: Eine Schande

Zu der 1. Lesung zur pauschalen Aufhebung der Urteile gegen Deserteure im Zweiten Weltkrieg erklärt der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis MdB:

Der Weg zur Glorifizierung der Wehrmachtsdeserteure ist frei. Das würde 60 Jahre nach dem Krieg niemanden mehr stören und wäre nichts als eine weitere Dummheit, von denen sich diese Regierung viele geleistet hat, hätte dies nicht Methode.

Die Wehrmachtsausstellung soll den Deutschen klarmachen, dass ihre Soldaten im letzten Krieg Mitglieder einer Verbrecherbande gewesen und pauschal als Mörder zu verurteilen seien. Also seien die Deserteure die eigentlichen Helden.

So leicht geht dies aber nicht. Sicher, die Verleumder haben jetzt einfacheres Spiel, weil nicht mehr so viele Kriegsteilnehmer leben, die sich gegen eine solche Ungeheuerlichkeit wehren können. Die Geschichtsforschung aber hat längst nachgewiesen, dass die Deserteure in der Regel keine Widerstandskämpfer waren, sondern dass viele von ihnen auch nach heutigen Maßstäben aus verwerflichen Gründen gehandelt haben.

Damit Klarheit besteht: Wer in den letzten Wochen des Krieges als junger Mensch die Truppe verlassen hat, um sein Leben und seine Zukunft zu retten, hat nicht verwerflich gehandelt. Diese standgerichtlichen Urteile der letzten Monate des Krieges wurden längst pauschal aufgehoben. Auch die, welche mit ihrer Flucht gegen den Wahnsinn Hitlers Widerstand leisten wollten, sind schon lange rehabilitiert. Der Offizier aber, der seine jungen Soldaten, die ihm anvertraut waren, im Stich gelassen hat und davongelaufen ist und damit seine Untergebenen in Lebensgefahr gebracht hat, hat auch nach heutigen Maßstäben verwerflich gehandelt. Wer ein solches Handeln heute für gerechtfertigt erklärt, schadet unserer Rechtsordnung.

De Gaulle hat mit Blick auf die Deutschen gesagt: „Man erkennt den Charakter eines Volkes auch daran, wie es nach einem verlorenen Krieg mit seinen Soldaten umgeht“. Wenn wir diejenigen, die weggelaufen sind und damit andere in Not gebracht haben, jetzt als die eigentlichen Helden des Krieges rechtfertigen, begehen wir gegen die Unrecht, die ausgehalten haben, um den Schaden für unser Volk zu begrenzen. Fast 60 Jahre nach dem Krieg handeln wir schändlich gegen unsere Väter, die in den Krieg ziehen mussten, die nicht geflohen sind, ihr Leben eingebüßt haben oder schwer verwundet worden sind oder erst nach langer Kriegsgefangenschaft heimkehren konnten.

11. März 2002

Herrn  
Ludwig Baumann  
Aumunder Flur 3  
  
28757 Bremen

Lieber Herr Baumann,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 23. Januar 2002. Ich habe es und die beigefügten Anlagen wie immer mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Besonders schockiert hat mich der an Sie gerichtete Schmähbrief; er zeigt, dass die Deserteure in der Tat in den Augen vieler Mitbürger immer noch nicht rehabilitiert sind. *Unmöglich!*

Im Übrigen kann ich mich heute aus einem für Sie sehr erfreulichen Anlass kurz halten. Wie Sie ja inzwischen wissen, haben sich die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf verständigt, den im Bundesministerium der Justiz erarbeiteten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege als Koalitionsentwurf in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen. Der Entwurf sieht für eine ganze Reihe von Verurteilungen nach dem Militärstrafgesetzbuch - darunter insbesondere natürlich für die Verurteilungen wegen Desertion - die Abschaffung der bisher erforderlichen Einzelfallprüfung vor. Ihren seit langen Jahren mit großem Engagement vertretenen berechtigten Forderungen ist damit endlich Erfolg beschieden.

Einen Abdruck der entsprechenden Bundestagsdrucksache füge ich zu Ihrer Unterrichtung diesem Schreiben bei. Ich bin optimistisch, dass das Gesetzgebungsverfahren noch vor der Sommerpause dieses Jahres abgeschlossen werden kann.

Mit freundlichen Grüßen



# Bundestag ehrt NS-Deserteure

57 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs beschließt der Deutsche Bundestag die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure und gibt eine Ehrenerklärung für sie und alle verfolgten Homosexuellen ab



Als Unrecht anerkannt: Standrechtliche Erschießung von Deserteuren durch ein SS-Erschießungskommando 1944/45 FOTO: ULLSTEIN

BERLIN taz ■ „Fast alle unserer Leidensgenossen sind vorbestraft gestorben“, sagt Ludwig Baumann. „Für uns Überlebende geht ein später Traum in Erfüllung.“ Der Traum: das ist die Rehabilitierung von Deserteuren der Wehrmacht, die gestern der Deutsche Bundestag in Berlin mit den Stimmen von SPD, Grünen und PDS und gegen das Votum von Union und FDP beschlossen hat. Mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Nationalsozialismus schloss das Parlament damit endlich eine noch immer bestehende Lücke im Gesetz zur Aufhebung von NS-Unrechtsurteilen und gab zugleich eine überfällige Ehrenerklärung für verurteilte Homosexuelle und für Deserteure während des Zweiten Weltkrieges ab. „Endlich erfahren die Deserteure und verfolgten Homo-

sexuellen späte Gerechtigkeit“, sagte gestern der Grünen-Rechtspolitiker Volker Beck.

Bislang hatte der Bundestag eine solche Rehabilitierung konsequent vermieden. Gegner der Regelung verwiesen darauf, dass Desertion auch in demokratischen Staaten verboten ist und Homosexualität in Deutschland auch noch nach dem Ende des Nationalsozialismus strafrechtlich verfolgt worden ist. Im Unterschied zu anderen Opfergruppen galt für Deserteure und Homosexuelle deshalb bislang das Prinzip der Einzelfallprüfung – die Beweislast, dass eine Person zu Unrecht verurteilt worden war, lag also beim Betroffenen selbst. Die Ergänzung des bisherigen Gesetzestextes macht dieser Praxis ein Ende, die von Opfern seit Jahrzehnten als Verhöhnung und als Missachtung erlit-

tener Menschenrechtsverletzungen angeprangert worden war.

Der Beschluss des Bundestages ist eine politische Entscheidung. Auf Entschädigungsansprüche hat er nur indirekten Einfluss, indem er die Zahl derjenigen erweitert, die als Opfer von NS-typischem Unrecht einen Anspruch auf bestimmte Leistungen erheben können. Allerdings sind es heute nur noch wenige, die solche Ansprüche überhaupt einklagen können: Mehr als 30.000 Todesurteile haben Wehrmachtgerichte unterzeichnet. Heute leben nur noch etwa 400 verurteilte Deserteure – unter ihnen der 80-jährige Ludwig Baumann, der seit Jahrzehnten für eine parlamentarische Ehrenerklärung streitet.

FDP und Union stimmten gestern gegen die Ergänzung des Gesetzes. Die Union befürchtete,

dass sich dadurch ehemalige Wehrmachtssoldaten, die ihren Dienst getan hatten, verunglimpft fühlen könnten: „Veteranen fühlen sich an den Pranger gestellt“, sagte der CDU-Abgeordnete Jürgen Gehb. Das Gesetz stelle eine Verklärung der Fahnenflucht dar. Außerdem habe es auch rechtmäßige Urteile in der NS-Zeit gegeben. Seit Bestehen der Bundesrepublik haben die Konservativen gegen eine historische Deutung gekämpft, die auch die Wehrmacht als Instrument des NS-Terrors betrachtet. Für die FDP erklärte Jörg van Essen, das Gesetz von 1998, nach dem eine Einzelfallprüfung notwendig war, sei ausreichend. Das frühere Gesetz war unter der Ägide von FDP-Justizminister Edzard Schmidt-Jortzig entstanden.

BETTINA GAUS  
kommentar SEITE 11

## Deserteure werden rehabilitiert

### Bundestag beschließt, NS-Unrechtsurteile aufzuheben

Von Karl Heinz Baum

Die Bundestagsmehrheit von SPD, Grünen und PDS hat am Freitag nationalsozialistische Unrechtsurteile gegen Homosexuelle und Deserteure pauschal aufgehoben. CDU/CSU und FDP stimmten dagegen, sie wollten bei der Einzelfallprüfung bleiben.

BERLIN, 17. Mai. Die neue Regelung sei nötig, man sei sie den NS-Opfern schuldig, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Justizministerium, Eckart Pick (SPD), im Parlament. Wer zur NS-Zeit aus ideologischen oder rassistischen Gründen verurteilt wurde, solle nicht länger mit dem Makel des Verurteilten leben müssen. Das neue Gesetz rehabilitiere NS-Opfer, die wegen Desertion, Fahnenflucht und Wehrkraftzerstörung verurteilt worden seien, „vollständig“. Die Einzelfallprüfung und die damit verbundene schwierige und als unzumutbar empfundene Beweisführung belaste sie nicht länger. NS-Urteile wegen Plünderung, Fliederei und Miss-handlung von Untergebenen bleiben allerdings weiter bestehen.

Jürgen Gebb (CDU/CSU) sagte, bereits das Gesetz von 1998 zur Aufhebung von NS-Unrechtsurteilen berücksichtige ausreichend die Interessen NS-Verurteilter. Pauschale Aufhebungen von Urteilen sei-

en nicht gerechtfertigt und könnten neues Unrecht schaffen, da sich nun Soldaten, die bis Ende des Krieges bei der Truppe geblieben seien, pauschal an den Pranger gestellt fühlen müssten. Die CDU widersetzte sich einer „Verklärung der Fahnenflucht“, denn mit einer Pauschalierung könnten auch mögliche Kriminelle rehabilitiert werden. Auch für Jörg von Essen (FDP) reicht das alte Gesetz aus. Deshalb handle es sich jetzt um „Aktionismus und Symbolik“. Auch die FDP wolle an der Einzelfallprüfung festhalten.

Volker Beck (Grüne) sah dagegen für verurteilte NS-Deserteure und verfolgte Homosexuelle „späte Gerechtigkeit“, ihnen werde die Ehre zurückgegeben. Evelyn Kenzler (PDS) nannte die Verurteilung von 30 000 Deserteuren „schreiendes Unrecht“. Sie plädierte dafür, auch Urteile wegen „Kriegsverrats“ – den Seitenwechsel vom Aggressor zu Verteidigern und Befriern – aufzuheben.

Die Regelung ist eines der letzten zwischen Regierung und Opposition umstrittenen Gesetze, das noch vor der Bundestagswahl in Kraft treten kann. Die Union im Bundesrat könnte das Gesetz bremsen, aber nicht verhindern: Einen Einspruch des Bundesrats müsste der Bundestag mit der Mehrheit der Stimmen, der „Kanzlermehrheit“, zurückweisen. *Kommentar S. 3*

## Endlich rehabilitiert

Eigentlich will man es kaum glauben, dass sich der deutsche Gesetzgeber 57 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs doch noch durchringen konnte, die zur NS-Zeit wegen Desertion, Fahnenflucht und Wehrkraftzerstörung (in aller Regel zum Tode) Verurteilten pauschal zu rehabilitieren. Die Diskussion, von wenigen Überlebenden immer verlangt, hatte schon Mitte der siebziger Jahre begonnen. Doch damals behielten die Formaljuristen die Oberhand. Schließlich konnte „heute nicht Unrecht sein, was damals Recht war“ – wie der ehemalige Marinrichter und spätere Ministerpräsident Baden-Württembergs, Hans Filbinger, eigene einschlägige Urteile gerechtfertigt hatte.

Es musste wohl erst 1995 der Bundesgerichtshof im Zusammenhang mit DDR-Todesurteilen durch schon in der NS-Justiz tätige Richter feststellen, dass solche Na-

zi-Richter „Blutrichter“ waren, die sich wegen Rechtsbeugung hätten verantworten müssen.

Das jetzt vom Bundestag verabschiedete Gesetz nützt den Betroffenen kaum noch. Selbst jene wenigen, die Folter und jahrelanges Vegetieren in der Todeszelle überlebten, sind mittlerweile gestorben. Ihren Kindern und Enkeln fast sechzig Jahre später noch die Einzelfallprüfung aufzubürden, um eine Rehabilitierung zu erreichen, ist ein unwürdiges Verfahren. Die Union befürchtet, dass das Gesetz alle Soldaten, die bei der Truppe geblieben sind, an den Pranger stellt. Das ist nicht der Fall. Vielmehr werden die Unrechtsurteile über Deserteure zu Nichturteilen erklärt, wie das längst mit den DDR-Urteilen der Waldheimer Prozesse von 1952 geschehen ist. Das zumindest war man den Opfern schuldig.

zba

# Politik

## Späte Genußtuung für Deserteure

*Ludwig Baumann sieht seinen Kampf für die pauschale Aufhebung der Urteile der NS-Militärjustiz belohnt*

VON SIGRID AVERESCH

**B**ERLIN, 17. Mai. Lange hat Ludwig Baumann auf diesen Moment warten müssen. „Ein Traum geht in Erfüllung, wenn auch spät“, sagt er. Jahrzehnte hat der einstige Wehrmachtsdeserteur dafür gekämpft, dass die Urteile der Nazirichter wegen Desertion für Unrecht erklärt werden. Am Freitagabend verabschiedete der Bundestag die Regelungen, mit denen diese NS-Richtersprüche pauschal aufgehoben werden.

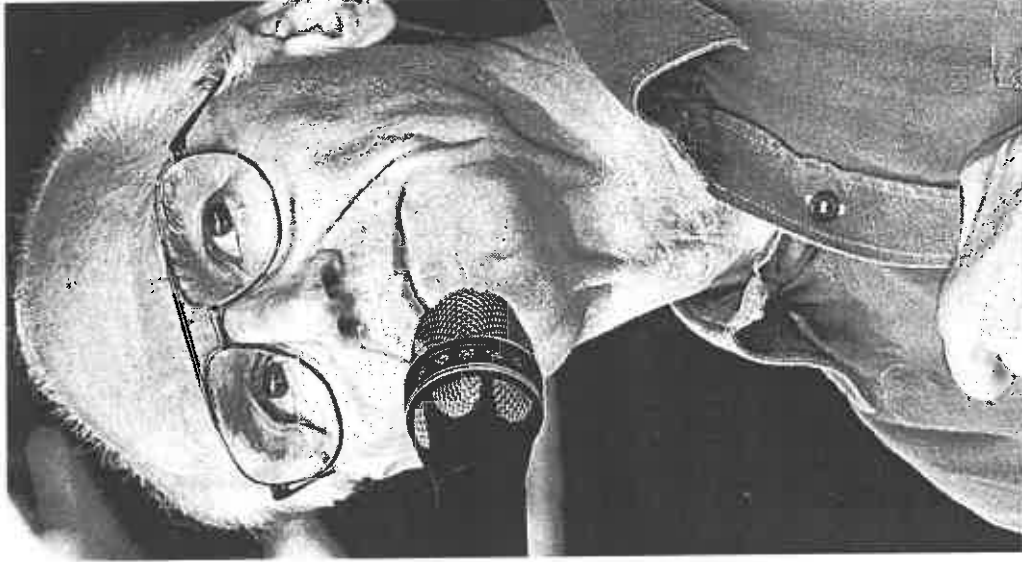
Für Baumann ist das Gesetz, das die rot-grüne Koalition vorgelegt hat, weit mehr als ein Rechtsakt. Für den 80-jährigen bedeutet es eine „Befreiung“ – vom Makel des Vorbestrafen, aber auch von Demütigungen. Jahrzehnte konnte er Beschimpfungen als „Feigling“ oder „Vaterlandsverräter“ nichts entgegenhalten. Nun kann Baumann auf die Gesetzesbegründung verweisen. Sie bescheinigt den Deserteuren, „aus Wissensgründen“ gehandelt zu haben. „In einem vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldeten Angriffs- und Vernichtungskrieg“ sei diese Verhalten „weder kriminell noch unehrenhaft“ gewesen. Eine Genußtuung für Baumann.

1942 war er aus der Wehrmacht desertiert, nachdem er einer Hafenkompagnie in Bordeaux zugeteilt worden war. Baumann und sein

Freund wollten in den unbesetzten Teil Frankreichs fliehen. Eine deutsche Zollstreife fasste sie. Ein Militärgericht verurteilte Baumann zum Tode. Täglich erwartete er damals seine Exekution. Erst nach zehn Monaten erfuhr er, dass er in- zwischen zu einer zwölfjährigen Zuchthausstrafe begnadigt worden war. Weitere Leidensstationen folgten: Das Mootlager Esterwegen, mehrere Konzentrationslager, das Wehrmachtgefängnis Torgau, dann der Einsatz im Strafbataillon 500. An der Front wurde Baumann verwundet.

Nach Kriegsende kehrte er in seine Heimat zurück. Doch es fiel ihm schwer Fuß zu fassen. Neue Demütigungen folgten. Oft wurde er als „Dreckschwein“ beschimpft, als derjenige, der Armee und Vaterland habe er verraten. „Sogar Morddrohungen habe ich erhalten“, erinnert sich Baumann. Desertion blieb in der Bundesrepublik ein Makel. Im Bundeszentralregister war die Nazi-Verurteilung als Vorstrafe registriert.

Erst in den 80er Jahren vollzog sich langsam ein gesellschaftlicher Wandel. Auch die Geschichtswissenschaft veränderte die Perspektive. Die Forschung widmete sich den Wehrmachtsdeserteuren und lieferte Fakten: Über 30 000 Todesurteile hatte die Nazi-Justiz gegen Deserteure verhängt, 20 000 vollstreckt. Über 10 000 Fahnenflüchtige wurden zu Zuchthausstrafen verurteilt.



CHRISTIAN VON POLENZ

Am Ziel seiner Wünsche: Ludwig Baumann.

### Keine Prüfungen mehr

**Mit dem Gesetz**, das die rot-grüne Koalition am Freitag mit den Stimmen der PDS verabschiedet hat, werden die Urteile der Nazi-Justiz gegen Deserteure pauschal aufgehoben. Bislang waren nur die Urteile pauschal aufgehoben, die „gegen elementare Gedanken der Gerechtigkeit“ verstießen. Die Urteile gegen Deserteure konnten nach einer Prüfung aufgehoben werden.

**Auch die Urteile** aus der Nazi-Zeit gegen Homosexuelle werden durch das Gesetz pauschal aufgehoben. Wegen Unzucht zwischen Männern und gewerbsmäßiger Unzucht Männern verurteilt worden war, ist nun rehabilitiert.

**Eine Entschädigung** erhalten Deserteure und Homosexuelle nicht.

Nur weniger als 4000 Verurteilte überlebten die Strafen.

Für sie gründete Baumann 1990 die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, um die Rehabilitierung politisch einzufordern. 1998 beschloss der Bundestag die pauschale Aufhebung von NS-Urteilen, doch die Richtersprüche gegen Deserteure blieben ausgespart. Nur in Einzelfällen, nach Prüfungen, konnten sie mit einer Rehabilitierung rechnen. Ein Verfahren, das Baumann erneut als demütigend empfand.

### Neue Aufgabe in Österreich

Mit dem neuen Gesetz wird auch dieses Verfahren abgeschafft, die Urteile werden pauschal aufgehoben. „Der Kampf hat sich gelohnt“, freut sich Baumann. „Es ist ein schöner Tag, aber in ihm liegt auch Tragik“, sagt er und erinnert an die vielen Weggefährten, die mit ihm den Kampf begonnen hatten, die aber inzwischen verstorben sind.

Zur Ruhe setzten will sich der 80-jährige nicht. Er wird weiterhin in Schulen und Universitäten über seinen Lebensweg sprechen, Schülern und Studenten von der Nazi-Zeit und der Unterdrückung berichten. Zudem steht Baumann ein weiteres Ziel vor Augen: In Österreich sind die Wehrmachtsdeserteure noch nicht rehabilitiert. „Das deutsche Gesetz kann für Österreich ein Vorbild sein“, sagt Baumann.



**Gesetz  
zur Änderung des Gesetzes zur Aufhebung  
nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege  
(NS-AufhGÄndG)**

**Vom 23. Juli 2002**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Die Anlage zu § 2 Nr. 3 des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege vom 25. August 1998 (BGBl. I S. 2501) wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 26 wird nach der Angabe „143a,“ die Angabe „175, 175a Nr. 4 in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuchs vom 28. Juni 1935 (RGBl. I S. 839),“ eingefügt.
2. Nach Nummer 26 wird folgende Nummer 26a eingefügt:  
„26a. §§ 62 bis 65, 67, 69, 71 bis 73, 77, 78, 80 bis 85, 87, 89, 91, 92, 94 bis 97, 99 bis 104, 106 bis 108, 110 bis 112, 139, 141, 144, 147, 147a, 150 des Militärstrafgesetzbuches in den Fassungen der Gesetze vom 16. Juni 1926 (RGBl. I S. 275), 16. Juli 1935 (RGBl. I S. 1021) und 10. Oktober 1940 (RGBl. I S. 1347)“.

**Artikel 2**

**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 23. Juli 2002

Der Bundespräsident  
Johannes Rau

Der Bundeskanzler  
Gerhard Schröder

Die Bundesministerin der Justiz  
Däubler-Gmelin

# „Eine Schande ist es dennoch“

## Obwohl Wehrmachtsdeserteur Heinz Schimke rehabilitiert ist, bringt ihm das seine Lebensfreude nicht zurück

Von unserem Redakteur  
JAN WÄTZOLD

**Halle/Magdeburg/MZ.** Heinz Schimke ist bereits im Bett, als ihn seine Frau Ingrid mit der Nachricht überrascht. „Du, es kam gerade in der Tagesschau, die haben euch rehabilitiert.“ Es dauert eine Weile, bis der 81-Jährige begreift, warum seine Frau noch einmal in das Schlafzimmer der Plattenbau-Wohnung im Magdeburger Stadtteil Sudenburg gekommen ist, um ihn zu wecken. Ein Lächeln legt sich auf sein stets in ernster Miene erstarrtes Gesicht. „Wirklich?“, fragt Heinz Schimke. Dann gleitet er wieder ins Reich der Träume, das ihn seit 60 Jahren Nacht für Nacht mit finsternen Visionen peinet.

Fast drei Wochen ist es jetzt her, als der Bundestag mit den Stimmen von SPD, Bündnisgrünen und PDS ein Gesetz verabschiedete, das die während des Zweiten Weltkrieges von der Nazi-Justiz gegen Deserteure verhängten Urteile pauschal aufhebt. Bis zu jenem Tag galten hierzulande nicht nur die 20 000 deutschen Wehrmachtsflüchtlinge, deren Leben am Strang, auf dem Richtbock oder vor einem Erschießungskommando ein Ende gefunden hatte, als Kriminelle.

Auch auf den etwa 10 000 ehemaligen Soldaten, deren Todesurteile nicht vollstreckt wurden, sowie den mehr als 10 000 zu Zuchthausstrafen verurteilten Deserteuren lastete bislang der Makel „wobenstraft“. Wer von den 4 000 betroffenen Männern, die das Kriegsende erleben, eine Tilgung der Eintragung aus seiner Justiz-Akte anstrebte, konnte in der Vergangenheit bestenfalls auf dem Weg der Einzelfallprüfung auf Rehabilitation hoffen.

Heinz Schimke gehört zu den wenigen Fahnenflüchtigen der Nazizeit, die überhaupt noch am Leben sind. Auch der gebürtige Danziger, der seit seiner Entlassung aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft in Magdeburg wohnt, hatte die Hoffnung auf eine Rehabilitation eigentlich schon längst aufgegeben. „Zu Beginn der fünfziger Jahre



Heinz Schimke und seine Ehefrau Ingrid. Ganz oben: Aktenordner füllen inzwischen die Bemühungen des desertierten Soldaten, seine Vergangenheit aufzuarbeiten. MZ-Red: Scholtjasek

haben ich mich in der DDR um eine Anerkennung als NS-Opfer bemüht“, erinnert sich der Rentner. Doch damals war ihm lediglich mitgeteilt worden, die bei der Vereinnahmung der Verfolgten des Naziregimes (VNN) eingereichten Unterlagen seien „verloren gegangen“. Schimke hegte über Jahre einen schlimmen Verdacht: „Die wollten Fahnenflucht einfach nicht als Widerstand anerkennen, weil das für den Aufbau der Nationalen Volksarmee ein gefährliches Signal gewesen wäre.“

Ganz überraschend freilich traf den Deserteur die Zurückweisung durch die DDR-Behörden nicht. Inmerthin hatte Schimke schon mit anderen Nazi-Gegnern böse Erfahrungen machen müssen. Nachdem er im Juli 1944 bei Odessa (Ukraine) zu den Russen übergelaufen war, steckten die ihn in ein Gefangenenlager. Anfangs tröstete sich der junge Deutsche noch mit der Erklärung, dass man ihn dort wohl nur vor den Fängen seiner Häsher

schützen wolle. Die Illusion wandelte sich mit dem Tag des Kriegsendes zunächst in Unverständnis. Aus der Ratlosigkeit war bis zum Dezember 1949, als Schimke endlich in die Heimat zurückkehren durfte, längst Zorn geworden.

### „Jede Nacht werde ich gehenkt oder erschossen.“

HEINZ SCHIMKE  
WEHRMACHTSDESERTEUR

Seine Leidensgeschichte nimmt gleich nach Kriegsbeginn ihren Lauf. Da wechselt der 1920 geborene Sohn eines Danziger Hafnarbeiters direkt vom Reichsarbeitsdienst in die Wehrmacht. Den Vorsetzten liefert der Flak-Schütze anfangs keinen Grund zur Kritik. „Ich war ein guter Soldat“, sagt Schimke selbst. Erst in Dänemark beginnen die Probleme. Als ihn ein Offizier, der in Deutschland ein Restaurant besitzt, beauftragt, geplünderte und aus Armeebestän-

den gestohlene Lebensmittel an dessen Heimadresse zu schicken, protestiert der Soldat. Der Vorgesetzte reagiert mit Schikane.

Psychisch angeschlagen entschließt sich Schimke schließlich zur Fahnenflucht. „Jetzt ist Feierabend“, entscheidet er während eines Fliegeralarms. Das Durchbrechen des Angriffs nutzt der Mann zur Flucht. Ein dänischer Jude versteckt den Deserteur in seiner Wohnung, aber schon bald entdecken Feldjäger den Unterschlupf. Schimke wird nach Aarhus gebracht und von einem Militärgericht zum Tode verurteilt. Das Urteil wird umgewandelt zu vier Jahren Zuchthaus, von Juli 1941 bis Dezember 1942 muss der Danziger im KZ Esterwegen Zwangsarbeit leisten.

Nach einer Inhaftierung im Wehrmachtsgefängnis Torgau wird Schimke in ein so genanntes Bewährungsbatallion gesteckt und an die Ostfront kommandiert. Ein wei-

terer Fluchtversuch im Mai 1943, bei dem ihm eine sowjetische Kugel das rechte Knie zerschmettert, bleibt unentdeckt. Als es Schimke dann ein letztes Mal wagt, wird er zwar gefasst und durch ein Feldgericht erneut zum Tode verurteilt. Die Kriegsgefangenschaft rettet ihm jedoch kurz darauf das Leben.

Zu behaupten, dass sich für ihn seit der pauschalen Rehabilitation der Wehrmachtsdeserteure etwas geändert hat, liegt Schimke fern. Physisch sowieso nicht: Das zerschossene Knie schmerzt wie ehedem, die von den Holzpatentien des Esterwegener Moors zerschundenen Füße versagen immer öfter ihren Dienst, das hohe Alter fordert zusätzlich seinen Tribut. Aber auch die Seele vermag sich trotz der späten Genugtuung nicht mehr zu erholen. „Jede Nacht werde ich gehenkt oder erschossen“, sagt der 81-Jährige leise.

Ehefrau Ingrid vermutet, dass es ihrem Mann heute besser ginge,

## Langer Weg

Das neue Gesetz rehabilitiert NS-Opfer, die wegen Desertion oder Fahnenflucht und Wehrkraftzersetzung verurteilt wurden. In der Bundesrepublik war die Diskussion um die Verurteilungen von Wehrmachtsdeserteuren erst in den achtziger Jahren richtig in Gang gekommen. Zuvor hatten Formaljuristen mit der Formel „Heute kann nicht Unrecht sein, was damals Recht war“ die Oberhand behalten. Erst als der Bundesgerichtshof 1995 dann im Zusammenhang mit DDR-Todesurteilen, die von ehemaligen NS-Richtern verhängt worden waren, feststellte, dass sich diese Urteilen schon unter Hitler der Rechtsbeugung schuldig gemacht hatten, war der Weg für eine grundsätzliche Neubewertung der NS-Urteile frei.

wenn er schon früher mit Leidensgenossen über das erlittene Schicksal hätte sprechen können. Das jedoch blieb ihm bis nach der deutschen Wiedervereinigung versprochen. Den Versuchen, das Unrecht zumindest anhand von Unterlagen aufzuarbeiten, war zu DDR-Zeiten kein Erfolg vergönnt. Überall stieß Heinz Schimke auf taube Ohren.

Licht ins Dunkel der Vergangenheit brachte erst Schimkes jüngerer Sohn Frank. Der heute 40-Jährige war nach dem Umzug nach Bremen auf die in der Hansestadt besonders aktive Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz aufmerksam geworden. Ein Anruf beim Sprecher des Vereins, Ludwig Baumann, zog eine Reihe von Treffen nach sich. Und Deutschlands bekanntester Wehrmachts-Deserteur war es schließlich, der dem Magdeburger half, den Antrag auf Entschädigung für die einelnährige Zwangsarbeit im KZ Esterwegen auszufüllen. Für die Haft im Militärgefängnis gibt es trotz der Rehabilitation keinen Anspruch auf Wiedergutmachung.

Ob er die Auszahlung des Geldes aus dem nach langen Querelen erst vor zwei Jahren zu Stande gekommenen Opferfonds der Deutschen Wirtschaft noch erleben wird, bezweifelt Heinz Schimke. „Darauf kommt es auch gar nicht an“, sagt er. Wichtig sei nur, dass das ihm widerfahrene Unrecht nun auch als solches anerkannt wird. „Eine Schande ist es dennoch, dass das so lange dauern musste.“

Mittelb. Zeitung / 4. Juni 2002

# „Jeden Morgen dachte ich, jetzt werde ich erschossen“

Deserteur Ludwig Baumann kommt zur Eröffnung der Wehrmachtsschau nach Leipzig

Von ARMIN GÖRTZ

**Leipzig.** „Ich habe selbst erlebt, was die Wehrmacht angerichtet hat.“ Mit leiser Stimme erzählt Ludwig Baumann über Bordeaux, die einst von den deutschen Militärs besetzte französische Hafenstadt. In seinem Kopf sieht er die Bilder des Jahres 1942, hört die Schreie. „Die Soldaten hatten 90 Männer in den Gefängnishof getrieben, das waren Zivilisten aus Spanien, die Jahre vorher mit ihren Familien vor dem Diktator Franco nach Frankreich geflohen waren. Ihre Frauen wurden ebenfalls in den Gefängnishof geholt, zum Abschied nehmen, auch Kinder waren dabei. Die Paare hielten sich umschlungen, die Wehrmachtssoldaten rissen sie auseinander, brachten die Männer weg – und kurz darauf hörte ich die Schüsse.“



Ludwig Baumann

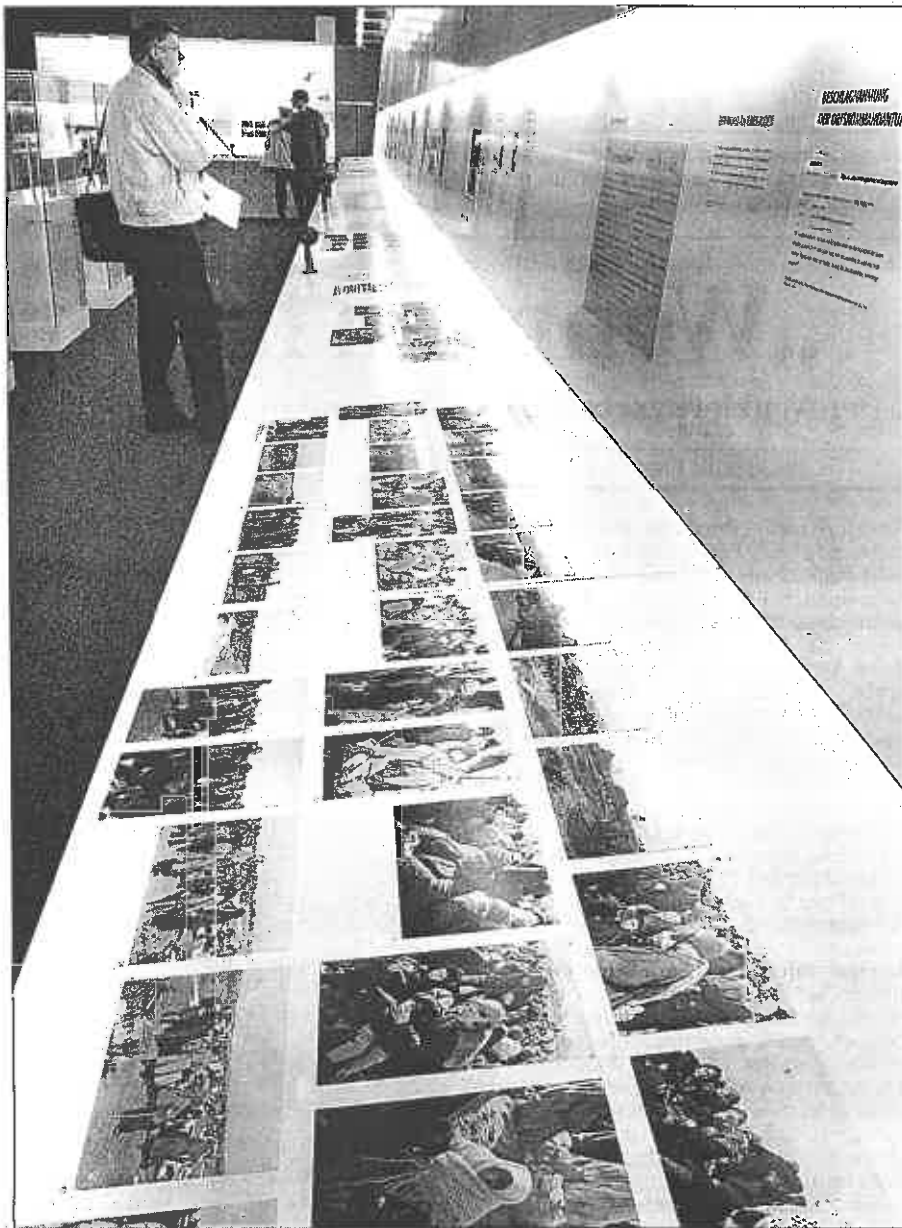
Die Hintergründe des Massakers kennt der alte Mann nicht, der Tod eines deutschen Soldaten sei wohl vorausgegangen, meint er. Baumann erlebte die erschütternde Abschiedsszene nicht zufällig, seine Bewacher führten ihn dazu extra aus der Todeszelle, wussten, wie ihn der Anblick quälen musste.

1940 war er 18-jährig zur Marine eingezogen worden, hatte den Drill und den Krieg gehasst, von einem freien Leben in Amerika geträumt und seiner Wachtruppe in Bordeaux in der Nacht zum 4. Juni 1942 den Rücken gekehrt. Der Deserteur landete blutüberströmt in einer Zelle, wurde zum Tode verurteilt, erwartete zehn Monate lang seine Hinrichtung. „Jeden Morgen, wenn die Wachen wechselten, dachte ich: Jetzt holen sie mich raus, jetzt werde ich erschossen. Diese Angst verfolgt mich heute noch im Traum.“

Etwa 20 000 Deserteure wurden von Wehrmachtsgewichten während des Krieges zum Tode verurteilt und hingerichtet, den Großbürgersohn Baumann rettete väterlicher Einfluss vor der Vollstreckung, er kam stattdessen ins Zuchthaus Torgau. „Ein einziges Grauen“, nennt der 80-Jährige jene Zeit, erzählt von Krankheiten und blutigen Gelenken der in Eisen gelegten Soldaten. Fort Zinna am Rande Torgaus war Drehscheibe der Wehrmachtsgewicht, aus dem Zuchthaus wurden tausende Verurteilte in Strafbataillone als Kanonenfutter an die Fronten geschoben. Baumann überstand auch das.

In Bremen wohnt er, und wenn die Ausstellung über Wehrmachtverbrechen eine neue Station erreicht, kommt der rastlose Senior fast immer zur Eröffnung. Auch in Leipzig ist er am heutigen Sonnabend dabei, will mit Skeptikern und Gegnern diskutieren. „Ich kann verstehen, dass Leute die Verbrechen der Wehrmacht nicht wahrhaben wollen, viele Soldaten haben das Grauen verdrängt, das ist doch menschlich“, meint er.

Nach dem Krieg wurden die rund 4000



Chronik des Grauens: Besucher betrachten in der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ Dokumente zum Themenkomplex „Völkermord“.

Foto: AP

Überlebenden unter den verurteilten Deserteuren in der Bundesrepublik vielfach als Feiglinge und Verräter beschimpft. Baumann gründete 1990 mit 36 Mitstreitern die „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“. Als einziger im Verein ist er noch heute fit, sein langer Kampf um die rechtliche Rehabilitierung seiner Leidensgenossen hatte am Ende Erfolg: Vor drei Wochen beschloss der Bundestag gegen die Stimmen von Union und FDP die pauschale Aufhebung von Urteilen gegen Wehrmachtsdeserteure. Dass Fahnenflucht in aller Welt strafbar ist, lässt Baumann als Gegenargument nicht gelten. „Hitlers Armeen führten einen verbrecherischen Krieg“, erklärt er, „wer da nicht mitmachte, handelte richtig.“

## Ausstellungsservice

Die Schau in Halle 14 auf Leipzigs Alter Messe ist von heute bis zum 21. Juli Montag bis donnerstags von 9 bis 18 Uhr und freitags bis sonntags von 10 bis 20 Uhr geöffnet. Erwachsene zahlen 6,50 Euro Eintritt, ermäßigt kostet es 4,50, für Jugendliche 3,50 Euro. Ermäßigung gibt es auch für Gruppen, Anmeldung für Führungen von Schulklassen sind unter Tel. (0341) 9 62 86 30 möglich. In der alten Messehalle 6 findet am heutigen Sonnabend, 15 Uhr, eine Diskussion statt, an der Deserteur Ludwig Baumann teilnimmt. [www.verbrechen-der-wehrmacht.de](http://www.verbrechen-der-wehrmacht.de)

Wie man Egoismus und Charakterlosigkeit  
zur „Heldentat“ umlügt:

# „Jeden Morgen dachte ich, jetzt werde ich erschossen“

Deserteur Ludwig Baumann kommt zur Eröffnung der Wehrmachtsschau nach Leipzig

Von ARMIN GÖRTZ

Leipzig. „Ich habe selbst erlebt, was die Wehrmacht angerichtet hat.“ Mit leiser Stimme erzählt Ludwig Baumann über Bordeaux, die einst von den deutschen Militärs besetzte französische Hafenstadt. In seinem Kopf sieht er die Bilder des Jahres 1942, hört die Schreie. „Die Soldaten hatten 90 Männer in den Gefängnishof getrieben, das waren Zivilisten aus Spanien, die Jahre vorher mit ihren Familien vor dem Diktator Franco nach Frankreich geflohen waren. Ihre Frauen wurden ebenfalls in den Gefängnishof geholt, zum Abschied nehmen, auch Kinder waren dabei. Die Paare hielten sich umschlungen, die Wehrmachtssoldaten rissen sie auseinander, brachten die Männer weg – und kurz darauf hörte ich die Schüsse.“



Ludwig Baumann

Die Hintergründe des Massakers kennt der alte Mann nicht, der Tod eines deutschen Soldaten sei wohl vorausgegangen, meint er. Baumann erlebte die erschütternde Abschiedsszene nicht zufällig, seine Bewacher führten ihn dazu extra aus der Todeszelle, wussten, wie ihn der Anblick quälern musste.

1940 war er 18-jährig zur Marine eingezogen worden, hatte den Drill und den Krieg gehasst, von einem freien Leben in Amerika geträumt und seiner Wachtruppe in Bordeaux in der Nacht zum 4. Juni 1942 den Rücken gekehrt. Der Deserteur landete blutüberströmt in einer Zelle, wurde zum Tode verurteilt, erwartete zehn Monate lang seine Hinrichtung. „Jeden Morgen, wenn die Wachen wechselten, dachte ich: Jetzt holen sie mich raus, jetzt werde ich erschossen. Diese Angst verfolgt mich heute noch im Traum.“

Etwa 20 000 Deserteure wurden von Wehrmichtsgerichten während des Krieges zum Tode verurteilt und hingerichtet, den Großbürgersohn Baumann rettete väterlicher Einfluss vor der Vollstreckung, er kam stattdessen ins Zuchthaus Torgau. „Ein einziges Grauen“, nennt der 80-Jährige jene Zeit; erzählt von Krankheiten und blutigen Gelenken der in Eisen gelegten Soldaten. Fort Zinna am Rande Torgaus war Drehscheibe der Wehrmichtsjustiz, aus dem Zuchthaus wurden tausende Verurteilte in Strafbataillone als Kanonenfutter an die Fronten geschoben. Baumann überstand auch das.

In Bremen wohnt er, und wenn die Ausstellung über Wehrmichtsverbrechen eine neue Station erreicht, kommt der rastlose Senior fast immer zur Eröffnung. Auch in Leipzig ist er am heutigen Sonnabend dabei, will mit Skeptikern und Gegnern diskutieren. „Ich kann verstehen, dass Leute die Verbrechen der Wehrmacht nicht wahrhaben wollen, viele Soldaten haben das Grauen verdrängt, das ist doch menschlich“, meint er.

Nach dem Krieg wurden die rund 4000

Überlebenden unter den verurteilten Deserteuren in der Bundesrepublik vielfach als Feiglinge und Verräter beschimpft. Baumann gründete 1990 mit 36 Mitstreitern die „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“. Als einziger im Verein ist er noch heute fit, sein langer Kampf um die rechtliche Rehabilitierung seiner Leidensgenossen hatte am Ende Erfolg: Vor drei Wochen beschloss der Bundestag gegen die Stimmen von Union und FDP die pauschale Aufhebung von Urteilen gegen Wehrmichtsdeserteure. Dass Fahnenflucht in aller Welt strafbar ist, lässt Baumann als Gegenargument nicht gelten. „Hitlers Armeen führten einen verbrecherischen Krieg“, erklärt er, „wer da nicht mitmachte, handelte richtig.“

Leipziger Volkszeitung  
(8./9.06.2002)

Ein wirklich „schöner“ Kronzeuge  
der Wehrmichts-Anklage!

(Und wie „edel“ und „moralisch“

er sich fühlt?)

Kameraden - er sich fühlt? Pfui! Mit Verachtung (Wilder (Fu. d. Res)  
schalin Baumann?

Glauben Sie, daß es denen, die ihre

Pflicht gehen lassen, einen „Mords-Spaß“ gemacht hat??

„Kamerad, ges du ver, ich tanz' in zwischen Swing in der USA“ - so was doch -

Kameraden -

schalin Baumann?

24. Oktober 2002

# Alle Ziele noch nicht erreicht

## Bundesvereinigung will das Gedenken an die Opfer der NS-Militärjustiz wachhalten

Von unserem Redakteur  
Volker J. Wesslau

**Bremen-Nord.** Im Mai hatte der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition und der PDS ein Gesetz verabschiedet, das die NS-Urteile gegen die Deserteure der Wehrmacht pauschal aufhebt. Damit sind nun auch die Deserteure der Wehrmacht wie zuvor schon die wegen Wehrkraftzersetzung und Kriegsdienstverweigerung verurteilten Opfer der Wehrmachtjustiz rehabilitiert.

Späte Genugtuung für den Nordbremen Ludwig Baumann (80) und die Mitglieder von ihm gegründeten „Bundesvereini-gung Opfer der NS-Militärjustiz“, die dafür lange gekämpft haben. Beendet ist ihr Kampf damit freilich noch nicht.

Nach Auffassung von Baumann, der selbst 1942 wegen „Fahnenflucht im Felde“ zum Tode verurteilt und später zu zwölf Jahren Zuchthaus „begrnadigt“ worden war, der im KZ Esterwegen und im berüchtigten Wehrmachtsgefängnis in Torgau litt und vor Kriegsende noch an der Ostfront in einem Strafbattalon eingesetzt wurde, ist die Rehabilitation nach wie vor unvollständig. Die Verurteilungen wegen des NS-Delikts „Kriegsverrat“ wurden nicht aufgehoben.

Wer damals also „Landesverrat im Kriege“ beging, wurde nicht rehabilitiert. Wie aber, fragt Baumann, kann der Verrat eines staatl. organisierten Angriffs- und Ver-nichtungskrieges ein Verbrechen sein? „Wenn mehr Soldaten Kriegsverrat began-gen hätten, hätten sicher viele Millionen Menschen weniger sterben müssen.“

Wenn sich die Mitglieder der Bundesver-einigung Opfer der NS-Militärjustiz am Sonnabend, 23. November, im Haus Hügel in Schönebeck zur Mitgliederversammlung treffen, wird darum auch das Thema „Nacharbeit wegen der Gesetzeslücke für die we- gen ‚Kriegsverrats‘ Verurteilten“ auf der Ta-gesordnung stehen.

Doch damit nicht genug: Die wenigen noch lebenden Opfer der NS-Militärjustiz wollen auch, dass man der vielen Tausend Pazifisten, Deserteure und Kriegsdienstver-weigerer, die Opfer dieser Militärjustiz wur-den, angemessen gedenkt.

Auf dem Gelände des früheren KZ Maut-hausen in Österreich gibt es mittlerweile ein Mahnmahl für sie. Auch im KZ Buchenwald wird seit 2001 an diese Opfergruppe erin- nert. Die Bundesvereinigung fordert aber auch Mahnmale auf dem Gelände des KZ Es- terwegen und auf dem Gelände des frühe- ren Wehrmachtsgefängnisses in Torgau.

In Torgau, so Baumann, hatte man das Ge- denken an die NS-Opfer einbeziehen wol- len in das Gedenken für „die zu Unrecht Ver- folgten der sowjetischen Besatzungsmacht“ und „die zu Unrecht verfolgten der DDR-Jus- tiz“. Zu ihnen hatten freilich neben zahlrei- chen Unschuldigen auch NS-Kriegsrichter gehört und mit denen wollte man auf keinen Fall in einen Topf geworfen werden.

Zerschlagen hat sich nach Darstellung von Baumann die Hoffnung der Bundesver- einigung auf einen direkten Verweis auf die Opfer der NS-Militärjustiz beim geplanten Holocaust-Mahnmal in Berlin. „Immerhin gesteht man uns inzwischen eine Wander- ausstellung zum Komplex Militärjustiz zu. Vorbereitet wird sie derzeit von Professor Dr. Manfred Messerschmidt, dem Vorsitzen- den des Wissenschaftlichen Beirats unserer Bundesvereinigung.“

Die Bundesvereinigung Opfer der NS-Mi- litärjustiz hat also noch viel vor. Vorsitzen- der Ludwig Baumann selbst bleibt trotz sei- ner 80 Jahre aktiv. Gerade erst war er in München, wo er bei einer Veranstaltung zu der dort noch bis zum 24. November im Stadtmuseum laufenden Ausstellung „Ver- brechen der Wehrmacht“ sprach. Sein Thema „Desertion als Hoffnung für den Frie- den“.

# Brandenburg

## Der mutige Feigling

### Der Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann will in Halbe gegen Neonazi-Aufmarsch protestieren

VON JENS BLANKENAGEL

**H**ALBE. Ludwig Baumann ist ein mutiger Mann. Sollten am Sonntag doch noch 1.000 Neonazis auf dem Soldatenfriedhof in Halbe mit gerichtlichem Segen zu ihrem „Heidengedenken“ aufmarschieren dürfen, dann wird der ehemalige Wehrmachtssoldat eine Rede halten. Auf der Gegendemonstration.

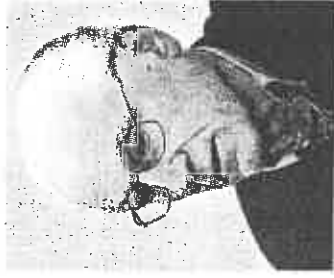
„Ich kann nicht hinnehmen, dass die die Opfer mit dem Motto ‚Ruhm und Ehre dem deutschen Frontsoldaten‘ verhöhnem wollen“, sagt der 80-Jährige. Auch die gefallenen Soldaten seien sinnlose Opfer eines brutalen Krieges. „Was soll heldenhaft daran gewesen sein, an einem solchen Vernichtungsfeldzug teilzunehmen zu müssen?“

#### 300 Tage in der Todeszelle

Ludwig Baumann war ein „Feigling“. So jedenfalls sahen es jahrzehntlang nicht wenige ehemalige Wehrmachtssoldaten. Neonazis sehen das noch heute so. Baumann ist Deserteur. Im Sommer 1942 floh er aus der Hafenkompagnie in Bordeaux. Zuvor hatte er Wochen-schaubilder von Hitlers Russlandfeldzug und den unzähligen Kriegsgefangenen gesehen. Er machte sich keine Illusionen darüber, was wohl mit ihnen geschah. Nun hielt er den Krieg für ein Verbrechen, an dem er nicht mitschuldig sein wollte. Er plante zu fliehen. „Hätte es mehr von uns gegeben, hätte es weniger Opfer gegeben“, sagt Bau-

### Kampf um Rehabilitation

**Ludwig Baumann** ist Chef der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz. Der 80-jährige Bremer ist einer von weniger als 200 noch lebenden Wehrmachtsdeserteuren. Von den 25.000 Todesurteilen gegen Fahnenflüchtige wurden im Krieg 18.000 vollstreckt. Jahrzehntlang kämpfte Baumann für die Rehabilitation der Opfer. Sie galten auch in der Bundesrepublik als vorbestraft, da Desertion heute ebenfalls strafbar ist. Die meisten Überlebenden erlebten ihre Rehabilitierung im Mai 2002 nicht.



PRIVAT

mann. „Ich wollte nicht töten und nicht getötet werden.“ So einfach. Selbst als ihn eine Streife stellte, schoss er sich den Weg nicht frei. Gemäß Hitlers Forderung „Der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben“ verurteilte ihn ein Militärgericht zum Tode. Er habe sich des „schimpflichsten Verbrechens“ schuldig gemacht, das ein Soldat begehen kann, hieß es.

Baumann saß zehn Monate in der Todeszelle. An jedem der 300 Tage dachte er, wenn sich die Zellentür öffnete: Jetzt kommt mein Henker. Baumann war einer von vielen – 25.000 Todesurteile wurden gegen deutsche Deserteure gefällt. Doch er wurde zu zwölf Jahren Haft begnadigt, kam ins KZ und musste als „erzieherische Maßnahme“ bei Erschießungen von Deserteuren zusehen. In einem Strafbataillon an der Ostfront wurde er kurz vor Kriegsende verwundet.

Auch in Adenauers Bundesrepublik wurden Deserteure wie er oft als „Vaterlandsverräter“, „Kameradenschweine“ und „Volksschädlinge“ beschimpft. Baumanns Entscheidung hatte sein Leben geändert, ließ ihn nie wieder los. „Meine Seele hatte Schaden genommen“, sagt er. Das erlebte Grauen wollte er verdrängen, die Beschimpfungen abschütteln. Jahrelang flüchtete er sich in den Alkohol. Erst als seine Frau bei der Geburt des sechsten Kindes starb, kehrte er ins Leben zurück. Kämpfe gegen die Sucht, für seine Kinder und die juristische Rehabilitation der Deserteure. Er bekam Morddrohungen von alten Soldaten und neuen Nazis, eine Potsdamer Initiative schlug ihn für den Friedensnobelpreis vor und er kämpfte in der Friedensbewegung.

Selbst als der Bundestag 1997 den Weltkrieg als einen von Nazi-deutschland verschuldeten An-

griffs- und Vernichtungskrieg einstuft und die Urteile der Militärjustiz aufhob, blieben Deserteure ausgeschlossen. „Keiner brauchte sich je fragen lassen, warum er mitgemacht hat“, empört sich Baumann noch heute. „Aber wir sollten dem Staatsanwalt begründen, warum wir nicht wollten.“ Erst im Mai 2002 war der Kampf erfolgreich und Baumann ist nicht mehr vorbestraft.

Kämpferisch ist er geblieben. Er regt sich auf, dass Polizei und Gerichte so viel Toleranz bei Neonazi-Aufmärschen wie in Halbe aufbringen und spricht fast täglich vor Schülern gegen jeden Krieg. Er sieht sich nicht als Pazifist und eckt mit seiner Meinung oft an. Etwa wenn er sagt: „Auch nach dem 11. September können wir nicht erwarten, dass die Dritte Welt gewaltfrei für unseren Wohlstand verhungert. Aber wir sollten so klug sein und auf Gewalt verzichten.“

Am Wochenende kommt Baumann auf alle Fälle nach Brandenburg. Denn viele rechnen damit, dass das Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) das polizeiliche Verbot des Aufmarsches heute aufhebt. „Wenn nicht, werde ich in Königs Wusterhausen auf einer Gedenkveranstaltung für die Opfer des Krieges sprechen“, sagt Baumann.

Der Sender Radiokultur strahlt am Sonntag ab 14 Uhr die Dokumentation „Der andere Widerstand“ über Leben und Kampf des Ludwig Baumann aus.



# „Sein Nein ist ein Silberstreif“

## Tochter eines Militärrichters des Nazi-Regimes Gast bei den Deserteuren in Bremen

Von unserer Redakteurin  
Heike Leuschner

**Schönebeck.** „Ich bin Irmgard Sinner, Tochter eines Militärrichters.“ Mit leiser, aber fester Stimme stellt sich die 74-Jährige den Teilnehmern einer Tagung der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz vor. Rechtfertigen muss sie ihr Interesse an der Gruppe nicht mehr, auch wenn ihr Vater, Werner Lueben, für mehr als hundert Todesurteile des Reichsgerichts gegen Kriegsdeserteure mitverantwortlich gewesen ist, bevor er sich 1944 erschoss.

Seit sieben Jahren ist die Lübeckerin Mitglied des Vereins. Ohne Gegenstimme war sie damals aufgenommen worden. Erst seit Anfang der 90er Jahre weiß Irmgard Sinner um die ganze Verantwortung ihres Vaters. Zur Zeit des Selbstmordes war sie 17 Jahre alt. Sie beschreibt sich als naiv. „Ich wusste nur, dass mein Vater beim Militär ist. Er erzählte zu Hause nichts von seiner Arbeit“, erinnert sie sich. Der Grund für Luebens Freitod sei damals von den Nazis geheim gehalten worden. „Es hieß, er habe sich umgebracht wegen 'seelischer Erschöpfung, akuter Psychose mit Kurzschlussbehandlung'.“

Lueben war 1944, wenige Tage vor dem Attentat am 20. Juli, Senatspräsident beim Torgauer Reichskriegsgericht geworden. Unter seiner Leitung sollten drei katholische Geistliche zum Tode verurteilt werden, die scharfe Kritik an den Judenmorden geübt hatten. In der Nacht vor der Entscheidung erschoss sich Werner Lueben.

Eine Historikerin forschte nach dem Krieg über die Geistlichen und fand dabei heraus, dass Lueben den Freitod gewählt hatte, statt die Todesurteile zu fällen. Bis zum Mauerfall galt Sinners Vater nun als „Justizmartyrer“. Dann tauchten in einem Prager Archiv Akten mit Urteilen auf, die bewiesen, dass Lueben vor seinem Freitod an mehr als hundert Todesurteilen beteiligt war.

Als sie davon erfahren habe, sei sie „reif und weise genug“ gewesen, das Ganze zu verarbeiten, sagt Irmgard Sinner. Dass er 1944 mit seinem Freitod Nein gesagt habe, helfe ihr heute. „Das ist für mich ein Silberstreif, das baut mich auf.“ Sie wolle und könne ihren Vater nicht entschuldigen. Und doch, sagt sie, habe er „seine verdamnte



Blumen für den Bundesvorsitzenden Opfer der NS-Militärjustiz: Irmgard Sinner ist froh, in Ludwig Baumann einen „zur Versöhnung bereiten Gesprächspartner“ gefunden zu haben. Foto: Kono

Pflicht“ getan. Das von einer Historikerin geprägte Wort Justizmartyrer im Zusammenhang mit ihrem Vater sei ihr nie über die Lippen gekommen. „Ich nenne es seine verdamnte Pflicht. Nein gesagt zu haben.“

Ob sie bedaure, ihren Vater nie auf die Vergangenheit habe ansprechen zu können? „Ja sehr“, sagt sie nach kurzem Überlegen. „Wenn ich heute noch mit ihm reden könnte, würde ich ihn fragen, wann er zum ersten Mal mit dem Aussteigen geliebäugelt hat.“

Die Begegnungen mit den Deserteuren und speziell ihrem Bundesvorsitzenden Ludwig Baumann hätten ihr Kraft gegeben, sich mit ihrer eigenen Vergangenheit auseinander zu setzen. „Es tut einfach gut, hier dabei zu sein“, sagt Irmgard Sinner über ihre Motivation, die Treffen der Deserteure zu besuchen. Mitte der 90er Jahre habe sie aus der Presse über den Kampf der Bundesvereini-

gung um Aufhebung der NS-Urteile gegen die Deserteure der Wehrmacht erfahren. „Plötzlich fiel es mir wie Schuppen von den Augen. Meine Mutter war rehabilitiert und bekam als Offizierswitwe nach dem Krieg eine Pension.“ Dass die Deserteure immer noch als vorbestraft galten, habe sie als sehr ungerecht empfunden.

Irmgard Sinner nahm Kontakt zum Vorsitzenden der Bundesvereinigung, dem Nordbremen Ludwig Baumann, auf und schrieb 1996 an den damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog mit der Bitte, die Deserteure der NS-Zeit zu rehabilitieren.

Dieses Ziel ist zwar mit einem seit Juli 2002 geltenden Gesetz erreicht. Dem Bundesverband der Deserteure will sie aber auch weiterhin treu bleiben. „Die Treffen mit Ludwig Baumann helfen mir, meine eigene Vergangenheit aufzuarbeiten“, sagt Irmgard Sinner.

## „Pauschale Rehabilitierung endlich erreicht“

### Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz traf sich am Wochenende in Schönebeck

**Schönebeck (leu).** 57 Jahre hat es seit dem Ende des zweiten Weltkriegs gedauert, bis NS-Urteile gegen die Deserteure der Wehrmacht pauschal aufgehoben wurden. Einen großen Anteil an dieser späten Genugtuung hat der Nordbremen Ludwig Baumann, der selbst 1942 wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt worden war. Ganz zufrieden ist der 80-Jährige mit der neuen Rechtslage aber immer noch nicht. Daraus machte er auch am Wochenende bei der Jahrestagung der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz im „Haus Hügel“ in Schönebeck keinen Hehl.

Leider sei der Tatbestand des „Kriegsverrates“ nicht mit aufgenommen worden, bedauerte Baumann an dem Gesetz, das der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition und der PDS im Mai dieses Jahres verabschiedet hat. Mit rund einem Dutzend von insgesamt 56 Vereinsmitgliedern beriet Baumann am Sonnabend, wie mit dem Thema Kriegsverrat in

Zukunft umgegangen werden soll. Auf Baumanns Frage, warum ausgerechnet Kriegsverrat bislang nicht mit in die pauschale Rehabilitierung aufgenommen worden sei, antwortete Dr. Rolf Surmann, Historiker und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz: „Der Tatbestand Kriegsverrat steht dafür, dass das Rehabilitierungsverfahren immer noch nicht abgeschlossen ist.“ Surmann empfahl, eine Studie zu erarbeiten mit einer konzentrierten Argumentation gegen die Ablehnung des Tatbestands Kriegsverrats.

Für viel Diskussionsstoff sorgte auch das Thema Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus. Seit Jahren setzt sich die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz für eine Gedenkstätte im sächsischen Torgau ein. Nachdem die NS-Militärjustizopfer keine eigene Gedenkstätte am Wehrmachtsgefängnis Fort Zinna bekommen sollten, wurde gemeinsam mit

der Stiftung „Sächsische Gedenkstätten“ an der Torgauer Stadtkirche ein Alternativort für eine Gedenkstätte gefunden. „Der Gedanke, eine gemeinsame Gedenkstätte mit Kriegsrichtern zu bekommen, ist für uns unerträglich“, betonte Baumann.

Die Errichtung und zügige Verwirklichung dieser Gedenkstätte sei am 6. Dezember 2001 von der Stiftung beschlossen worden, berichtet Baumann weiter. Als er am 21. Juli dieses Jahres Torgau besuchte, habe noch nicht einmal ein Entwurf für die Gedenkstätte vorgelegen.

Ein Stiftungsmitarbeiter habe ihm erklärt, dass das Geld dafür fehle. Baumann hält die Verzögerung für gewollt: „Offensichtlich soll sich unsere Gedenkstätte mit dem Tod unserer letzten Betroffenen erledigen.“ Der streitbare Nordbremen fürchtet das deshalb, weil Sachsen neben Bayern im Bundesrat immer wieder gegen die nun erreichte Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure gestimmt habe.





Ludwig Baumann

# „Ich wollte was rüberbringen“

## Nach Iris Berben und Ilja Richter war er dran: Ludwig Baumann zu Gast bei Johannes B. Kerner

Von unserem Redakteur  
Volker J. Wesslau

**Vegesack. „Tja“, sagt Ludwig Baumann, der Nordbremer Gründer der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz am Morgen nach der Fernsehsendung, „so richtig dazu gekommen, seine Fragen zu stellen, ist er ja nicht. Aber ich war schließlich nicht erschienen, um einen guten Eindruck zu machen. Ich wollte was rüberbringen.“**

Zwanzig Minuten waren dafür nun auch wirklich nicht viel Zeit. „Dass es die Gedenkstätten für die Opfer der NS-Militärjustiz noch immer nicht gibt und die uns versprochene Wanderausstellung ebensowenig: Das wollte ich unbedingt öffentlich machen“, sagt der Nordbremer.

Der da mit seinen Fragen nicht so recht zum Zuge gekommen war, weil Baumann - leise, aber bestimmt - fast ohne Punkt und Komma redete, war Johannes B. Kerner. In

dessen Talk-Show war Baumann am Freitag kurz vor Mitternacht im ZDF zu sehen.

Kerners Gesprächspartner vor Baumann waren Iris Berben, die jüngst von der Zeitschrift 'Time' wegen ihres Engagements gegen den Antisemitismus als einer von rund 30 „European Heroes“ ausgezeichnet worden war, und der Schauspieler Ilja Richter. Dessen Vater hatte bei den Nazis im KZ gesessen - in Esterwegen. Im KZ Esterwegen war Ludwig Baumann als wegen „Fahnenflucht im Felde“ ursprünglich zum Tode verurteilt und später zu zwölf Jahren Zuchthaus „begnadigter“ junger Soldat für einige Zeit auch gewesen - ehe er ins Wehrmachtsgefängnis nach Torgau kam und von dort noch kurz vor Kriegsende in einem Strafbatallion an die Ostfront.

Die Zusammenstellung der Gesprächspartner am Jahrestag des Kriegsendes war also gut gewählt. Das Eingangsgespräch mit Iris Berben über European Heroes im Besonderen und Helden im Allgemeinen und

die Anmerkung der Schauspielerin, Helden seien für sie in der Regel Helden des Alltags und hätten etwas Leises und Ruhiges, konnten auch als Vorbereitung auf das Gespräch mit Ludwig Baumann verstanden werden. Aber der wollte später von Heldentum - auch von stillem Heldentum - nichts wissen.

„Wir wollen damals einfach leben“, sagte er. Er und sein Freund, mit dem er desertiert und dann an der Grenze zum damals noch unbesetzten Teil Frankreichs gestellt worden war, sie hätten schlicht nicht mitmachen wollen in Hitlers Mordmaschinerie.

Von Kerner eingeführt worden war der heute 81-jährige Nordbremer als „einer von rund 30 000 Deserteuren des zweiten Weltkrieges“, der „bis vor einem Jahr deswegen noch als vorbestraft galt“. Nicht zuletzt auf

Drängen von Baumann und dessen Mitstreitern hatte der Bundestag im Mai 2002 ein Gesetz verabschiedet, mit dem die NS-Urteile gegen die Deserteure der Wehrmacht pauschal aufgehoben wurden.

Baumann, der zehn Monate in einer Todeszelle verbrachte, jeden Morgen mit seiner Hinrichtung rechnete und dieses Trauma bis heute nicht los wurde, ist aktiver Friedenskämpfer geworden, und das ist er noch immer.

Nach der Talk-Show, die bereits am Dienstag im Hamburg aufzeichnet worden war, redete er am Mittwoch vor Schülern in Köln. Am Donnerstag war er Gastredner in einer Zivildienstschule in Mecklenburg-Vorpommern. Am Freitag war er bei der Demonstration der Initiative Nordbremer Bürger gegen den Krieg in der Vegesacker Fußgängerzone dabei.

Dort berichtete er, wie er das Kriegsende 1945 erlebte. Das war in einem kleinen Dorf in Schlesien. Als die russischen Truppen einrückten, hatte sich Ludwig Baumann bereits Zivilkleidung besorgt. Ein russischer Soldat hielt ihm die Pistole an die Schläfe: Er hielt den Mann, der nicht töten wollte, für einen „Werwolf“.

# DER TAGESSPIEGEL



Der Tagesspiegel Nr. 18281 VOM 26.10.2003 SEITE 004

## Politik

### **Einer gegen Teufel Wehrmachtsdeserteur Baumann klagt wegen Beleidigung**

Von Eckhard Stengel, Bremen

Wenn sich Ludwig Baumann ein Ziel setzt, bleibt er hartnäckig am Ball. Jetzt hat der 81-jährige Wehrmachtsdeserteur den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel (CDU) wegen Beleidigung von Wehrmachtsdeserteuren angezeigt. Anlass ist Teufels Auftritt auf dem Regierungsempfang zum 90. Geburtstag des Ex-Ministerpräsidenten und früheren NS-Marinerichters Hans Filbinger Mitte September. Teufel wurde mit dem Satz zitiert, er bewundere Filbingers "Klarheit des juristischen Denkens".

Baumann, Bundesvorsitzender der "Opfer der NS-Militärjustiz", hält diese Äußerung für eine "schamlose Verhöhnung unserer Opfer". Die Bremer Staatsanwaltschaft will die Akte an die zuständige Anklagebehörde in Stuttgart weiterleiten, die zu entscheiden hat, ob sie gegen Teufel ein Verfahren einleitet. Filbinger hatte als Ankläger und Marinerichter während der NS-Zeit an Todesurteilen gegen Deserteure mitgewirkt.

Der Bremer Baumann hat mit jahrelanger Überzeugungsarbeit entscheidend dazu beigetragen, dass der Bundestag verurteilte Wehrmachtsdeserteure 1998 und 2002 vom Makel der Vorstrafe befreit hat. Seitdem kämpft er für ein würdiges Gedenken an seine hingerichteten oder in der Haft umgekommenen Leidensgenossen. "Wir haben in ganz Deutschland keine Gedenkstätte", klagt er. Baumann war einer von 30 000 Deserteuren, die dafür von Militärrichtern zum Tode verurteilt wurden. Sein Urteil wurde schließlich in eine Zuchthausstrafe umgewandelt.

Zeitweilig saß Baumann im sächsischen Torgau ein. "Das war der zentrale Ort unserer Verfolgung", sagt er. Nach 1945 saßen dort Opfer der stalinistischen Sowjet- und DDR-Justiz ein. Für sie gebe es ein Mahnmal vor dem Gefängnis - "aber nicht für uns", klagt er. Zwar sei den Deserteuren eine gemeinsame Gedenkstätte mit den Stalinismus-Opfern angeboten worden, aber unter denen hätten sich auch Nazis befunden, "die uns vernommen, gefoltert und verurteilt haben". Da machte Baumann nicht mit. Jetzt fordert er von der sächsischen CDU-Landesregierung eine eigenständige Gedenkstätte in Torgau.

*Autor: Stengel, Eckhard*

Person(en): Baumann, Ludwig Teufel, Erwin

Datenbank TSP

Dokumentnummer: 20031026808672

# Wehrmachtsdeserteure fühlen sich beleidigt

## Ludwig Baumann vom Verein der NS-Militärjustiz zeigt Regierungschef Teufel an

Von unserem Redakteur  
Rainer Kabbert

**Bremen.** Wen darf ein Ministerpräsident wie ehren? Mit dieser Frage müssen sich jetzt Staatsanwälte beschäftigen. Ludwig Baumann, Bundesvorsitzender der Opfer der NS-Militärjustiz e. V., hat im Oktober in Bremen Strafanzeige wegen Beleidigung gegen den baden-württembergischen Regierungschef Erwin Teufel gestellt. Baumann begründet sein Vorgehen mit der Ehrung für den ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger.

Im Schloss Ludwigsburg hatte Teufel einen Empfang zum 90. Geburtstag Filbingers gegeben. Dabei habe er, so Baumann in seiner Strafanzeige, Filbinger laut Zeitungsbericht mit den Worten geehrt, er bewundere dessen „ganzheitliches Denken und die Klarheit des juristischen Denkens“. Baumann sieht darin den Tatbestand der Beleidigung erfüllt: „Die Wehrmachtsdeserteure ... und ich persönlich fühlen uns durch die in der Zeitung wiedergegebene Äußerung des beschuldigten Ministerpräsidenten beleidigt.“

Hintergrund ist die Rolle Filbingers als Marin Richter während der Nazizeit. In der damaligen Zeit wurden dem ehemaligen Regierungschef auch Todesurteile gegen Deserteure zugeschrieben. In einem Fall verurteilte er einen Matrosen sogar wenige Wochen vor Kriegsende zum Tode.

Zuständig für die Anzeige ist die Anklagebehörde in Stuttgart. Sie wird entscheiden,



Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz (links), enthüllt mit anderen ehemaligen Deserteuren und mit Volkhard Knigge (Zweiter von links), Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, einen Gedenkstein für Deserteure im ehemaligen KZ Buchenwald. Foto: ap

wenn sie die Akten von den Bremer Kollegen bekommen hat, ob sie ein Verfahren gegen Teufel einleitet.

Baumann hat sich noch weitere Ziele gesetzt. Nach der Rehabilitierung für Wehrmachtsdeserteure setzt er sich nun auch für diejenigen ein, die wegen „Kriegsverrats“ verurteilt worden waren. Sie waren bisher

von der Rehabilitierung ausgeschlossen. Der Verein der NS-Opfer hat angeregt, dieses Thema stärker zu erforschen.

Um die Erinnerung an die Wehrmachtsdeserteure wachzuhalten, fordert Baumann und seine Mitstreiter eine Gedenkstätte am ehemaligen Sitz des Reichsgerichts der Wehrmacht im sächsischen Torgau.

## Spuren des Unrechts

Am 9. Mai eröffnete Joachim Gauck in Torgau die Dauerausstellung *Spuren des Unrechts*. In ihr wird in drei Teilen auf die Vergangenheit der Militärgenrichtbarkeit und Gefängnisse in Torgau eingegangen: Über Militärjustiz, Wehrmachtgefängnisse und das Reichskriegsgericht informiert der Abschnitt „Torgau im Hinterland des Zweiten Weltkriegs“. Die sowjetischen Speziallager Nr. 8 und Nr. 10 in den Jahren 1945 bis 1948 sind Thema des Teils „Feindliche Elemente sind in Gewahrsam zu halten“. Schließlich wird der Strafvollzug der DDR in Torgau von 1950 bis 1990 unter der Überschrift „Heute: Haus der Erziehung“ beleuchtet.

Im Vorfeld der Ausstellungsöffnung befürchteten Kritiker, der Ausstellungsteil über die Zeit von 1933 bis 1945 sei im Vergleich zur bisherigen Ausstellung gekürzt und nicht mehr räumlich klar von den anderen Bereichen getrennt worden. Besonders Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, wies auf eine mögliche Relativierung der NS-Gewaltherrschaft hin.

Joachim Gauck betonte daher in seiner Ansprache, gerade der Vergleich zeigt, dass die Unterschiede der Diktaturen existieren, und in Deutschland die mörderische NS-Diktatur als bedeutendster Kulturbruch und das größte Verbrechen akzeptiert worden sei. Er warnte vor einer Parzellie-

rung des Leids durch eine Auseinandersetzung unter einzelnen Opfergruppen – sei es aus der SBZ/DDR-Zeit oder dem NS. Sie verhindere auch, dass individuelles menschliches Leid wahrgenommen werde. Zudem wies er auf die notwendige Unabhängigkeit einer

Einrichtung wie die der Sächsischen Stiftung Gedenkstätten hin, deren Arbeit nicht für tages- oder erinnerungspolitische Zwecke instrumentalisiert werden dürfe.

Anschließend enthüllte Ludwig Baumann eine Informationstafel in Fort Zinna, dem Ort eines der Militärgefängnisse Torgaus. Dort ist eine Gedenkstätte für die Opfer der NS-Militärjustiz geplant. In bewegenden Worten schilderte er an dieser Stelle sein Schicksal als Torgauer Häftling.



Joachim Gauck und der Vorsitzende der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, Ludwig Baumann, bei der Enthüllung der Gedenktafel in Fort Zinna.



Im Schloss Hartenfels eröffnete Joachim Gauck die Dauerausstellung *Spuren des Unrechts*.

**„Spuren des Unrechts“**  
 Dokumentations- und  
 Informationszentrum  
 (DIZ)  
 Schloß Hartenfels,  
 Schlossstrasse 27  
 04860 Torgau  
 täglich 10-17 Uhr  
[www.diz-torgau.de](http://www.diz-torgau.de)

# Torgau streitet um das richtige Gedenken

Opfer der NS-Militärjustiz werfen der Stiftung Sächsische Gedenkstätten vor, dass sie ihnen zu wenig Raum gibt. Eine Ausstellung facht den Streit an

VON ARIANE BRENSSELL

Das Renaissancestädtchen Torgau an der Elbe, heute beliebte Durchgangsstation für Radtouristen, war im NS-Faschismus eine zentrale Drehscheibe der Militärgerichtsbarkeit. Später, nach dem Krieg und unter der sowjetischen Besatzungsmacht, waren hier Internierungslager und danach, unter DDR-Verwaltung, waren es Staatsgefängnisse.

Am Sonntag öffnete im Dokumentations- und Informationszentrum, das sich im Schloss Hartenfels befindet, die Ausstellung „Spuren des Unrechts“. Schautafeln und Fotografien liefern Hintergründe und erzählen Einzelschicksale aus drei Abschnitten Torgauer Geschichte: zum einen der NS-Militärjustiz, dann der sowjetischen Speziallager zwischen 1945 und 48, schließlich des Strafvollzugs der DDR zwischen 1950 und 1990.

Der Ausstellungstitel klingt unverbindlich, doch wie die Dieben im alten Schloss, „so knarrte es im Vorfeld der Ausstellung im Gebälk“, räumt Norbert Haase, der Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, ein.

Bei der Eröffnung der jetzigen Ausstellung aber hatten die Kritiker kein Rederecht. Zum Beispiel ist Ludwig Baumann gekommen, 82-jähriger Wehrmachtsdeserteur, ehemaliger Häftling und Todeskandidat in Torgau und einer der letzten Überlebenden der NS-Militärjustiz. Weil er im offiziellen Teil nicht reden darf, tritt er kurz vor Beginn der Veranstaltung im vollen Schlosssaal ans Mikrofon, um sein Anliegen und das der letzten lebenden Opfer der NS-Militärjustiz vorzutragen:

Torgau war der zentrale Ort der Verfolgung von Deserteuren, Kriegsdienstverweigerern, sogenannten Wehrkraftzersetzer. Schätzungsweise 1.000 von ihnen wurden in Torgau hingerrichtet.

Dies spiegele die Ausstellung nicht wider, argumentiert Baumann. In ihr werde der Schwerpunkt auf die Verfolgungen nach 1945 gelegt. Dies zeige sich etwa in der Anzahl der Exponate, aber auch darin, dass die alte Ausstellung über die Opfer der NS-Militärjustiz – die zuvor im Schloss Hartenfels zu sehen war – zu 95 Prozent „entsorgt“ worden sei. Neben falscher Gewichtung kritisiert Baumann auch den Inhalt: Nach 1945 seien auch Nazitäter in Torgau inhaftiert worden. In der Ausstellungskonzeption seien die NS-Opfer in eine Reihe mit den NS-Tätern gestellt.

Auf der Redeliste der Eröffnungsfeier findet sich kein Platz für solche Kritik. Hauptredner ist Joachim Gauck. Er tritt nach Unmutsäußerungen – auch aus dem Publikum – ans Mikrofon und verkündet, dass er nicht bereit sei, etwas von seiner Redezeit für den Deserteur abzugeben. Die Tagesordnung bleibe. Der Protest von Baumann verhallt im Festsaal des Schlosses.

Erst am Nachmittag bekommt Baumanns Anliegen Raum. Da wird im Fort Zinna nahe bei Torgau, einem der Standorte von Torgaus Militärgefängnissen, eine Informationstafel an einer Garagenwand eingeweiht. Sie solle auf die „bisherigen Fehlstellen, die Opfer der NS-Militärjustiz“ aufmerksam machen und sie zeige, dass auf die Kritik eingegangen werde, so Stiftungsgeschäftsführer Haase.

Erst hier darf Baumann reden. Er erzählt von seiner Desertion, dem Todesurteil, seinen zehn Monaten in der Todeszelle, von den andauernden Traumata und davon, wie sie, die Opfer der NS-Militärjustiz, erst nach langem, zähem Kampf im Jahr 2002 rehabilitiert wurden. Doch, so sagt er leicht bitter, trotz alledem gibt es nach wie vor keine Gedenkstätte für sie in Torgau.

Mit seiner Kritik bleibt der Deserteur nicht allein. Die Politik der Gleichsetzung der Sächsischen Gedenkstätten werde national und international scharf kritisiert, sagt Baumann. Zusammen mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland hätten alle NS-Opferverbände die Stiftung Sächsische Gedenkstätten verlassen. Durch ihre Stiftungspolitik würden das Gedenken an NS-Verbrechen und das Gedenken an Verfolgungen nach 1945 gleichgesetzt, so Baumann, der auch Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz ist.

Zurück im Schloss. Die alten Männer sind gebrechlich. Es ist nicht leicht für sie, den Weg in die Ausstellung zu finden. Man muss über lange, teils schmale Treppen gehen, bis in den dritten Stock. „Es gibt keinen Fahrstuhl? Na dann“, sagt einer von ihnen. Hier sollen nämlich vor allem Schülergruppen durchgeführt werden. Geschichtsunterricht, aber nicht im Sinne der NS-Opfer. Deshalb sind die alten Männer gekommen. Deshalb gehen sie, solange sie können, die Treppen doch wieder hoch.

„Spuren des Unrechts“, im Dokumentations- und Informationszentrum Torgau, täglich 10–18 Uhr. Eintritt frei



Ludwig Baumann an den Grabstellen der Opfer

## »Es hat mich unglaublich erniedrigt«

Auf dem Waldfriedhof in Halbe liegen neben den 22.000 deutschen Soldaten, die im Kessel von Halbe starben, auch 57 Opfer faschistischer deutscher Militärjustiz – Wehrmachtsdeserteure. Ludwig Baumann ist selbst 1942 desertiert. Er kommt jedes Jahr nach Halbe, um der ermordeten Deserteure zu gedenken.

Ludwig Baumann wurde 1921 geboren. Der Vater war Tabakgroßhändler und obwohl kein Nazi, doch sehr einflussreich. Der junge Ludwig versucht den strengen Ansprüchen seines Vaters zu genügen. Doch als die Mutter früh stirbt, verändert er sich schlagartig. Er widerspricht dem Vater und als Marinerekrut seinen Vorgesetzten. Dafür wird er immer wieder bestraft.

Am 3.6.1942 desertiert er gemeinsam mit seinem Freund Kurt Oldenburg aus einem Hafen in Bordeaux. Heute sagt er dazu: *»Ich hatte erkannt, dass es ein verbrecherischer, mörderischer Krieg war.«* Französische Hafenarbeiter verstecken sie und versorgen sie mit unauffälliger Kleidung und Adressen. Doch sie werden an der Demarkationslinie zu Vichy-Frankreich gestellt. Sie hätten sich den Weg frei schießen können. Die Pistolen waren schon entschert. Aber sie vermochten es nicht, ihre Waffen gegen andere Menschen einzusetzen.

27 Tage später wird er in einer 40-minütigen Verhandlung in Bordeaux zum Tode verurteilt. Er kommt in die Todeszelle. Jeden Morgen, wenn er die Schritte des Wärters hört, denkt er, es ist soweit. Der

einflussreiche Vater kann bald eine Begnadigung zu 12 Jahren Zuchthaus erreichen. Doch Ludwig Baumann erfährt nichts davon. Er sitzt noch mehrere Monate in der Todeszelle in dem Glauben, bald sterben zu müssen. Noch Jahrzehnte später träumt er davon. 1943 kommt er zunächst ins KZ Emsland, später ins zentrale Wehrmachtsgefängnis nach Torgau und schließlich wird er in ein Strafbataillon nach Belorussland versetzt. Dort sind fast alle umgekommen, auch sein Freund Kurt Oldenburg.

Nach dem Krieg muss Ludwig Baumann nicht nur die traumatischen Erlebnisse von Todeszelle, KZ und Strafbataillon verarbeiten, sondern auch die Verachtung, die ihm entgegenschlägt. Er wird als Feigling, Vaterlandsverräter und Dreck-sack beschimpft. Er hat keine Kraft mehr, fängt an sich schuldig zu fühlen. Nach dem Tod des Vaters 1947 vertrinkt er das gesamte Erbe. Erst nach dem Tod seiner Frau kann er sich langsam fangen. Er ist jetzt für die Erziehung der 6 Kinder allein zuständig.

In den 80er Jahren bekommt er Kontakt zur Friedensbewegung. Immer wieder

stellt er sich in Bremen auf den Hauptbahnhof und fordert die neu einberufenen Rekruten auf, sich der Beteiligung an Kriegen zu verweigern.

1990 gründen er und 37 andere »alte Männer« die »Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz«. Ludwig Baumann wird zum Vorsitzenden gewählt. Der Kampf um politische und rechtliche Rehabilitation wird nun zu seinem Lebensinhalt. Er schreibt Briefe über Briefe und tritt öffentlich auf. Und auch jetzt schlägt ihm Hass entgegen. Er bekommt Drohbriefe. Die meisten anonym, aber auch namentlich unterzeichnete: *»Seien Sie versichert, Volksschädling Baumann, dass Sie für alles alsbald sich vor dem Reichskriegsgericht zu verantworten haben. Nehmen Sie vorher Zyankali... Oberstleutnant Alois G.«*

1997 erhalten Ludwig Baumann und noch 400 überlebende Deserteure eine einmalige Entschädigung von 7.200 DM. Erst 2002 beschließt der Bundestag die Rehabilitation der Deserteure. Erst jetzt sind sie nicht mehr vorbestraft. Heute leben noch 15 Mitglieder der Bundesvereinigung. Sie setzen sich für die Rehabilitation der so genannten

Heldengedenken in Halbe 2003





»Kriegsverräter« ein und kämpfen für ein Denkmal für Wehrmachtsdeserteure in Torgau, dem Ort des zentralen Wehrmachtsgerichts.

### Interview mit Ludwig Baumann

*Frage: Du kommst seit zwei Jahren zum Volkstrauertag im November nach Halbe. Was hast du da erlebt?*

Noch 2002 durften wir im Dorf Halbe eine Kundgebung machen, und der Naziaufmarsch war verboten. Das war ja in Ordnung. Obwohl ich da auch schon rüde von der Polizei gefilzt wurde, als über 80-jähriger. Nach der Kundgebung, die Polizei war schon weg, sind wir auf den Friedhof und haben die ungekennzeichneter Gräber der Deserteure besucht. Auf dem Friedhof habe ich dann den Sprecher des »Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge« getroffen.

Der sagte zu mir: »...im Tode sind sie alle gleich...«. Das ist ja unglaublich. Täter und Opfer – für die sind sie alle gleich. Was haben die für ein Geschichtsbild? Das hat mich schon damals geschockt.

*Frage: Im letzten Jahr 2003 war ja der Naziaufmarsch genehmigt worden.*

Das war für mich einfach eine Demütigung und Katastrophe. Die Nazis hatten die Straße vom Bahnhof bis zum Friedhof für sich, wie sie es wollten. Die antifaschistischen Gegendemonstranten wurden in einer Nebenstraße am Ortsrand eingekesselt. Keiner konnte raus. Das war ein Skandal. Für mich persönlich war folgendes besonders schlimm: Die jungen Leute hatten 100 Rosen für die toten Zwangsarbeiter und Deserteure gekauft.

Gnädigerweise durften ich und vier andere Leute aus dem Kessel. Vor dem Friedhof wurden wir dann wieder aufgehalten. Und mit einer unglaublichen Arroganz 1fi Stunden stehen gelassen. Nicht einmal einen Stuhl haben sie mir angeboten. Erst nach mehreren Telefongesprächen durften zwei von uns auf den Friedhof. Wie ein Krimineller wurde ich dann auf dem Friedhof von Polizisten begleitet und innerhalb von 10 Minuten musste ich die 100 Blumen niederlegen. Und weißt du warum wir 1fi Stunden dort warten mussten? Weil die rechtsradikale DVU eine Gedenkstunde für die Täter veranstaltet hat. Das hat mich unglaublich erniedrigt, ich konnte hinterher auf der Gegenkundgebung gar nicht sprechen. Nur weil ich die jungen Leute nicht enttäuschen wollte, habe ich das durchgestanden. Eine solche Demütigung mache ich nicht noch einmal mit.

*Frage: Denkst du, dass es überhaupt möglich ist, an diesem Ort Halbe, wo auch Kriegsverbrecher liegen, wo die DVU und andere Neonazis ihr Heldengedenken abhalten können, den Opfern des Naziterrors würdig zu gedenken?*

Du meinst, dass sie vielleicht umgebettet werden sollten? Darüber habe ich bisher nicht nachgedacht. Es ist zumindest unerträglich, so wie es ist. Wenn wir dort ein würdiges Gedenken hinbekommen, dann wäre das auch ein Stachel im Fleisch derer, die die Geschichte verdrehen wollen. Zur Zeit kämpfen wir um ein Denkmal für Wehrmachtsdeserteure in Torgau, dem Ort des zentralen Wehrmachtsgerichts. Wir haben große Konflikte mit der offiziellen sächsischen Gedenkpolitik. Dort wollen sie eine gemeinsame Gedenkstätte mit den Opfern des Stalinismus, von denen ein großer Teil aktive Nazis und

Kriegsverbrecher waren. Wegen dieser Gleichmacherei haben wir jetzt nach dem Zentralrat der Juden und der VVN unsere Mitarbeit in der »Stiftung Sächsische Gedenkstätten« aufgekündigt. ■

Heldengedenken in Halbe 2003





# Ossietsyky

Zweiwochenschrift  
für Politik / Kultur / Wirtschaft

Siebter Jahrgang  
13. November 2004

Ludwig Baumann **Das Unrecht an den Deserteuren**

*Ludwig Baumann ist Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz.*

Auf Hitlers Weisung »Der Soldat kann sterben, der Deserteur muß sterben« wurden über 30 000 Deserteure, Wehrkraftzersetzer und Kriegsdienstverweigerer zum Tode verurteilt. Gegen mehrere 10 000 wurden Zuchthausstrafen verhängt. Über 20 000 Todesurteile wurden vollstreckt. Überlebt haben das Grauen in den KZs und Strafbataillonen keine 4000 von uns. Heute sind wir vielleicht noch 30.

Nach der Befreiung waren die meisten von uns Überlebenden körperlich und seelisch zerbrochen, und doch hofften wir auf eine bessere Zukunft. Wir wurden aber weiterhin nur als Feiglinge und Vaterlandsverräter beschimpft und bedroht. Erst Anfang der 80er Jahre bekamen wir in der Friedensbewegung unsere ersten Verbündeten. Der Kampf um unsere öffentliche Anerkennung und Rehabilitierung begann Mitte der 80er Jahre mit dem Aufstellen von Denkmälern für Deserteure, was in vielen Städten heftige Diskussionen hervorriefen. Im Oktober 1990 konnten wir endlich unsere Bundesvereinigung gründen. Wir, das waren 37 alte Menschen, fast alle gebrechlich – kaum einer hatte Anschluß an die Gesellschaft gefunden. Seitdem kämpfen wir für unsere Rehabilitierung, für die Aufhebung unserer Verurteilungen – für unsere späte Würde.

Immer wieder sind wir in den zuständigen Ausschüssen und im Plenum des Bundestages gescheitert, bis das Parlament endlich am 15. Mai 1997 in einem Beschluß zu unserer Rehabilitierung erklärte: »Der 2. Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.« Das war ein geschichtlicher Durchbruch. Ansonsten war der Beschluß unbefriedigend, denn er erklärte die gegen uns gesprochenen Urteile nur dann für Unrecht, wenn die damaligen Handlungen heute kein Unrecht sind. Desertion wird aber auch heute bestraft. Die am 28. Mai 1998 vom Bundestag beschlossene gesetzliche Aufhebung aller NS-Unrechtsurteile war für uns Deserteure gleichfalls nicht befriedigend, denn obwohl die meisten aller Todesurteile der gesamten NS-Justiz gegen uns gefällt wurden, sind unsere Ver-

urteilungen – anders als Millionen andere NS-Unrechtsurteile – nicht explizit aufgehoben worden. Nach einem Leben in Demütigung – besonders auch durch bundesdeutsche Gerichte – sollten wir uns nun zur Aufhebung unserer Urteile einer staatsanwaltschaftlichen Einzelfallprüfung unterziehen. Diese Entwürdigung taten wir uns nicht mehr an. Am 20. Oktober 1998 beschloß die neue rotgrüne Bundesregierung in einer Koalitionsvereinbarung, die Urteile gegen Wehrmachtsdeserteure umgehend gesetzlich aufzuheben. Doch dann führte Deutschland Krieg gegen Jugoslawien – einem Land, in dem die Wehrmacht Völkermord begangen hatte – und unsere Rehabilitierung war kein Thema mehr.

Das merkten wir auch am 20. Juli 2000 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Dort hatte die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär nach der offiziellen Gedenkveranstaltung und vor dem öffentlichen Gelöbnis der Bundeswehr eine Gedenkfeier für die Wehrmachtsdeserteure organisiert. Bei meiner Ansprache im Ehrenhof wurde ich von dem Kommandeur der Feldjäger als Straftäter beschimpft, und unser Kranz wurde über Nacht und unter dem Hausrecht der Bundeswehr gestohlen.

Anfang 2001 brachte die PDS den früheren SPD-Gesetzentwurf zur Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure wörtlich in den Bundestag ein, was zu einiger Irritation führte. Endlich, am 17. Mai 2002, wurden unsere Urteile gesetzlich aufgehoben. Nicht aufgehoben wurde der Straftatbestand »Kriegsverrat«. Zu meiner Bemerkung, daß doch Millionen KZ-Insassen und Zivilisten nicht mehr hätten zu sterben brauchen, wenn es im deutschen Vernichtungskrieg mehr Kriegsverrat gegeben hätte, sagte mir der zuständige Staatssekretär Hartenbach: »Das haben wir dem Kanzler nicht vermitteln können.«

Besonders bedrückend ist die Politik des Gedenkens für die Opfer der NS-Militärjustiz in Sachsen, wo in Torgau ab 1943 das Reichskriegsgericht wütete. Über 1000 Todesurteile, unzählige Hungertote und viele Folteropfer sind die düstere Bilanz unserer Verfolgung im Torgauer Fort Zinna. Auch nach 1945 war Fort Zinna Haftanstalt, zuerst bis 1950 unter der sowjetischen Militäradministration, dann bis 1989 Strafvollzugsanstalt der DDR und seitdem sächsische Justizvollzugsanstalt. Nach der Wende war der ehemalige sächsische Justizminister Steffen Heitmann – bekannter als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten – für Fort Zinna zuständig. Seiner Äußerung, ihm sei das Gedenken an die nach 1945 Verfolgten wichtiger, ließ er gleich Taten folgen, indem er ihnen 1992 eine Gedenkstätte mit einem drei Meter hohen Kreuz im Anstaltsbereich genehmigte und mitfinanzierte. Wir haben trotz unserer weit schwereren Verfolgung am Fort Zinna nicht einmal einen Platz, wo wir für die Opfer der NS-Militärjustiz Blumen niederlegen können.

Diese Mißachtung der verfolgten und ermordeten Wehrmachtsdeserteure wurde besonders deutlich, als Sachsen – unterstützt von Bayern – am 19. Dezember 1996 den mit großer Mehrheit verabschiedeten Gesetzentwurf des Bundesrates zur Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure, Kriegsdienstverweigerer und Wehrkraftzersetzer zu unserer Bestürzung ablehnte. Die »Stiftung Sächsische Gedenkstätten«, dominiert von vier Ministern, setzt diese Diskriminierung um. Sie will uns seit Jahren gegen unseren Widerstand eine gemeinsame Gedenkstät-

te mit den nach 1945 Verfolgten aufzwingen, obwohl damit auch unsere Richter, Henker und Folterer geehrt werden können. Denn allein im Januar 1946 waren im Fort Zinna 498 Schergen der Gestapo und 25 Kriegsrichter inhaftiert. Sie haben uns Opfer in Deutschland und allen besetzten Ländern verurteilt und gefoltert. Mich haben sie bei der Vernehmung und noch in der Todeszelle mehrfach zusammengeschlagen, weil ich meine Freunde aus dem französischen Widerstand nicht verraten wollte und nicht verraten habe.

An anderen sächsischen Orten ist es sogar schon möglich, NS-Täter zu ehren. So haben Männer des Waldheimer Kameradschaftskreises dem »Henker von Torgau«, Friedrich Heinicke, der viele Deserteure mißhandelt und erschlagen hatte und dafür in den Waldheimprozessen der DDR zum Tode verurteilt wurde, an seinem Urnengrab »die Ehre erwiesen« (*Leipziger Volkszeitung* 21.3.2000). Früher bezeichnete der Militärhistoriker Norbert Haase Heinicke noch als einen »NS-Täter der schlimmsten Kategorie«. Heute – als Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten – sieht er in der Ehrung nur noch eine »Deutungsunsicherheit«. Und wenn ihm der Waldheimer Kameradschaftskreis versichert, daß nur »unschuldige Kameraden« geehrt werden, so hat sich damit für ihn der Fall vollends erledigt, obwohl dies den Kern des Problems berührt.

Denn als mit dem Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz viele DDR-Urteile aufgehoben wurden, verloren die Urteile der Waldheimprozesse – in denen auch Unschuldige verurteilt wurden – pauschal als Unrechtsurteile ihre Rechtskraft, so daß jeder, der das will, auch die 24 Hingerichteten der Waldheimprozesse für unschuldig halten kann. Das ist um so schlimmer, als die 24 Hingerichteten in der Mehrzahl Richter am Volksgerichtshof, den Kriegsgerichten und Sondergerichten waren. Obwohl der Bundesgerichtshof diese Richter in seinem Grundsatzurteil vom 16. November 1995 als »Blutrichter« brandmarkte, die wegen »Rechtsbeugung in Tateinheit mit Kapitalverbrechen« hätten belangt werden müssen, wurde im Westen keiner von ihnen je bestraft. Deshalb gelten sie alle als unschuldig, auch der Kriegsrichter Hans Filbinger, der Wehrmachtsdeserteure noch bei Kriegsende mit Todesurteil und Hinrichtung verfolgte. Er ist einer dieser Blutrichter und Kapitalverbrecher, außerdem Ehrenvorsitzender der CDU in Baden-Württemberg; bis heute wird er dort auch von der Landesregierung geehrt. Warum sollen da nicht auch die Männer vom Waldheimer Kameradschaftskreis diese Mörder von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern ehren?

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat über die sächsische Gedenkstättenpolitik eine Dokumentation herausgegeben, in der es im Vorwort heißt: »Neben diesen notwendigen und wichtigen Neuanfängen (nach dem oft einseitigen DDR-Gedenken) zeigten sich jedoch gleichzeitig in vielen sächsischen Städten und Orten Tendenzen, das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus auf neue Art zu vereinseitigen, zu pauschalisieren oder ganz auszulöschen«. So auch geschehen im Zuchthaus Waldheim, der größten Haftanstalt Sachsens. Fast die Hälfte der von 1933 bis 1945 hier inhaftierten Frauen und Männer waren wegen »Hochverrats« verurteilt worden, aber auch 800 Euthanasieopfer wurden hier ermordet. Die auf dem Anstaltsfriedhof beigesetzten NS-Opfer wurden nach 1945 mit einer Gedenktafel geehrt. Diese Tafel wurde nach der Wende entfernt

und durch eine Tafel mit der Aufschrift „Den unschuldigen Opfern der stalinistisch-kommunistischen Gewaltherrschaft im Zuchthaus Waldheim 1950 – 1954“ ersetzt.

Schändungen und Zerstörungen von Grab- und Gedenkstätten für NS-Opfer haben stets auch einen faschistischen Hintergrund und sind strafbar. In Sachsen konnten allerdings in vielen Städten und Orten ganz offiziell Gedenkstätten für NS-Opfer ausgelöscht werden. Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten ist nicht bereit, diese Grab- und Gedenkstätten für NS-Verfolgten wieder herzurichten und zu erhalten. So bleibt das Gedenken an diese NS-Opfer in Sachsen geschändet und ausgelöscht.

Anfang 2004 haben der Zentralrat der Juden in Deutschland und alle NS-Verfolgtenverbände die Stiftung Sächsische Gedenkstätten verlassen, weil sie die inzwischen auch gesetzlich festgeschriebene Gleichsetzung der NS-Verfolgung mit der Verfolgung nach 1945 nicht mehr hinnehmen wollten. Auch die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland und der Gedenkstätten weltweit haben die sächsische Gedenkstättenpolitik explizit verurteilt. Trotz dieser beispiellosen Kritik will die CDU/CSU die sächsische Gedenkstättenpolitik bundesweit verwirklichen. Ihr Antrag dazu stand ursprünglich für den 30. Januar 2004 auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestags. Wohl auch, weil das historische Datum zu viele negative Emotionen weckte, wurde der Termin kurzfristig abgesagt. Am 17. Juni 2004 wurde der CDU/CSU-Antrag im Plenum des Bundestags debattiert und mehrheitlich verworfen.

Am 9. Mai 2004 eröffnete Joachim Gauck gegen unseren entschiedenen Widerstand im Torgauer Schloß eine Dauerausstellung der Stiftung zur Verfolgung in Torgau vor und nach 1945. Zur NS-Verfolgung werden dort 14 Verfolgtenportraits und 18 Thementafeln gezeigt, zur SBZ-Verfolgung 24 Verfolgtenportraits und 31 Thementafeln. Die beiden Ausstellungsteile sind kaum voneinander getrennt – ein Raum geht offen in den anderen über. Die Schergen der Gestapo und des SD, soweit sie nach 1945 inhaftiert waren, werden pauschal als unschuldige Opfer bezeichnet. So heißt es im Ausstellungstext über die sowjetischen Speziallager, sie sollten „dazu dienen, >feindliche Elemente in Gewahrsam zu halten<. Personen, die als Sicherheitsrisiko angesehen wurden, wie etwa NSDAP-Funktionäre, Mitarbeiter von Gestapo und SD sowie generell alle Gegner der sowjetischen Besatzungsmacht. Dabei erfassten diese Lager aber nicht mutmaßliche >Nazi- und Kriegsverbrecher<.“

Die Gestapo und der SD wurden in den Nürnberger Prozessen als verbrecherische Organisationen verurteilt. Ihre „Mitarbeiter“ sind der Inbegriff der „Nazi- und Kriegsverbrecher“ schlechthin.

Beispielhaft für das Gedenken in Torgau ist die Behandlung der luxemburgischen Zwangsrekrutierten: Am 22. und 23. Dezember 1944 wurden elf von ihnen hingerichtet, weil sie nicht für Hitler-Deutschland in den Krieg ziehen wollten. Sie waren blutjung; die Abschiedsbriefe an ihre Eltern können einem das Herz zerreißen. Kein Verfolgtenportrait von ihnen wird in der Dauerausstellung gezeigt. Es soll ganz offensichtlich nicht mehr daran erinnert werden, was zu der Verfolgung nach 1945 geführt hat.

Wir fordern in Torgau eine eigene Dauerausstellung, welche die Ausstellungsteile Vernichtungskrieg/Holocaust, Verfolgung durch die NS-Militärjustiz, Verfolgung durch das Reichskriegsgericht und Verfolgung der Kriegsgefangenen und Zwangsrekrutierten umfaßt. Und wir fordern am Fort Zinna eine eigene würdige Gedenkstätte, welche der Schwere unserer Verfolgung gerecht wird.



Herrn  
Ludwig Baumann  
Bundesvereinigung  
Opfer der NS-Militärjustiz  
Aumunderflur 3

28757 Bremen

Ihre Zeichen/Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen/Unsere Nachricht vom

Durchwahl-Nr.

Datum

25.02.05

Sehr geehrter, lieber Herr Baumann,

bitte seien Sie mir nicht allzu böse, dass ich Ihnen erst heute schreibe wegen des sowjetischen Befehls.

Ich war auf der Gedenkveranstaltung in Auschwitz und bin dann sehr krank nach Hause gekommen und nun fordern die Vorbereitungen des 60. Jahrestages der Befreiung alle Kraft.

Was den Befehl angeht, füge ich eine Übersetzung bei, die Herr Dr. Ritscher bereits 1993 im Rahmen unserer Forschungen zum Speziallager Nr. 2 in Buchenwald vorgenommen hat. In Bezug auf die Bewertung des Befehls und der Vorgänge in Torgau ist festzustellen, dass es einerseits richtig ist, dass entsprechend des Befehls Angehörige waffentragender Einheiten nicht in die sowjetischen Speziallager, sondern in die Kriegsgefangenenlager überstellt werden sollten. Das ist auch geschehen, aber, wie auch die Forschungen zum sowjetischen Speziallager Nr. 2 Buchenwald ergeben haben, nicht in allen Fällen.

Nicht der Befehl ist also das eigentliche Problem, sondern das zwischen Befehl und Wirklichkeit, wie in vielen Fällen, ein Unterschied besteht. Insofern ist der Kommentar zum Text des Befehls, den Sie mir geschickt haben, entweder handwerklich schlecht ausgeführt worden und/oder politisch den NS verharmlosend. Wie soll man sonst den Satz werten, dass die Lager "Nazi- und Kriegsverbrecher nicht erfasst hätten". Die Untersuchung der Zusammensetzung der Speziallagerinsassen ergibt einen anderen Befund. So findet man im Speziallager Buchenwald neben zahlreichen, völlig unbelasteten Menschen etwa auch Aufseherinnen aus dem KZ Ravensbrück. Auch die im Text nachfolgende Einschränkung auf militärische Ränge hebt die problematische Grundaussage nicht auf, abgesehen davon, wie gesagt, dass der Befehl so konsequent nicht umgesetzt worden ist.

Praktisch wird durch die Kommentierung des Befehls die gesamte Justiz aus dem Kontext von Nazi- und Kriegsverbrechen herausgelöst und dass muss gerade für die Opfer der Wehrmachtsjustiz ein Hohn sein.

Lieber Herr Baumann, ich wünsche Ihnen weiterhin alles Gute und hoffe, Ihnen ein wenig geholfen zu haben.

Mit guten Grüßen vom Ettersberg

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Volkhard Knigge'. The signature is written in a cursive style with a large initial 'V' and a long horizontal stroke.

Prof. Dr. Volkhard Knigge  
Stiftungsdirektor





# Bundesvereinigung Opfer der NS - Militärjustiz e.V.

Gemeinnützig anerkannter Verein

28757 Bremen Aumunder Flur 3 Telefon und Fax 04 21/66 57 24

November 2005

## **Sächsische Dauerausstellung im Torgauer Schloss entsorgt Teile der NS-Verfolgung und macht NS-Täter zu Opfern**

An den Opfern der Militärjustiz wurde die blutigste juristische Verfolgung der deutschen Geschichte begangen – allein 30.000 Todesurteile wurden gefällt, über 20.000 davon vollstreckt. Insgesamt verurteilten die Militär Richter mehr als eine Million Wehrmachtsangehörige. Der zentrale Ort ihrer Verfolgung und ab 1943 auch Sitz des Reichskriegsgerichts war Torgau. Weit über tausend Todesurteile wurden hier verhängt. Mehrere 10.000 Gefangene litten in Torgau Fort-Zinna unter unmenschlichen Haftbedingungen – viele von ihnen verstarben. In Torgau gab es auch nach 1945 eine Verfolgung. Heute ist Fort-Zinna eine Justizvollzugsanstalt.

Wegen der Schwere der NS-Verfolgung forderten der Deutsche Bundestag und die Fachkommission der sächsischen Stiftung, in Torgau den Schwerpunkt des Gedenkens für die Opfer der Wehrmachtsjustiz zu verwirklichen. Dennoch ließ die Stiftung gegen unseren Protest für die Dauerausstellung im Torgauer Schloss je zwei Ausstellungsteile für die vor- und nach 1945 Verfolgten erstellen, die dann in verschiedenen Etagen des Flaschenturms des Schlosses gezeigt wurden. Die auch von der Fachkommission geforderte räumliche Trennung ist für die NS-Opfer unabdingbar, auch, weil es unter den nach 1945 im sowjetischen Speziallager 8 in Fort-Zinna Inhaftierten Kriegsrichter und Schergen der Gestapo und des SD gab, welche unsere Opfer verfolgt haben.

In der gegen unseren entschiedenen Widerstand am 09. Mai 2004 neu eröffneten Ausstellung gibt es diese Trennung nicht mehr – ein Raum geht offen in den anderen über – und zur NS-Verfolgung gibt es nur noch einen Ausstellungsteil. Zwar werden die verbliebenen Exponate in schönen Räumen gut präsentiert, es werden aber zur NS-Verfolgung nur noch 31 Exponate gezeigt, zur Verfolgung nach 1945 hingegen 57.

Unser Protest führt nicht dazu, dass die entsorgten Exponate wieder gezeigt werden, sondern dass sie zu anderen Informationen in einen Computer eingegeben wurden oder entsorgt blieben. Erreichbar ist der Computer durch eine Öffnung im Boden der Ausstellung über eine steile Wendeltreppe in eine untere Etage des Schlosses.

Der einzig in der Ausstellung gezeigte NS-Täter ist die Jüdin Stella Kübler. Sie hat der Gestapo hunderte untergetauchte Juden ausgeliefert. Der öffentliche Protest führte nicht dazu, dass nun endlich die NS-Täter benannt wurden, sondern dass Stella Küblers Portrait jetzt zu den abgehängten Portraits der NS-Opfer in einen Computer eingegeben wurde.

Mit dem Ausstellungstext werden unter explizitem Einschluss der „Mitarbeiter“ der Gestapo

und des SD alle NS-Täter zu unschuldigen Opfern gemacht. Es heißt dort zu den sowjetischen Speziallagern:

Danach sollten sie dazu dienen, „feindliche Elemente in Gewahrsam zu halten“: Personen, die als Sicherheitsrisiko angesehen wurden, wie etwa NSDAP-Funktionäre, Mitarbeiter der **Gestapo und SD** sowie generell alle Gegner der sowjetischen Besatzungsmacht. **Dabei erfassten diese Lager aber nicht mutmaßliche „Nazi- und Kriegsverbrecher“**, denn diese waren, soweit sie die Uniformen der Wehrmacht, der SA oder der SS getragen hatten, in die Kriegsgefangenenlager einzuweisen. (Hervorhebungen durch Unterzeichner)

Die Gestapo und der SD wurden in den Nürnberger Prozessen als verbrecherische Organisationen verurteilt, ihre im Ausstellungstext so genannten Mitarbeiter waren der Inbegriff der Nazi- und Kriegsverbrecher. Allein im Januar 1946 waren 498 von ihnen in Torgau inhaftiert – dazu 25 Kriegsrichter. Sie haben unsere Opfer im Nazideutschland und in allen von der Wehrmacht besetzten Ländern verurteilt, misshandelt und ermordet. Auch der Mitunterzeichner, Ludwig Baumann, wurde vom SD bei der Vernehmung und noch in der Todeszelle gefoltert. Der Bundesgerichtshof bezeichnet die Wehrmichtsjustiz in seinem Urteil vom 16. November 1995 als „Blutjustiz“, deren Richter sich „wegen Rechtsbeugung in Tateinheit mit Kapitalverbrechen“ hätten verantworten müssen.

Wir fordern in Torgau eine **eigene Dauerausstellung**, welche die Ausstellungsteile **Vernichtungskrieg der Wehrmacht, Verfolgung durch die NS-Militärjustiz, Verfolgung durch das Reichskriegsgericht, Verfolgung der ausländischen Zwangsrekrutierten und Kriegsgefangenen und Bleibendes Unrecht an den Opfern der NS-Militärjustiz nach 1945** umfasst. Denn bis zur gesetzlichen Aufhebung ihrer Urteile im Mai 2002 sind mehr als 99% unserer Opfer vorbestraft und gedemütigt verstorben – unter Mithilfe Sachsens: Nur Sachsen und Bayern haben im Bundesrat gegen die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure, Wehrkraftzersetzer und Kriegsdienstverweigerer aus Hitlers Krieg gestimmt.

Ludwig Baumann

---

Ludwig Baumann  
(Vorsitzender)

Manfred Messerschmidt

---

Prof. Dr. Manfred Messerschmidt  
(Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats)

## Wie Gedenken zur Schändung wird

**E**in Jahr nachdem der Zentralrat der Juden und alle NS-Verfolgtenverbände die Stiftung Sächsische Gedenkstätten wegen ihrer Gleichsetzung der NS-Verbrechen mit Verfolgungsmaßnahmen nach 1945 und wegen der Benachteiligung der NS-Verfolgten verlassen hatten, schreckte der antisemitische Eklat im Sächsischen Landtag die demokratische Öffentlichkeit in Deutschland und der Welt auf. Genau vor solchen Konsequenzen hatten wir warnen wollen, als wir staatliche Geschichtsklitterung zum Thema machten. Dass in Torgau – 1943 bis 1945 Sitz des Reichskriegsgerichts – jetzt in einer Dauerausstellung NS-Täter zu unschuldigen Opfern gemacht werden, ist ein Signal, das nicht nur uns, die letzten überlebenden Opfer der NS-Militärjustiz, beunruhigen muss.

Torgau an der Elbe war zentraler Verfolgungsort der Wehrmachtsjustiz im Zweiten Weltkrieg. Hier wurden rund 1000 Todesurteile verhängt. Im Torgauer Fort Zinna litten zehntausende Gefangene der Wehrmachtsjustiz unter unmenschlichen Haftbedingungen, viele von ihnen starben daran. Ich selbst bin dort als verurteilter Deserteur misshandelt worden und habe viele Erschießungen »zur Abschreckung« miterleben müssen. Nach dem Krieg war Fort Zinna zunächst sowjetisches Speziallager, in der DDR wurde es zur Justizvollzugsanstalt. Als solche wird es auch heute genutzt.

In der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, in der die Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz jahrelang mitgearbeitet hat, bestand zunächst Klarheit: »Der Schwerpunkt der ständigen Ausstellung soll auf der Darstellung der NS-Militärjustiz liegen.« Doch in der Arbeit der Stiftung hat sich dieser Schwerpunkt ständig verschoben. Bezeichnend ist folgendes, auch von Peter Fischer vom Zentralrat der Juden kritisiertes Beispiel: Von den vielen NS-Tätern, die nach dem Krieg von der sowjetischen Besatzungsmacht in den Torgauer Speziallagern gefangen gehalten wurden, wird in der Gedenkausstellung der Stiftung nur ein einziger gezeigt. Es ist eine Frau, eine Jüdin: Stella Kübler. Sie hat der Gestapo hunderte untergetauchte Juden ausgeliefert. Ihre von den Sowjets verhängte Haftstrafe musste sie zum Teil in Torgau verbüßen. Zweifellos ist sie eine Täterin. Aber dass ausgerechnet sie und

kein anderer der unzähligen in Torgau inhaftierten deutschen NS-Täter gezeigt wird, ist ein Skandal.

Am Fort Zinna, dem zentralen Ort unserer Verfolgung, haben die nach 1945 Verfolgten seit 1992 eine Gedenkstätte. Sie wurde errichtet von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus und dem Bund der stalinistisch Verfolgten und soll erhalten bleiben als »Gedenksymbol zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft 1945 bis 1989« (Stiftungsgeschäftsführer Norbert Haase). Wir dagegen haben dort bisher nicht einmal einen Platz, an dem wir für unsere Opfer Blumen niederlegen können.

Nun aber soll uns gegen unseren entschiedenen Widerstand eine Gedenkstätte in direkter Verbindung zur Gedenkstätte der nach 1945 Verfolgten aufgezungen werden. Auf der Informationstafel der Gedenkstätte für die Opfer der NS-Militärjustiz soll stehen: »Die Mehrzahl der in Torgau inhaftierten Gefangenen waren wegen Verstößen gegen die militärische Disziplin bzw. krimineller Straftaten verurteilt.« Und weiter heißt es, dass »die zugrunde liegenden militärischen Straftaten unter Anlegung rechtsstaatlicher Maßstäbe auch in einem Rechtsstaat hätten bestraft werden müssen«.

Das ist eine Verhöhnung jeder Rechtsstaatlichkeit.

Es waren die höchsten Wehrmachtsrichter, welche den »Barbarossa-Kriegsgerichtsbarkeitserlass« verfassten. Mit ihm wurden ausdrücklich alle Verbrechen an der sowjetischen Zivilbevölkerung von der Strafverfolgung ausgeschlossen. Mindestens 13 Millionen Zivilisten fielen der Vernichtung zum

Opfer – in vier Jahren der größte Völkermord der Geschichte. Nicht einer der Mörder wurde von der NS-Militärjustiz bestraft. Dagegen verfolgten die Militärrichter auch Bagatelldelikte, wie den Diebstahl eines Feldpostpäckchens, mit der Todesstrafe. An den Opfern der NS-Militärjustiz ist die blutigste juristische Verfolgung der deutschen Geschichte begangen worden: über 30 000 Todesurteile und viele 10 000 Zuchthausstrafen. Mehr als 20 000 Todesurteile wurden vollstreckt. Überlebt haben KZ, Torgau und die Strafbataillone weniger als 4000 Verurteilte.

Der Bundesgerichtshof brandmarkte in seinem Urteil vom 16. November 1995 die Wehrmachtsjustiz als eine »Blutjustiz«, deren Richter sich »wegen Rechtsbeugung in Tateinheit mit Kapitalverbrechen hätten verantworten müssen«.

Viele dieser Blutrichter waren nach 1945 in Torgau inhaftiert; später wurden sie in der Bundesrepublik dafür entschädigt. Für die Stiftung gelten nicht sie und ihre Urteile als kriminell, sondern ihre Opfer. Noch bis zur pauschalen gesetzlichen Aufhebung unserer Urteile im Mai 2002 hat Sachsen gemeinsam mit Bayern versucht, über den Bundesrat unsere Rehabilitierung zu verhindern. Für Sachsen war dafür sein Justizminister zuständig. Er ist stellvertretender Vorsitzender der Stiftung Sächsische Gedenkstätten.

Eine Gedenkstätte, in der die NS-Täter zu Opfern gemacht werden und die NS-Opfer zu Tätern, wäre ein Schandmal, das uns daran hindern würde, den Ort unserer Verfolgung und unser Leiden je wieder zu betreten.

Ludwig Baumann

Erschienen in Ossietsyky 5/2005



## Deserteure

# Die vergessenen Opfer der Nazis

Von Henryk M. Broder

**Die Juden haben ihr Mahnmal schon, Schwule und Sinti und Roma werden ihre "Orte der Erinnerung" bekommen. Nur die Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und Wehrkraftzersetzer, die sich dem Mordapparat des Dritten Reiches verweigert haben, sterben weg, ohne dass ihrer gedacht wird.**



Gedenken an Wehrmachtsdeserteure (im Mai 2001 im ehemaligen KZ Buchenwald):

Berlin - Wenn die Reden zum 8. Mai verklungen sind, wenn das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas zur Begehung freigegeben und 60 Jahre nach Kriegsende der Widerstand gegen das NS-Regime seinen symbolischen Höhepunkt erreicht haben wird, dann werden alle zufrieden und erleichtert aufatmen: Es ist geschafft! Die Nachkriegszeit ist abgeschlossen, jetzt kann man optimistisch in die Zukunft schauen, Waffen nach China liefern, einen kritischen Dialog mit den Mullahs in Iran führen und einen Platz im Uno-Sicherheitsrat besetzen.

Nur zwei bis drei Dutzend alte Männer werden mürrisch abseits stehen wie bockige Kinder, die bei der Schulfeier übersehen worden sind. Es sind die letzten noch lebenden Deserteure der

Wehrmacht, Wehrkraftzersetzer, Kriegsdienstverweigerer, die sich damit nicht abfinden wollen, dass man sie sozusagen bei lebendigem Leibe begraben hat. "Dabei haben wir noch nicht einmal einen Platz, an dem wir für unsere Opfer Blumen niederlegen können", sagt Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz.

Baumann, 1921 in Hamburg als Sohn eines Tabakhändlers geboren, von Beruf Maurer, wurde 1942 wegen Fahnenflucht von einem NS-Militärgericht zum Tode verurteilt und einem Strafbataillon zugeteilt. Dass er den Krieg überlebt hat, war reines Glück. "Über 30.000 so genannte Wehrkraftzersetzer wurden zum Tode verurteilt, über 20.000 hingerichtet. Tausende kamen in Konzentrationslagern und Strafbataillonen ums Leben."

60 Jahre lang galt Ludwig Baumann als "rechtskräftig vorbestraft", von einem ordentlichen Gericht zu einer verdienten Strafe verurteilt, bis der Bundestag im Mai 2002 nach endlosen Debatten und gegen den Widerstand von Sachsen und Bayern im Bundesrat die Urteile der NS-Militärjustiz durch einen Beschluss aufhob. Für die meisten Deserteure, die das Dritte Reich wie Baumann überlebt hatten, kam die Ehrenrettung zu spät. Im Jahre 2002 war ihre Zahl auf etwa 40 geschrumpft, heute sind es noch weniger. "Fast alle sind entwürdigt gestorben", sagt Baumann, der seit vielen Jahren vergeblich darum kämpft, dass die "Deserteure" einen eigenen "Ort des Gedenkens" bekommen - oder wenigstens eine Ausstellung, die diesen Teil der deutschen Kriegs- und Nachkriegsgeschichte dokumentiert.

## NS-Täter zu Opfern, NS-Opfer zu Tätern?

Torgau in Sachsen wäre dafür der geeignete Ort. Hier urteilte von 1943 bis Kriegsende das Reichskriegsgericht, nachdem es den NS-Juristen in Berlin zu ungemütlich geworden war, hier wurden über 1000 Todesurteile verhängt, hier gab es zwei Wehrmachtsgefängnisse, in denen Zehntausende von Gefangenen festgehalten und gequält wurden. Es gibt im Torgauer Fort Zinna, "dem zentralen Ort unserer



Verfolgung" (Baumann), seit 1992 eine Gedenkstätte. Aber nicht für die Opfer der NS-Militärjustiz, sondern für die nach 1945 von den sowjetischen Besatzern inhaftierten Deutschen, unter ihnen ehemalige Kriegsrichter, Mitglieder der NSDAP, der SA, der SS, der Gestapo und des SD.

Aschaffenburg, März  
1945: Hingerichteter deutscher  
Offizier, der sich der 7. US-Armee  
ergeben wollte

Nun plant die "Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft" eine "Memoriale Gestaltung vor dem Fort Zinna in Torgau", die der "Komplexität der historischen Verfolgungsvorgänge" und der "Vielschichtigkeit der Häftlingsgesellschaften zu den verschiedenen Zeiten" gerecht werden soll. Es soll also die Situation vor und nach 1945 dokumentiert werden. Baumann hingegen befürchtet, "dass die NS-Täter zu Opfern gemacht werden und die NS-Opfer zu Tätern".

Baumanns Sorge mag übertrieben sein, Tatsache ist: Mit keiner Gruppe von NS-Verfolgten tut sich die deutsche Gesellschaft so schwer wie mit den Kriegsdienstverweigerern, Wehrkraftzersetzer und Deserteuren in der Nazi-Zeit. Sie gelten noch immer als Verräter, die sich vom Acker gemacht haben, als andere ihr Leben fürs Vaterland riskierten. Die einfache Erkenntnis, dass die Konzentrationslager nur so lange arbeiten und der NS-Apparat im Lande nur so lange funktionieren konnten, wie die Armee die Front hielt, diese Erkenntnis ist auch 60 Jahre nach Kriegsende nicht konsensfähig. Erst wenn der Bundeskanzler und der Verteidigungsminister einen Kranz am Grab des unbekanntenen Deserteurs nieder legen, statt die "Opfer der nationalsozialistischen Gewalt" um Vergebung zu bitten, werden die Deserteure als das anerkannt sein, was sie wirklich waren: Widerstandskämpfer, die sich einem Mordapparat verweigert haben.

### **Gezerre um eine Wanderausstellung**

Aber damit kann nicht ernsthaft gerechnet werden. Seit über zehn Jahren wird Baumann von verschiedenen Stellen und Institutionen eine "Wanderausstellung" über die Opfer der NS-Militärjustiz versprochen. Anfang März dieses Jahres schrieb er einen Brief an die Staatsministerin für Kultur und Medien, Christina Weiss, bedankte sich bei ihr für ihre Bemühungen und bat sie noch einmal "die seit langem konzipierte Wanderausstellung und eine würdige Gedenkstätte verwirklichen zu lassen".

Die Staatsministerin antwortete umgehend, nannte den Wunsch Baumanns nach einem "gesonderten Ort des Gedenkens" für die Opfer der NS-Militärjustiz "verständlich" und verwies ihn an die "Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas", die gebeten sei, "mit einem konkreten Projektantrag die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Wanderausstellung baldmöglichst verwirklicht werden kann".

Baldmöglichst. Dabei existiert schon seit Jahren "ein detailliertes Konzept zur Wanderausstellung", das der Beirat der Stiftung mehrmals ausdrücklich befürwortet hat. Und erst im November 2004 wurde ihm, erinnert sich Baumann, von einem Mitarbeiter der Denkmal-Stiftung telefonisch mitgeteilt, "dass wir zu 99 Prozent unsere Wanderausstellung bekommen werden". Also schrieb Baumann Anfang April einen Brief an den Geschäftsführer der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Hans-Erhard Haverkamp, und äußerte eine dringende Bitte: "Wir wollen vor dem 8. Mai darüber Gewissheit haben, ob wir die Wanderausstellung bekommen. Bei unserem jahrelangen vergeblichen Bemühungen um ein würdiges öffentliches Gedenken für unsere Opfer müssen wir sonst befürchten, dass keiner von uns die Wanderausstellung noch erleben wird."

Der Geschäftsführer reagierte prompt und mit einem unschlagbaren Argument: "Durch die Vorbereitung der Eröffnung (des Mahnmals) mit rund 1200 Gästen sind wir dermaßen ausgelastet, dass wir uns zu anderen Aktivitäten zurzeit nicht in der Lage sehen." Der Krieg ist erst seit 60 Jahren vorbei, Ludwig Baumann heute 84 Jahre jung. Gut Ding will Weile haben. Kommt Zeit, kommt Rat.

11. Mär 2007

# KURIER AM SONNTAG

SONNTAGSAUSGABE VON WESER-KURIER  
BREMER NACHRICHTEN · VERDENER NACHRICHTEN

## „Man muss den Krieg verraten“ Ludwig Baumann erhielt den Friedenspreis der Villa Ichon

Von unserem Redakteur  
Arn Strohmeier

**BREMEN.** Hitlers langer Schatten – er ist immer noch sehr gegenwärtig, auch wenn der Untergang des NS-Staates nun schon 62 Jahre zurückliegt. Das machte die schlichte Feierstunde deutlich, als Klaus Hübötter vom Vorstand der Freunde und Förderer der Villa Ichon gestern dem Bremer Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann die Urkunde für den diesjährigen Friedens- und Kulturpreis überreichte. Es sei ein „politisches Glück“, sagte Hübötter, den 25. Preis im 25. Jahr der Villa einem Mann zu überreichen, der in seinem Leben zwei Siege errungen habe: über eine pervertierte Militärjustiz und eine unverständige Nachkriegsgesellschaft, für die Deserteure schlicht „Vaterlandsverräter“ gewesen seien. Wie konnten sie das aber sein, wenn selbst der Deutsche Bundestag 1997 einen Beschluss fasste, der besagte, dass Hitlers Krieg ein „Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen“ gewesen sei?

Hier knüpfte auch Professor Manfred Messerschmidt an, der frühere Leiter des Militär-geschichtlichen Forschungsamts der Bundeswehr in Freiburg, der die Festrede für Ludwig Baumann hielt. Er verglich den einstigen kleinen und unbedeutenden Wehrmachtssoldaten Baumann immer wieder mit einem anderen berühmten deutschen Soldaten: dem Schriftsteller Ernst Jünger. Dieser habe in den höchsten deutschen Militärkreisen verkehrt, habe genau gewusst, was an der Front wirklich an verbrecherischem Tun geschah – und habe die Uniform nicht ausgezogen. Ludwig Baumann aber habe diesen Schritt getan, als er von der Grausamkeit des Krieges im Osten hörte – mit allen furchtbaren Konsequenzen, die das für ihn nach sich zog. Während viele Verantwortliche für den verbrecherischen Krieg nach 1945 ihre Karrieren in Militär und Justiz fortgesetzt



Professor Manfred Messerschmidt, Preisträger Ludwig Baumann und Klaus Hübötter (von links).  
FOTO: FRANK THOMAS KOCH

hätten, sei Baumann ein „Drückeberger“ und „Ausgestoßener“ gewesen – ohne Anspruch auf irgendeine Entschädigung. Aber heute sei er eine Person der Zeitgeschichte, die in einem langen mühseligen Ringen mit den politischen Instanzen die endgültige Rehabilitation der Deserteure durchgesetzt habe.

Der Geehrte selbst versicherte, dass er weiterkämpfen wolle, denn noch sei der Straftatbestand des „Kriegsverrats“ nicht aufgehoben. Der trat in Kraft, wenn ein Soldat sich etwa weigerte, Juden zu verraten, oder wenn er Zivilisten vor Vernichtungsaktionen der Wehrmacht warnte. Ludwig Baumann versicherte, dass man nichts Besseres tun könne „als auch in Zukunft den Krieg – und zwar jeden Krieg – zu verraten!“

# Retter in Uniform

An diesem 20. Juli gedenkt man am Bendlerblock auch derer, die NS-Gerichte als „Kriegsverräter“ aburteilten

VON KARL HEINZ BAUM

Für diesen Tag gibt es in Berlin mittlerweile einen genauen Zeitplan. Erst gedenkt der Staat in einem Festakt der Widerständler des 20. Juli 1944. Diesmal mit Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU), Berlins Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD) und Niedersachsens Ministerpräsidenten Christian Wulff (CDU). Danach dürfen auch die Kriegsdienstgegner und Opfer der NS-Militärjustiz im Bendlerblock einen Kranz niederlegen. An diesem Ort hatte man wenige Stunden nach dem gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler 1944 vier Offiziere, darunter Claus Graf Schenk von Stauffenberg, erschossen.

Bei den offiziellen Feiern erinnert man inzwischen, wenn auch in allgemeinen Worten, an jene Menschen, die man in früheren vergangenen Jahrzehnten nicht dabei haben wollte: „Wir gedenken auch der Menschen aus dem weiten Kreis derer, die in unserem Land oder in der Fremde, in innerer oder äußerer Emigration starben, weil sie die nationalsozialistische Lebensauffassung nicht zu ertragen vermochten.“

2002 hat der Bundestag alle Unrechtsurteile der NS-Justiz wegen Desertion aufgehoben. Ludwig Baumann, der 84 Jahre alte Vorsitzender der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz, legte am Mittwoch einen Kranz nieder mit der Aufschrift: „Den Desertoreuren, Kriegsdienstverweigerern und Kriegsverrättern“. Er erinnerte an die wegen „Kriegsverrats“ Hingerichteten.

Als Kriegsverrat gilt Hochverrat im Krieg. Diese Urteile der NS-Justiz sind bis heute gültig, es sei denn, in einer Einzelfallprüfung wird klar, dass es ein Unrechtsur-

teil war. Baumann nennt es unwürdig, dass sich diese NS-Opfer dieser Untersuchung unterziehen müssen. Ein Brief an Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) brachte keinen Erfolg. Sie beharrt auf dem Grund, aus dem man auch „Kriegsverräter“ die Rehabilitierung versagt hatte: Sie hätten das Leben ihrer Kameraden gefährdet.

Der Freiburger Militärgeschichtler Wolfgang Wette hat inzwischen an die fünfzig Fälle solcher „Kriegsverräter“ untersucht. Danach handelten fast alle dieser Hingerichteten aus ehrenwerten ethisch-moralischen Motiven, die damals das Reichskriegsgericht oder die Feld- und Sondergerichte als verwerflich eingestuft haben.

## Unbekannte Helfer

Da versuchte am 3. Mai 1944 ein mit Namen nicht bekannter Soldat 13 Juden von Ungarn mit einem Lastwagen der Armee nach Rumänien zu bringen. Die Grenzkontrolleure entdeckten die zwischen Fässern versteckten Menschen. Angeklagt wegen „Judenschmuggel“ verurteilte ihn das Feldgericht wegen „Kriegsverrats“ zum Tode. Aus diesem Grund verurteilte man auch den aus der Oberpfalz stammenden Michael Fries. Er hatte sich 1942 in Frankreich mit einem deutschen Emigranten unterhalten.

Stabsgefreiter Josef Salz starb am 9. Februar 1944 den „Verbrechertod“ wegen „Kriegsverrats“. Das „Verbrechen“ laut „Korpsverordnungsblatt“. In seinem Tagebuch habe „er sich als Freund der Juden und Bolschewisten“ ausgegeben und „das deutsche Volk, seine Führung und Wehrmacht in üblicher Weise“ geschmäht und verleumdete. Dadurch habe er im Krieg „seine Kampfbereitschaft geschwächt“.

Soldat Stefan Hampel musste im Mai 1942 in Weißrussland eine Massenerschießung von 2000 Juden mit ansehen. Er desertierte zu polnisch-litauischen Partisanen, wollte bis Genf kommen, um das Rote Kreuz über die Judenmorde zu unterrichten. Er wurde gefasst und zum Tode verurteilt; sehr wahrscheinlich wegen „Kriegsverrats“, vermutet Historiker Wette.

Soldat Alfons Maryan Karwietz aus Schlesien fühlte sich eher als Pole denn als Deut-

scher. Nach der Zwangsrekrutierung floh er mit Hilfe eines polnischen Geistlichen zu den Partisanen. Todesurteil wegen Fahnenflucht und Kriegsverrat.

Krafftfahrer Adolf Herrmann Pogade, erst SPD, dann KPD-Mitglied, sagte russischen Kriegsgefangenen am Standort Frankfurt/Oder, Hitler werde Deutschland in den Abgrund führen. Das Kriegsgericht befand, er habe den Widerstandswillen der Gefangenen gestärkt. Urteil: Tod wegen Kriegsverrats.

Kontakt zum Feind konnte für manchen einfachen Soldaten einem Todesurteil gleichkommen. Unter Offizieren war das anders. Der Oberbefehlshaber des Heeres, General Walther von Brauchitsch, wertete einen Bericht über Kontakte nach London, den Generalstabschef Franz Halder an ihn weitergeleitet hatte, als „Kriegsverrat“ und forderte die Verhaftung der Beteiligten. Halder setzte sich darüber hinweg, die Sache war erledigt. Von Brauschitz zog es lieber vor zu schweigen.

## Enttäuschter Opferverband

Baumann ist enttäuscht, dass diese Fälle die Ministerin nicht überzeugten. Wette will seine Studien nächstes Jahr als Buch veröffentlichen. Besonders ärgert es Baumann, dass die wegen Kriegsverrats zum Tode Verurteilten stets in einem Atemzug mit Plünderern und Leichenfledderern genannt werden. „Hätte es mehr solcher Kriegsverräter gegeben, wäre der Zweite Weltkrieg schneller zu Ende gewesen. Und tausende Menschenleben hätten gerettet werden können. Baumann will weiter dafür kämpfen, dass „Kriegsverrat“ rehabilitiert wird, denn Wertes Forschungen zeigen: Mit „Kriegsverrat“ waren die NS-Gerichte schnell bei der Hand.

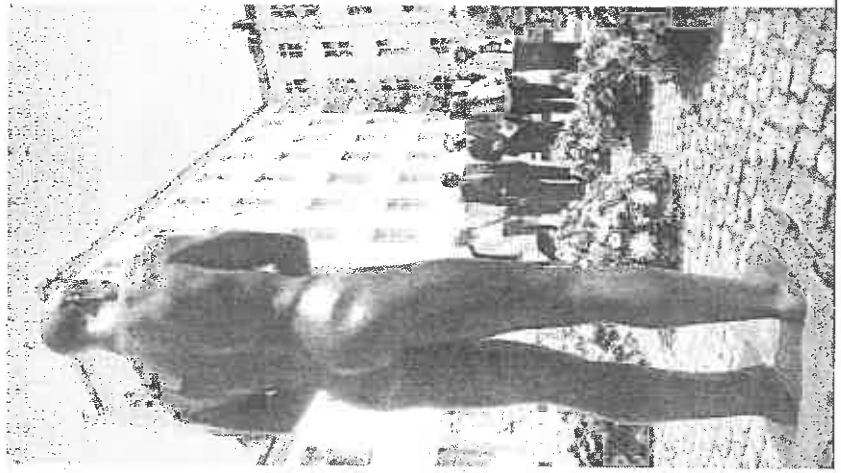


BILD: WOLFGANG KUMM / DPA

Gedenken im Bendlerblock.



## Veranstaltung zum „Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus“

IM MITTELPUNKT DER VERANSTALTUNG ZUM „GEDENKTAG FÜR DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS“ AM 27. JANUAR 2007 STANDEN IN DER GEDENKSTÄTTE UND DEM MUSEUM SACHSENHAUSEN IN DIESEM JAHR DIE OPFER DER NS-MILITÄRJUSTIZ, DIE IM KZ SACHSENHAUSEN GEFANGEN WAREN. ZU IHNEN ZÄHLEN RUND 300 WEHRMACHTSANGEHÖRIGE, DIE WEGEN DESERTION UND DISZIPLINARVERGEBEN, ABER AUCH WEGEN „DEFAITISMUS“ UND POLITISCHER DELIKTE VERURTEILT WORDEN WAREN. DIE LAGER-SS FASSTE SIE SEIT BEGINN DES ZWEITEN WELTKRIEGES ZU EINER EIGENEN HÄFTLINGSKATEGORIE ZUSAMMEN, DER SO GENANNTE „SONDERABTEILUNG WEHRMACHT“ (SAW). MINDESTENS 70 SAW-HÄFTLINGE KAMEN IN SACHSENHAUSEN ZU TODE.

Zur Gedenkveranstaltung konnte Gedenkstättenleiter Prof. Dr. Günter Morsch zahlreiche Gäste begrüßen, darunter auch den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg Matthias Platzeck und viele junge Menschen (auch aus Frankreich und Polen), die an einer Jugendbegegnung des Deutschen Bundestags teilnahmen. Besonders bedankte sich Morsch beim Präsidenten des Bran-

gestellt werde, um die Heterogenität der KZ-Häftlinge zu verdeutlichen.

Besonders beeindruckend war die Ansprache des 85jährigen Ludwig Baumann, des Vorsitzenden der 1990 gegründeten Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz. Baumann desertierte 1942 aus der Wehrmacht, weil er ihren „verbrecherischen, völkermörderischen Krieg“ nicht mehr

länger mitmachen wollte. Er wurde verhaftet, gefoltert und zum Tode verurteilt. Zehn Monate saß Baumann in der Todeszelle, bis die Todesstrafe in eine Zuchthausstrafe umgewandelt wurde. Weitere Stationen seines Leidensweges waren das KZ Esterwegen und das



Der Vorsitzende der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz Ludwig Baumann legt in der „Station Z“ einen Kranz zu Ehren der SAW-Häftlinge nieder

denburgischen Landtag Gunter Fritsch dafür, dass der Landtag seit Jahren die Gedenkveranstaltung am 27. Januar gemeinsam mit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten ausrichtet. Er erklärte, dass alljährlich eine andere Opfergruppe in den Mittelpunkt des Gedenkens

Wehrmachtsgefängnis Torgau sowie das „Bewährungsbataillon 500“. Nach dem Kriegsende musste Baumann die bittere Erfahrung machen, dass seine Desertion von der deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht als ein Akt des Widerstandes gegen das NS-Regime anerkannt wurde. Die Opfer der NS-

Militärjustiz wurden weiterhin kriminalisiert und als „Feiglinge“ und „Verräter“ diskriminiert. Es ist im wesentlichen dem beharrlichen Kampf Baumanns und seiner Leidensgenossen zu verdanken, dass der Deutsche Bundestag 2002 endlich die Unrechtsurteile gegen die Opfer der NS-Militärjustiz aufhob. 57 Jahre nach Kriegsende kam diese Geste allerdings für die meisten Opfer zu spät.

Einen Überblick über die Gruppe der SAW-Häftlinge in deutschen Konzentrationslagern gab der Historiker Thomas Hammacher in seinem anschließenden Vortrag. Dabei referierte er nicht nur historische Fakten, sondern näherte sich auf sehr persönliche Weise diesem Thema an. Ins Zentrum seines Vortrags stellte Hammacher die Lebensgeschichte des SAW-Häftlings Otto Wenzel, seines Großvaters: Wenzel wurde nach seiner Flucht aus der Kriegsmarine verurteilt und in die Konzentrationslager Sachsenhausen und Flossenbürg verschleppt, wo er 1942 zugrunde gerichtet wurde. Hammachers Bekenntnis, stolz auf seinen Großvater zu sein, wurde von den Zuhörern mit Beifall aufgenommen.

In die Gestaltung der Gedenkveranstaltung hatten sich auch Schüler des Oranienburger Georg-Mendheim-Oberstufenzentrums eingebracht: Sie lasen Szenen aus dem Theaterstück „Juristen“ von Rolf Hochhuth. Darin wird am Beispiel des früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger die Frage nach den Nachkriegskarrieren der NS-Blutrichter aufgeworfen. Musikalisch umrahmt wurde die Gedenkveranstaltung von einem Flöten-Duo.

Zum Abschluss fand am zentralen Gedenkort „Station Z“ eine Gedenkeremonie mit Kranzniederlegung statt, bei der der brandenburgische Landtagspräsident Gunter Fritsch eine Ansprache hielt. Für den Förderverein legte Astrid Gräfin von Hardenberg einen Kranz zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus nieder. ■



Zahlreiche Gäste, darunter Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (links), Vertreter der Landesregierung, des Parlaments, der Parteien sowie Vertreter der Opferverbände und des diplomatischen Corps waren zur Gedenkveranstaltung nach Oranienburg gekommen. Fotos (3): Braun

# Langer Kampf um Rehabilitation

Erinnerung an die Opfer der NS-Militärjustiz / Gedenkveranstaltung in Oranienburg

Von Claudia Braun

**ORANIENBURG** • „Was kann man Besseres tun, als Nein zum Krieg zu sagen und danach zu handeln?“ Das ist die Frage, die sich Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, auch heute noch jeden Tag stellt.

Baumann war ein Deserteur, der Anfang 1942 „Hitlers Krieg nicht mehr mitmachen wollte“, wie er selbst erklärt. Verhaftet, zum Tode verurteilt und gefoltert sollte er qualvoll erfahren, was es hieß, der Nazidiktatur der Rücken zu kehren. „Der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben“ – diesen Satz formulierte Adolf Hitler in seinem 1925 erschienenen Buch „Mein Kampf“. Was dies konkret bedeutete: „Mehr als 30 000 Opfer der NS-Militärjustiz wurden zum Tode verurteilt und mehr als 20 000 von ihnen hingerichtet. Bis zu 100 000 Verurteilte kamen in die Zuchthäuser, Straflager, KZ und in die Strafbataillone, von denen keine 4 000 überlebten. Heute sind wir vielleicht noch 20“, so Baumann während der Gedenkveranstaltung in Sachsenhausen.

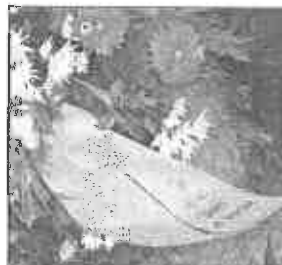
Dass sich der diesjährige Gedenktag in der Gedenkstätte und dem Museum Sachsenhausen schwerpunktmäßig den Opfern der NS-Militärjustiz widmete, war für Ludwig Baumann und die Mitglieder seines Vereins „eine bewegende Stunde“.

Zum einen, weil es im KZ Sachsenhausen seit Beginn des Zweiten Weltkriegs eine „Sonderabteilung Wehrmacht (SAW)“ gab, in der bis zur Be-



Ludwig Baumann freute sich, dass den Opfern der NS-Militärjustiz endlich Anerkennung zuteil wurde. Selbst Opfer, berichtete er von den erlittenen Qualen und Demütigungen im KZ.

freigung 800 bis 900 Menschen inhaftiert waren. „Von der SS wurden die SAW-Häftlinge als angebliche Drückeberger und Feiglinge besonders brutal behandelt. Zeitweise sperrte



Der Kranz der amerikanischen Vertretung.

man sie in die besonders gefürchtete Isolierabteilung und ließ sie im berühmten Todeslager Klinkerwerk schwere und gefährliche Arbeiten verrichten“, schildert Professor Günter Morsch, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, die damalige Situation.

Zum anderen, weil die Rehabilitation dieser Opfergruppe noch nicht abgeschlossen ist, wie Ludwig Baumann in seiner Rede zum Ausdruck brachte. „Nach der Befreiung waren wir Überlebenden körperlich und seelisch zerbrochen, dachten aber, unsere Desertion aus Hitlers Krieg würde nun anerkannt werden. Wir wurden aber weiter-

hin nur als Feiglinge, Dreckschweine und Vaterlandsverräter beschimpft und bedroht, bis wir an diesem Staat verzweifeln und viele unserer Opfer entwürdigt zugrunde gingen“, sagte Ludwig Baumann, der sogar Morddrohungen erhielt. Erst Anfang der 80er Jahre, durch die Friedensbewegung, sei ihnen öffentliche Anerkennung zuteil geworden. Auch wenn seitdem einiges erreicht wurde, die Urteile wegen Kriegsverrats sind bis heute nicht aufgehoben. Die Überlebenden wollen weiterhin im Bundestag dafür kämpfen, auch wenn ihnen womöglich nicht mehr viel Zeit bleibt.

Zwar gab es von politischer

Seite dazu am Sonnabend keine konkrete Stellungnahme, aber Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD), der die Bundeswehrangehörigen aufforderte, die Gedenkstätte zu besuchen, sagte: „Das Wissen um die Kraft von Humanität und Zivilcourage ist nach meiner Überzeugung von unschätzbarem Wert für die Erfüllung besonders auch der neuen Aufgaben, die heute vor der Bundeswehr stehen.“

Auch Jugendliche beteiligten sich aktiv an der Gedenkfeier. Schüler des Georg-Mendheim-Oberstufenzentrums Oranienburg lasen aus „Juristen“ von Rolf Hochhuth, der mit dem 1979 publizierten Stück „eine breite Öffentlichkeit auf die Tätigkeit der NS-Militärgerichte und ihre Opfer aufmerksam machte“, wie Morsch unterstrich.

Ferner informierten sich rund 80 Jugendliche, vorwiegend aus Deutschland, Polen und Frankreich, in der Gedenkstätte. Sie folgten der Einladung zur jährlich stattfindenden Jugendbegegnung des Bundestages. „Ich habe viele neue Einsichten gewonnen und manchmal mit anderen bis morgens kontrovers diskutiert“, erzählte Alexander Sajnovits aus Rüsselsheim. Heute wird die Gruppe an der zentralen Feierstunde im Bundestag teilnehmen. Ihr Diskussionspartner ist im Anschluss der Hauptredner und ungarische Literatur-Nobelpreisträger Imre Kertész, der wegen seiner jüdischen Abstammung 1944 in die Vernichtungslager Auschwitz und Buchenwald deportiert worden war.



An die Staatsanwaltschaft  
Bremen, 2. Vd. Herrn Picard

16. 4. 2007

Strafanzeige gegen den Baden-Württembergischen  
Ministerpräsidenten Günther Oettinger wegen Belei-  
digung unserer Opfer.

Herr Oettinger hat bei seiner Trauerreden für den  
verstorbenen Hans Filbinger diesen als einen  
Begner des NS-Regimes bezeichnet, obwohl er  
als Nazi-Kriegsrichter an Todesurteilen mitge-  
wirkt hat.

Auch ich wurde 1942 von einem Marinerich-  
ter zum Tode verurteilt. Für um wenige Über-  
lebende, über 20 000 Hingerichtete und ihre An-  
gehörigen ist die Äußerung des Ministerpräsidenten  
eine schamlose Verhöhnung.

Als Sprecher dieser Opfergruppe stelle ich gegen  
Herrn Oettinger eine Anzeige wegen Belei-  
digung und Verhöhnung unserer Opfer.

Ludwig Baumann  
Vorsitzender

# Staatsanwaltschaft Bremen

Staatsanwaltschaft Bremen, Postfach 10 13 60, 28013 Bremen

Herrn Ludwig Baumann  
Bundesvereinigung Opfer der NS-  
Militärjustiz e. V.  
Aumunder Flur 3  
28757 Bremen

Ihr Zeichen

**Geschäfts-Nr.** (Bitte stets angeben)

 Durchwahl

Datum:

**220 Js 22705/07**

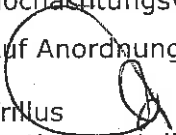
0421/361 96723

27.04.2007

Ermittlungsverfahren gegen Günther Oettinger  
Tatvorwurf: Volksverhetzung  
Tatzeit: 00.00.2007

Sehr geehrter Herr Ludwig Baumann,  
der Eingang der Strafanzeige vom 16.04.2007 wird bestätigt.

Die Bearbeitung erfolgt hier unter der angegebenen Geschäftsnummer.

Hochachtungsvoll  
Auf Anordnung  
  
Trinius  
Justizangestellte

eing-best

**Hausanschrift:**  
Staatsanwaltschaft Bremen  
Ostertorstraße 10  
28195 Bremen

**Sprechzeiten:**  
09.00 - 12.00 Uhr  
oder nach Vereinbarung

**Telefon:** (Vermittlung)  
0421/361-0  
**Telefax:**  
0421/361 96778

**Bankverbindung:**  
Staatsanwaltschaft Bremen  
Konto-Nr. 107011 5000  
bei Bremer Landesbank  
(BLZ: 29050000)

# „Eine Verhöhnung der Opfer“

Ludwig Baumann hat Günther Oettinger angezeigt: Der Sprecher der Opfer der NS-Militärjustiz erklärt, wieso dessen Reinwaschung von Blutrichter Filbinger zur Geschichtspolitik der Union passt

INTERVIEW VON:  
BENNO SCHIRREMEISTER

**taz:** Herr Baumann, Sie haben gegen Günther Oettinger Strafanzeige gestellt – wegen Beleidigung?

**Ludwig Baumann:** Ja, das habe ich. Es ist für uns natürlich viel mehr, als eine Beleidigung. Es ist eine schamlose Verhöhnung. Aber ich glaube, es gibt das nicht als Straftatbestand.

**Was erhoffen Sie davon?**

Natürlich wollen wir, dass Herr Oettinger bestraft wird. Es ist ja keine private Beleidigung, sondern eine unglaubliche Verhöhnung unserer Opfer. Wir haben ja eine ganz andere Betroffenheit: Ich bin zum Beispiel auch von einem Marinerichter zum Tode verurteilt worden. Der Bundesgerichtshof hat 1995 klargestellt, dass die Wehrmachtjustiz „eine Blutjustiz“ war und die Richter wegen Rechtsbeugung in Tateinheit mit Kapitalverbrechen hätten bestraft werden müssen: Einer dieser Blutrichter war eben Filbinger. Diese nachträgliche Reinwaschung ist für uns, die Betroffenen, die selber verurteilt waren, ganz unerträglich. Das macht mich krank.

**Aber wie verhält sich die Staatsanwaltschaft?**

Wir haben schon einmal geklagt, vor drei Jahren: Zu Filbingers 90. Geburtstag hatte ihm der damalige Ministerpräsident Baden-Württembergs, Erwin Teufel, einen rauschenden Empfang in Schloss Ludwigsburg gegeben – und dabei gesagt: „Herr Filbinger, ich bewundere Ihr klares juristisches Denken.“ Die Klage wurde hier von der Staatsanwaltschaft angenommen. Das ist ja schon nicht selbstverständlich: Bei geringfügigen Sachen ver-

weisen die dann auf den Weg der Privatklage. Aber dann hat der Staatsanwalt in Stuttgart das Verfahren eingestellt.

**Das ist auch diesmal ein wahrscheinlicher Ausgang...**

In Bremen habe ich die Hoffnung, dass nicht eingestellt wird. Die Staatsanwaltschaft nimmt

das auf und muss das weiterleiten. Nur ist ein Staatsanwalt ja kein unabhängiger Richter: Gegen den eigenen Ministerpräsidenten Anklage zu erheben ist schwierig. Aber wir hoffen, dass es dazu kommt.

**Die moralische Bewertung des Falls Filbinger war einmal**

**einhelliger: Ist die Oettinger-Grabrede Symptom eines kollektiven Rückfalls?**

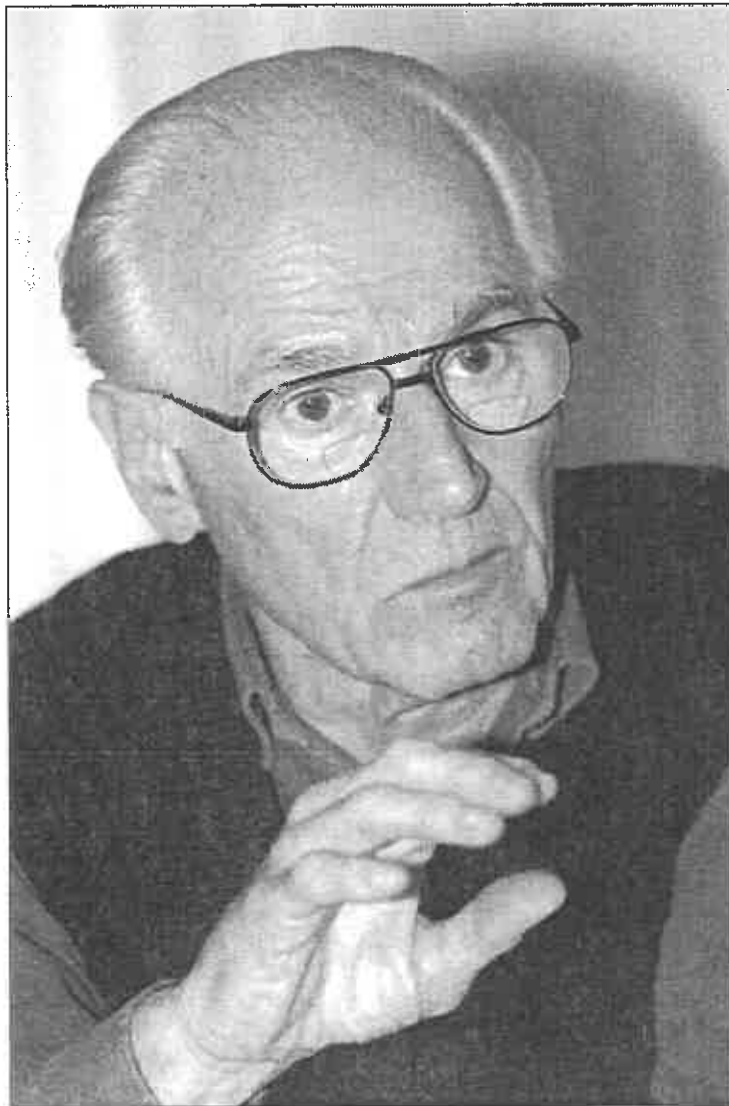
Rückfall? Ich glaube, das ist ein bewusst in Gang gesetzter Trend – dass eben nicht mehr die deutschen Verbrechen als beispiellos in den Geschichtsbücher stehen sollen, sondern zumindest eine Gleichsetzung mit dem Unrecht an Deutschen im Bewusstsein der Öffentlichkeit verankert wird. Und dass dieses in zehn, fünfzehn Jahren auch im Vordergrund stehen soll. Das ist für alle NS-Verfolgten, auch für den Zentralrat der Juden, ganz deutlich.

**Dann überrascht es Sie nicht, dass sich Leute wie der Bremer CDU-Spitzenkandidat Thomas Röwekamp auf Nachfrage nicht von Oettinger distanzieren?**

Nein: Der Filbinger war doch in der CDU bis zum Tod hoch angesehen, in Baden-Württemberg war er sogar Ehrenvorsitzender der Partei. Das wäre er auch in Bayern oder Sachsen gewesen. Und wie die Bremer CDU damit umgegangen wäre, möchte ich nicht entscheiden. Was sich da artikuliert, ist im Grunde diese Neubewertung, die wir immer schon befürchten. Wenn wir uns nicht dagegen wehren, wird die auch eintreten.

**Wie wehren Sie sich?**

Durch unsere Zeitzeugenschaft. Wir müssen das Bewusstsein dafür wecken und entschieden dafür kämpfen, dass das nie vergessen wird, nie gleichgestellt, nie relativiert. Es ist wohl so, dass der Zeitgeist nicht immer auf unserer Seite ist. Aber das heißt nicht, dass wir das akzeptieren sollten.



Ludwig Baumann: „Ein bewusst in Gang gesetzter Trend“ FOTO: DPA

**LUDWIG BAUMANN, 85,** als Deserteur 1942 zum Tode verurteilt. Gründer und Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz.

# „Ich kann nicht schlafen vor Empörung“

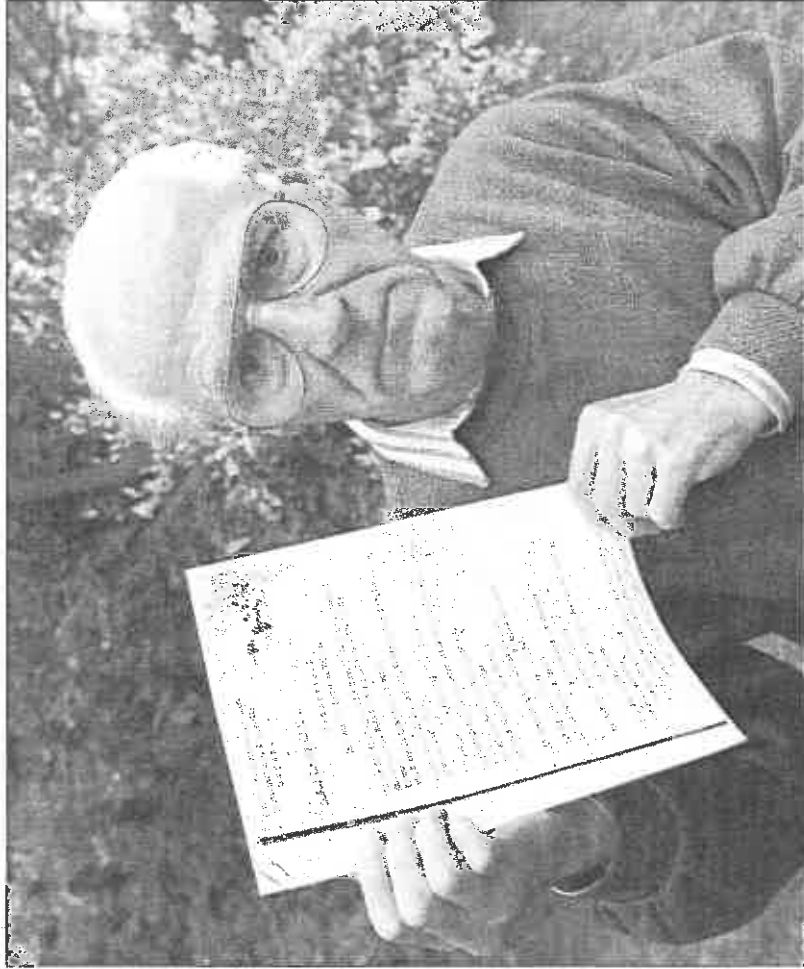
**Vergangenheitsbewältigung** – Oettingers Worte quälen Ludwig Baumann, der als Deserteur zum Tode verurteilt wurde

VON MATTHIAS ARMBRUSTER

FRANKFURT. „Die Flucht von der Fahne ist das schimpflichste Verbrechen, das der deutsche Soldat begehen kann.“ So lautet die Begründung für das Todesurteil gegen den Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann aus dem Jahr 1942. Während der Zeit in Todeszelle und KZ rechnete er täglich mit seiner Hinrichtung, wie der 85 Jahre alte Kriegsgegner heute erzählt.

Der jüngste Streit um die Trauerfeier für den NS-Richter Hans Filbinger, den späteren Ministerpräsidenten Baden-Württembergs, habe ihn tief getroffen: „Ich kann einfach nicht glauben, was Herr Oettinger da gesagt hat.“ Baumann, der einer der letzten noch lebenden Wehrmachts-Deserteure ist, empfindet die Worte des amtierenden Ministerpräsidenten Günther Oettinger als Symptom für einen sich verändernden Umgang mit dem schweren Erbe Nationalsozialismus. Filbinger, der am 1. April im Alter von 93 Jahren gestorben war, hatte noch in den letzten Kriegstagen einen Deserteur zum Tode verurteilt und sein Handeln stets als richtig dargestellt. Große Empörung löste deshalb die Behauptung Oettingers aus, Filbinger sei ein Nazi-Gegner gewesen.

„Herr Oettinger hintertreibt die Bemühungen, dass endlich die Wahrheit über die Nazi-Militärjustiz zur Kenntnis genommen wird“, sagt der Freiburger Militärhistoriker Manfred Messerschmidt, früherer Leiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamts der Bundeswehr. Bis sich die kritische Geschichtsschreibung der



Ludwig Baumann mit einer Kopie seines Todesurteils.

Sache angenommen habe, sei die Öffentlichkeit der Meinung gewesen, dass nur der NS-Volkgerichtshof und Sondergerichte Unrecht gesprochen hätten. Und noch immer hätten viele das Bild von der sauberen Wehrmachtsjustiz im Kopf – „unter anderem, weil das nachgeplappert wird, was Leute wie Herr Filbinger erzählt haben“.

Aus Wut über die Oettinger-Rede verfasste Baumann am Wochenende eine Strafanzeige gegen

den CDU-Politiker – und zwar im Namen der „Vereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“, der er vorsteht. „Für die wenigen Überlebenden der Wehrmachtsjustiz so wie die über 20 000 Hingerichteten und ihre Angehörigen ist Oettingers Äußerung eine schamlose Verhöhnung“, heißt es in der Anzeige. Und auch persönlich empfinde er die Äußerungen Oettingers als Angriff. „Manchmal kann ich nachts nicht schlafen vor Empörung und Verzweiflung.“

Politikwissenschaftler Christoph

Bis zu seinem 81. Lebensjahr musste der gebürtige Hamburger warten, ehe seine Vorstrafe wegen Fahnenflucht im Jahr 2002 gelöscht wurde. Und noch immer kämpft er in zahllosen Reden und Auftritten vor Schulklassen gegen das Vergessen. „Doch in letzter Zeit müssen wir Überlebende mit ansehen, wie die Verbrechen der NS-Zeit Stück für Stück relativiert und verharmlost wird.“ Eine Ehrschätzung, welcher der Kölner Politikwissenschaftler Christoph

Butterwege zustimmt: Offenbar sei die politische Öffentlichkeit heute eher geneigt, Personen wie Filbinger zu rehabilitieren. „Und genau das ist die neue Qualität: Was in der alten Bundesrepublik zurecht ausgegrenzt war, wird heute wieder für normal erklärt.“

Über Oettingers taktische oder strategische Überlegungen könne man nur spekulieren, sagt Butterwege. „Ich fürchte aber, dass es gerade zum Trend wird, national-konservative Ideologie neu zu beleben.“ Bestimmte Kräfte auch innerhalb der Union zielten drauf ab, einen Schlussstrich unter die NS-Zeit zu ziehen. „Und dazu gehört, dass alte Nazis rehabilitiert und wieder in den demokratischen Grundkonsens aufgenommen werden“, erklärt Butterwege. „Dass jemand wie Filbinger so zum Widerstandskämpfer erklärt wird, ist natürlich absurd.“ Offenbar werde gegenüber NS-Tätern nun eine Linie der Begnadigung ohne Reue gezogen.

Wehrmachts-Deserteur Baumann will auch in hohem Alter weiter durch Schulen ziehen und von seinen Erlebnissen als zum Tode Verurteilter berichten: „Das bin ich den 20 000 getöteten Desertoreuren schuldig. Das Unrecht der NS-Militärjustiz soll nicht vergessen werden.“

FRANKE

Einen Film über Ludwig Baumann und andere Wehrmachts-Deserteure unter dem Titel „Deserteure unterm Hakenkreuz – Leben mit der Fahnenflucht“ strahlt der Sender Phoenix am kommenden Samstag, 21. April, um 20.15 Uhr aus.



# Wegen „Kriegsverrats“ verurteilt

Von Wolfram Wette

In der Stabskompanie der Sturm-Panzer-Abteilung 216, einer an der Ostfront – zunächst im Raum Orel, dann in der Nähe von Saporoschje – eingesetzten Einheit, kam es im Sommer 1943 zur Bildung eines so genannten Soldatenrats. Die Einheit hatte während der Kämpfe im Raum Kursk im Juli 1943 hohe Verluste erlitten. Zusätzlich angeheizt wurde die Unzufriedenheit dadurch, dass die Soldaten sich durch ihren Einheitsführer ungerecht behandelt fühlten. Die Initiative zur Gegenwehr ging wohl von dem Gefreiten Hugo Ruf und dem Stabsgefreiten Martin Weber aus. Bei einer Zusammenkunft, bei der viel getrunken wurde, schossen einige der Soldaten – wohl unter dem „verderblichen Einfluss“ des kommunistisch gesinnten Gefreiten Ruf, wie die Militärrichter es formulierten – auf ein Hitler-Bild und grüßten mit dem Kommunistengruß. Außerdem reichten Ruf und Weber ein Flugblatt des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ (NKFD) bei den Kameraden herum, das sie im Offiziersheim aufgefunden hatten.

Das Flugblatt war von kriegsgefangenen deutschen Offizieren unterzeichnet. Sie forderten die deutschen Truppen dazu aufgerufen, „bis zur deutschen Reichsgrenze zurückzugehen und den Russen ihr Land zu überlassen“. In Kenntnis dieses Flugblatts wurde der Soldatenrat dann in „Komitee Freies Deutschland“ umbenannt. Weil die Feldpostzensur Briefe der beteiligten Soldaten abging, wahrscheinlich aufgrund von Denunziation, wurden die verdächtigen Soldaten verhaftet und vor das Reichskriegsgericht gestellt.

## Die Todesurteile wurden durch Erhängen, Erschießen und Enthaupten vollstreckt.

Die Kriegsrichter stilisierten das provozierende Handeln der Soldaten zu einem großen Verratsverbrechen hoch, und zwar unter ausdrücklicher Erinnerung an die revolutionäre Arbeiter- und Soldatenratsbewegung am Ende des Ersten Weltkrieges, die das große Trauma aller deutschen Nationalisten bildete. Sie griffen mit härtesten Strafmaßnahmen durch. Von den 17 Angehörige der Kompanie, die angeklagt waren, verurteilte das Reichskriegsgericht elf zum Tode, und zwar wegen Kriegsverrats, Vorbereitung zum Hochverrat und Zersetzung der Wehrmacht. Die Todesurteile wurden durch Erhängen, Enthaupten und Erschießen vollstreckt. Die Militärrichter begründeten die von ihnen verhängten Todesstrafen mit der ideologisch überhöhten Konstruktion, diese Soldaten hätten „während des Schicksalskampfes des deutschen Volkes gegen seinen sowjetischen Todfeind“ der feindlichen Macht Sowjet-Russland „Vorschub geleistet“.

Die Geschichte der Verfolgung von politischen Verratsdelikten in der Zeit des deutschen Nationalstaats 1871 bis 1945 ist lang. In den Jahren der Weimarer Republik war ein deutscher Bürger, ob Demokrat oder Pazifist, Soldat oder Zivilist, der etwas über die il-

Männer, die während des Zweiten Weltkriegs wegen dieses Tatbestands vor die Nazi-Militärjustiz kamen, sind noch immer nicht rehabilitiert. Der Bundestag muss das regeln.



Zweiter Weltkrieg: Standrechtliche Erschießung von angeblichen Verrätern.

## DER AUTOR



**Wolfram Wette** ist Professor für Neuste Geschichte an der Universität Freiburg und Mitglied des Wissenschaftlichen

Beirats der „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“. In den nächsten Tagen erscheint das von ihm und Detlef Vogel herausgegebene Buch: „Das letzte Tabu. NS-Militärjustiz und Kriegsverrat“ im Aufbau-Verlag. Der dokumentierte Text ist ein Auszug aus Wettes Vortrag auf dem Evangelischen Kirchentag.

Die Rehabilitierung von Kriegsverrätern im Zweiten Weltkrieg wird derzeit im Bundestag beraten.

„Was damals Recht war... Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“ heißt eine Wanderausstellung, die am kommenden Freitag in Berlin eröffnet wird. Anschließend wird sie in Köln, Wilhelmshaven, München, Halle und anderen Städten gezeigt. Initiiert wurde sie von der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und erinnert an Lebensgeschichten von Verurteilten der Wehrmachtjustiz.

standen, der von Angehörigen der Wehrmacht während des Krieges („im Felde“) begangen wurde. Ein Zivilist konnte also keinen Kriegsverrat begehen. Als militärischer Landesverrat konnten alle Handlungen verfolgt werden, die geeignet waren, dem kriegführenden Deutschen Reich „einen Nachteil zuzufügen“ und den Feindmächten „Vorschub zu leisten“, also einen Vorteil zu bringen. Diese schwammige Formulierung gab den Militärrichtern ein justizförmiges Schwert an die Hand, mit welchem sie abweichendes und widerständiges Handeln mit der

riest nach der Schlacht von Stalingrad 1943 in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Dort trat er dem Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) und dem Bund Deutscher Offiziere (BDO) bei und übernahm in beiden Organisationen Führungspositionen. In der Folgezeit arbeitete er mit der Gewerkschaftsorganisation Sowjetunion zusammen. Das Reichskriegsgericht verurteilte ihn am 16. April 1944 in Abwesenheit wegen Hoch- und Kriegsverrats zum Tode.

Ansonsten hielt sich die NS-Justiz in der Verfolgung von Angehörigen der traditionellen Eliten zurück: Die vielen – längst gut erforschten – Landesverräterischen Auslandskontakte von Politikern, Diplomaten und Offizieren, die dem nationalkonservativen Widerstand angehörten, hätten eigentlich wegen Landes- und Kriegsverrats verfolgt werden müssen. Der rückblickende Betrachter registriert jedoch mit einigem Erstaunen, dass die nationalkonservativen Oppositionellen seinerzeit durchweg unentdeckt blieben, von der Gestapo und der Justiz nur mit geringem Nachdruck oder gar nicht verfolgt und daher auch nicht bestraft wurden. Im höheren Offizierskorps gehörte es zum guten Stil und zum viel beschworenen Korpsgeist, sich nicht gegenseitig „ans Messer“ zu liefern.

## Mit der Verfolgung der traditionellen Eliten hielt sich die Wehrmachtsjustiz zurück.

Die Kriegsgerichtsurlaube bringen widerständige und unbotmäßige einfache Soldaten näher, die gegen den Krieg waren, die sich gegen Vorgesetztenwillkür auflehnten, die entgegen den Befehlen anständig mit Kriegsgefangenen umgingen oder verfolgten Juden halfen. Diesen Soldaten war meist nicht einmal bekannt, was der Begriff Kriegsverrat überhaupt bedeutete und welche Strafe das Militärstrafrecht für ihn androhte. Zu Kriegsverrätern wurden sie insoweit erst durch die NS-Militärjustiz gemacht. So wurden die diversen Fälle von Kriegsverrat letztlich weniger durch das Profil der widerständigen Handlungen zusammen gehalten als vielmehr durch die Monotonie des Strafmaßes, nämlich der Todesstrafe. In das Blickfeld treten damit einmal mehr Hitlers Militärrichter, die der Bundesgerichtshof bereits im Jahre 1995 in einer spektakulären Stellungnahme als Angehörige einer „Blut- und Terrorjustiz“ charakterisierte.

Vielach wird vermutet, von den „Kriegsverrätern“ sei eine „Lebensgefährdung für eine Vielzahl von Soldaten“ ausgegangen. Nicht eines der erhalten gebliebenen „Feldurteile“ ist geeignet, diesen Verdacht konkret zu bestätigen. Die meisten Fälle von Kriegsverrat waren politisch oder ethisch motiviert. Wer Widerstand gegen das verbrecherische NS-Regime für legitim hält, darf die Kriegsverräter infolge dessen nicht von der Rehabilitierung ausnehmen.

FR-online.de  
Der komplette Beitrag:  
[www.fr-online.de/doku](http://www.fr-online.de/doku)

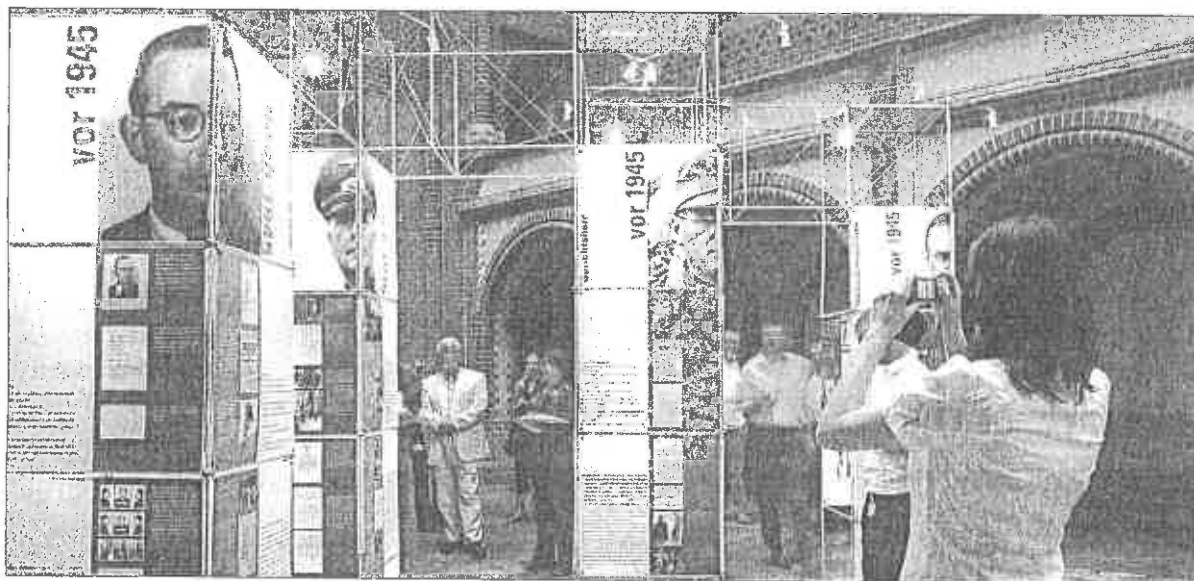
Höchststrafe verfolgen konnten, nämlich mit der Todesstrafe. Als Kriegsverrat wurde verfolgt: 1. Politischer Widerstand, 2. Widerständige politische Gesinnung, 3. Solidarität mit verfolgten Juden, 4. Hilfe für Kriegsgefangene, 5. Kooperation mit einer Feindmacht, 6. Überläufer zu Partisanen, 7. Kontakte zu Partisanen, 8. Schwarzmarktdelikte, 9. der Widerstand bewaffneter Gruppen in Österreich.

Für eine widerständige politische Gesinnung mag der Fall Adolf Pogede exemplarisch stehen. Geboren 1896, war Pogede seit 1914 Mitglied der SPD, später der USPD und seit 1925 der KPD. In den Jahren 1928 bis 1933 nahm er als Mitglied der Bezirksverordneten-Versammlung in Berlin-Wedding ein politisches Mandat wahr. Im Zweiten Weltkrieg war er Obergefreiter und wurde als Kraftfahrer in einem Grenadier-Ersatz-Regiment eingesetzt.

Im Februar 1944 unterhielt er in seinem Standort Frankfurt/Oder Kontakte zu sowjetischen Kriegsgefangenen, mit denen er durch seine dienstliche Tätigkeit in einem städtischen Pflegeheim zusammenkam. Er gab sich den Kriegsgefangenen als früheres Mitglied der KPD zu erkennen und äußerte, dass Hitler Deutschland in den Abgrund führen und die Rote Armee bald in Berlin einmarschieren werde.

Da einer der Kriegsgefangenen in Wirklichkeit ein eingeschleuster V-Mann war, wurde Pogede denunziert und verhaftet. Am 14. Juli 1944 verurteilte ihn das Reichskriegsgericht „wegen Kriegsverrats und verbotenen Umgang mit Kriegsgefangenen“ zum Tode. Pogede wurde am 11. August 1944 im Zuchthaus Halle mit dem Fallbeil hingerichtet.

Der einzige General der Wehrmacht, der wegen Kriegsverrats zum Tode verurteilt wurde, war der widerständige General Walther von Seydlitz-Kurzbach. Er ge-



Links: Blick in die Ausstellung – Täter und Opfer bekommen Namen und Gesichter. Ein Lob gab es bereits von Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker für den „differenzierenden Blick auf die schwere Urteilsbilanz der deutschen Militärjustiz“. Unten: Für Ludwig Baumann (85) geht mit der Ausstellung „ein später Traum“ in Erfüllung. Der frühere Deserteur der Wehrmacht ist Vorsitzender der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz. Fotos Herzog

# Richter schickten 30 000 Soldaten in den Tod

Ausstellung „Was damals Recht war...“ zur Verstrickung der NS-Militärjustiz in das Gewaltregime

**Berlin – Vor Jahren löste die Wehrmachtsausstellung, die die Beteiligung von Soldaten an Nazi-Gräueln belegte, heiße Diskussionen aus. Jetzt rückt die Ausstellung „Was damals Recht war...“ die NS-Militärjustiz in den Blickpunkt.**

Von Peter Gärtner

Oskar Kusch war ein lebensfroher, stets gut gekleideter Mann. So wirkt er jedenfalls auf Fotos. Er entwickelte in den 30er-Jahren eine große Leidenschaft: die Seefahrt. 1937 meldete sich der Sohn eines Berliner Versicherungsleiters zur Kriegsmarine. 1943 wurde er Kommandant des U-Bootes U 154. Als erste Handlung bei seiner Übernahme ließ er in der Offiziersmesse ein Hitler-Porträt durch ein Großsegler-Bild austauschen. „Wir treiben hier keinen Götzendienst“, kommentierte er das Abhängen des „Führers“. Auch machte er aus der Ablehnung des NS-Herrschaftssystems keinen Hehl, weil er sich unter den Kameraden sicher fühlte.

Ein paar Monate später, das U-Boot war gerade von einem Atlantik-Einsatz zurückgekehrt, machte der 1. Offizier

Ulrich Abel Meldung. Kusch hätte eine „stark gegen die politische und militärische Führung eingestellte Gesinnung“ gezeigt. Das Bordgerichtsverfahren blieb voller Widersprüche. So wurde Abels Behauptung, der Kommandant sei auf See dem Gegner ausgewichen, von einem Sachverständigen widerlegt. Obwohl die Anklage „nur“ eine lange Zuchthausstrafe verlangte, wurde Kusch wegen „fortgesetzter Zersetzung der Wehrkraft“ verurteilt und am 12. Mai 1944 in Kiel erschossen. Das Mordverfahren gegen den damaligen Verhandlungsleiter, das Kuschs Vater nach dem Krieg angstrengte, endete mit Freispruch.

In der Wander-Ausstellung „Was damals Recht war...“ über die Wehrmachtsjustiz, die vorigen Freitag in Berlin öffnete, steht das Schicksal von Kusch exemplarisch für das von vielen erlittene Unrecht. Erstmals erhalten die über 30 000 Soldaten und Zivilisten, die von der NS-Militärjustiz wegen Fahnenflucht, Kriegsverrat und anderer Delikte zum Tode verurteilt wurden, Gesichter und Namen. Erstmals entsteht auch ein umfassendes Bild der verbrecherischen Dimension der Wehrmachts-Gerichte. Alt-

Weizsäcker lobte den „differenzierenden Blick auf die schwere Urteilsbilanz der deutschen Militärjustiz“. Zum Vergleich: Die US-Armee hat während des Zweiten Weltkrieges nur einen einzigen Deserteur hinrichten lassen. In Deutschland gelten die wenigen Überlebenden oft bis heute als Feiglinge oder Verräter. Diese Sicht, heißt es in der vom Beirat der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas initiierten Ausstellung, verstellte lange „den Unrechtscharakter“ der Wehrmachtsgerichte.

„Die NS-Militärjustiz“, erklärte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) bei der Eröffnungsfeier, „war vor allem ein Instrument, um einen verbrecherischen Angriffskrieg möglichst lange führen zu können.“ Für den 85-jährigen Ludwig Baumann ist mit der Ausstellung-Premiere „ein später Traum“ in Erfüllung gegangen. Seit 1990 kämpft der Vorsitzende der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz um Rehabilitierung und Anerkennung.

Baumann war 1942 in Frankreich desertiert. Verurteilt wegen Fahnenflucht saß er zehn Monate in der Todeszelle; man verschwieg dem Hamburger Kaufmannssohn

lange, dass ein Militärgericht ihn begnadigt hatte. Eine der übersichtlich gestalteten Säulen erinnert auch an Baumanns zähes Ringen um Gerechtigkeit, das Ausstellungs-Kurator Ulrich Baumann eine „Geschichte des Scheiterns“ nannte. Denn: Kein einziger Militär-Richter wurde später zur Rechenschaft gezogen. Im Gegenteil: Die meisten machten in der alten Bundesrepublik Karriere. Und erst als der letzte Wehrmachtsjurist schon lange pensioniert war, stufte der Bundestag den Zweiten Weltkrieg als „ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen“ ein.

„57 Jahre hat man uns als Vaterlandsverräter beschimpft“, erinnert sich Baumann. Als die meisten NS-Militärjustiz-Urteile 2002 vom Parlament aufgehoben wurden, sei dies schon eine späte Genugtuung gewesen. Baumann sieht in der Ausstellung, der er „eine gute Reise“ wünschte, auch einen „Beitrag gegen den Krieg und für eine humane Gesellschaft“.

Die Ausstellung zeige auch, so der Ex-Bundesminister Hans-Jochen Vogel (SPD), in welcher Weise Richter und Staatsanwälte in das NS-Gewaltregime verstrickt waren und dennoch nach 1945 wei-

terhin Karriere machen konnten.

So sträubte sich die CDU/CSU jahrzehntelang gegen jegliche Rehabilitierung der Opfer. Beraten wurde die Bundestagsfraktion der Union noch 1990 ausgerechnet von Erich Schwinge als Gutachter. Der bekannte Strafrechtsprofessor war nach 1945 unter anderem Rektor der Universität Marburg und FDP-Landesvize in Hessen. Der Jurist ist einer der fünf porträtierten Richtern in der detailreichen Ausstellung, von denen manche ihre Spielräume auch zugunsten der Angeklagten nutzten; dazu gehörte Schwinge nicht. Zwi-

schon 1936 und 1945 verfasste er die wichtigsten Kommentare zum NS-Militärstrafgesetzbuch. „Wehrkraftzersetzer“ hatten keine Strafversöhnung zu erwarten. Schwinge war einer der Hauptverantwortlichen für die mindestens 22 000 Hinrichtungen.

Bis zum 1. August ist die Ausstellung in der St. Johannes-Evangelist-Kirche, Auguststraße 90, 10117 Berlin, Di bis Do 12-19 Uhr, Fr bis Sa 12-21 Uhr und So 12-19 Uhr zu sehen. Nach Stationen unter anderem in Köln, Wilhelmshaven, München und Freiburg wird die Ausstellung im Januar 2009 auch im Landtag in Kiel zu sehen sein.



# Manneszucht

Eine Berliner Ausstellung über die Justiz der Wehrmacht

VON CHRISTOPH DIECKMANN

Hier, der Johann Lukaschitz, den habe ich gekannt«, sagt der alte Herr Baumann und zeigt auf das Foto. »Ich saß als Deserteur in der Todeszelle von Torgau/Fort Zinna, dem Zentralgefängnis der Wehrmachtjustiz. Lukaschitz war angeklagt wegen Nichtanzeige von Kriegsverrat, das war ein Sammelparagraf für Leute, die Juden halfen, Flüchtlinge warnten, Wehrkraftzersetzung und so fort. Ich tröstete ihn: Bestimmt wirst du begnadigt. Vor einigen Jahren erfuhr ich, dass er 1944 in Halle enthauptet worden ist.«

Enthauptung führte zu Atemstillstand/plötzlichem Herztod. 30 000 Todesurteile gegen Deserteure verhängten die Wehrmachtrichter, gemäß Hitlers Weisung: »Der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben.« Zwei Drittel der Urteile wurden vollstreckt. Von den Begnadigten verreckten Tausende in Strafbataillonen. Dass Ludwig Baumann überlebte, ist ein vielfaches Wunder. Der Vater umarmte den Heimkehrer nicht, der Sohn hatte ihm ja Schande gemacht. Jahrelang vegetierte Baumann als Säufer mit dem Sozialstatus Verräter, Volksschädling, Kameradenschwein vor sich hin. Dann suchte er seinesgleichen und wurde zum Sprecher der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz.

**Die Wanderausstellung** »Was damals Recht war ...«, initiiert von der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden in Europa und soeben in Berlin eröffnet, ist ein nachgeborenes Geschwisterkind der Exposition über die *Verbrechen der Wehrmacht*. Ihr Titel zitiert die 1978er Geschichtswissenschaft des NS-Marinerichters und baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger, derzufolge NS-Urteile »heute nicht Unrecht sein« könnten. Filbingers Äußerung kostete ihn sein Amt und überdauerte als Kernsatz der restaurativen Bundesrepublik. Abertausende von nationalsozialistischen Funktionsträgern setzten ihre Karrieren nach 1945 fort und stützten sich gegenseitig. Der Antikommunismus des Kalten Kriegs vermummte die braune Vergangenheit. Ein markantes Beispiel ist Erich Schwinge, der als führender NS-Militärjurist gnadenlose Härte forderte und exekutierte. Nach dem Krieg war Schwinge Rektor der Universität Marburg und stellvertretender Landesvorsitzender der hessischen FDP.

Die Ausstellung dokumentiert auch, dass den NS-Juristen durchaus Ermessensspielräume blieben. Sie zeigt Strukturen und Befehlshierarchien, sie gibt Tätern und Opfern exemplarisches Gesicht. Die Opfer: Es stirbt der U-Boot-Kommandant Oskar Kusch, der das Hitler-Konterfei in der Offiziersmesse durch ein selbst gemaltes Segelschiff ersetzte. Es stirbt Gerhard Liebold, Kriegsdienstverweigerer, Zeuge Jehovas. Es stirbt der heimwehkranke Schütze Franz Mattersberger. Der »minderwertige«, »asoziale« Fahnenflüchtling Erich Batschauer wird hingeworfen: »Sein Leben, das bisher keinen Wert hatte, wird dann vielleicht nicht nutzlos gewesen sein, wenn er jetzt durch seinen Tod anderen Kameraden ein abschreckendes Beispiel gibt.«

**Bis heute halten sich** Reservate der wunschbestimmten Ideologie, die Wehrmacht sei zu weiten Teilen apolitisch gewesen, gleichsam ein antihitlerisches Asyl. Wer von der sauberen Truppe türmte und sich ihrem schicksalhaften Tun entzog, habe seine Kameraden in Gefahr gebracht. Diesem treudeutschen Bilde entspricht das einer unabhängigen Militärjustiz, deren Obwaller streng, aber gerecht Deutschlands soldatische Ehre verteidigt hätten. Die Ausstellung zeigt die NS-Kriegsgerichtsbarkeit als Terrorinstrument der militärischen und politischen Führung. Die Wehrmacht war die Massenvernichtungswaffe des »totalen Kriegs«, das ist ihre Kollektivschuld.

Erst 1995 bezeichnete der Bundesgerichtshof in später Klarheit die NS-Militärgerichte als »Blutjustiz«. Kein Richter wurde bestraft. 1997 dekretierte der Deutsche Bundestag: »Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.« Fahnenflucht galt weiterhin als strafwürdig. Das Argument sei gewesen, dass sonst alle Wehrmachtssoldaten ins Unrecht gesetzt würden und die Moral der Bundeswehr untergraben würde, sagt Ludwig Baumann.

2002 hat der Bundestag mit den Stimmen von SPD, Grünen und PDS die bis dato vorbestraften Wehrmachtdeserteure dann doch rehabilitiert. Das erlebten noch 200 Betroffene. »Heute sind wir weniger als zehn«, sagt Ludwig Baumann, »und Kriegsverrat ist immer noch nicht rehabilitiert, wegen nicht auszuschließender Gefährdung deutscher Soldaten. Aber was konnte man Besseres tun, als den Vernichtungskrieg zu verraten?«

Ludwig Baumanns Fluchtgrund 1941 war Mangel an »Manneszucht«: Er wollte und konnte nicht töten.

»Was damals Recht war ...«. Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht«; Ausstellung bis zum 1. August (außer montags) in der St. Johannes-Evangelist-Kirche, Berlin-Mitte, Auguststraße 90. Die Ausstellung wird danach in Köln, Wilhelmshaven, München, Halle, Freiburg und weiteren Städten gezeigt

Ludwig Baumann

## »Kriegsverrat ist eine Friedenstat«

Einweihung des  
Deserteurdenkmals  
am 30. August 2007  
am Theaterhaus  
Stuttgart

**S**ehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, dies ist für uns eine bewegende Stunde. Mit diesem Deserteurdenkmal geht uns ein später Traum in Erfüllung.

Mehr als 30.000 Opfer der NS-Militärjustiz wurden zum Tode verurteilt und über 20.000 von ihnen hingerichtet. Bis zu 100.000 Verurteilte kamen in die Zuchthäuser, Straflager, KZs und in die Strafbataillone – nur wenige überlebten. Heute sind wir vielleicht noch 20.

Die Wehrmächtsrichter haben an unseren Opfern die blutigste juristische Verfolgung der deutschen Geschichte begangen und nach dem Krieg meist Karriere gemacht. Sie sind aufgestiegen bis zu Bundesrichtern und haben die deutsche Rechtsprechung entscheidend mitgeprägt. Wenn wir rehabilitiert wor-

den wären, hätten sie befürchten müssen, als Mordgehilfen bestraft zu werden.

Justiz«, deren Richter »sich wegen Rechtsbeugung in Tateinheit mit Kapitalverbrechen hätten verantworten müssen«. Nicht einer ist bestraft worden. Ihre Opfer waren bis zum Mai 2002 vorbestraft – fast alle sind vorbestraft verstorben.

Mein Freund Kurt Oldenburg und ich desertierten Anfang 1942. Wir wurden an der Grenze verhaftet und in Bordeaux zum Tode verurteilt. Bei den Vernehmungen, aber auch noch in der Todeszelle wurden wir gefoltert, weil wir unsere französischen Freunde, die uns bei der Flucht geholfen hatten, nicht verraten haben.

Wie ich heute aus meiner Akte weiß, wurde das Urteil sieben Wochen später in zwölf Jahre Zuchthaus umgewandelt – was ich aber nicht erfuhr. Ich lag zehn Monate in der Todeszelle – Tag und Nacht an Händen und Füßen gefesselt.

Ich kam in das KZ Esterwegen und von dort nach Torgau Fort Zinna – dem zentralen Ort unserer Verfolgung. Das Reichskriegsgericht verhängte dort allein über 1.000 Todesurteile, und Tausende Gefangene gingen an den Haftbedingungen zugrunde.

Oft mussten wir bei Erschießungen im Wallgraben dabei sein, und wenn wir unser Arbeitszeug wechselten, bekamen wir manchmal Jacken, die vorne einen kleinen Flicker hatten und hinten einen großen. Dann wussten wir, dass in dieser Jacke einer unserer Kameraden erschossen worden war.

Von Torgau kamen wir zum Strafbataillon. Diese wurden nur noch an der zusammenbrechenden Ostfront dort eingesetzt, wo mit der so genannten »verbrannten Erde« alles niedergemacht worden war – ganze Dörfer mit ihren Einwohnern.

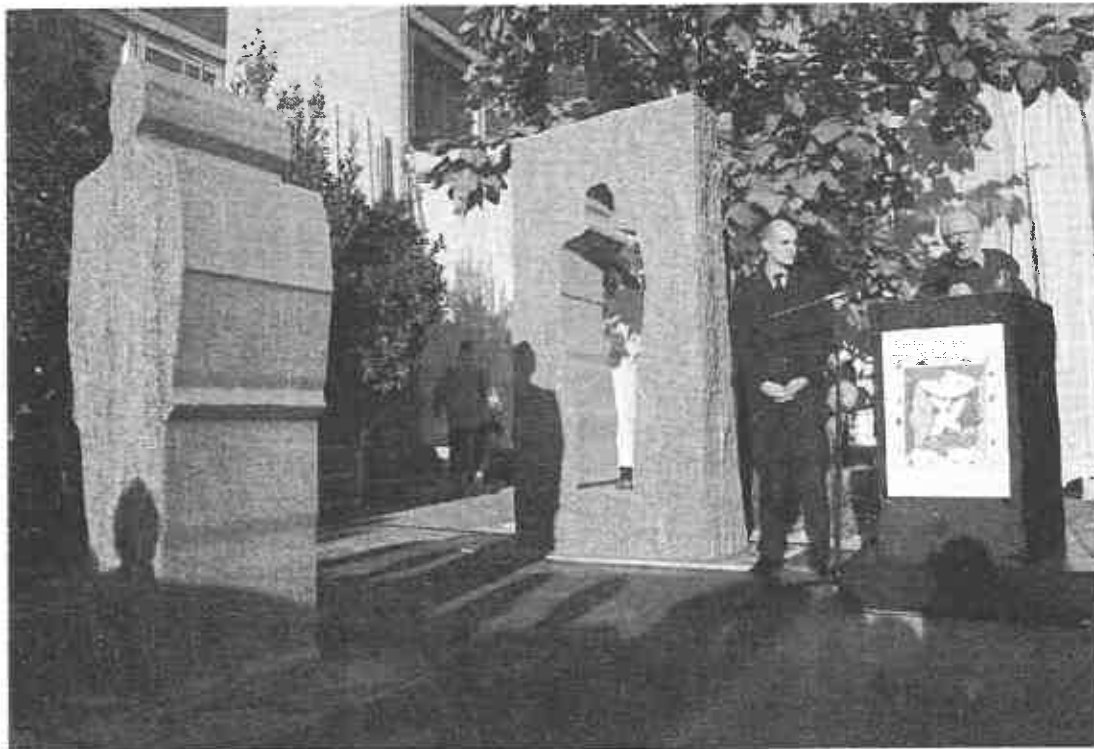
Dort wurden wir reingeschmissen, um mit unserem Leben den deutschen Rückzug zu decken.

Fast keiner von uns hat das überlebt, auch mein Freund Kurt nicht.

Nach der Befreiung waren wir Überlebenden körperlich und seelisch zerbrochen, dachten aber, dass unsere Desertion aus Hitlers Krieg nun anerkannt werden würde.

Wir wurden aber weiterhin nur als Feiglinge, Dreckschweine und Vaterlandsverräter beschimpft und bedroht, bis wir an diesem Staat verzweifelten und viele unserer Opfer entwürdigt zugrunde gingen.

Erst Anfang der 80er Jahre, mit der Friedensbewegung, bekamen wir unsere ersten Verbündeten. Im Oktober 1990 konnten wir endlich unsere Bundesvereinigung gründen. Wir, das waren 37 alte Menschen, fast alle gebrechlich – kaum einer hatte Anschluss an die Gesellschaft gefunden. Seitdem kämpfen wir für unsere Rehabilitation, für die Aufhebung unserer Urteile – für unsere späte Würde.



den wären, hätten sie befürchten müssen, als Mordgehilfen bestraft zu werden.

Erst in seinem Urteil vom 16. November 1995 bezeichnete der Bundesgerichtshof die Militärjustiz als eine »Blut-

Jeden Morgen, früh, wenn die Wachen wechselten, dachte ich: »Jetzt holen sie dich!« – und wenn sie an der Zelle vorbei waren, dann war ich wieder für einen Tag gerettet. Es war ein Grauen, das mich heute noch traumatisch verfolgt.

Immer wieder sind wir in den zuständigen Ausschüssen und im Plenum des Bundestages gescheitert. Die regierende CDU/CSU wollte uns nicht rehabilitieren, weil damit angeblich alle Soldaten der Wehrmacht ins Unrecht gesetzt werden würden und weil unsere Rehabilitation negative Auswirkungen auf die Moral der Bundeswehr hätte. Dabei sollten wir Deserteure der Wehrmacht ja Vorbilder für die Bundeswehr sein, denn wollte sie einen Krieg wie die Wehrmacht führen, so wären alle Soldaten der Bundeswehr von der Verfassung her unter Zwang zu desertieren, denn verbrecherische Kriege und ihre Befolgung stehen heute unter Strafe.

Mit einem Bundestagsbeschluss vom 15. Mai 1997 sollten die Wehrmachtsdeserteure, Kriegsdienstverweigerer und Wehrkraftzersetzer wenigstens symbolisch rehabilitiert werden.

Punkt 1 des Beschlusses heißt: »Der 2. Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg – ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.«

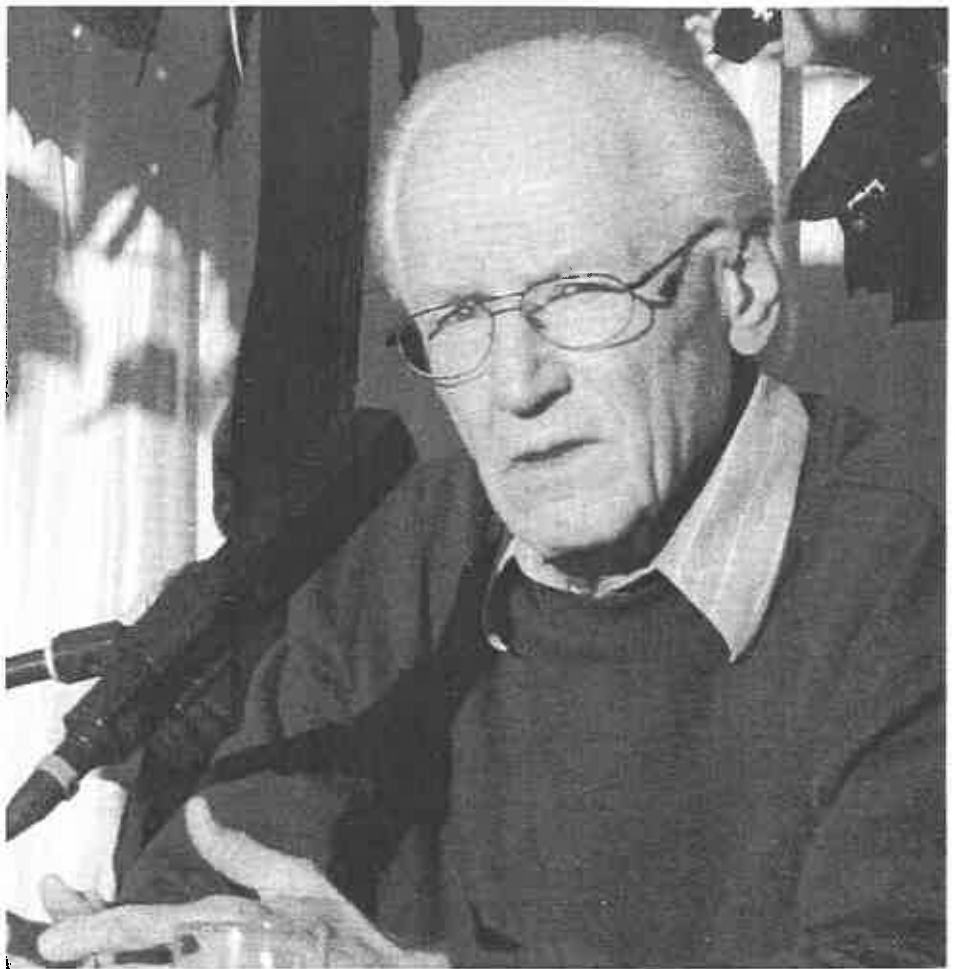
Das war ein Durchbruch, den wir besonders Prof. Manfred Messerschmidt zu danken haben. Eine Rehabilitation der Wehrmachtsdeserteure beinhaltet dieser Beschluss allerdings nicht.

Am 27. Mai 1998 wurden die NS-Unrechtsurteile gesetzlich aufgehoben, aber nicht die Urteile wegen Desertion, obwohl die Hälfte der Todesurteile der gesamten NS-Justiz wegen Desertion verhängt worden waren.

Als SPD und Grüne am 3. Oktober 1998 die Bundestagswahl gewannen, beschlossen sie am 20. Oktober, unsere Urteile aufzuheben. Doch dann führte die Nato Krieg gegen Jugoslawien, gegen das Völkerrecht und ohne UN-Mandat – und Deutschland war dabei, obwohl die Wehrmacht Völkermord an den Serben begangen hatte. Da hatten wir auch Rot/Grün als Verbündete verloren. Über zwei Jahre bedrängten wir Rot/Grün, unsere Urteile aufzuheben – vergeblich.

Anfang 2001 brachte die PDS den früheren SPD-Gesetzentwurf zur Rehabilitation der Wehrmachtsdeserteure wörtlich in den Bundestag ein, was zu einiger Irritation führte.

Endlich, am 17. Mai 2002, wurden unsere Urteile gesetzlich aufgehoben.



Nicht aufgehoben wurden die Urteile wegen »Kriegsverrat«.

Kriegsverrat ist Landesverrat im Krieg. Wenn ein deutscher Soldat den Juden half, die Zivilbevölkerung warnte, zum Feind überlief oder zu den Partisanen ging, wurde er wegen Kriegsverrat zum Tode verurteilt – es gab nur Todesurteile.

Diese können, so die Begründung zum Gesetz, wegen einer »nicht ausschließbaren Lebensgefährdung« für die deutschen Soldaten durch Kriegsverrat nicht aufgehoben werden. Dabei hätten Millionen Zivilisten und KZ-Insassen nicht mehr zu sterben brauchen, wenn es mehr Kriegsverrat gegeben hätte. Hier wird die Lebensgefährdung der deutschen Soldaten über den Tod von Millionen Opfern des deutschen Vernichtungskrieges gestellt.

Professor Wolfram Wette und andere führende Historiker haben die Fälle von Kriegsverrat untersucht. Sie waren alle moralisch, ethisch und politisch motiviert, eine besondere Heraushebung dieser Opfergruppe.

Was bedeutet das für heute, wenn Kriegsverrat weiterhin Unrecht bleibt?

Was bedeutet das, wenn Präsident Bush auf der Höhe seiner Macht China und anderen Ländern den Atomkrieg androhte – Kriege, die die Menschheit noch nicht hat erleiden müssen. Soll denn Kriegsverrat Unrecht bleiben?

Was kann man denn Besseres tun, als den Krieg zu verraten. Kriegsverrat ist eine Friedenstat.

Wir in diesem reichen Land, von keinem bedroht und mit unserer Geschichte, sind aufgerufen, uns jedem Krieg zu verweigern – uns einzusetzen für Gerechtigkeit, das Leben und den Frieden.

Es ist doch ein Wahnsinn: Wenn ich einen Menschen töte, bin ich ein Mörder – und wenn es mir befohlen wird, bin ich ein Held.

Dass wir uns niemals mehr von denen da oben missbrauchen lassen, andere Menschen und uns selber umzubringen – dafür soll dieses Denkmal stehen.

*Ludwig Baumann ist Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz.*





**Zentralrat der Juden in Deutschland / Zentralrat Deutscher Sinti und  
Roma / Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz / Vereinigung der  
Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten Sachsen /  
Zwangsarbeitergedenkstätte Leipzig**

**Leipziger Erklärung**

vom 6. September 2007

Entgegen der bisher gültigen Beschlussfassung auf Bundesebene ist in Sachsen ein gedenk- und erinnerungspolitischer Sonderweg beschritten worden. Für alle Vertreter der NS-Opfer- und Betroffenen-Verbände, die vor nunmehr fast vier Jahren die Gremien der Stiftung unter Protest verließen, stellt sich diese Politik als Versuch der Parallelisierung von nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschheit und der Unterdrückung und Verfolgung nach dem II. Weltkrieg in der SBZ/DDR dar. Wir sehen in dieser Entwicklung eine Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Nachdem die sächsische Landesregierung auf die Bemühungen des Zentralrats der Juden in Deutschland um eine Korrektur dieser Politik in der Zeit zwischen September 2000 und Januar 2004 nicht reagiert hatte, stellte er wie alle anderen NS-Opfer- und Betroffenen-Verbände die Mitarbeit in den Gremien der Stiftung Sächsische Gedenkstätten ein. Vielfältige Bemühungen über Jahre hinweg gegenüber wechselnden Ministern haben zu keiner grundsätzlichen Änderung der Lage geführt.

Den Erfordernissen einer geschichtspolitischen Debatte im Landtag erteilte die zuständige Ministerin Frau Dr. Stange erst kürzlich durch die Ablehnung einer Gesetzesänderung in dieser Legislaturperiode aus parteipolitischen Gründen eine Absage. Wir betrachten diese Entscheidung als Ausweichen vor der Aufgabe, die erinnerungs- und geschichtspolitische Schwerpunktsetzung in Sachsen zu überprüfen. Wir werten die von der Ministerin eingenommene Haltung auch als eine eklatante Unterschätzung der Notwendigkeit, sich glaubwürdig mit dem Rechtsradikalismus und der im sächsischen Landtag vertretenen NPD auf parlamentarischer Ebene auseinander zu setzen.

Durch diese Absage wurde den berechtigten Erwartungen der Opferverbände und den von der Staatsregierung genährten Hoffnungen in keiner Weise Rechnung getragen. Voraussetzung für eine Mitwirkung in der Stiftung bleibt deshalb, keine Gleichsetzung der nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen mit dem nach 1945 verübten Unrecht und damit deren Relativierung zuzulassen. Dies macht eine hervorgehobene Herausarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen unumgänglich. In Sachsen geschieht jedoch genau das Gegenteil. So haben die Opfer der NS-Militärjustiz trotz allen Engagements nicht erreichen können, dass die Stiftung Sächsische Gedenkstätten in Torgau als zentralem Ort ihrer Verfolgung die bundespolitische Beschlusslage umsetzt und den erinnerungspolitischen Schwerpunkt auf ihre Opfergruppe legt. Sie haben bis heute von der Stiftung keine Zusage, dass auf den Tafeln des geplanten Gedenk- und Informationsbereichs vor dem Gefängnis Fort Zinna, den sie sich mit den Nach-45-Verfolgten teilen, für die Zeit nach 1945 die Inhaftierung von NS-Tätern dokumentiert wird, die zu ihren Peinigern gehörten.

Das Verhalten der sächsischen Landesregierung und ihrer Stiftung gegenüber unseren Organisationen und Verbänden macht auch deutlich, dass das Recht auf bürgerschaftliche Mitwirkung, auf das die sächsische Regierung mit Berufung auf die demokratische Revolution nach 1990 gerne zurückgreift, zur politischen Floskel geworden ist. So wurden auch unsere Vorschläge vom 30. März 2007 zu den Voraussetzungen der Wiederaufnahme unserer Mitarbeit in den Gremien der Stiftung nicht beantwortet. Ausgehend von unseren Erfahrungen in Sachsen, greifen wir deshalb die Feststellung von Pieter Dietz de Loos (Präsident des Internationalen Dachau-Komitees) auf, dass die KZ-Häftlinge in den erinnerungspolitischen Gremien keine Stimme haben, und wenden uns gegen jedwede Einschränkung der bürgerschaftlichen Mitwirkung. Wir fordern Offenheit und Entgegenkommen insbesondere gegenüber den Lagergemeinschaften und Häftlingskomitees. Gegen die Versuche der Verschleifung abgrundtief verschiedener Verbrechenkomplexe und völlig unterschiedlichen zeitgeschichtlichen Unrechts appellieren wir an alle Kritiker der sächsischen Gedenk- und Erinnerungspolitik, sich im Sinne unserer entschiedenen Bemühungen einzusetzen.“



## Keine gemeinsame Gedenkstätte mit Nazi-Tätern und Kriegsrichtern

An den Opfern der NS-Militärjustiz wurde die blutigste juristische Verfolgung der Deutschen Geschichte begangen – allein über 30.000 Todesurteile und 20.000 Hinrichtungen – bis zu 100.000, die KZ, Torgau und Strafbataillon nicht überlebten.

Der zentrale Ort unserer Verfolgung war Torgau. Mehr als 1.200 Torgauhäftlinge wurden erschossen, enthauptet oder erhängt – Tausende gingen an den Haftbedingungen und an Folter zugrunde.

Nach 1945 gab es dort die sowjetischen Speziallager 8 und 10, ab 1950 den DDR-Strafvollzug. In den Torgauer Speziallagern waren neben vielen Unschuldigen Tausende Nazi-Täter inhaftiert – unter ihnen auch solche, welche unsere Opfer verurteilt und verfolgt haben.

Die Behauptung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, mit der Gedenktafel der nach 1945 Verfolgten werde nur derer unter ihnen gedacht, die nicht schuldig geworden sind, ist eine Täuschung. Denn viele Kriegsrichter haben nach dem Krieg weiterhin Karriere gemacht – einige bis zu Bundesrichtern. Sie haben die Nachkriegsrechtssprechung entscheidend mit geprägt. Filbinger war bis zu seinem Tod Ehrenvorsitzender der CDU Baden-Württemberg. Nicht ein Richter ist im Westen bestraft worden. Die in der DDR verurteilten Kriegsrichter wurden mit dem Ersten SED Unrechtsbereinigungsgesetz 1992 pauschal rehabilitiert, auch wenn sie dutzende oder hunderte Todesurteile gefällt hatten – sie gelten alle als unschuldig. Unsere Opfer wurden erst 10 Jahre später rehabilitiert, gegen die Stimmen Sachsens und Bayerns im Bundesrat. Was erklärt, warum die nach 1945 Verfolgten in Torgau am Fort Zinna seit 1992 eine Gedenkstätte haben und unsere Opfer dort nicht einmal einen Platz, an dem für sie Blumen niedergelegt werden konnten. Fast alle unsere Opfer sind inzwischen gedemütigt verstorben.

Die mit der Todesstrafe bedrohten Deserteure, Wehrkraftzersetzer, Kriegsdienstverweigerer und Kriegsverräter wurden in der Regel von Angehörigen der Gestapo und des SD verhört und oft auch gefoltert. Allein im Torgauer Speziallager 8 waren 498 Schergen der Gestapo und des SD inhaftiert. Solange sie und die in Torgau inhaftierten Kriegsrichter nicht auf der Informationstafel als unsere Verfolger benannt werden und es keine vollkommene massive Trennung zwischen den beiden Gedenkstättenbereichen gibt, ist das für uns ein Schandmal, welches unsere letzten Opfer hindert, den Ort ihrer Verfolgung je wieder zu betreten.

Ludwig Baumann  
Vorsitzender / Torgauhäftling

---

Vorsitzender:  
Ludwig Baumann

Schriftführer: Günter Knebel  
Mail: Knebel-Bremen@t-online.de

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Vorsitzender, Freiburg / Dr. Peter Fischer, Berlin /  
Dr. Detlef Garbe, Hamburg / Günter Saathoff, Berlin / Prof. Dr. Peter Steinbach,  
Baden-Baden, Berlin / Dr. Rolf Surmann, Hamburg / Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg.



sueddeutsche.de

Ressort: Deutschland  
URL: /deutschland/artikel/301/172789/  
Datum und Zeit: 06.05.2008 - 14:55

05.05.2008 15:35 Uhr

Nazi-Straftat "Kriegsverrat"

## Baumanns letzter Kampf

**Ludwig Baumann floh aus Hitlers Armee - und wurde nach seiner Entdeckung gefoltert. Noch viele Jahre im demokratischen Deutschland wurde er als "Verräter" geschmäht und erst 2002 rehabilitiert. Nun wirbt der 86-Jährige im Deutschen Bundestag für die Rehabilitierung anderer Opfer der NS-Militärjustiz - doch die Politik mauert.**

Von *Oliver Das Gupta*

Wenn Ludwig Baumann über den "Johann" spricht, dann wird er leise, ganz leise. Mehr als 65 Jahre ist es her, dass sich die beiden begegneten, damals im Zweiten Weltkrieg, in der Barbarei, die Deutsche entfesselt hatten.

Ludwig Baumann kann diesen Mann einfach nicht vergessen. Er habe so "human gewirkt", erinnert sich der 86-Jährige, "obwohl er so bedrückt war". Dazu hatte er auch allen Grund, der Johann Lukaschitz aus Wien, der 1944 im Krankenrevier des Wehrmachtsgefängnisses Torgau-Fort Zinna blutige Gelenke hat - Folgen der schweren Ketten, die seine Arme und Beine fesseln.



Zum Tode verurteilt: Johann Lukaschitz. Das Foto ist dem Buch "Das letzte Tabu. NS-Militärjustiz und Kriegsverrat" von Wolfram Wehn u. a. entnommen.  
Foto: oh

Der Norddeutsche Baumann wiederum ist im Krankenrevier, weil er wegen einer Diphtherieerkrankung kaum laufen kann. Es geht ihm schlecht - doch das ist nichts gegen die Pein des Johann Lukaschitz. Der ist damals 25 Jahre alt und als angeblicher Kriegsverräter zum Tode verurteilt - für die "Nichtanzeige eines Kriegsverrats", wie es in dem Urteil heißt.

In der Begründung wird ausgeführt, in seiner Truppe habe sich ein Soldatenrat nach sowjetischem Vorbild gebildet, was Lukaschitz aber nicht gemeldet habe. Dafür soll er sterben, urteilt das Reichskriegsgericht unter Vorsitz von Richter Werner Lueben am 3. Februar 1944.

### Ein kritischer Spruch des gehörnten Ehemannes reichte

Die Causa Lukaschitz und 67 andere Fälle von verurteilten Kriegsverrättern sind gut dokumentiert. Sie verweisen auf die Praxis der Nazis und der von ihnen untertan gemachten Justiz, mit Abwechslern rigoros zu verfahren. Das Terrorsystem kannte in den meisten solcher Fälle nur: den Tod. Kriegsverrat bedeutete eine spezielle Form des Landesverrats - eine Tat, die eigentlich nur Soldaten begehen konnten.

Die Nazis verschärfen den Paragraphen im Laufe der Jahre mehrmals, Adolf Hitler dehnt ihn 1944 auch auf den Volksgerichtshof aus - zivile und militärische Rechtssprechung sind fortan nicht länger getrennt. "Der totale Krieg rechtfertigt das nicht mehr", heißt es in dem Führererlass.

Vor der Machtergreifung Hitlers betrifft der Straftatbestand "Kriegsverrat" nur den Geheimnisverrat - doch nun klopft die willige Justiz die Definition weich. Der Besitz eines Flugblattes, die versuchte Hilfe für Juden, ein kriegskritischer Spruch des Ehemannes, der auf Heimaturlaub bei seiner Frau einen anderen vorfand: Jeder

dieser Fälle wird von den Militärrechtern als "Kriegsverrat" geahndet. Die Strafe lautet fast immer: Tod.

Kriegsverräter wie Johann Lukaschitz gelten heute als das "letzte Tabu", sagt der Freiburger Geschichtswissenschaftler Wolfram Wette. Zwar wurden Deserteure, "Zersetzer" und Kriegsdienstverweigerer aus der damaligen Zeit im Jahr 2002 rehabilitiert - Kriegsverräter aber sind es noch immer nicht.

### Todesurteil nach 40 Minuten

Darum beschäftigt sich am heutigen Montag der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages mit dieser Opfergruppe. Eine Gesetzesinitiative sieht deren Rehabilitation vor - doch die Erfolgsaussichten sind gering, schließlich stammt der Vorstoß von der Linksfraktion. Anlässlich des Entwurfs findet immerhin eine öffentliche Anhörung des Rechtsausschusses statt. Mit dabei, als Sachverständiger: Ludwig Baumann aus Bremen.

Der drahtige Senior ist nicht eingeladen, weil er den Kriegsverräter Lukaschitz kannte - sondern weil er selbst Opfer der brutalen NS-Militärjustiz ist, die schätzungsweise 20.000 Menschen als Kriegsverräter in den Tod geschickt hat.



Galt bis 2002 als vorbestraft, weil er Hitlers Truppe verlassen hatte: Ludwig Baumann  
Foto: Das Gupta

1942 ist Marinesoldat Baumann im besetzten Frankreich. Mit dem Nazi-Zeug kann er nichts anfangen, er geht nicht zur HJ, er eckt in der Wehrmacht immer an. Als ihm klar wird, "was für einen Krieg wir da eigentlich führen", haut er gemeinsam mit einem Kameraden ab. Die beiden wollen mit Unterstützung französischer Helfer über Nordafrika nach Amerika. Die Flucht endet nach wenigen Stunden durch eine Zollstreife. Der 20-jährige Baumann hat eine geladene Pistole bei sich. Doch er kann nicht schießen, Gewalt war und ist für ihn keine Option.

Im Verhör wird Ludwig Baumann geprügelt, immer wieder geprügelt. Er soll sagen, welche Franzosen ihm bei der Flucht geholfen haben,

das Blut rinnt ihm vom Kopf herunter. Baumann schweigt. Auch, als er zum Tode verurteilt wird. In 40 Minuten ist seine Strafsache abgewickelt. "Die Flucht vor der Fahne ist und bleibt das schimpflichste Verbrechen, das der deutsche Soldat begehen kann", begründen die furchtbaren Militärjuristen das Urteil.

### Von einer Hölle in die nächste

Monatelang vegetiert Baumann in der Todeszelle, in Ketten. Er ängstigt sich jeden Morgen: "Nun holen sie dich." Es kommt anders: Der Delinquent wird von seinem obersten Dienstherren, dem Großadmiral Raeder, begnadigt. Baumanns Vater, ein hanseatischer Tabakgroßhändler, hat an den Admiral geschrieben. Von der Umwandlung seiner Strafe erfährt Baumann erst nach vielen weiteren Monaten in der Todeszelle.

Der Hölle der Nazis entweicht er nicht. Baumann muss einige Wochen im estländischen KZ Esterwegen verbringen. Später steckt man ihn in eine der berüchtigten Bewährungseinheiten, in der "wehrunwürdige" Soldaten als Kanonenfutter in besonders heiklen Frontabschnitten verheizt werden. Bevor man Baumann ins Gefecht schickt, kommt er nach Torgau - und lernt dort eben Johann Lukaschitz kennen.

*Lesen Sie auf der nächsten Seite, was aus Johann Lukaschitz wurde und warum Bundesjustizministerin Zypries eine pauschale Rehabilitation der verurteilten Kriegsverräter ablehnt.*



Ludwig Baumann während der Zeit, als versuchte, seine Traumata im Alkohol zu ertränken. Das Grundstück, auf dem diese Aufnahme in den fünfziger Jahren entstand, hat er später verkauft, um weiterzulaufen.  
Foto: oh

Sie werden sich nicht wiedersehen. Ludwig Baumann übersteht den Krieg, ein Schulterdurchschuss rettet ihm vermutlich das Leben. Zuhause wird er als "Drückeberger" und "Kameradenschwein" geschmäht. Warum hat er überlebt, der Feigling, und so viele andere Landser nicht?

Baumann flüchtet in den Suff. Er vertrinkt das ganze väterliche Erbe, ein ansehnliches Vermögen. Er heiratet, zeugt Kind um Kind, nach der sechsten Geburt stirbt seine Frau. Langsam kommt er zur Besinnung. Baumann muss den Nachwuchs alleine "großmachen", wie er dazu sagt. Das schafft er, aber sein Leben dreht sich nur noch um die "Schande".

Mit dem Aufkommen der Friedensbewegung und der Einweihung des ersten Deserteurenkmals 1986 ändert sich Baumanns Leben jedoch

grundlegend. Er beginnt, um seine Würde und gegen seine Kriminalisierung zu kämpfen. Doch erst im Jahr 1990, 45 Jahre nach Kriegsende, gründen Betroffene die "Bundesvereinigung Opfer der Militärjustiz e. V.". Ludwig Baumann ist seitdem der Vorsitzende.

Seit jener Zeit kämpft Baumann von seiner kleiner Wohnung in Bremen-Vegesack aus mit unzähligen Briefen um seine Sache - "besessen", wie er selbst sagt. Das bringt ihm Drohbriefe von Altnazis und neuen Rechten ein. "Nehmen Sie Zyankali!", schreibt einer. Baumanns Eifer führt 2002 schließlich zum Durchbruch: der vollen Rehabilitierung von Deserteuren, Kriegsdienstverweigerern und Wehrkraftzersetzen.

### In einem Atemzug mit Leichenfledderern

Doch diejenigen, die die Wehrmachtsjustiz des "Kriegsverrats" für schuldig befunden hat, bleiben ausgeklammert. Und dafür, dass dies so bleiben soll, scheint es auch noch heute eine große Koalition zu geben: Der CSU-Rechtsexperte Norbert Geis etwa befand 2007, Kriegsverräter hätten auch nach "heutigen Maßstäben verwerflich gehandelt" und "in einer verbrecherischen Weise den eigenen Kameraden geschadet".

In dieselbe Kerbe haut auch Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD), obgleich sie dezenter formuliert: "Der in Fällen des Kriegsverrats möglicherweise gegebene Unrechtsgehalt (nicht ausschließbare Lebensgefährdung für eine Vielzahl von Soldaten) erschien äußerst hoch, so dass auch der Umstand, dass sie während eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges begangen worden sind, keinen Anlass zur pauschalen Rehabilitierung begründen konnte", befand die Sozialdemokratin schriftlich auf einen Brief Baumanns hin.

"Eine erstaunliche Antwort", findet der renommierte Militärhistoriker Manfred Messerschmidt. Er weist darauf hin, dass die NS-Urteile zur zivilen Variante des Kriegsverrats - dem Landesverrat - bereits 1985 aufgehoben worden waren. Außerdem ist bislang noch kein einziger Fall von Kriegsverrat bekannt, aufgrunddessen deutsche Soldaten zu Schaden kamen.

Ludwig Baumann ist sehr enttäuscht von Ministerin Zypries. "Was konnte man denn

Besseres tun, als Hitlers Krieg zu verraten?", fragt er im Gespräch mit *sueddeutsche.de*. "Der Krieg hätte viel früher enden können und Millionen Menschen hätten nicht mehr sterben müssen, wenn mehr Soldaten Kriegsverrat begangen hätten."

Besonders schmerzt ihn, dass Ministerin Zypries in ihrem Brief den Kriegsverrat in einem Atemzug mit Straftatbeständen wie Plünderung und Misshandlung von Untergebenen nennt. "Es ist unerträglich, dass diese Leute in eine Schublade mit Leichenfledderern gesteckt werden."

Entmutigen lässt sich Baumann durch so etwas nicht. Auch nicht durch Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Günther Oettinger (CDU), der das Kunststück vollbringen wollte, den früheren Landeschef Hans Filbinger zum Gegner der Nazis zu stilisieren. Filbinger war NS-Marinerichter und hat an mehreren Todesurteilen bis in die letzte Kriegsphase mitgewirkt. Für Oettingers versuchte Geschichtsklitterung hat ihn Baumann angezeigt.

Solange es geht, sagt der Veteran aus Bremen, wolle er weiterkämpfen für die "Würde meiner Kameraden, für die Würde von Johann Lukaschitz".

Bildstrecke Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann



Wenige Tage, nachdem Baumann 1944 den verurteilten Kriegsverräter in Torgau getroffen hatte, wurde der Österreicher geköpft. Baumann hat erst vor wenigen Jahren von der Vollstreckung des Todesurteils erfahren, für das Richter Lueben verantwortlich war.

Die Tochter des NS-Juristen hat sich vor ein paar Jahren bei Baumann gemeldet, seitdem sind sie in Kontakt. "Ich habe gerade vorhin mit ihr gesprochen", sagt Baumann, "die Vergangenheit, ihr Vater, das treibt sie unheimlich umher".

Spürt er Hass? Nein, Hass habe er keinen und das habe er auch Luebens Tochter gesagt. Beide duzen sich inzwischen, sie unterstützt Baumanns Arbeit. "Wir versuchen, dass ein Torgauer Gymnasium künftig Johanns Namen trägt". Und dann lächelt Baumann, das Nazi-Opfer, das das Grauen überlebt hat: "Vielleicht kriegen wir es hin."

(sueddeutsche.de/ja)

[Artikel drucken](#) | [Fenster schließen](#)

Copyright © sueddeutsche.de GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH  
 Artikel der Süddeutschen Zeitung lizenziert durch DIZ München GmbH. Weitere Lizenzierungen exklusiv über [www.diz-muenchen.de](http://www.diz-muenchen.de)

# Ein lebenslanger Kampf um Anerkennung und Respekt

ZU GAST IN FREIBURG: Ludwig Baumann desertierte als 21-Jähriger aus der Wehrmacht, noch heute kämpft er um die Rehabilitierung der NS-Militärjustizopfer

VON UNSEREM REDAKTEUR  
FRANK ZIMMERMANN

Jahrzehntelang musste sich Ludwig Baumann rechtfertigen. Rechtfertigen dafür, dass er sich einst dazu entschlossen hatte, nicht länger Soldat in einem schauerlichen, blutigen Krieg sein zu wollen. Das war im Mai 1942. Damals suchte Ludwig Baumann mit seinem Kameraden Kurt Oldenburg – die beiden waren im von den Nazis besetzten Frankreich stationiert – das Weite. Ihr Plan: sich über Marokko nach Amerika absetzen. „Diesen Krieg, diese Verbrechen“, erinnert sich der heute 86-Jährige, „wollten wir nicht mitmachen.“ Nach einer kurzen Pause bekräftigt er: „Ich wollte kein Soldat sein.“ Unpolitisch sei er gewesen, aber natürlich habe er sich gefragt, was mit den Menschen in Osteuropa geschehe.

Baumann ist einer von wenigen noch lebenden Deserteuren des Zweiten Weltkrieges. Sich für sein Entfernen von der Truppe zu rechtfertigen und für die Reha-

bilitierung der Wehrmachtsdeserteure zu kämpfen, ist für ihn irgendwann zur Lebensaufgabe geworden. 1990 war er Mitbegründer der „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“. Mehr als 30 000 Opfer der NS-Militärgerichte wurden zum Tode verurteilt, 24 000 Deserteure, schätzt man, würden hingerichtet.

Dass er nach dem Krieg lange als „Feigling, Dreckschwein und Vaterlandsverräter“ beschimpft und verunglimpft wurde, hat Baumann nicht vergessen. Wie auch. Auch nicht die „unglaublichen Anfeindungen“ und anonymen Drohungen und die Tatsache, dass die Richter, die in der NS-Zeit Unrecht begangen hatten, in der Bundesrepublik Karriere machten und nie bestraft wurden. Erst nach mehreren Anläufen rehabilitierte der Bundestag im Mai 2002 die Wehrmachtsdeserteure, erst seitdem gilt Ludwig Baumann nicht mehr als vorbestraft. Finanziell entschädigt wurde er mit einer einmaligen Zahlung von 7500 Mark. Dass nicht auch die Urteile wegen sogenannten Kriegsverrats

aufgehoben werden, die seinerzeit ausgemerkelt wurden, dafür kämpft der in Bremen lebende Baumann noch immer.

Ludwig Baumann erzählt leise und unangeregt von seinem Leidensweg. Davon, wie er und sein Kamerad Kurt im Mai 1942 auf der Flucht von einer deutschen Zollstreife gefasst wurden. Wie er gefoltert und zum Tode verurteilt, Tag und Nacht an Händen und Füßen gefesselt in einem Gefängnis in Bordeaux in der Todeszelle saß und jeden Tag fürchtete, zur Exekution abgeholt zu werden. Acht Monate lang. Dass er zwei Monate nach der Festnahme begnadigt worden und die Todes- in eine zwölfjährige Zuchthausstrafe umgewandelt worden war, erfuhre er erst nach Monaten in der Todeszelle, auch das war eine Art der Folter. „Das alles“, sagt Baumann und hält kurz inne, „verfolgt mich noch heute.“ Jahrelang war er nach dem Krieg schwer traumatisiert. Er verfiel dem Alkohol; um seine Familie kümmerte er sich nicht. Erst als seine Frau 1966 bei der Geburt des sechsten

Kindes starb, übernahm er als allein erziehender Vater Verantwortung.

Nach zehn Monaten in der Todeszelle wurde Baumann von Frankreich ins KZ Esterwegen im Emsland verlegt, bei der Überstellung landete er auch für einige Tage im Freiburger Gefängnis. Was folgte, war eine schlimme Haftzeit im Wehrmachtsgefängnis im sächsischen Torgau, wo er an Diphtherie erkrankte. Über 1200 Häftlinge wurden dort erschossen, erhängt und geköpft. Manchmal, sagt Baumann, mussten die Häftlinge bei den Hinrichtungen zuschauen, manchmal bekamen sie Kleider mit Flecken, hinter denen sich Schusslöcher verbargen. Am Ende von Baumanns Leidensweg stand die Versetzung in ein Strafbataillon an die Ostfront. „Wir waren schlecht bewaffnet. Fast keiner hat überlebt. Auch mein Freund Kurt nicht.“

**Zeitzeugengespräch** mit Ludwig Baumann heute um 20.15 Uhr im Hörsaal 1199, Kollegengebäude II. Der Eintritt ist frei.



Ludwig Baumann

FOTO: I. SCHNEIDER

Weser Kurier / 10. Nov. 2008

## Als Feigling und Verräter geschmäht

### Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann spricht vor Schülern im Cato Bontjes van Beek-Gymnasium

Von Maren Brandstätter  
Cato Bontjes van Beek-Gymnasiums von seiner Zeit als Wehrmachtsoldat, Desertion und dem Kampf um Rehabilitation.

**ACHIM.** Die Bilder aus der Zeit in der Todeszelle verfolgen ihn bis heute. Gut die Hälfte der Gefängniszeit hat er verdrängt. „Selbstschutz“, erklärt Ludwig Baumann. Gestern erzählte er den Schülern der 13. Klassen des

in Bordeaux zuteilt. „Da wurden die hintergeschickt“, erzählt Baumann, „die sie nicht mehr gut gebrauchen konnten.“ Warum ihm in dieser Zeit der Gedanke zur Flucht kam, vermag er heute nicht mehr genau zu sagen. „Ich war damals kein sonderlich politischer Mensch, aber als ich im Radio von deutschem Lebensraum im Osten hörte, stellte ich mir die Frage, was dann mit den Einheimischen passiert“, erinnert sich Baumann.

Anfang 1942 desertiert er mit Hilfe französischer Verbündeter. Nach Amerika soll es gehen, doch die Flucht misslingt und endet für Baumann in der Todeszelle. Durch Beziehungen des Vaters kommt es unerwartet zur Begnadigung. Baumann verbringt einige Wochen im KZ Esterwegen, 17 Monate in der Krankenstation des Wehrmachtgefängnisses Torgau und muss schließlich den deutschen Rückzug an der Ostfront decken. Als einer von wenigen überlebt er verwundet.

Nach Kriegsende wird er als „Feigling“ und „Verräter“ geschmäht, und verfällt daraufhin dem Alkohol. Er vertrinkt das beträchtliche väterliche Erbe, und schafft den Ausbruch aus der Sucht erst nach der Geburt des sechsten Kindes, nach der seine Frau stirbt.

Es folgen aktive Jahre in der Friedensbewegung, und Baumann gründet 1990 gemeinsam mit anderen Betroffenen die „Bun-



Ludwig Baumann bekommt noch heute Drohbriefe, die ihn des Vaterlandsverrats bezichtigen.

desvereinigung Opfer der Militärjustiz“, deren Vorsitz er übernimmt. Ziel ist die Rehabilitation, die vom Bundestag lange Zeit abgelehnt wird. Begründung: sämtliche Soldaten der Wehrmacht würden somit ins Un- und Kriegsdienstverweigerern.



Aufmerksam verfolgen die Schüler der 13. Klassen den Vortrag Ludwig Baumanns. Im Anschluss stellte er sich den kritischen Fragen seiner Zuhörer.  
BRM-FOTOS: BRANDSTÄTTER



ZEITGESCHICHTE

# Der letzte Kampf

Sogenannte Kriegsverräter zählen zu jenen Opfern der NS-Justiz, die noch nicht rehabilitiert wurden – obwohl alle Fraktionen das für überfällig halten.

Wenn Ludwig Baumann in diesen Tagen an den Filmplakaten vorbeiläuft, die Tom Cruise als Hitler-Attentäter Stauffenberg zeigen, schnürt es ihm jedes Mal den Hals zu. Dann spürt der 87-Jährige sie wieder, diese Mischung aus Verzweiflung, Bitterkeit und Wut, die ihn schon sein Leben lang begleitet. „Warum nur können wir Stauffenberg als Helden feiern“, sagt er, wenn doch „der Johann hierzulande immer noch als Verräter gilt?“

det. Der Johann hatte sich diesem Rat nicht anschließen mögen, seine Kameraden aber auch nicht verpfeifen wollen – doch genau dafür sollte er sterben, befand das Reichskriegsgericht unter Vorsitz von Richter Werner Lueben am 3. Februar 1944. Wenige Tage später lag Lukaschitz als Kriegsverräter unter dem Fallbeil.

Die Urteile gegen Männer wie Lukaschitz wurden nie aufgehoben. Rund 30 000 Deserteure, Verweigerer, Kriegsverräter wurden von der NS-Justiz zum Tode verurteilt, geschätzte 20 000 tatsächlich hingerichtet. Sehr spät, im Jahr 2002, beschloss der Bundestag zwar die pauschale Rehabilitierung aller Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und Wehrkraftzersetzer der Wehrmacht. Nur die sogenannten Kriegsverräter wurden ausdrücklich ausgespart – weil man ja nicht ausschließen könne, dass die „Verräter“ durch ihr Handeln Zivilisten oder deutschen Soldaten geschadet hätten. In Bezug auf die NS-Urteile sind sie „das letzte Tabu“, wie es der renommier-

initiative von der ungeliebten Linken stammt.

So ist das Drama um diesen letzten Kampf auch eine Geschichte über den immer noch schwierigen Umgang mit der NS-Geschichte und ein Beispiel dafür, wie im Parteien-Betrieb eine eigentlich mehrheitsfähige Idee über Jahre verschleppt wird.

Der Forscher Wette und seine Mitstreiter haben 33 Urteile der NS-Militärjustiz wegen Kriegsverrats aufgearbeitet. Ihre Einschätzung: Über die „Kriegsverräter“ kursieren falsche Vorstellungen. Als Kriegsverräter wurden vor allem in den letzten Kriegsjahren viele meist einfache Soldaten hingerichtet. Dabei genügte es für ein Todesurteil schon, wenn sie sich privat kritisch über das Regime geäußert hatten. Auch die Rettung von Juden galt als Kriegsverrat. Im Falle des Stabsgefreiten Josef Salz reichten den Militärrechtern gar judenfreundliche und kritische Tagebucheinträge über Adolf Hitler, um ihn zum Tode zu verurteilen.



Abstimmung im Deutschen Bundestag, erhängter deutscher Offizier (1945): „Geschichtsfälschung im Dienst der Politik“



„Der Johann“, das ist der Obergefreite Johann Lukaschitz aus Wien, der 1944 mit blutigen Gelenken im Krankenrevier des Wehrmachtsgefängnisses Torgau-Fort Zinna lag – eine Folge der schweren Ketten, die seine Arme und Beine fesselten. Baumann war sein Bettnachbar, an Diphtherie erkrankt, als Deserteur verurteilt. Der Johann sei ein „durch und durch besinnlicher, stiller und humaner Mann gewesen“, erinnert sich Baumann. Lukaschitz, damals 24, war für die „Nichtanzeige eines geplanten Kriegsverrats“ zum Tode verurteilt.

In Lukaschitz' Truppe hatte sich ein Soldatenrat nach sowjetischem Vorbild gebil-

te Militärhistoriker Wolfram Wette und sein Kollege Detlef Vogel nennen.

Die Forscher kommen in einer Studie – der ersten eingehenderen überhaupt zum Thema Kriegsverrat – zu dem Schluss, dass die Soldaten zumeist aus ethischen Motiven handelten, soweit es die bisher ausgewerteten Akten zeigen. Der weitaus größere Teil der Dokumente liegt noch im Dunkeln. Die Arbeit der Wissenschaftler bildet die Grundlage für eine erneute Gesetzesinitiative, mit der die Urteile aufgehoben werden sollen. Seit 2006 liegt der Antrag im Bundestag. Doch Union und SPD verhinderten bisher eine Entscheidung – auch weil die Gesetzes-

Kriegsverräter, so Wette, hätten keineswegs die eigenen Kameraden verraten. Selbst wenn dies der Fall gewesen sein sollte, müsste es einer Rehabilitierung nicht im Wege stehen. Der Doyen der modernen deutschen Militärgeschichtsschreibung, Manfred Messerschmidt, verweist darauf, dass alle vom Volksgerichtshof verhängten Urteile wegen „Landesverrats“ pauschal aufgehoben wurden. Und Kriegsverrat war nichts anders als Landesverrat im Felde. Warum behandelt man dann Soldaten anders als Zivilisten?, fragt sich der Experte.

Wette präsentierte im vergangenen Jahr seine bisherigen Forschungsergebnisse dem Rechtsausschuss des Bundestages. Doch

die Union, vertreten durch den CSU-Abgeordneten Norbert Geis, blieb bei ihrer harten Linie: keine pauschale Rehabilitierung. Wer unschuldig war, könne ja eine Einzelfallprüfung einleiten.

Um die harte Linie zu rechtfertigen, brauchte die Union wenigstens einen Fall, in dem der Delinquent auch nach heutigen Maßstäben ein schweres Verbrechen begangen hätte. So kam es zu dem denkwürdigen Auftritt des Sachverständigen Rolf-Dieter Müller, Wissenschaftlicher Direktor des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr. Der von der Union benannte Experte schilderte den Fall Edgar Feuchtinger – ein offensichtlich korrupter General, der sich bereicherte und in Briefen an seine Geliebte militärische Interna preisgab. Nach Auffassung Müllers „ein besonders krasser Fall“ von Kriegsverrat, dessen Rehabilitierung einen „Skandal“ auslösen würde. Der Ausschuss war beeindruckt.

Den Juristen Helmut Kramer hingegen, ein von den Grünen berufener Sachverständiger und Mitarbeiter bei der Wette-Studie, beschlich bereits während der Anhörung im Bundestag ein „komisches Gefühl beim Fall Feuchtinger“. Er bat den Kollegen Müller, ihm die historischen Quellen zu nennen. Der reagierte erst ausweichend und konnte dann lediglich auf ein Dokument verweisen, das zudem nur eine indirekte Wiedergabe des Urteils ist. Das Original liegt gar nicht vor.

Kramer liest aus diesem Dokument ganz anderes heraus als Müller. Sein Ergebnis schildert er nun in einem Brief an den Rechtsausschuss: „Professor Müller hat sein Paradebeispiel frei erfunden.“ Der Fall existiere so „allein in der Phantasie des Sachverständigen“. Kramer nennt Müllers Expertise deshalb „Geschichtsfälschung im Dienst der Politik“.

General Feuchtinger, so Kramers Deutung, sei gar nicht wegen Kriegsverrats, sondern wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ verurteilt – und wäre damit längst rehabilitiert. Müller weist die Vorwürfe zurück, lässt sich allerdings ein Hintertürchen offen: „Als Nicht-Jurist verstehe ich das als ein Urteil unter anderem wegen Kriegsverrats.“ Die Union wahrt inzwischen einen Sicherheitsabstand zu ihrem Experten: „Die Meinung eines Sachverständigen spiegelt nicht automatisch die Haltung der Unionsfraktion“, sagt Andreas Schmidt, CDU-Mann und Vorsitzender des Rechtsausschusses.

Doch wer wie Ludwig Baumann glaubte, eigentlich könne der Weg nun frei sein

für die Rehabilitierung, musste lernen, wie Politik funktioniert. Denn Union und SPD wollen dem Gesetzesvorschlag, der im März im Bundestag in die zweite Lesung geht, nicht zustimmen – weil er aus Oskar Lafontaines Fraktion kommt. „Der PDS geht es doch nur darum, uns vorzuführen“, sagt Carl-Christian Dressel, SPD-Mitglied im Rechtsausschuss. Einen parlamentarischen Erfolg gönnen SPD und Union den Linken im Superwahljahr nicht.

Für die Linke hatte der eher undogmatische Abgeordnete Jan Korte, 31, den Antrag eingebracht, immer wieder gedrängt, mit den Kollegen verhandelt. Für den Jung-Politiker ein „ernüchterndes Lehrstück über Parlamentarismus“. Erst allmählich dämmert den Fraktionen, dass ihr parteitaktisches Gezerre auf Unverständnis stößt. Bischof Wolfgang Huber schrieb einen Bittbrief an Justizministerin Brigitte Zypries (SPD), Jürgen Gantzel, emeritierter Leiter der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung an der Uni Hamburg, fordert, „das letzte gesetzliche Tabu der deutschen ‚Vergangenheitsbewältigung‘ aufzulösen“.

Inoffiziell hat Zypries' Ministerium bei Korte schon vorfühlen lassen, ob Die Linke ihren Antrag nicht zurückziehen könne – damit die Koalition einen eigenen einbringen kann. Der Fraktionschef der Linken Gregor Gysi wäre „um der Sache willen dazu bereit“. Aber auch er hat eine Bedingung: Alle Fraktionen sollten gemeinsam einen neuen Antrag auf Rehabilitierung stellen.

Das wiederum passt der Union nicht: Ausgerechnet im Wahl- und Gedenkjahr gemeinsame Sache mit den Linken? Doch seit der Entzauberung ihres Gutachters Müller ist der Druck auf die Union groß. Ihr Rechtsex-

perte Schmidt will nun „einen Weg suchen“. Nur eben „nicht mit den Linken“. So könnte es passieren, dass alle Fraktionen die Rehabilitierung wollen – und sie doch in dieser Legislatur nicht Gesetz wird.

Bevor sich an diesem Dienstag die Fraktionen wie immer zu ihren getrennten Sitzungen treffen, haben sie am Vormittag noch einen gemeinsamen Termin: Wie jedes Jahr am 27. Januar tritt der Deutsche Bundestag zu einer Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus zusammen. Ludwig Baumann wird dann im Reichstag auf der Besuchertribüne sitzen. Das „peinliche Parteigeschacher“ in Sachen Kriegsverrat hat ihn desillusioniert. Er wartet 60 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik immer noch auf ein klares Wort aus der Volksvertretung. MARKUS DEGENERICH



NS-Justizopfer Lukaschitz „Stiller Mann“

SAMMLUNG GEDENKSMATERIALIE ROTER ROTHE HALLE (ISRAEL)

# Der letzte Deserteur

Ludwig Baumann (87) ist der einzige „Kriegsverräter“, der noch lebt. Er hat nachts Alpträume von seiner Hinrichtung

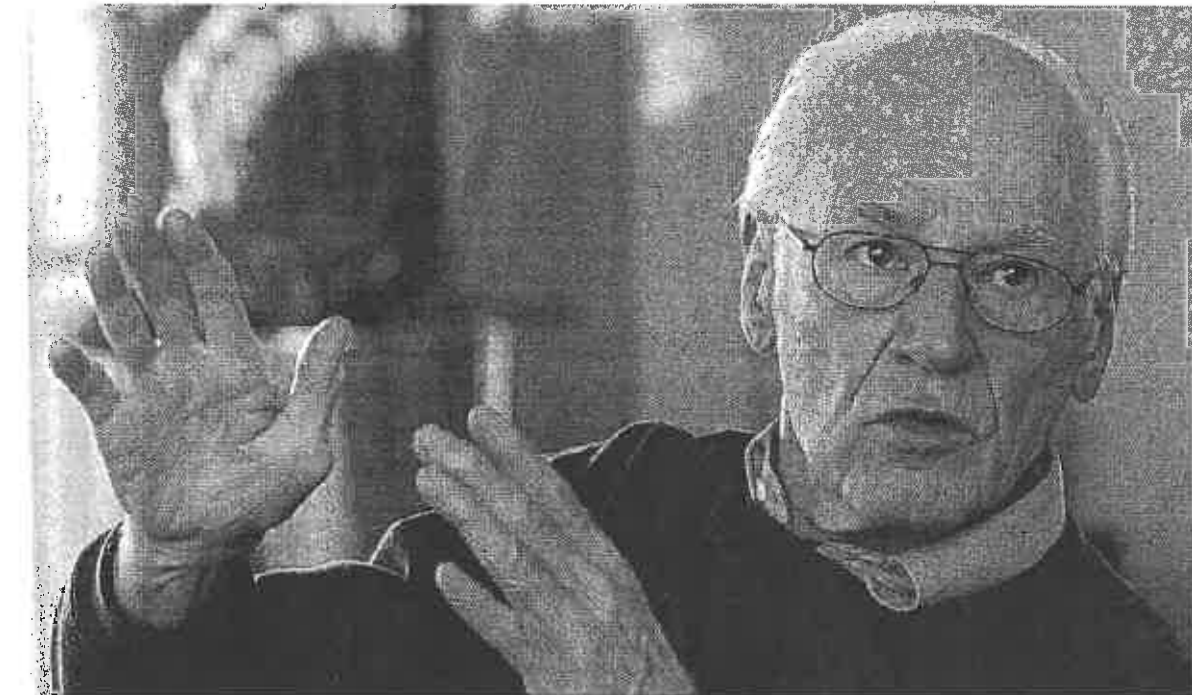
Martin Tochtrop

Essen. Aus humanistischer Sicht ist Ludwig Baumann der Prototyp eines Menschen: Er konnte nicht töten, er brachte es einfach nicht über sich. Nicht, weil er damals, als Deutschland der Welt an die Gurgel ging, pazifistische Literatur gelesen, Bertha von Suttner, Carl von Ossietzky oder Kurt Tucholsky studiert hätte. Ludwig Baumann konnte gar nicht lesen, war Legasthener. Als ein ganzes Volk mordete, quälte oder einfach nur wegschaute, wenn die Nachbarn abtransportiert wurden, nur weil sie Juden waren, wollte – konnte – Baumann nicht mitmachen. Ganz einfach. Baumann ist kein Held. Er ist der letzte Deserteur – einer der ganz wenigen, die dem Fallbeil der NS-Justiz entgangen sind, und der einzige, der noch lebt.

## Quälende Monate in der Todeszelle

Für viele war das Dritte Reich ein Alptraum. Für Ludwig Baumann ist es das heute noch und wird es wohl bis ans Ende seiner Tage bleiben. „Ich träume nachts davon, immer noch. Dann öffnet jemand die Zellentür, und ich werde zur Hinrichtung geführt.“ Das erzählte der heute 87-jährige vor 20 Jahren. Damals, als er nach einem Vortrag über die Wiedergutmachung an Desertoren des Zweiten Weltkriegs bei uns übernachtete. Und das erzählt er heute bei einem Wiedersehen in Dortmund, wo er als Vorsitzender der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Justiz eine Ausstellung eröffnen darf.

Baumann hat zehn quälende Monate in einer Todeszelle verbracht. Mit schweren Ketten an Händen und Füßen gefesselt, immer mit der Gewissheit, dass seine letzte Stunde geschlagen hat. Er wusste nicht, dass sein Todesurteil am 20. August 1942 zu zwölf Jahren Zuchthaus umgewandelt worden war, weil sein Vater, ein Tabakgroßhändler, seine Beziehungen zum Militär hatte spielen lassen.



Ein Mensch, der keinen anderen Menschen töten konnte: Ludwig Baumann aus Bremen.

Foto: Knut Vahlensieck

Der Bremer wollte keine Stiefel putzen, nicht im Gleichschritt marschieren und erst recht nicht: Menschen töten. Der Marinesoldat wird nach der Besetzung Frankreichs einer Hafenkompagnie in Bordeaux zugewiesen und beschließt im Frühjahr

»Es gibt doch nichts Besseres, als den Krieg zu verraten«

1942, zusammen mit seinem Freund Kurt Oldenburg ins unbesetzte Frankreich zu fliehen. Als sie von einer deutschen Zollstreife erwischt werden, hätten sie sich freischießen können, sie hatten sich vorher Pistolen aus der Waffenkammer besorgt. Doch es ging einfach nicht. „Ich konnte keine Menschen umbringen.“

Von nun an ist Baumann Kriegsverräter. Und er soll es lange bleiben, weit über das Ende des Krieges hinaus. Kriegsverräter, ein Wort mit einem negativen Beiklang, für manche auch heute noch.

„Dabei gibt es doch nichts Besseres, als den Krieg zu verraten.“ Damit meint Baumann jeden Krieg, den in Vietnam und auch den in Afghanistan.

Baumann wirkt für seine 87 Jahre und all das Leid, das er erlebt hat, außergewöhnlich frisch. Auch dafür, dass er in den ersten Jahren nach seiner Freilassung Raubbau an sich getrieben hat. Er vertrank sein ganzes Erbe, kam oft nachts nach Hause, obwohl er sechs Kinder hatte. Kein Alkoholiker, aber einer, der mit seinen schrecklichen Erlebnissen nicht fertig wurde.

Erst als seine Frau starb, übernahm er Verantwortung, brachte seine Kinder als Handelsvertreter mehr schlecht als recht durchs Leben. Und begann, sich für die Wiedergutmachung an Weltkriegsdesertoren stark zu machen. Wiedergutmachung? Zuerst galt es einmal, den Männern ihre Würde zurückzugeben. Die Wehrmichtsrichter hatten 30 000 Todesurteile verhängt, 20 000 wurden vollstreckt, nur 4000 „Kriegsverräter“ überlebten. Aber erst 2002 hob der Bundestag Urtei-

le gegen Kriegsdienstverweigerer, Desertoren und Wehrkraftersetzer auf – nach langem Widerstand vor allem aus konservativen Kreisen der Union. Baumann war bis dahin bei entsprechenden Debatten ein bekannter Gast im Parlament.

Sein Kampf gegen das Unrecht an Männern wie ihn machte ihn bekannt in der ganzen Republik. So ist er auch regelmäßig dabei, wenn Denkmale für Desertoren eingeweiht werden, was lange

## GEFÄNGNIS

### Blutige Verfolgung

An den Opfern der NS-Militärjustiz wurde die blutigste juristische Verfolgung der deutschen Geschichte begangen. Der zentrale Ort der Vernichtung von Desertoren war Fort Zinna in Torgau. Mehr als 1200 Häftlinge wurden dort erschossen, enthauptet oder erhängt. Nach 1945 wurden dort sowjetische Gefangenenlager und 1950 eine Strafvollzugsanstalt der DDR errichtet.

Zeit überhaupt nicht möglich war. Erst 1986 errichtete eine Bremer Friedensinitiative einen Ort der Erinnerung. Am 1. September 1989, 50 Jahre nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Polen, weihten Bonner Bürger ein kleines Mahnmal ein.

## Gedenkstätte in Sachsen

Auch im sächsischen Torgau wurde eine Gedenkstätte errichtet, dort, wo er als der letzte noch lebende Häftling der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Justiz gilt. Doch an gleicher Stelle wird auch der Gefangenen gedacht, die dort als ehemalige NS-Kriegsrichter eingesperrt waren – also die Peiniger von Opfern wie Baumann. Dagegen wehrt er sich mit aller Kraft, weshalb sich die Einweihung hinauszögert, noch immer. „Wenn wir es schaffen, in Torgau eine vernünftige Gedenkstätte hinzubekommen, dann hat sich das Kämpfen gelohnt“. Also kämpft Baumann weiter, auf friedvolle Art. Hartnäckig, aber mit Anstand und Würde.

Taz - Novel  
21.7. 2009

## Die ehrhaften Verräter

**NS-JUSTIZ** In Hamburg ist der erste Stolperstein für einen Wehrmachts-Deserteur eingeweiht worden. Dessen Freund Ludwig Baumann hat dafür gekämpft – und dafür, dass endlich auch „Kriegsverräter“ rehabilitiert werden

VON JOSEPH VARSCHEN

Ludwig Baumann steht vor dem frisch verlegten Stolperstein in Hamburg-Wandsbek und spricht mit leiser Stimme über seinen Freund Kurt Oldenburg, mit dem er 1941 aus der Wehrmacht desertierte. Der 88-jährige hält ein Foto Oldenburgs in der Hand; es zeigt seinen Freund als 22-jährigen in Wehrmachtsuniform, gutaussehend, mit gescheitelten Haaren.



Ludwig Baumann Foto: Theo Bruns

Die beiden jungen Soldaten waren als Wachsoldaten auf einem Marinestützpunkt im besetzten Frankreich eingeteilt. Sie hatten sich dort kennengelernt und beschlossen, nicht länger Teil der nationalsozialistischen Kriegsmaschinerie sein zu wollen. „Wir konnten einfach keinen Menschen töten“, sagt Baumann, der damals auch erst 22 war.

Sie nahmen Kontakt zur französischen Résistance auf. Der Plan war, über den unbesetzten Teil Frankreichs und Marokko nach Amerika zu fliehen. In ziviler Kleidung, mit Pistolen bewaffnet, verließen sie in der Nacht das Hafengelände von Bordeaux, wo sie stationiert waren. Es waren nur noch wenige

Kilometer bis zur Demarkationslinie, als eine deutsche Zollstreife sie aufgriff. Zur Überprüfung ihrer Personalien wurden sie zum nächsten Posten geführt. Baumann wusste, dass sie nun schießen mussten, um der Verhaftung zu entgehen. „Wir hatten ja Waffen aus der Kaserne dabei, aber wir konnten einfach nicht. Ich habe nicht die Möglichkeit, einen Menschen zu erschießen.“

Sie werden vor ein Hamburger Kriegsgericht gestellt, die An-

Auch sein Freund Kurt Oldenburg wird kommt in ein Bewährungsbatallion, in dem kriegsgerichtlich abgeurteilte Soldaten in der vordersten Frontlinie „verheizt“ werden. Ein Schulterschuss rettet Baumann das Leben, er überlebt den Krieg in einem Lazarett. Oldenburg kehrt nicht aus dem „Bewährungseinsatz“ an der Russlandfront zurück.

Baumann legt das Portraitbild Oldenburgs, das er in seinem Portemonnaie hatte, neben den frisch verlegten Stolperstein für seinen alten Freund. Von den 2.720 Stolpersteinen, die bisher in Hamburg verlegt wurden, ist dies der erste für einen Deserteur. Gestiftete wurde Oldenburgs Stein von Detlef Garbe, Leiter der Gedenkstätte KZ-Neuengamme. „Erst jetzt werden Deserteure und Kriegsverräter nicht mehr als feige Kriminelle wahrgenommen“, sagt Garbe.

Auch Baumann schlug nach Kriegsende die Verachtung der Deutschen entgegen. Er wird als „Feigling“ und Vaterlandsverräter beschimpft. Sein Vater kann ihn nicht mehr in den Arm nehmen – zu groß ist die Scham, der Vater stirbt 1947. Baumann trinkt sich durch die Nachkriegsjahre, versäuft das gesamte Erbe der Familie in einer kleinen Hamburger Kneipe am Gänsemarkt.

Dann stirbt seine Frau. Baumann hört auf zu trinken und beginnt, für die Rehabilitierung der Opfer der Militärjustiz zu kämpfen. Anfang der 90er Jahre gründet er den Verein „Opfer der NS-Militärjustiz“. 30.000 größtenteils einfache Soldaten wurden zum Tode verurteilt, davon wurden 20.000 der verhängten Todesurteile vollstreckt. Und die Urteile der Blutrichter des Nationalsozialismus sollten auch noch Jahrzehnte nach Kriegsen-



Der Stolperstein für Kurt Oldenburg Foto: Gesche-M. Cordes

Die Deszelle, wird geschlagen und gefoltert. Von seiner Begnadigung hat er nichts erfahren. Jedes Mal, wenn er die Schritte der Wachen hört, denkt er, dass sie ihn holen. An Händen und Füßen gefesselt liegt er monatelang in der Zelle und glaubt, er müsse sterben. Erst nach zehn Monaten wird er über seine Begnadigung informiert. Man bringt ihn ins KZ Emsland, schließlich landet er in einem Strafbatallion in Weißrussland.

Auch sein Freund Kurt Oldenburg wird kommt in ein Bewährungsbatallion, in dem kriegsgerichtlich abgeurteilte Soldaten in der vordersten Frontlinie „verheizt“ werden. Ein Schulterschuss rettet Baumann das Leben, er überlebt den Krieg in einem Lazarett. Oldenburg kehrt nicht aus dem „Bewährungseinsatz“ an der Russlandfront zurück.

Baumann legt das Portraitbild Oldenburgs, das er in seinem Portemonnaie hatte, neben den frisch verlegten Stolperstein für seinen alten Freund. Von den 2.720 Stolpersteinen, die bisher in Hamburg verlegt wurden, ist dies der erste für einen Deserteur. Gestiftete wurde Oldenburgs Stein von Detlef Garbe, Leiter der Gedenkstätte KZ-Neuengamme. „Erst jetzt werden Deserteure und Kriegsverräter nicht mehr als feige Kriminelle wahrgenommen“, sagt Garbe.

Auch Baumann schlug nach Kriegsende die Verachtung der Deutschen entgegen. Er wird als „Feigling“ und Vaterlandsverräter beschimpft. Sein Vater kann ihn nicht mehr in den Arm nehmen – zu groß ist die Scham, der Vater stirbt 1947. Baumann trinkt sich durch die Nachkriegsjahre, versäuft das gesamte Erbe der Familie in einer kleinen Hamburger Kneipe am Gänsemarkt.

Dann stirbt seine Frau. Baumann hört auf zu trinken und beginnt, für die Rehabilitierung der Opfer der Militärjustiz zu kämpfen. Anfang der 90er Jahre gründet er den Verein „Opfer der NS-Militärjustiz“. 30.000 größtenteils einfache Soldaten wurden zum Tode verurteilt, davon wurden 20.000 der verhängten Todesurteile vollstreckt. Und die Urteile der Blutrichter des Nationalsozialismus sollten auch noch Jahrzehnte nach Kriegsen-

**„Was hätte man denn  
besseres tun können  
als Hitlers Krieg zu ver-  
raten?“, fragt Bau-  
mann Justizministerin  
Brigitte Zypries (SPD)**

der ihre Gültigkeit haben. „Erst seit 1991 haben die Witwen der Ermordeten die Möglichkeit, Rentenansprüche geltend zu machen“, sagt Detlef Garbe. „Das ist verwerflich.“

Einen Grund für diesen unverständlichen zähen Kampf für das Recht von Deserteuren, Wehrkraftzersetzer und Kriegsverrättern sieht Garbe im „Stahlhelm-Flügel der CDU“. Die konservativen Kreise der Union wollten die NS-Justiz nicht pauschal als Unrechts- und Willkürjustiz verurteilt sehen. Auch die Tatsache, dass viele NS-Richter ihren Weg zurück in die Gerichtssäle der Bundesrepublik fanden, blockierte die Rehabilitierung der Opfer. „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein!“, sagte der ehemalige NS-Richter Hans Filbinger, als er noch Ministerpräsident von Baden-Württemberg war.

Erst 2002, 57 Jahre nach Kriegsende, erreichten Baumann und sein Verein die pauschale Rehabilitierung von Wehrmachts-Deserteuren. Doch noch immer wurden so genannte Kriegsverräter in das „Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile“ bewusst nicht aufgenommen – dabei war der Kriegsverräter-Paragraf nichts als ein Instrument des NS-Regimes, um missliebige Personen loszuwerden. Nach Ansicht des NS-Juristen Erich Schwinge etwa sei bereits eine „pazifistische Gesinnung“ Kriegsverrat und mit der Todesstrafe zu ahnden.

„Was hätte man denn besseres tun können als Hitlers Krieg zu verraten?“, fragt Baumann Justizministerin Brigitte Zypries (SPD). Die begründet im Briefwechsel mit Baumann das Ausklammern der Kriegsverräter mit einer „nicht ausschließbaren Lebensgefährdung für eine Vielzahl deutscher Soldaten“ durch Kriegsverräter.

Baumann war entsetzt, dass das „Argument der Lebensgefährdung deutscher Soldaten über den Tod von Millionen Opfern des deutschen Vernichtungskrieges gestellt“ werde. Immerhin hätten „Millionen Zivilisten, KZ-Insassen und auch Soldaten nicht mehr sterben müssen, wenn mehr Soldaten Kriegsverrat begangen hätten“, sagt Baumann.

Von den Kriegsverrättern, die den Krieg überlebt haben, lebt keiner mehr, doch Baumann kämpft für alle Opfer der NS-Justiz. Erst diesen Monat, 70 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkriegs, war die Bundesregierung bereit, die Militärgerichtsbarkeit der Wehrmacht als Unrecht und Herrschaftsinstrument der Nazis anzuerkennen. Sie beschloss, Kriegsverräter in das „Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile“ aufzunehmen. Bereits 2006 hatte die Linke einen entsprechenden Gesetzesentwurf eingebracht, doch die große Koalition wollte einen Antrag der Linken nicht unterstützen. Als „unerträgliches politisches Feilschen“ bezeichnet Baumann das peinliche Lehrstück parlamentarischer Politik.

Dafür, dass Fahnenflucht und Kriegsverrat nun endlich als eine Form des Widerstandes gegen den deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieg begriffen werden konnten, macht Claudia Bade von der NS-Dokumentationsstelle im sächsischen Torgau auch einen „Elitenwechsel in der deutschen Justiz“ verantwortlich. „Ich hoffe sehr, dass NS-Deserteure und Kriegsverräter auch in der Öffentlichkeit als ehrenwerte Menschen akzeptiert werden“, sagt Baumann.

Am 1. September, dem 70. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen, wird er in Köln ein Deserteursdenkmal einweihen. Die Stadt ist die erste, die an diese vernachlässigte Opfergruppe erinnert oder erhaltet. „Auch in Hamburg sollte ein Denkmal an die Menschen erinnern, die sich dem Krieg widersetzt haben und dafür sterben mussten“, sagt Baumann. Etwa 300 Deserteure und Kriegsverräter wurden unter anderem auf dem Schießplatz Hötigbaum im Hamburger Stadtteil Rahlstedt erschossen, enthauptet oder erhängt.

Privat aufgestellte Denkmäler wie eine Soldatenplastik „für den unbekanntenen Deserteur“ in Blankenese wurden geschändet. Ein Anfang der 90er Jahre in Altona aufgestelltes Denkmal wurde vom Kulturausschuss des Bezirks abgelehnt und musste entfernt werden. „Es gibt“, sagt Baumann, „keinen offiziellen Platz, an dem die Angehörigen ihrer Verwandten gedenken können.“

### Ausstellung NS-Militärjustiz

Bis zum 8. August läuft die Wanderausstellung „Was damals Recht war... – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“ im Westflügel der Universität Hamburg. Die Ausstellung ist Montag bis Freitag von 7 bis 21 Uhr, am Samstag bis 15 Uhr geöffnet.

Die Blutrichter konnten meist auch in der Bundesrepublik weitere Karriere machen. Claudia Bade von der NS-Dokumentationsstelle Torgau hält einen Vortrag zum Thema: „Das NS-Rechtproblem“. Karrieren und Rechtfertigungen Hamburger Wehrmachtsrichter im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit. 28. Juli, 18 Uhr in der Grundbuchhalle des Ziviljustizgebäudes in Hamburg.

Die Justiz der Wehrmacht wurde in BRD und DDR unterschiedlich bewertet. Gerd Hankel vom Hamburger Institut für Sozialforschung und der Staatsanwalt Jürgen Aßmann zeigen dies an Filmbeispielen aus den beiden deutschen Staaten. „Kriegsgericht – die Wehrmachtsjustiz im Film“ am 6. August im Hörsaal C des Philosphenturms der Universität Hamburg ab 18 Uhr.



## Zeichen der Anerkennung

Wenn der verurteilte Deserteur Ludwig Baumann von seiner Leidensgeschichte im und nach dem Zweiten Weltkrieg erzählt, dann wird deutlich, wie notwendig und überfällig ein Denkmal für die Opfer der NS-Militärjustiz war. Es leistet einen wichtigen Beitrag zur Rehabilitierung der Deserteure, Kriegsdienstverweigerer oder sogenannten Kriegsverräter, die über Jahrzehnte in der Bundesrepublik

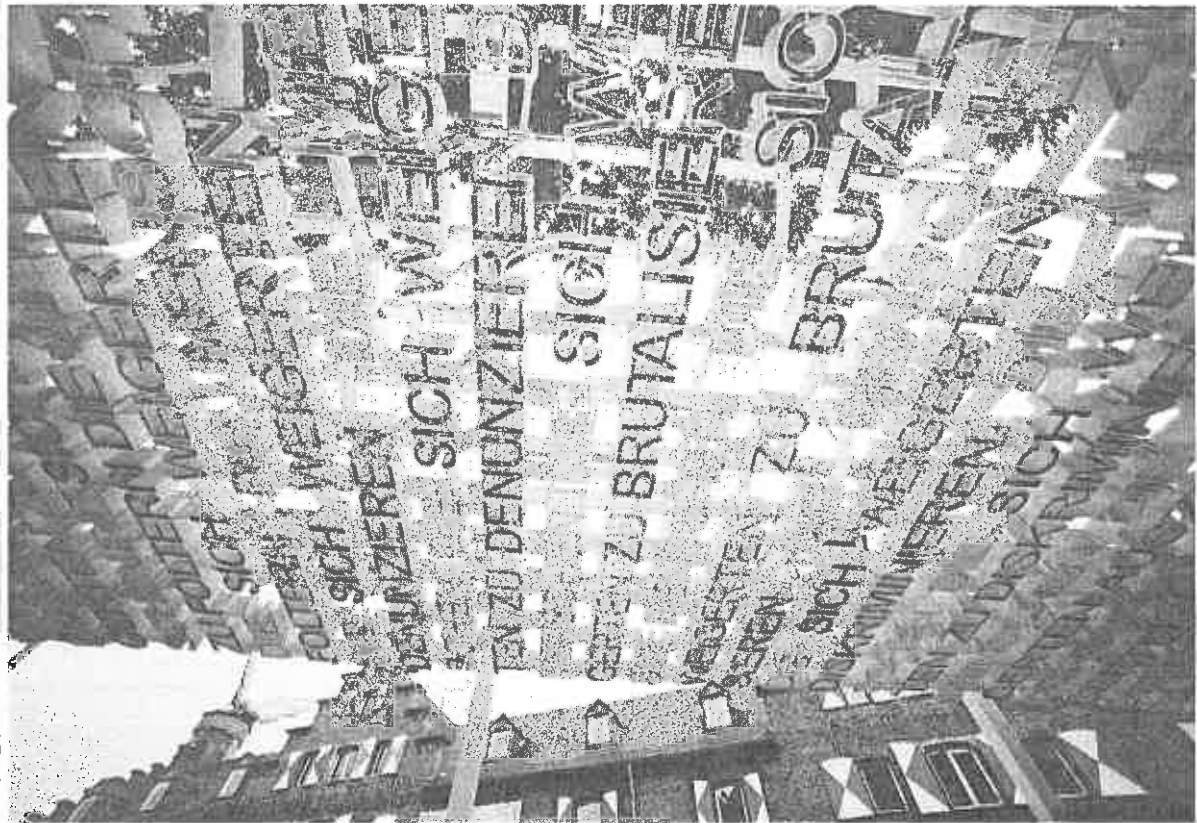


Matthias Pesch zum Denkmal für die Opfer der NS-Militärjustiz

mit Unverständnis, Anfeindung und Kriminalisierung konfrontiert waren. Das Kunstwerk am Appellhofplatz ist eine Anerkennung ihrer Zivilcourage gegenüber einem menschenverachtenden Unrechts-Regime – und gleichzeitig ein Appell zur Wachsamkeit.

Erfreulich ist, dass es in Köln – anders als in anderen Städten – eine breite Unterstützung von Verwaltung, Politik und Justiz für das ambitionierte Projekt gab. Mit den engagierten Bürgern der „Projektgruppe“ allein wäre das Vorhaben wohl nicht zu stemmen gewesen.

Jetzt könnte der Bundestag in der nächsten Woche die spätere Rehabilitierung dieser Menschen zum Abschluss bringen: Indem er auch die Urteile gegen die sogenannten Kriegsverräter aufhebt, die nach wie vor Bestand haben.



Eine Pergola mit farbigen Schriftzügen soll an die Opfer der NS-Militärjustiz erinnern.

BILDER: STEFAN WORRING

# Denkmal für die Deserteure

Schweizer Künstler Ruedi Baur schuf das Kunstwerk am Appellhofplatz

Für den Deserteur Ludwig Baumann (87) geht mit der Einweihung „ein langer Traum in Erfüllung“.

VON MATTHIAS PESCH

Ludwig Baumann hat es fast geschafft. Zusammen mit seinem Freund Kurt Oldenburg will der Marinegefreite von Bordeaux über die Grenze ins von den Nazis unbesetzte Frankreich fliehen, dann weiter nach Afrika und in die USA – den Krieg und das Töten hinter sich lassen. Französische Freunde haben den Soldaten unauffällige Kleidung besorgt, im Waffendepot lassen sie Pistolen und Munition mitgehen. Nur wenige Meter noch bis zur Demarkationslinie, da werden sie von einer deutschen Zollstreife entdeckt und entlarvt. Am 30. Juni 1942 wird Baumann vom Marinegericht Bordeaux „wegen Fahnenflucht im Felde“ zum Tod verurteilt.

„Zehn Monate habe ich in der Todeszelle gegessen“, erzählt Baumann, heute 87 Jahre alt, mit leiser Stimme. „Immer an Händen und Füßen gefesselt“, immer in der Angst, die Wächter könnten ihn zur Hinrichtung abholen. Von der Umwandlung der Todes- in eine zwölfjährige Zuchthausstrafe erfährt er erst Monate später. Konzentrationslager, Wehrmachtgefängnis Torgau, Strafbataillon in Weißrussland – Baumann überlebt, aber noch Jahrzehnte verfolgen ihn die schrecklichen Kriegserinnerungen.



Der Schweizer Ruedi Baur entwarf das Denkmal.



Ludwig Baumann (87) desertierte 1942 in Frankreich.

Es sind Menschen wie Ludwig Baumann, denen jetzt am Appellhofplatz ein Denkmal gesetzt wird: Deserteure, sogenannte Wehrkraftzersetzer und Kriegsverräter, Kriegsdienstverweigerer, Opfer der NS-Justiz. Menschen, die „über Jahrzehnte kriminalisiert und von der Anerkennung als NS-Opfer ausgegrenzt wurden“, wie es Werner Jung formuliert, Direktor des NS-Dokumentationszentrums. Von den schätzungsweise 30 000 Todesurteilen gegen diese Personengruppe seien rund 20 000 vollstreckt worden. Gleichzeitig, und das sei „der doppelte Skandal“, hätten die damaligen Richter „nach dem Krieg reibungslos Karriere gemacht“.

„Ein langer Traum geht in Erfüllung“ freut sich Baumann, der sich als Vorsitzender der „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“ seit vielen Jahren für deren Rehabilitierung engagiert. Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes weihte es am Dienstag, am 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs, mit einem Bürgerfest ein. Es steht zwischen Gerichtsgebäude, Stadtmuseum und NS-Dokumentationszentrum, wo laut Jung „die Opfer ins Zentrum der Stadt“ gerückt werden.

Der Schweizer Ruedi Baur hat das Kunstwerk geschaffen, der diplomierte Grafikdesigner setzte sich in einem internationalen Wettbewerb durch. Baur entwarf eine Art Pergola, eine drei Meter hohe Metallkon-

struktion. Wer darunter steht und nach oben schaut, liest einen Kettext aus bunten, 15 Zentimeter hohen Aluminiumbuchstaben: „Homage den Soldaten, die sich weigerten zu schießen auf die Soldaten, die sich weigerten zu schießen. . . auf die Menschen, die sich weigerten zu foltern, die Menschen die sich weigerten zu denunzieren. . .“ Es sei eine „Solidaritätskette“ von den kleinen Gesten der Zivilcourage bis hin zum militärischen oder polizeilichen Ungehorsam, sagt Baur. Es gehe um die Frage: „An welcher Stelle müssen wir anfangen, Befehlen nicht zu folgen, unseren eigenen Weg zu gehen?“

### „Von nationalem Rang“

Für Werner Jung ist es ein Denkmal „von nationalem Rang“. Unter anderem, weil sich „erstmal in Deutschland eine Stadt durch die Auslobung eines internationalen Kunstwettbewerbs für eine würdige Erinnerung an diese Opfergruppe engagiert“. Die Stadt stellte 120 000 Euro zur Verfügung, der Rat fasste die entsprechenden Beschlüsse, und die Bürgerinitiative „Projektgruppe für die Opfer der NS-Militärjustiz“, die durch Recherchen und Veranstaltungen an der Entstehung beteiligt war, steuerte 15 000 Euro an Spenden bei. Das Oberverwaltungsgericht Münster verbot eine von rechten Gruppierungen geplante Demonstration gegen das Denkmal.

Kommentar

Späte Rehabilitierung Genau 70 Jahre nach Kriegsausbruch will der Bundestag

# Von Verrätern zu Helden

Bundestag kassiert letzte NS-Militärurteile

Von Steffen Hebestreit, Boris Hinrichs und Hans Rüblich

**K**napp 65 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs sollen die letzten Opfer der NS-Justiz nun endlich rehabilitiert werden. Der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags will am heutigen Mittwoch den nötigen Gesetz zur Aufhebung der Urteile gegen so genannte Kriegsverräter zustimmen. In der voraussichtlich letzten Sitzung dieser Legislaturperiode wird der Bundestag das Gesetz am 8. September in Berlin noch verabschieden.

Der Umgang mit der NS-Militärjustiz und ihren Opfern ist ein trauriges Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte: Erst 2002 hatte der Bundestag die Deserteure des Zweiten Weltkrieges rehabilitiert, dabei aber so genannte Kriegsverräter ausgeschlossen, die nach Paragraph 91b des Reichsstrafgesetzbuchs wegen Kriegsverrats zum Tode verurteilt worden waren. Sie blieben ausgespart, weil befürchtet wurde, dass auf diese Weise auch Soldaten rehabilitiert werden könnten, die durch ihre Verhaltungen anderen Kameraden geschadet hätten. Unklar war überdies, was die NS-Justiz eigentlich als Kriegsverrat betrachtete.

**Die Linke forderte 2006 die Rehabilitierung – das Gesetz darf sie nicht mit einbringen**

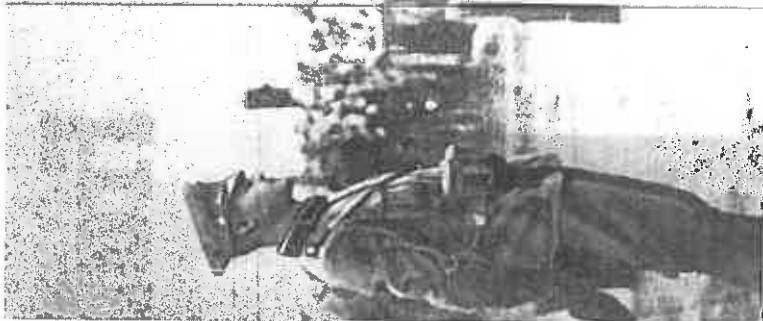
Im Herbst 2006 brachte die Linke-Fraktion das Thema erneut auf. Ihr Gesetzesentwurf sah vor, diese letzten NS-Urteile pauschal aufzuheben. Jan Körte (Linke) und seine Mitarbeiter stützten sich dabei auf neuere Forschungen des Freiburger Historikers Wolfram Wette, wonach die wegen Kriegsverrats zum Tode Verurteilten in der Regel einfache Soldaten waren, die etwa Juden geolten, sich

kritisch über das Hitler-Regime geäußert oder Kriegsgefangene und Gräben leuchteten Wetters Argeunte ein.

**Die Unionsfraktion setzte sich lange für eine Prüfung jedes Einzelfalles ein**

Nur der Union ging eine pauschale Rehabilitierung zu weit. Sie fordert eine Prüfung jedes Einzelfalles. Dazu hätten aber alle Urteile der Feldgerichte untersucht werden müssen – etwa 180 000 Akten. Neben vielen Fehlurteilen hätte es auch berechnete Schuldsprüche gegeben, argumentierten CDU/CSU. „Es gab immer wieder Fälle, in denen jemand davon gelassen ist und dem damaligen Feind gesagt hat, wo die Stellungen, der eigenen Kameraden sind“, behauptete etwa Norbert Geis, Mitglied der CSU im Rechtsausschuss.

„Was kann denn überhaupt hochverratsfähig gewesen sein bei einem Vernichtungs- und Aufrüstungskrieg?“, wandte Linkspolitiker Körte ein. „Das ist ein Akt der Selbstverleumdung gewesen, um Menschenleben letztlich zu retten. Schon allein deshalb müssten alle Kriegsverräter rehabilitiert werden. Zudem müsste es zu dem Tode im Krieg zu verkürzen.“ Die politische Debatte stagnierte lange. Erst ein Gutachten der Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) beim früheren Verfassungsrichter Hans Föhrer Klein in Auftrag gegeben hatte, brachte neue Dynamik. Klein entlarvte den Kriegsverrats-Paragrafen von 1934 als ein Instrument der NS-Justiz, das es erlaubte, willkürlich nahezu jedes missliebige Verhalten mit dem Tode zu bestrafen.

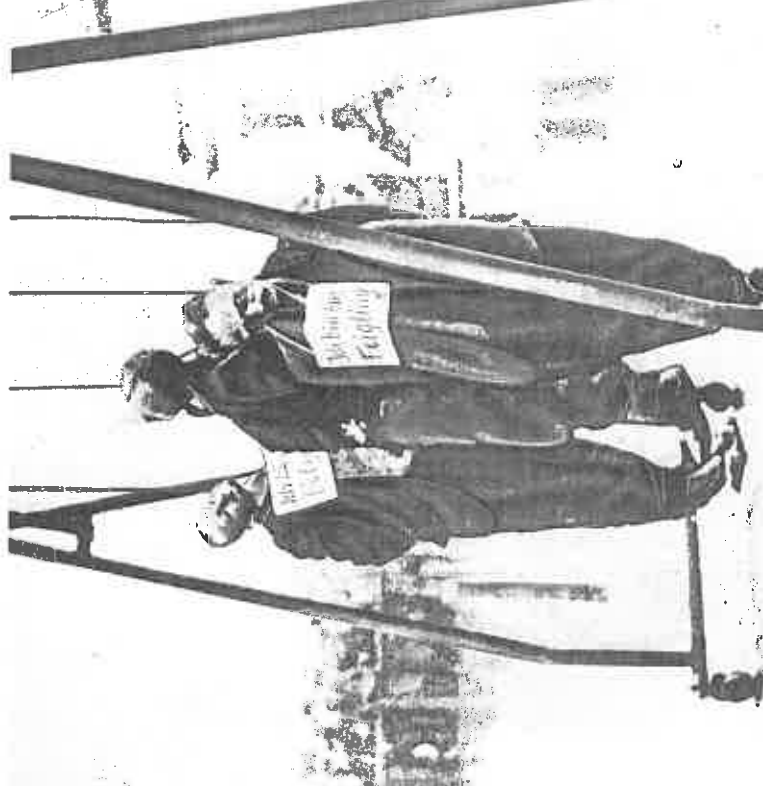


Als „Feiglinge“ gehängt: Die Militärjustiz

fen. Zudem sei dieser Paragraf mit rechtsstaatlichen Grundsätzen absolut nicht vereinbar.

SPD, Linke, Grüne und auch Teile der FDP drängten nun, im Frühsommer 2009, auf eine rasche Aufhebung der Urteile. Doch die Union zauderte noch. Der CSU-Politiker Geis wandte sich strikt gegen diese Pläne. Erst als SPD, Grüne und Linke einen fraktionsübergreifenden Antrag einbrachten, den mehrere Unionsleute unterstützen, schwankte die Fraktions Spitze um. Innerhalb weniger Stunden vereinbarten Volker Kauder (CDU) und Peter Struck (SPD) den nun vorliegenden Gesetzesentwurf, den Grüne und FDP mit einbringen. Einziges

die Urteile gegen sogenannte Kriegsverräter aufheben. 1. Jahrelang hatten die politischen Parteien über das Gesetz gestritten.



der Nazis ließ 20 000 Menschen hinrichten

Zugeständnis an die Union: Die Linke darf den Antrag, für den sie jahrelang gestritten hat, nicht mit in den Bundestag einbringen.

Der frühere Richter am Oberlandesgericht Braunschweig, Helmut Kramer, der sich seit Jahren dafür einsetzt, die Opfer der NS-Militärjustiz zu rehabilitieren, spricht von einer guten Nachricht, dass sich die Politik nun endlich habe. Mit Blick auf den Verlauf der Debatte und die lange Verzögerung in dieser Legislaturperiode sei es aber eine „Schande“, wie die große Koalition mit dem Thema lange umgegangen sei und sich vor der Entscheidung gedrückt habe, kritisiert Kramer.

# Kämpfer für die verlorene Ehre

Die Mission des Deserteurs Ludwig Baumann

Von Hans-Hermann Körtje

Eine erstaunliche Stimme hat sich in der jüngsten, eher wie die eines Mannes, der 88 wird in diesem Jahr. Immer wieder, unermüdet, hat sich Ludwig Baumann in seiner Sache zu Wort gemeldet, bei Podiumsdiskussionen, auf Demos, vor parlamentarischen Gremien. Die Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz – dafür kämpft Baumann seit rund zwei Jahrzehnten. Ein schmächtlicher Mann, ein sanfter Lobbyist – aber hartnäckig und unerschrocken. Sein Engagement ist keineswegs nur rückwärtsgewandt, Baumann redet auch den heutigen Soldaten in Gewissen, wenn er bei Presseveranstaltungen spricht: „Leister Widerstand, wenn ihr Befehle bekommt, denen ihr im zivilen Leben nicht folgen würdet.“

Ohne eine große Organisation im Rücken, mit 40 Mitarbeitern, meist ehemalige Deserteure, von denen inzwischen viele gestorben sind, gründete er 1990 die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz. Zuvor hatte sich Baumann in Bremen für ein Deserteursdenkmal eingesetzt.

Durch seine beständige Arbeit, unterstützt von Historikern und Leuten aus der Friedensbewegung, erbrachte die Öffentlichkeit endlich mehr über die Todesmüllde der Wehrmachtsjustiz: Rund 30 000 Deserteure, Verweigerer und sogenannte Kriegsverräter wurden zum Tode verurteilt, geschätzte 20 000 tatsächlich hingerichtet. Sie galten in der Bundesrepublik als „rechtskräftig vorbestraft“, blieben kriminalisiert, obwohl sie sich der NS-Mordmischerte widergesetzt hatten.

Baumann hat auch einen Mentalitätswandel mit angefochten: Die Deserteure als „Feiglinge“ und „Vaterlandsverräter“ in die Ecke zu stellen, gehört nun nicht mehr generell zum guten Ton. Inzwischen wird der Widerstand der

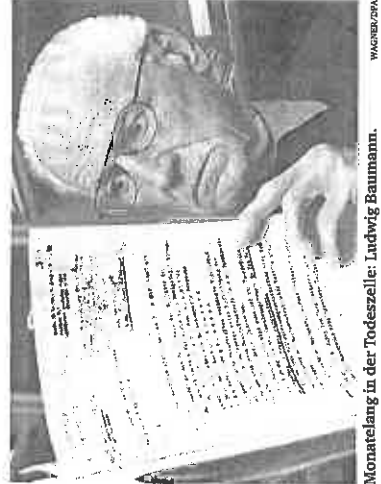
„Wehrkraftzersetzer“ zunehmend anerkannt.

Baumann war 1942 gemeinsam mit einem anderen Soldaten in Bordeaux desertiert. Sie wollten fliehen – über den unbesetzten Teil Frankreichs nach Marokko und dann nach Amerika. Nur ein paar Kilometer weit kamen sie. Baumann wurde zum Tode verurteilt, saß zehn Monate lang in der Todeszelle, bis er erfürte, dass seine Strafe in zwölf Jahre Zuchthaus umgewandelt worden war. Baumann kam ins KZ, ins Wehrmachtsgefängnis Torgau, ins Strafbataillon. Er überlebte, sein Freund Kurt Oldenburg nicht.

**Wer sich der Mordmischerte widersetzte, blieb auch nach dem Krieg kriminalisiert**

1998 erreichte Baumann, der sich in den 80er Jahren der Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung angeschlossen, nach langem Drängen einen echten Durchbruch: Der Bundestag beschloss – noch unter Schwarz-Gelb – die Aufhebung der NS-Unrechtsurteile. 2002 wurde das Gesetz dann so erweitert, dass es keine „Einzelfallprüfung“ mehr geben musste. Doch auch unter Rot-Grün war es nicht einfach, diese pauschale Rehabilitierung durchzusetzen, da die Regierung gerade die Bundeswehr in Auslandseinsätze schickte. Und so blieben die Kriegsverräter ausgespart – der Kampf um die verlorene Ehre musste weitergehen.

„Kriegsverräter“, das waren Menschen, die Juden versteckten, die Kriegsgefangenen halfen, die in den Parisaenen „überleben“. Fast 70 Jahre nach dem Beginn des zweiten Weltkriegs will der Bundestag jetzt auch ihre Rehabilitierung beschließen. Er spürt eine „amenliche Erleichterung“, dass unser späterer Traum nun wohl in Erfüllung gehen wird“, sagt Ludwig Baumann.



Monatelang in der Todeszelle: Ludwig Baumann.

Augsburger Allg.  
8. Sept. 2009

Thema des Tages

# Später Triumph

**Geschichte** Ludwig Baumann (87) kämpfte lange für die Rehabilitierung von Kriegsverrätern. Heute wird sie vom Bundestag beschlossen

VON ECKHARD STENGEL

**Bremen** Ludwig Baumann hat fast immer eine Tasche mit kopierten Dokumenten zu seinem Lebensthema dabei: zur Rehabilitierung von Wehrmachtsdeserteuren und „Kriegsverrätern“. Trifft der 87-jährige Bremer dann zufällig Bekannte oder Journalisten, kann er die neuesten Bundestagsdrucksachen oder Baumann-Porträts aus der internationalen Presse gleich unters Volk bringen, mit bescheidenem Lächeln.

Freundliche, aber hartnäckige Lobbyarbeit im Kleinen wie im Großen: Das ist das Markenzeichen des drahtigen Rentners. Am heutigen Dienstag kann er die Früchte seines fast zwanzigjährigen Einsatzes ernten: Der Bundestag will nach den NS-Urteilen gegen Wehrmachtsdeserteure jetzt auch die Strafen für alle sogenannten Kriegsverräter nachträglich pauschal aufheben – 64 Jahre nach Kriegsende.

Es ist ein später Triumph für den Träger des Aachener Friedenspreises. 1942 war Baumann selber von einem Militärgericht wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt worden. Er hatte den Krieg nicht länger mitmachen wollen. Erst nach vier Monaten bangen Wartens in der Todeszelle erfuhr er, dass er „begnadigt“ worden war: Sein Todesurteil wurde in eine zwölfjährige Haftstrafe umgewandelt.

## Er holte die Deserteure aus ihrem schamhaften Schweigen

Bis zur Befreiung durch die Russen litt Baumann drei Jahre lang in KZ-Lagern, im berühmten Wehrmachtsgefängnis Torgau und im Strafbataillon 500. Danach war er für Jahre ein gebrochener Mann. Doch später begann er, sich in der Friedensbewegung zu engagieren und die Deserteure aus dem schamhaften Schweigen herauszuholen.

1990 gründete Baumann mit 30 anderen Wehrmachtsdeserteuren,



Ludwig Baumann am Bremer Denkmal für den „Unbekannten Deserteur“: Er hat erreicht, dass „Kriegsverräter“ der NS-Zeit rehabilitiert werden. Foto: epd

Wehrkraftzersetzer und Kriegsverrätern die „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“. Sie wollten nicht länger als vorbestraft gelten. Die Politik sollte endlich anerkennen, dass es sich bei Hitlers Fahnenflüchtigen um NS-Verfolgte handelte. Mindestens 30 000 Todesurteile hatten die Militär Richter gegen Deserteure, „Wehrkraftzersetzer“ und „Kriegsverräter“ ver-

## „Kriegsverrat“

Militärhistorikern und einem Gutachten des früheren Verfassungshüters Hans Hugo Klein zufolge nutzten die NS-Militär Richter den rechtswidrig auch auf Zivilisten angewandten Vorwurf des „Kriegsverrats“ als Instrument einer erbarmungslosen Gesinnungsjustiz. Schon die Unterstützung von Juden und Kriegsgefangenen, eine politisch missliebige Gesinnung oder Schwarzmarktgeschäfte reichten bereits aus, um den Betroffenen wegen angeblicher „indirekter militärischer Folgen“ als „Kriegsverräter“ zum Tode zu verurteilen. (afp)

hängt. 20 000 davon wurden vollstreckt. Die meisten anderen Verurteilten starben in KZs oder Straflagern. Nur wenige Hundert überlebten. Ihnen ihre Ehre zurückzugeben forderten Baumann und seine Mitstreiter jahrelang vergeblich.

Erst 1998 rang sich die damalige schwarz-gelbe Koalition dazu durch, die Deserteursurteile grundsätzlich als Unrecht einzustufen. Doch sollte dies nicht für alle Verfahren gelten, so dass den Betroffenen eine Einzelfallprüfung drohte. Also warben Baumann und seine Unterstützer weiter für eine pauschale Rehabilitierung. Die wurde schließlich 2002 von der rot-grünen Koalition und der damaligen PDS beschlossen – aber wieder mit einer, diesmal kleineren Ausnahme: Nicht automatisch aufgehoben wurden Urteile wegen „Kriegsverrats“.

Baumann musste weiter bangen. Am Ende kam ihm ein früherer CDU-Bundestagsabgeordneter und Ex-Verfassungsrichter zu Hilfe: In einem Gutachten bezeichnete Hans Hugo Klein den „Kriegsverrat“-Paragraphen als rechtsstaatswidriges Instrument zur unnachsichtigen Verfolgung von Nazi-Gegnern.

## Die meisten Betroffenen leben heute nicht mehr

Nach all diesen Erkenntnissen mochten sich auch Konservative nicht länger einer Rehabilitierung widersetzen. So einigten sich schließlich Große Koalition, Grüne und FDP auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf für die heutige Bundestagsitzung.

Was Baumann dabei wurmt: Ausgerechnet die Linke, die ihn stark unterstützt hatte, durfte den Antrag nicht mit unterschreiben – sonst hätte die Union nicht mitgemacht. Und noch etwas trübt Baumanns Bilanz: Von den wenigen Kriegsgegnern, die ihre Verurteilung überlebt haben, sind während des jahrelangen Politikerstreits auch noch die meisten weggestorben.



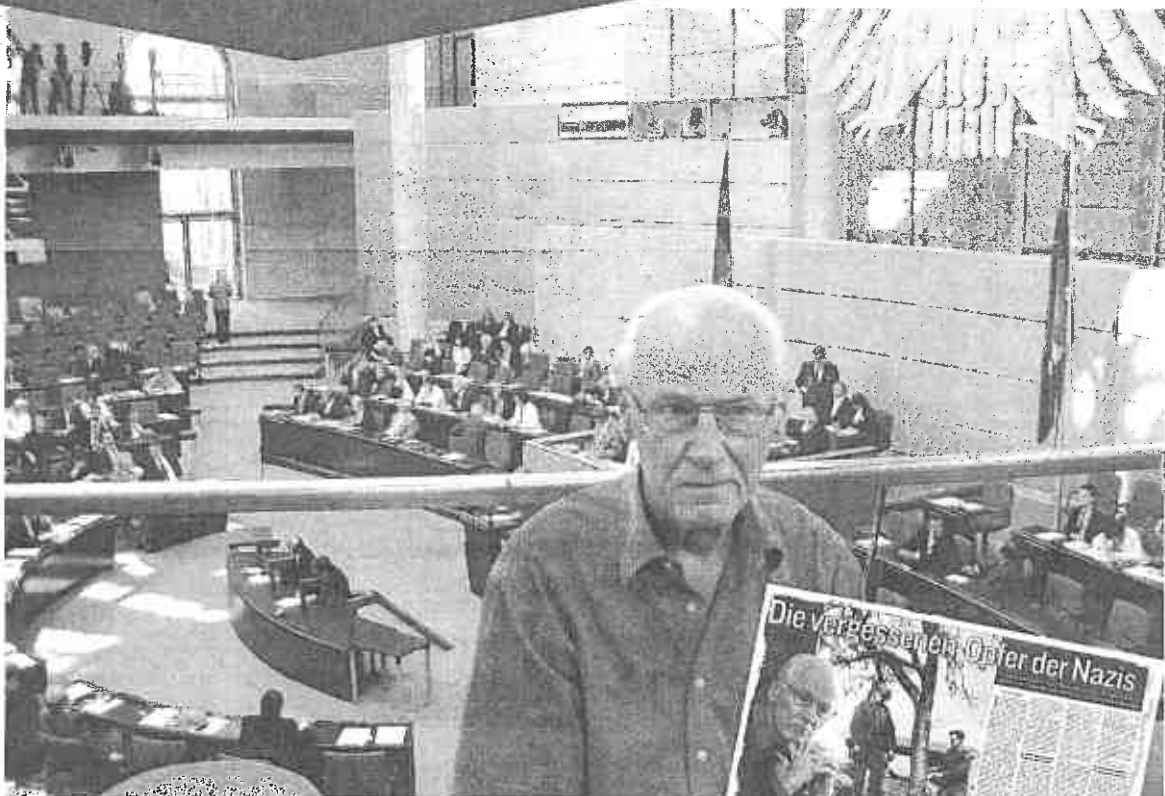
# „Kriegsverräter“ rehabilitiert Auf diesen Moment hat Ludwig Baumann 64 Jahre gewartet

Von Nazi-Richtern einst verurteilt, erhielt er jetzt seine Ehre zurück

Berlin Ein flüchtiges Lächeln huscht ihm übers Gesicht, die wachen Augen funkeln, nur seine Stimme ist „wegen der Aufregung“ etwas heiser. Ludwig Baumann (87) sagt: „Ich hätte nicht gedacht, dass ich das noch erleben kann.“ Es ist 17.24 Uhr. Baumann sitzt auf der Tribüne im Deutschen Bundestag und in diesem Moment beschließen die Fraktionen die Rehabilitierung der von Nazi-Richtern verurteilten „Kriegsverräter“.

**30 000 Todesurteile,  
20 000 Hinrichtungen**

Jahrzehntelang kämpfte Baumann für die Wiederherstellung der verlorenen Ehre von Soldaten der Wehrmacht, die im Zweiten Weltkrieg desertieren, sich verweigerten. Er sprach vor parlamentarischen Gremien, bei Podförmigen Diskussionen. Er war selbst Deserteur, sagt: „Wir waren nicht kriminell, keine Feiglinge, Drückeberger oder Kameradenschweine. Hätte es mehr von uns gegeben, wäre der Krieg si-



Ludwig Baumann (87) auf der Besuchertribüne im Bundestag kurz vor der Abstimmung. Ihm ist die Anspannung anzusehen. Rechts: So berichtete der KURIER am Sonntag. Foto: Sibach

cher früher beendet worden. Millionen Opfer hätten nicht sterben müssen.“ Baumanns Mission ist endgültig erfüllt.

30 000 Menschen hatte die „NS-Militärjustiz“ zum Tode verurteilt (auch Baumann), 20 000 von ihnen tatsächlich hingerichtet. Erst 1998 hob der Bundestag das NS-Unrecht auf, 2002 entfiel die Einzelfallprüfung. Die 86 „Kriegsverräter“ blieben jedoch ausgespart. CSU-Rechtsexperte Norbert Geis behauptete noch 2007, dass sie auch nach „heutigen Maßstäben verwerflich gehandelt“ und in einer „verbrecherischen Weise den eigen-

en Kameraden geschadet“ haben.

Das sehen Historiker inzwischen anders. Sie fanden in den „Kriegsverräter“-Akten keinen einzigen Fall von „Plünderungen“ oder „Fledderei“. Stattdessen nur die Verurteilungen von

**„Ich bin glücklich, aber auch ziemlich wütend.“**

zumeist einfachen Soldaten, die Juden halfen, das Hitler-Regime ablehnten oder den Widerstand unterstützten.

Das Votum jetzt im Bundestag war einstimmig. Abgeordnete

Christine Lambrecht (SPD):

„Der Beschluss kommt angesichts der Zeit für die meisten Betroffenen zwar zu spät, ist aber trotzdem wichtig für die Angehörigen.“ Laut Baumann sind alle „Kriegsverräter“ tot. Über ihre Verwandten sei nichts bekannt: „Ich bin dennoch glücklich, aber auch wütend.“ Denn unterstützt hatte ihn in den vergangenen Jahren nur die Fraktion der Linken. CDU, SPD und FDP schalteten sich erst nach öffentlichen Diskussionen ein. Baumann nennt das 64 Jahre nach Kriegsende „heuchlerisch“ und eine „Schande“.

Jetzt ist es 17.55 Uhr. Baumann trinkt Kaffee, die Anspannung fällt von ihm ab: „Das war ein schwerer, aber schöner Tag für mich. Ich werde noch bummeln, eine Suppe essen, früh

**Jetzt kämpft Baumann um ein Denkmal**

ins Bett gehen.“ Zur Ruhe setzen wird er sich nicht. Schon heute kämpft er weiter. Diesmal in Torgau (Sachsen). Um Geld für ein Denkmal. Es soll einen desertierten Soldaten zeigen... **SCHA**

... Deutschland wählt ...  
Sie fragen  
Politiker antworten:  
Thomas de Maizière  
CDU



Do., 10.9., 19.30 Uhr, Berliner Verlag  
K. Liebigweg 57, 10178 Berlin  
Eintritt frei

**Berliner Zeitung**  
SO Liest BERLIN

**Kehrenbürger  
gesucht!**

Werde kehrenbürger und hilf  
beim Bau der Freiwildentzoo  
am 12.09.2009. Infos unter  
kehrenbuergersuche.de

CSU

# Zehn Monate auf den Tod gewartet

**GESCHICHTE** Ludwig Baumann überlebte KZ und Strafbataillon / Verleger August Bonness von Nazis ermordet

Tausende starben durch die Justiz der Wehrmacht. Gestern wurde im Potsdamer Bahnhof eine Ausstellung zu ihren Ehren eröffnet.

Von Sebastian Scholze

**MITTE** | Die Stimme wird langsam immer leiser, als Ludwig Baumann berichtet. „Manchmal, wenn wir neue Kleidung erhielten, haben wir die Löcher gesehen – ein kleines vorn, ein großes hinten“, erinnert sich der 88-Jährige. „Dann wussten wir, dass sie wieder einen erschossen haben.“

Sie, das sind die Bewacher des Häftlings Baumann. Weil er Hitlers Krieg gründlich satt hatte, versuchte der Matrose damals, gemeinsam mit einem Freund aus dem besetzten Bordeaux in Frankreich zu fliehen. Zuerst sollte es nach Spanien, dann nach Nordafrika, schließlich in die Vereinigten Staaten gehen.

Doch das Duo wird geschleppt. Beide werden zum Tode verurteilt, warten nur noch auf die Hinrichtung. „Zehn Monate saß ich in der Todeszelle, an Händen und Füßen gefesselt. Immer, wenn ich morgens die Wachen hörte, dachte ich, jetzt kommen sie mich holen.“

Doch Baumann wird begnadigt; er überlebt Konzentrationslager und Strafbataillon –

**Verleger half den Nazis nicht und wurde ermordet**

ein langer Lazarettaufenthalt rettet ihm wahrscheinlich das Leben. Als einer der letzten Zeitzeugen hat er sich seit den Achtziger Jahren für die Rehabilitierung der Deserteure und anderer von der Wehrmachtsjustiz Verurteilter eingesetzt. Gestern wurde in seinem Beisein die Ausstellung „Was damals Recht war...“ in den Bahnhofspassa-

gen Potsdam eröffnet. Die Schau thematisiert auf sehr ergreifende Weise das tragische Schicksal derer, die wegen „Wehrkraftzersetzung“ oder „Kriegsverrat“ in die Fänge der Nazi-Justiz gerieten und dafür zu Tausenden hingerichtet wurden.

Als Besonderheit hat der Potsdamer Verein zur Förderung antimilitaristischer Tradition für die Wanderausstellung die Schicksale von Menschen aus der Region erfor-

schten lassen. Historikerin Al-muth Püschel wälzte die Akten zu August Bonness, einem Verleger aus Potsdam. 1890 geboren, übernahm er 1917 den väterlichen Verlag. Bonness war den Nazis gegenüber nicht nur distanziert, sondern lehnte es sogar ab, mit seinem Verlag ihre Propaganda zu unterstützen. Weil er sich in der Potsdamer Kasino-Gesellschaft gegen den Krieg ausgesprochen hatte, wurde er im August 1943 ver-

haftet und vom Volksgerichtshof unter Vorsitz des berühmten Roland Freisler zum Tode verurteilt. Am 4. Dezember 1944 starb der Verleger im Zuchthaus Brandenburg unter dem Fallbeil. Eine Straße im Bornstedter Feld trägt heute seinen Namen.

**Info** Die Ausstellung läuft bis zum 7. April, täglich von 9.30 bis 20 Uhr; am Wochenende von 10 bis 18 Uhr. Der Eintritt ist kostenlos. Führungen unter ☎ 270 24 26. Ludwig Baumann spricht am 8. und 9. März vor Schülern über seine Erlebnisse.



Ludwig Baumann bei der Eröffnung der Ausstellung „Was damals Recht war ...“ in den Bahnhofspassagen.

FOTO: S. SCHOLZE

Hannoversche Allg. Zeitung

21.4.2010

ZU GAST IN HANNOVER

## Der Kämpfer

Als Deserteur wurde **LUDWIG BAUMANN** noch lange nach Kriegsende beschimpft. Erst spät erfuhr er Gerechtigkeit.

Der Erinnerung traut er nicht, auch nicht der eigenen. „Es ist ein Irrtum zu glauben, man würde wirklich wissen, wie es damals war – was man gedacht oder getan hat“, sagt Ludwig Baumann. Inzwischen sehen die meisten Deutschen in seiner Geschichte wohl eine Heldengeschichte. Seine Erinnerung könnte diese zum heroischen Akt des Widerstands gegen die Nazis schönfärben. Aber dafür ist Baumann zu skeptisch. „Ich war damals wohl eher unpolitisch. Ich wollte wohl einfach den Krieg nicht mitmachen“, sagt er.

Ludwig Baumann sitzt im Leibniz-Haus. Gleich soll er beim Symposium zum 80. Geburtstag des Rechtshistorikers Helmut Kramer sprechen. Oft hat er seine Geschichte schon erzählt, er hat ja einen vollen Terminplan: Gespräche mit Schülern, Ausstellungenseröffnungen – er ist ständig unterwegs. Ein wenig scheint er das Interesse an seinem Schicksal sogar zu genießen, umso mehr, als es dieses nicht immer gab. Unermüdet und vital wirkt er, hellwach und präsent, wenn er von früher erzählt. Ein junger Mann von 88 Jahren.

Damals, 1942, war er Marinesoldat in Bordeaux, und mit einem Kameraden

fasste er den Entschluss abzuhaufen. Über Marokko in die USA. Franzosen besorgten ihnen Zivilkleidung und fuhren sie mit einem Lieferwagen an die Grenze zum unbesetzten Teil Frankreichs. Nur wenige Meter davor wurden sie von einer deutschen Zollstreife geschnappt und zur Wache abgeführt. „Anfangs hielten sie uns für harmlose Franzosen, dabei hatten wir Pistolen in der Waffenkammer geklaut“, sagt Baumann. „Wir hätten sie erschließen und fliehen können. Aber wir konnten es nicht.“

Der Prozess, in dem er zum Tode verurteilt wurde, dauerte nicht einmal eine Stunde. „Die Flucht von der Fahne ist und bleibt das schimpflichste Verbrechen, das der deutsche Soldat begehen kann“, hieß es im Todesurteil – einem von 30 000 der NS-Militärjustiz. Zehn Monate lang saß Baumann gefesselt in der Todeszelle. „Inmer, wenn ich die Wachen hörte, dachte ich, sie kommen, um mich zu holen.“ Dass er zu Zuchthaus begnadigt war, verschwieg man ihm lange. Das war vielleicht die perfideste Form von Folter. Er kam ins Gefängnis nach Torgau, später in ein Strafbataillon an der Ostfront, überlebte mit einem Schulterdurchschuss im Lazarett. „Doch das Grauen der Todes-



zelle holt mich manchmal noch heute in meinen Träumen ein“, sagt er. Der Krieg, aus dem er fliehen wollte, gibt ihn nicht frei, noch immer nicht.

Kaum ein Wort gebraucht der Deserteur heute so häufig wie Kampf. Er meint den Kampf, der für ihn 1945 erst begann. Ein Kampf, bei dem Politisches und Persönliches für ihn teils in eins fielen. Denn Kriegserzählungen wie seine brachten damals keine Ehre ein bei Betriebsfeiern oder Familientreffen. „Ich wurde als Feigling beschimpft, als Kameraden-schwein und Vaterlandsverräter“, sagt er. Er fing an zu trinken, verzehrte das Erbe seiner Eltern. Seine unglückliche Frau starb 1966 bei der Geburt des sechsten Kindes. Erst nach diesem Schock fasste er allmählich wieder Fuß. Und irgendwann

nahm er dann den Kampf auf. Wir sind fast verzweifelt an diesem Staat“, sagt er. „Der Zynismus der Behörden, die uns Geschlechtslich verweigerten, machte krank.“ Schließlich gründete er 1990 mit 37 Betroffenen die „Bundesvereinigung Opfer der Militärjustiz“ – Deserteure, Kriegsdienstverweigerer, Wehrkraftzersetzer. Gemeinsam kämpften sie um Anerkennung, um die Aufhebung ihrer Unrechtsurteile. Er schrieb Politikern, führte Diskussionen, stritt für Denkmäler. Viele der 37 starben während dieses Kampfes. Er erlebte als Einziger noch mit, wie der Bundesstag 2009 die letzten „Kriegsverräter“ rehabilitierte.

Ludwig Baumann wurde Zeuge der Umwertung aller Werte unter den Nazis, die Unrecht zu Recht machten. Und er

wurde Zeuge, wie sich das gesellschaftliche Klima allmählich erneut drehte – zu seinen Gunsten und auch dank seiner Hartnäckigkeit. Vor einigen Jahren ist die öffentliche Meinung auf seiner Seite angekommen. In Köln war er kürzlich bei der Eröffnung eines Denkmals für Deserteure dabei. „Eine Genußnahme ist das schon“, sagt er, und für einen Moment lächelt er. Doch er lächelt nicht oft, und er ist auch nicht der Typ, der sich jetzt im Bewusstsein des Erreichten zurücklehnen würde.

„Es geht mir besser, wenn ich kämpfen kann“, sagt der agile 88-Jährige. Vielleicht ist er auch deshalb so jung geblieben. Oft, sagt er, würden Kriegstraumatisierte depressiv im Alter. „Wenn sie körperlich nicht mehr können und die Erinnerungen hochkommen.“ Er selbst geht nachts oft spazieren, daheim in Bremen. Er fährt viel Rad. Er zieht gegen den Bundeswehreinsetz in Afghanistan zu Felde. Im Mai wird in Torgau eine Gedenkstätte für NS-Opfer eröffnet, die zugleich an Opfer des Sowjetregimes erinnert, „darunter auch Nazis“, wie er sagt. „Da muss ich schon hin“, sagt er. Denn er will in Torgau protestieren. „Wir kämpfen weiter.“ SIMON BENNE

# TORGAUER ZEITUNG

20 JAHRE HEIMATZEITUNG

MONTAG, 10. MAI 2010 • 11. JAHRGANG • NR. 107

AMTSBLATT DER STADT TORGAU

PREIS: 0,90 EURO, F 2373



Ludwig Baumann am neuen Mahnmahl in Torgau. Links im schwarzen Kostüm Ministerin Schorlemer. Foto: TZ/Gutzeit

## „Eine würdige Veranstaltung“

Stiftung Sächsische Gedenkstätten übergibt Gedenkort am Fort Zinna – Militärjustizopfer protestieren

Von UWE GUTZEIT

**Torgau (TZ).** Bei der Enthüllung eines Mahnmals für die Opfer der NS-Militärjustiz in der Gedenkstätte Fort Zinna ist es gestern Nachmittag zu einem Eklat gekommen. Ludwig Baumann, der Vorsitzende der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e. V., protestierte am Rednerpult vor den über 100 Teilnehmern erneut gegen die Gesamtgestaltung der Gedenkstätte und forderte Änderungen und Richtigstellungen auf einer Texttafel. Laut Sachsens Wissenschafts- und Kunstministerin Sabine von Schorlemer (parteilos), Vorsitzende des Stiftungsrates der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, soll die Gedenkstätte an die Leiden der Opfer der NS-Militärjustiz, der sowjetischen Speziallager nach 1945 und der Opfer

der politischen SED-Justiz bis 1989 erinnern. Die Bundesvereinigung der Opfer der Wehrmachtjustiz wendet sich aber nach wie vor vehement dagegen, dass in Fort Zinna zugleich der NS-Opfer als auch der des sowjetischen Speziallagers gedacht werde.

Der von der Arbeitsgemeinschaft Martin Bonnis (Berlin) und Berthold Weidner (Stuttgart) gestaltete Gedenkort erinnert auf einem Areal, aber in zwei verschiedenen Bereichen, an die Opfer unterschiedlicher Diktaturen vor und nach der Zäsur des Jahres 1945. Die beiden Gedenkbereiche sind durch einen gemeinsamen Naturstein-Bodenbelag und durch ästhetisch korrespondierende Gedenk- und Informationstafeln miteinander verbunden. Zugleich sind sie durch Farbigkeit des Steins, durch Textur und Geometrien der Boden-

flächen sowie eine Hainbuchenhecke voneinander unterschieden. Zur Erinnerung an die Opfer der NS-Militärjustiz wurde gestern eine Figurengruppe des Rostocker Bildhauers Thomas Jastram enthüllt. Ein 1992 errichtetes Holzkreuz auf der gegenüberliegenden Seite würdigt die Opfer der Torgauer Speziallager und der politischen Justiz der kommunistischen Diktatur in der DDR.

Ludwig Baumann kritisierte vor allem, dass das Gedenken an die Opfer der sowjetischen Speziallager auch Kriegsrichter und Gestapoleute einschließt, die vor 1945 für Tausende Todesurteile, Folter und Demütigung von aufrechten Menschen verantwortlich waren, die auf der anderen Seite der Gedenkstätte geehrt werden sollen. Er forderte, diesen Fakt in die Texttafel aufzunehmen, was ihm

im März 2010 auch zunächst zugesichert wurde, dann aber nicht erfolgte. Baumann bezeichnete die Erinnerungsstätte als „Schandmal“. Nach Angaben der Gedenkstätten-Stiftung führten zeitliche Probleme dazu, dass eine Formulierung, auf die sich der Opferverband und ein Vertreter des Stiftungsrates geeinigt hatten, nicht mehr auf der neu gefertigten Tafel angebracht werden konnte.

In mehreren Interviews nach der Veranstaltung erklärte Sabine von Schorlemer, dass man natürlich die Arbeit zur Aufklärung über Täter weiterführen werde. Sie schloss auch Ergänzungen oder Änderungen auf den Tafeln nicht aus, wenn diese auf der Basis wissenschaftlich gesicherter Erkenntnisse beruhten. Zu den „Misstönen“ befragt, sagte Schorlemer: „Es war eine würdige Veranstaltung.“



Jetzt gibt's Skandal. Die sächsische Antifa-Jugend entrollt ihre Transparente. Auf einem steht: »Das Problem heißt NS-Relativierung. Gegen die Gleichsetzung von NS und DDR«. Das zweite Tuch zeigt Marlene Dietrich, dazu ihr Fluch: »Deutschland! Nie wieder!« Ein klarer Fall für die Polizei. Zwei Gesetzeshüter schreiten ein: Nähmisse das runter! Nein. Meinungsfreiheit.

Sindse überhaupt eingeladen?

Wir sind Teilnehmer.

Könnte das nachweisen?

Wir nehmen teil.

Weisense sich bitte aus!

Wir nehmen an dieser öffentlichen Veranstaltung teil.

Die Staatsmacht seufzt. Marlene Dietrich und die Antifa dürfen bleiben, falls sie Ruhe halten. Doch der Skandal kommt ...

Wir sind in Torgau. Hier, an der Elbe, begnügen sich am 25. April 1945 US-amerikanische Truppen und die Rote Armee. Die Brüder, auf der sich GI Bill Robertson und Sergeant Nikolaj Andrejew fotogen die Hände reichen, existiert nicht mehr. Torgau gedenkt trotzdem gern des *Elbe Day*. Noch lieber heißt das Reinsassensstädtchen »Amme der Reformation« und schmückt sich mit Luther und Katharina von Bora. Am Markthotel Zum goldenen Anker nennt eine Plakete den Quartiergast Napoleon. Der ließ elbwärts ein mächtiges Fort errichten.

Fort Zinna: Schreckenswort. Das NS-Regime betrieb hier ein KZ-artiges Wehrmacht-Gefängnis. Seit dem 18. August 1943 wütere in Torgau das aus Berlin evakuierte Reichskriegsgericht. Dieses nationalsozialistische Terror-Organ fällte massenhaft Todesurteile, allein 30 000 gegen Deserteure. Über 20 000 wurden vollstreckt, etwa tausend in Fort Zinna. Wir waren vor neun Jahren hier; in Begleitung von Ludwig Baumann. Der zierliche alte Herr aus Bremen führte uns in den Wallgraben, wo er mehrfach Erschießungen beobachtet hatte. »aus erzieherischen Gründen«. Baumann war 1941 in Frankreich desertiert, weil er nicht töten konnte – auch nicht die Wehrmacht-Parouille, die ihn stellte. Todesurteil, Begnadigung zu 15 Jahren Zuchthaus, was man ihm monatelang verschwiegen. Hat in Torgau, dann Strafbataillon. Dank etlicher Wun-

der lehrte Baumann heim. Der Vater umarmte nicht seinen fast verlorenen Sohn, diesen Schandbuben. In der jungen Bundesrepublik genoss Baumann, für DDR-Geborene kaum vorstellbar, den Sozialstatus Verräter, Volksschädling, Kameradenschwein. Völlig rehabilitiert wurden Wehrmacht-Deserteure erst 2009. Baumann soff. Dann starb die Frau bei der Geburt des sechsten Kindes. Baumann fing sich, suchte Schicksalsgenossen und wurde Sprecher der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz. Es leben nur noch sehr wenige, für die Baumann sprechen kann, heute in Torgau, am 9. Mai 2010.

Am Fort Zinna wird ein Mahnmahl eingeweiht. Baumann, nun 88 Jahre alt, hat lange dafür gekämpft und wirkt doch nicht froh. Der Gedenkort ist geteilt, wie Fort Zinnas Geschichte. Nach Kriegsende führte hier der sowjetische NKWD ein »Speziallager« für Nazis, Kriminelle, angebliche Werwölfe und zahlreiche Unschuldige. Viele kamen nach Sibirien oder wurden exekutiert. Die Opfer des Stalinismus schufen sich bereits 1992 eine Erinnerungssäule mit Kreuz, Stein und entsprechender Beschriftung. Baumanns Wehrmacht-Opfer sahen sich ausgespart und monierten, unter den nachmaligen Stalinismus-Opfern seien auch etliche ihrer Peiniger und Henker gewesen.

Es bräuchte ein mehrbändiges Werk, um den schier endlosen Nachwende-Kampf um Torgau zu dokumentieren. Konvolute von Papier wechselt zwischen den Opferverbänden, der Stiftung sächsische Gedenkstätten, dem Zentralrat der Juden, der evangelisch-lutherischen Kirche ... Nun ist der große Tag gekommen. Eine maien-grüne Buchenhecke trennt die konkurrierenden Gedenk-Areale. Getragene Musik erklingt, die leitende Sängerin Aulser Marija Petroni schmettert die *Schmerzen* aus Wagners *Wesendonck*-Liedern: *Sonne, weinet jeden Abend! / Dir die schönen Augen ins! / Wenn im Meerespiegel badend / Dich erreicht der frühe Tod. Nun ja, vielleicht doch lieber Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!* Ludwig Baumann und Sabine von Schorlemer, Sachsens Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, ziehen am weißen Tuch. Lebensgroß erscheint Thomas Jastrams Bronze: ein liegender Leib, beklagt von einer Frau. Still und klar ist diese Skulp-



## Mein Gedenken!

Wehrmacht-Deserteure und Stalinismus-Opfer streiten in Torgau um die Erinnerung an ihr Leid **VON CHRISTOPH DIECKMANN**

tur des individuellen Todes. Auf dem Granitsockel steht: NIE WIEDER KRIEG.

Dann spricht Baumann, aufgeregt: gegen den Afghanistan-Krieg, die Interessenpolitik der reichen Länder, die Rehabilitator der Nazi-Richter in der Bundesrepublik. Schandmal ruft Baumann. Die Schrifttafel verharmlöse und sei fehlerhaft, und der Arzt Friedrich Timm, dessen die Stalinismus-Opfer als »Engel von Torgau« gedenken, sei ein NS-Täter gewesen. Aufruhr. Ein alter Herr brüllt: Erzähl nicht so'n Mist! Rudolf Himrichs heißt er, Jahrgang 1929, siebeneinhalb Jahre Häftling für nichts, wie er sagt, Besitzer eines Kartons, aus dem er das Flugblatt »Die Unwahrheiten des Herrn Baumann« verteilt.

Viel Wahres wird gesprochen. Ministerin von Schorlemer zitiert Rudolf Bahros Forderung nach »Solidarität mit allem, was Menschenantiz trägt«. Der Historiker Joachim Scholtyseck beharrt auf Fakten und warnt vor mythisch überhöhtem Erinnern, wie es Regierungen lieben, zwecks Fundamentierung der jeweiligen Staatsideologie. Genießt deshalb das Stalinismus-Gedenken im christdemokratischen Sachsen spürbar Präferenz?

Fort Zinna: Ein Ort, zwei Geschichten. Übermalen sie einander? Schließen sie sich aus? Zweihundert Menschen teilen sich zur Blumenniedertagung. Jeder scheint hier Partei. Auf der Baumannschen Seite findet sich das schönere Mahnmahl, die größere Botschaft, die ursprünglichere Geschichte. Denn auch die kommunistische Diktatur im Osten Deutschlands begann unsäglich mit dem 30. Januar 1933. Ohne Hitler keine DDR.

Immer wieder hört man, Nazi- und SED-Diktatur ließen sich nicht vergleichen. Das ist falsch. Erst der Vergleich offenbart die enormen Unterschiede. Und hierin liegt die Gefahr: im Leichtenzählen, im gnadenlos generalistischen Blick, in der nachordnenden Minderwertung des Einzelgeschicks. Lässt sich Geschichte schreiben ohne Opfer-Hierarchie?

Jetzt liegt der Platz verwaist. Wir inspizieren die Blumengebände rechts und links der Hecke. Die Nachkriegsseite blüht etwas bunter. Auf der Kriegsseite leuchtet ein großer Rosenstrauch. Die Schleife nennt als Spender den Verband der Stalinismus-Opfer.

Samstag, 29. Mai 2010

**TORGAUER ZEITUNG**

Lokalgeschehen

## Opfer des Stalinismus ehrten Nazi



Rechts neben dem Holzkreuz für die Opfer von Gewaltherrschaft ließ der Vorsitzende der Torgauer Vereinigung der Opfer des Stalinismus, Rudolf Hinrichs, eine Ehrentafel für das ehemalige Mitglied der NSDAP, Prof. Friedrich Timm, aufstellen.

Foto: TZ/Gutzeit

*von unserem Redakteur Uwe Gutzeit*



**Torgau (TZ).** Von Außenstehenden kaum wahrgenommen, hat sich am Rande der Eröffnung des Gedenkortes am Fort Zinna am 9. Mai 2010 ein eklatanter Vorfall ereignet. Vorbei an allen anderen Beteiligten, vorbei an der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten, vorbei am Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst und erst recht vorbei an der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz hat die Vereinigung der Opfer des Stalinismus vor drei Wochen über Nacht eine für das Ensemble nicht vorgesehene Gedenktafel aufgestellt.

Diese ehrt den, von einigen „Engel von Torgau“ genannten, Professor Friedrich Timm,



welcher 1947 von einem sowjetischen Militärtribunal verurteilt und im Torgauer Speziallager interniert wurde. Dort soll er Mithäftlinge als Arzt aufopfernd unterstützt haben. Bereits 1996 hatte der Vorsitzende der Torgauer Vereinigung der Opfer des Stalinismus, Rudolf Hinrichs, erreicht, dass die Tafel gefördert, angefertigt und auf dem Evangelischen Friedhof aufgestellt wurde.

Von dort wurde sie einige Zeit später schleunigst wieder entfernt, als bekannt wurde, dass das NSDAP-Mitglied Timm 1938 auf den Lehrstuhl für Gerichtliche Medizin Jena berufen worden war und von dort aus unter anderem eine medizinische Doktorarbeit an den Buchenwald-KZ-Arzt Erich Wagner vergeben hatte. Der „untersuchte“ daraufhin 800 tätowierte Häftlinge, deren Haut schließlich zur Herstellung von Lampenschirmen Verwendung fand.

In einem Protokoll des Stiftungsrates der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten vom 20. Dezember 2000 heißt es bezüglich der Gedenktafel für Prof. Timm: „Der Stiftungsrat ... ist der Auffassung, dass für die individuelle Nobilitierung von Opfern politischer Verfolgung nach 1945 hinsichtlich ihrer Biographie und Verantwortung in der vorangegangenen nationalsozialistischen Diktatur enge politisch-moralische Maßstäbe anzulegen sind. Eine herausgehobene Würdigung von Persönlichkeiten, die selbst zu den Stützen der NS-Terrorherrschaft gehörten, ist nicht denkbar.“

Die Tafel verschwand für Jahre von der Bildfläche der Öffentlichkeit. Am Vorabend des 9. Mai 2010 drehte ein Fernsehsender mit Ludwig Baumann, dem Vorsitzenden der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz an dem am nächsten Tag zu eröffnenden Gedenkort einen Film. Baumann drehte sich dabei eher zufällig einmal zum Gedenkkreuz um und er traute seinen Augen nicht: „Mich traf fast der Schlag – da stand die Gedenktafel für den NS-Täter Timm!“

Baumanns insgesamt ablehnende Haltung am Tag der Eröffnung des gemeinsamen Gedenkortes für die Opfer von Diktaturen vor und nach 1945 erhielt somit noch einen zusätzlichen Treibstoff. Auch Siegfried Reiprich, seit 1. Februar 2010 Geschäftsführer der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten, sagt: „Die Aufstellung der Tafel entspricht nicht der Beschlusslage. Sie können davon ausgehen, dass wir die Tafel wieder abmontieren lassen.“

Reiprich will behutsam vorgehen, um den schon seit Jahren währenden Streit zwischen den Opferverbänden nicht erneut aufflammen zu lassen. Da es einen Beschluss der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten gibt, dass Einzelpersonen am Standort Fort Zinna nicht zu ehren sind und erst recht nicht ein überaus umstrittener Prof. Timm, sind eigentlich alle Voraussetzungen dafür gegeben. Inzwischen informierte Siegfried Reiprich aktuell, habe auch der Landesvorsitzende Sachsen der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, Bernd Müller-Kaller, der Entfernung der Tafel in den nächsten 14 Tagen zugestimmt.

Kriegsverräter – Dokumente und Kommentare zu einer Debatte im Bundestag

## Hätte es mehr Mutige gegeben ...

Von Kurt Finker

Als wir 2006 den Gesetzentwurf zur Rehabilitierung der sogenannten Kriegsverräter in den Bundestag einbrachten, war nicht abzusehen, dass sich die Debatte über drei Jahre hinziehen würde, erinnern sich die Herausgeber des hier angezeigten Buches: der Bundestagsabgeordnete der Linkspartei Jan Korte und sein wissenschaftlicher Mitarbeiter Dominic Heilig. Dass die beiden Politikwissenschaftler sich entscheiden, die Geschichte der schließlich geglickten Rehabilitierung der »Kriegsverräter« publik zu machen, verdankt sich vor allem Ludwig Baumann.

Am Anfang steht denn auch ein ausführliches Interview der Herausgeber mit dem 1921 geborenen und in Hamburg aufgewachsenen Maurer, der 1941 in die Wehrmacht eingezogen worden und alsbald zur Auffassung gelangt war, in einem verbrecherischen Krieg zu dienen. Baumann erklärt: »Das heißt nicht, dass ich ein Pazifist war. Wir wollten einfach abhauen. Ich weiß nicht, ob die Franzosen uns darin bestärkt haben. Also: Der Überfall auf die Sowjetunion war das Schlüsselerlebnis für meinen Entschluss.«

Im Juni 1942 wurde Baumann beim Versuch, in das unbesetzte französische Gebiet zu fliehen, verhaftet. Es folgten Verhöre, Folter und das Todesurteil. Nach zehn Monaten in der Todeszelle kam die »Begnadigung«, d. h. die Überweisung in ein Strafbataillon. Baumann wurde verwundet und geriet in sowjetische Gefangenschaft. Bereits Ende 1945 entlassen, kehrte er nach Hamburg zurück. Baumann schildert seinen Interviewern sehr freimütig sein Leben, spart dabei auch eigene Fehler und Unzulänglichkeiten nicht aus.

Korte und Heilig stützen sich auf die Untersuchungen der renommierten Historiker Manfred Messerschmidt, Wolfram Wette und Detlef Vogel. Wette und Vogel erläutern, was die Nazis unter »Kriegsverrat« verstanden: »Als



L. Baumann (Mitte, r.) und Franz v. Hammerstein (Mitte, l.), ein Angehöriger von Helden des 20. Juli ND-Foto: Lange

Kriegsverrat galt ein Landesverrat, der von Angehörigen der Wehrmacht während des Krieges (im Felde) begangen wurde. Als militärischer Landesverrat konnten alle Handlungen verfolgt werden, die geeignet waren, dem kriegführenden Deutschen Reich »einen Nachteil zuzufügen« und den Feindmächten »Vorschub zu leisten«, also einen Vorteil zu bringen. Die schwammige Formulierung des Kriegsverrats-Paragrafen gab der NS-Militärjustiz ein justizförmiges Schwert an die Hand, mit welchem sie die unterschiedlichen Erscheinungsformen von abweichendem und widerständigem Handeln mit der Höchststrafe verfolgen konnte, nämlich mit der Todesstrafe. »Die Wehrmachtjustiz machte davon reichlich Gebrauch, sie stand ihren mörderischen Kollegen vom »Völkgerichtshof« in nichts nach. Auf das Konto der NS-Militärjustiz kamen über 30 000 Todesurteile, mindestens 15 000 wurden vollstreckt.

Die Herausgeber konstatieren: »Es ist eine Binsenwahrheit, dass die Militärmacht Hitlers« ge-

schwächt worden wäre, wenn viele desertiert und »Kriegsverrat« begangen hätten.« Dies hatte auch der ehemalige Wehrmachtsdeserteur Baumann in einem Brief an die Justizministerin Brigitte Zypries (SPD) betont: »... dass Millionen Zivilisten, KZ-Insassen und Soldaten nicht hätten zu sterben brauchen, wenn mehr Kriegsverrat begangen worden wäre.«

Hier sei eine Äußerung des Konsistorialrats und ehemaligen Bundestagspräsidenten Dr. Eugen Gerstenmaier eingefügt, der während des Krieges zwar an illegalen Beratungen des »Kreisauer Kreises« teilgenommen hatte, sich aber nach der Befreiung des Faschismus doch stark überzogen als aktiver Widerstandskämpfer ausgab. Er offenbarte 1978: »Wir wollten Frieden und Freiheit, für uns und für die Welt. Aber wir wollten nicht unseren Kriegsgegnern, weder denen im Westen noch denen im Osten, den Krieg gewinnen helfen.« Da fragt man sich: Wer sollte denn »Frieden und Freiheit« erkämpfen, wenn nicht die siegreichen Alliierten in Ost und West im Bunde mit

möglichst vielen deutschen Antifaschisten, die eben auch »Kriegsverrat« begehen mussten, um den Krieg zu beenden!

Korte und Heilig rekonstruieren den parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf für die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure und »Kriegsverräter«. In der Debatte um einen ersten Entwurf hatte sich auch der Schriftsteller und Wehrmachtsdeserteur Gerhard Zwerenz als Bundestagsabgeordneter für die PDS stark engagiert. Die Streiter für die Rehabilitierung der Stigmatisierten sahen sich stets einer Fronde von Nationalismus und Antikommunismus gegenüber.

Nachdem die rot-grüne Koalition Baumann mitgeteilt hatte, sich lediglich der Deserteure, nicht aber der »Kriegsverräter« annehmen zu wollen, wandte sich der parteilose Antifaschist an die PDS. Diese kam seiner Bitte um Unterstützung nach. Zu deren Antrag gab die SPD-Bundestagsabgeordnete und Juristin Margot von Renesse 2001 in der ersten Lesung folgende Gehässigkeit zu Protokoll: »Zu dem

Antrag der PDS braucht nicht viel gesagt zu werden, weil nichts zu entscheiden ist außer seiner Ablehnung. Der Antrag ist das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben steht, und er ist die Zeit nicht wert, die man zu seiner Ablehnung benötigt.« Nun muss man wissen, dass der Antrag der PDS auf einen fallengelassenen Entwurf der SPD (!) beruhte. Dazu bemerkt Baumann: »Das kam in die Medien, und sie (M. von Renesse, K.F.) war ziemlich erschüttert. Ich habe den rechtspolitischen Sprecher der SPD, Herrn Hartenbach, getroffen, und der sagte mir, dass sie ziemlich verzweifelt sei und mich bitte, zu ihr zu kommen. Ich sagte daraufhin: Nein, mit der spreche ich nicht mehr, bin dann aber doch zu ihr gegangen. Als ich ihr mein Schicksal erzählt hatte, fing sie an zu weinen. Sie meinte dann, dass man es doch machen müsste, und sie entschuldigte sich auch im Plenum.«

Das Buch gewährt Einblick in die nicht immer Wohligkeit erzeugende parlamentarische Alltagsarbeit, wie sie von Nichtparlamentariern wohl kaum wahrgenommen wird. Es offenbart den ungeheuren Druck und die vielfältigen verleumderischen Ausfälle, mit denen sich die PDS- und Linksfraktion stetig konfrontiert sah bzw. noch heute sieht. So erklärte der CDU-Abgeordnete Gehl in der Debatte dreist: »Wir haben nicht nur gesagt, dass wir mit den Erben der Verantwortlichen für Stacheldraht und Mauerschüsse keine solche Initiative machen. Wir haben dafür auch sachliche Gründe.« Zu den »sachlichen Gründen« zählte er, dass die Linke die Kriegsverräter »glorifizieren« würde.

Trotz alledem gelang es dank hartnäckigen Insistierens und geduldiger Überzeugungsarbeit der LINKEN, 2009 die Rehabilitierung der »Kriegsverräter« durchzusetzen. Über sechs Jahrzehnte nach dem Krieg wurde im obersten deutschen Parlament also de facto jener gedankt, die unter Einsatz ihres Lebens für die Beendigung des verbrecherischen Krieges der Nazis gekämpft hatten.

Jan Korte/Dominic Heilig (Hg.) *Kriegsverrat. Vergangenheitspolitik in Deutschland. Analysen, Kommentare und Dokumente einer Debatte.* Karl Dietz Verlag, Berlin 2011. 208 S., br., 14,90 €.

16.09.2011 21:36 Uhr



## Die Freunde eröffnen das Feuer

**Ingolstadt (DK) Im Ingoistädter Schloss droht eine ernste Auseinandersetzung: Weil das Bayerische Armeemuseum dort eine Ausstellung über die NS-Militärjustiz zeigt, wird es von seinem eigenen Förderverein attackiert. Der beklagt die Diffamierung von Kriegsrichtern und lädt zu einer Gegenveranstaltung ein.**



**Er hat knapp überlebt: Ludwig Baumann, Gründer der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz (neben dem Historiker Tobias Schönauer) erzählte im Armeemuseum seine Leidensgeschichte. - Foto: Silvester**

Er taumelte am Rande des Wahnsinns. Zehn Monate lang. Jeden Morgen, wenn die Wärter auf seine Zelle zumarschierten, sah Ludwig Baumann das Ende kommen. „Ich dachte, jetzt holen sie dich und bringen dich um.“ Die Todesangst packte ihn täglich. Baumann, 22 Jahre alt, Marinegefreiter aus Hamburg, hatte sich 1943 mit Kameraden in Bordeaux von der Truppe abgesetzt. „Ich wollte kein Soldat sein“, erzählt er, „ich wollte nur leben.“

Doch er wurde gefasst, gefoltert, begnadigt und in ein Strafbataillon abkommandiert. Das kam einem Todesurteil ziemlich nahe. „Von 100 000 Kameraden haben keine 5000 überlebt.“ Er war dabei. Schwer verwundet.

Nach dem Krieg wurden Fahnenflüchtige wie Baumann als Feiglinge beschimpft. Er kämpfte lang für seine Ehre, gegen die „Blutjustiz“. 1990 gründete er die „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“. 2002 hob der Bundestag alle Urteile auf.

Am Donnerstagabend hat der 90-Jährige seine Geschichte im Bayerischen Armeemuseum erzählt. Vor bewegten Zuhörern. Baumanns Vortrag krönte die Ausstellung „Was damals Recht war . . .“ über die Kriegsgerichte der Wehrmacht, die an diesem Sonntag im Ingoistädter Schloss zu Ende geht. Doch jetzt droht eine Zugabe: Die „Freunde des Bayerischen Armeemuseums“ ziehen hart gegen die Ausstellung zu Felde. „Selektiv und einseitig“ sei sie, klagt Manfred Dumann, der Vorsitzende, in seinem Rundbrief an die Mitglieder, Schulen und Vereine. Er erkennt eine „pauschale Diffamierung“ der Juristen; auch die „Voreingenommenheit“ der Ausstellungsmacher sei offensichtlich. Daher lädt der Verein am 30. September zu einer Podiumsdiskussion ins Schloss, um die Dinge klarzustellen.

Ein Affront gegen das Armeemuseum. Es ist nicht der erste Konflikt zwischen Ansgar Reiß, dem Chef des Hauses, und dessen Förderern. Die sind bis heute beleidigt, weil Bayerns Wissenschaftsminister vor zwei Jahren nicht ihren Wunschkandidaten zum Direktor gemacht hat.

Reiß (46) schießt zurück: „Die Kritik an der Wissenschaftlichkeit der Ausstellung ist nicht nur völlig unhaltbar, sie scheint mir auch vorgeschoben. In Wirklichkeit geht es wieder einmal um Empfindlichkeiten in der Bewertung der Vergangenheit. Hier lebt die alte Lebenslüge der Bundesrepublik fort, als hätte es die Wehrmacht geschafft, zum Regime Distanz zu halten.“ Das war aber nicht der Fall. „Und dem müssen wir heute ins Auge sehen.“

Reiß berichtet von seiner „Irritation, dass gegenüber Menschen, die ins Räderwerk der NS-Justiz gerieten, bei einigen Mitgliedern im Freundeskreis ein offenbar vollständiges Desinteresse besteht“. Es werde dort „als anstößig empfunden, dass Deserteure eine Stimme erhalten“. Der Historiker stellt klar: „Wir sind kein Sanatorium für gekränkte Wehrmachtsseelen!“

Da widerspricht Dumann, 75 Jahre alt, Panzeraufklärer a. D. und ehemaliger Landtagsabgeordneter der CSU. „Ich bin im Krieg geboren. Mein Vater und die halbe Familie sind im Krieg gefallen. Ich weiß, was Krieg bedeutet!“ Aber Kritik zu üben und eine „objektive Diskussion“ zu fordern, sei das gute Recht des Freundeskreises. Dumann beteuert seine Friedfertigkeit: „Wenn ich eines Besseren belehrt werde, beuge ich mich den stärkeren Argumenten.“

Einer wird auf keinen Fall an der Diskussion teilnehmen: Der Historiker Ulrich Baumann, Kurator bei der

„Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas“. Sie hat die Wanderausstellung auf den Weg gebracht. „Wir befürchten, dass das ein fruchtloser, polemischer Abend wird, weil die Gegner nicht auf der Basis der neuesten Studien zu diesem Thema stehen.“ Da sei eine sachliche Debatte schwierig.

Zumal die Kernaussage der Schau kaum zu erschüttern sei. Im Ersten Weltkrieg hat die deutsche Militärgerichtsbarkeit insgesamt 48 Todesurteile gefällt, im Zweiten 30 000. Mindestens. Das belege deutlich: „Natürlich war die Wehrmachtsjustiz ein Instrument der NS-Führung!“

Baumann ahnt, was die Kritiker antreibt. Viele wollten einfach nicht wahrhaben, dass Angehörige der Wehrmacht an Kriegsverbrechen beteiligt waren. „Das muss man psychologisch und familienhistorisch betrachten. Unsere Kritiker sehen ihre Väter und Onkels pauschal kriminalisiert.“ Aber genau das, betont der Kurator, tue die Ausstellung ja gerade nicht! „Und wir erklären die Deserteure auch nicht zu Helden, denn wir wissen genau, dass es unter ihnen viele problematische Fälle gegeben hat.“

Jürgen Zarusky hofft sehr darauf, vom Förderverein zur Podiumsdiskussion eingeladen zu werden. Der Historiker ist Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte (IFZ) in München und ein profunder Kenner der Materie. Mit Blick auf den scharf formulierten Brief Dumanns kann er nur darüber den Kopf schütteln, wie hier die Ergebnisse langer, intensiver Forschungen pauschal in Frage gestellt werden. Zarusky hält das für überaus gewagt. „Ich weiß nicht, wo diese Leute immer ihr Selbstbewusstsein hernehmen. Ich muss mir meines jedenfalls immer neu erarbeiten.“

Für ihn ist das Grundproblem der Debatte „die Ambivalenz der Justiz in einem Unrechtsstaat“. Es sei nicht legitim, sich – wie die meisten Täter der NS-Zeit – immer nur auf geltendes Recht zu berufen und zu betonen, dass man als kleines Rad in einem totalitären System eh nichts habe ausrichten können. Für Zarusky sind das Entlastungslegenden. „Zunächst bedeutet ein totalitärer Staat nicht, dass dort nur oben einer sitzt und alle anderen haben keine Wahl.“ Zudem gelte es zu bedenken, „dass Recht und Gesetz damals nationalsozialistisches Recht waren – von einem Diktator eingesetzt“.

Bereits Hitlers Machtergreifung „war die Folge von Rechtsbrüchen, denen weitere Rechtsbrüche folgten“. Es stelle sich stets die Frage nach der rechtsstaatlichen Qualität. „Die Urteile der Kriegsrichter waren maßlos, der Tatbestand wurde nicht klar definiert“, erklärt Zarusky. „Sie waren also eindeutig Instrumente der Herrschaft. Und in einem totalitären Staat bedeutet das: Terrorherrschaft.“

Von *Christian Silvester*



Kommentare

= Kommentar melden

Dieser Artikel wurde noch nicht kommentiert.

Um Artikel kommentieren zu können, müssen Sie eingeloggt sein.

Jetzt kostenlos Community-Mitglied werden und mitmachen!

Benutzername

Passwort

Login

Noch keinen Zugang?

Jetzt kostenlos registrieren!

Anmeldung über Cookie merken

## Das könnte Sie auch interessieren

### Am Ufer zurück zur Natur

Ingolstadt (DK) Es ist einer der Lieblingsspazierwege vieler Ingolstädter: Mitten in der Stadt [mehr...](#)

# Sein Leben lang als Verräter beschimpft

**Deckenpfronn** Eine zweiwöchige Ausstellung in der Zehntscheuer beleuchtet das Schicksal von Deserteuren. *Von Gerlinde Wicke-Naber*

Als „Verräter, Feigling, Drecksack“ ist Ludwig Baumann unzählige Male in seinem Leben beschimpft worden. Junge Frauen haben ihn angespuckt. Die eigene Schwester sagte zu ihm: „Bist halt ein kleiner Feigling gewesen.“ Der Grund für die Beschimpfungen: Baumann war 1943 als 21-jähriger Soldat in Bordeaux aus der Wehrmacht desertiert. „Ich wollte nicht Soldat sein“, sagt er. Dabei hatte er einen einfachen Job in Bordeaux, musste nur Beute bewachen. Doch bei den Wochen-schauen, die die Wehrmacht ihren Soldaten an der Front vorführte, sah der junge Soldat Bilder aus dem eisigen Russland.

„Bei minus 35 Grad erfroren die russischen Kriegsgefangenen und auch viele deutsche Soldaten.“ Zu einer solch unmenschlichen Truppe, die Menschen erfrieren ließ, wollte der junge Soldat nicht gehören.

Französische Freunde halfen ihm und wollten ihn gemeinsam mit einem anderen Deserteur in den unbesetzten Teil Frankreichs bringen. Doch nur wenige Meter vor der Grenze wurden sie geschnappt. Baumann wurde vom Marinegericht zum Tod verurteilt. „Die Flucht vor der Fahne ist und bleibt das das schimpflichste Verbrechen, das der deutsche Soldat begehen kann“, schrieb der Richter im Urteil. Zehn

Monate lag Baumann in der Todeszelle. Später wurde er begnadigt und ins Strafbataillon nach Weißrussland geschickt.

Ludwig Baumann ist der letzte noch lebende Deserteur der Wehrmacht. Der 89-Jährige ist mittlerweile eine Berühmtheit. Kaum eine Zeitung in Deutschland, die nicht über das Schicksal des Bremers berichtet hat. Sogar die „Washington Post“ hat dem aufrechten Deserteur bereits einen großen Artikel gewidmet.

Gestern Abend berichtete der Zeitzeuge bei der Eröffnung einer Ausstellung über Deserteure in der Deckenpfronner Zehntscheuer über sein Martyrium, das auch nach dem Krieg nicht endete. Jahrzehntlang hat Baumann für seine Rehabilitation und die seiner Leidensgenossen gekämpft. Erst vor zwei Jahren wurden die Urteile gegen die letzten sogenannten Kriegsverräter aufgehoben.

„Allein bis 1944 hat es mindestens 22 000 Todesurteile wegen Fahnenflucht gegeben und mindestens 100 000 andere Verfahren, bei denen die Soldaten zu Strafbataillon oder Konzentrationslager verurteilt wurden“, sagt Jochen Schmidt von der Friedensbibliothek Berlin. Diese hat die Ausstellungen zum Schicksal der Deserteure zusammengestellt. „Zehn Jahre Arbeit stecken darin“, so Schmidt. Fotos und Informationen zu 40 Deserteuren haben die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Freihandbibliothek, die aus einer DDR-Bürgerrechtsbewegung hervorgegangen ist, gefunden. „Es war unheimlich schwierig an Material zu kommen“, sagt Schmidt. „Denn die meisten Familien haben sich so für ihre Deserteure geschämt, dass sie alle Unterlagen weggeworfen haben. Nur ein Schicksal ist ausführlich dokumentiert, das des Österreichers Franz Jägerstätter, der den Kriegsdienst verweigerte. „Ich kann nicht Katholik und Soldat sein“, hatte Jägerstätter gesagt. Dafür wurde er am 9. August 1943 enthauptet.“

„Die meisten Familien schämen sich für ihre Deserteure.“

Jochen Schmidt,  
Ausstellungsmacher



Ludwig Baumann steht vor den Bildern ermordeter Deserteure.

Foto: factum/Granville

Die Schau ist morgen und am 6. November von 14 bis 17 Uhr sowie am 4. und 9. November von 17 bis 20 Uhr geöffnet. Sonderführungen können gebucht werden, Telefon 0 70 56/77 23 11.

# Jetzt holen sie dich

Neue Osnabrücker Zeitung

28. 10. 2011

## Ludwig Baumann überlebte als verurteilter Deserteur zehn Monate in der Todeszelle

Von Carsten van Bevern

berichtet - als verurteilter Deserteur war Baumann mehrere Wochen lang auch Häftling im Strafgefängnislager Esterwegen.

Im Februar 1941 wird er zur Wehrmacht eingezogen und als Soldat in Frankreich eingesetzt. Im Juni 1942 desertierte Baumann mit seinem Freund Kurt Oldenburg. Nur einen Tag später werden beide beim Grenzübergang in den noch unbesetzten Teil Frankreichs gestellt und liefern sich - obschon selbst bewaffnet - widerstandslos von einer Zollstreife festnehmen. Wegen "Wachverfehlung, schweren Diebstahls und Fahnenflucht im Felde" wird er im Juli 1942 von einem Marinegericht zum Tod verurteilt. Im August 1942 wird er, zu dieser Zeit im Wehrmachtsgefängnis Bordeaux Zuchthaus begnadigt. Nur von dieser Begnadigung erfuhr der insgesamt zehn Monate in der Todeszelle Sitzende erst im April 1943. "Jeden Morgen, wenn die Wachen wechselten, dachte ich: Jetzt holen sie dich. Und wenn sie an meiner Zelle vorbei waren, dann war ich wieder für einen Tag gerettet", erinnert er sich mit Grauen an diese Zeit.

Durch Beziehungen erreichte sein Vater "Frontbewährung" für seinen Sohn, und Baumann kam nach mehrwöchigem Aufenthalt im Strafgefängnislager Esterwegen in das Wehrmachtsgefängnis Torgau. Nach 15 Monaten wurde er in einem "Bewährungsbataillon" an der Ostfront eingesetzt. Ende 1945 kehrte er aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurück. Schwer traumatisiert und weiterhin als "Feigling" und "Vaterlandsverräter" beschimpft, gelang es ihm nicht,

### Thema der Woche: Lager Esterwegen: Opfer und Täter

**MONTAG**  
Carl von Ossietzky

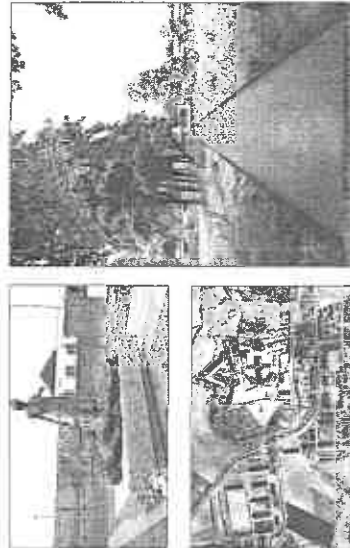
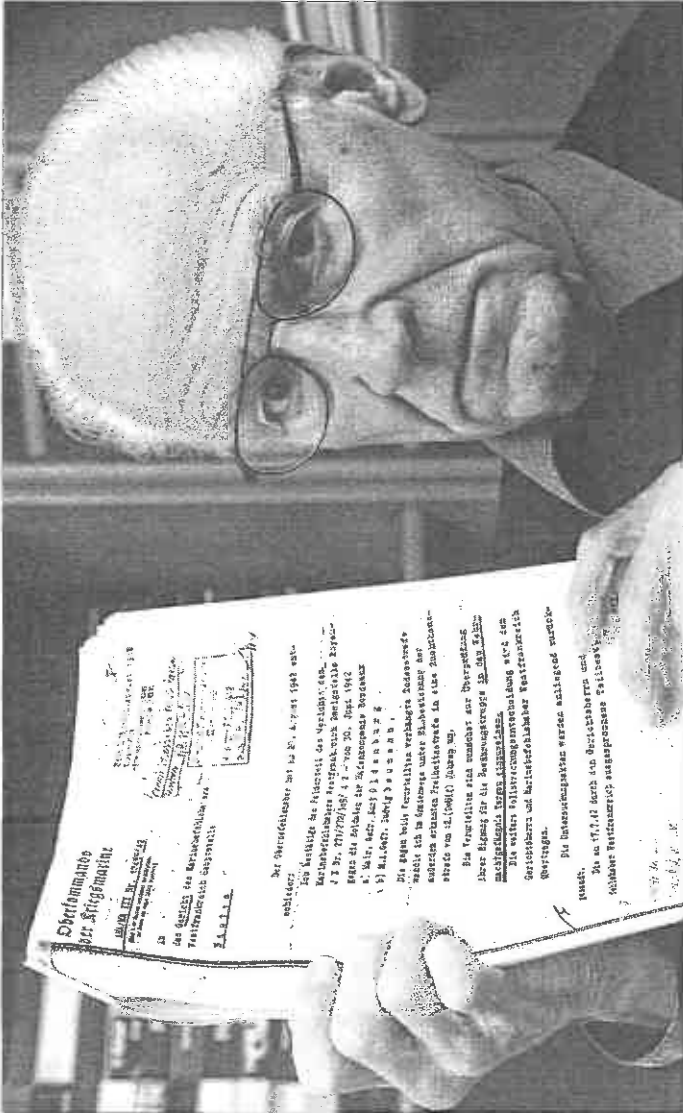
**DIENSTAG**  
Ernst Hellmann

**MITTWOCH**  
Hans Loritz

**DONNERSTAG**  
Karl Salling Møller

**FREITAG**  
Ludwig Baumann

**SAMSTAG**  
Henk Verheyen



**Ludwig Baumann:** Der einstige Wehrmachtssoldat zeigt 2007 die Kopie seiner Begnadigung durch das Oberkommando der Deutschen Kriegsmarine von 1942. Baumann war im Zweiten Weltkrieg in Frankreich desertiert und dafür zunächst zum Tode verurteilt worden. Nach kurzer Haftzeit im Strafgefängnislager Esterwegen kam er in das in der NS-Zeit als Wehrmachtsgefängnis genutzte Fort Zinna in Torgau, hier erinnert eine 2010 eingeweihte Bronzestatue an das Schicksal der Opfer der NS-Militärjustiz.

Fotos: Archiv DIZ Torgau, Stiftung Sächsische Gedenkstätten (2), dpa, Landkreis Ennsland

Erst 2002 und 2009 beschloss der Bundestag entsprechende Gesetze. Am 31. Oktober 2011 wird er nun zur Einweihung der Gedenkstätte Esterwegen kommen. Sein Freund Kurt Oldenburg kann diesen Tag nicht mehr erleben. Er ist einer von über 25.000 Deserteuren, die hin-

**Projekt Zukunft Bilden**  
Lesetipp für Azubis



# einestages

Zeitgeschichten auf **SPiegel** ONLINE

EINESTAGES - 14. Dezember 2011 7:10

URL: [http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/24086/1/ein\\_deutscher\\_held.html](http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/24086/1/ein_deutscher_held.html)

WEHRMACHTSDESERTEURE

## Ein deutscher Held

DPA



**Die NS-Justiz hatte ihn als Deserteur zum Tode verurteilt, nach dem Krieg wurde er als "Volksschädling" und "Verräter" beschimpft. Nun wird er zu seinem 90. Geburtstag geehrt: Ludwig Baumann hat sein Leben lang für die Rehabilitierung von Wehrmachtsdeserteuren und sogenannten Kriegsverrättern gekämpft. Von Markus Deggerich**

Wer sich mit Ludwig Baumann unterhält, sollte Zeit mitbringen. Der Mann steckt voller Geschichten. Vielleicht weil er selbst ein Stück Geschichte ist. Ein gutes Stück. Denn dieser Kämpfer ist ein deutscher Held. Auch wenn er das nicht hören will. Zum einen ist Ludwig Baumann, Vorsitzender des Bundesverbands Opfer der NS-Militärjustiz, bescheiden im besten Sinne des Wortes. Zum anderen sind ihm Begriffe wie Kämpfer und Held zu militärisch-martialisch, sie erinnern ihn zu sehr an die Verehrung von Soldaten. Denn es war sein Leben als junger Soldat im Zweiten Weltkrieg, das ihn fast selbiges gekostet hätte und die Grundlage legte für alles, was in den harten Jahrzehnten danach geschah. Ludwig Baumann galt damals nicht als Held, sondern als Verräter.

Der letzte noch lebende Deserteur aus Hitlers Wehrmacht wird an diesem Dienstag 90 Jahre alt. Allein die Tatsache, dass der Senatspräsident der Freien Hansestadt Bremen eine Feier für einen Deserteur ausrichtet, sagt eine Menge aus über den gesellschaftlichen Wandel. Einen Wandel, der alles andere als selbstverständlich war und an dem Ludwig Baumann großen Anteil hat. Der politische Kampf für die Annullierung der NS-Militärgerichtsurteile hat den Rentner bundesweit bekannt gemacht. Aber es hat ihm auch geholfen, sein eigenes Leben, seine Kämpfe und das Trauma zu verarbeiten, das mit dem Kriegsende 1945 eben noch lange nicht zu Ende war.

Für Hitler waren Wehrmachtsdeserteure wie Ludwig Baumann Staatsfeinde Nummer eins. Rund 30.000 Deserteure, Verweigerer und "Kriegsverräter" wurden von der NS-Militärjustiz zum Tode verurteilt, geschätzt etwa 20.000 hingerichtet. "Der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben", lautete Hitlers Weisung.

### Monate in der Todeszelle

Als Ludwig Baumann am 13. Dezember 1921 in Hamburg zur Welt kam, erholte sich Deutschland gerade noch von den Folgen des Ersten Weltkriegs. Die Eltern, gutsituiert als Tabakgroßhändler, setzten große Hoffnungen in ihren Jungen, der aber als Legastheniker eher auf eine Ausbildung zum Maurer setzte.

Mit Hitlers Angriffskrieg wollte er nichts zu tun haben. Mit anderen Soldaten, unter anderem seinem Freund

Kurt Oldenburg, desertierte Baumann 1942 als Marine-Gefreiter im französischen Bordeaux. Er wurde gefasst, gefoltert, verurteilt und verbrachte zehn Monate in der Todeszelle. Das Grauen, die Erinnerung daran verfolgt ihn bis heute. Eine deutsche Zollstreife hatte ihre Pläne durchkreuzt. Sie hätten schießen können, hätten morden müssen, um weiter zu fliehen: Das wollten sie nicht.

Baumann und Oldenburg wurden geschnappt und im Juli 1942 vom Gericht des Marinebefehlshaber Westfrankreichs zum Tode verurteilt. Dass der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine dieses Verdikt im August in eine zwölfjährige Zuchthausstrafe umwandelte, erfuhr Ludwig Baumann erst im Frühjahr 1943. Die langen Monate in der Todeszelle haben sich unauslöschlich in das Gedächtnis des 90-Jährigen eingegraben. "Jeden Morgen, wenn die Wachen wechselten, dachte ich: Jetzt holen sie dich."

Die permanente Todesangst und dann wieder Zeit, die nicht verstreichen wollte: So sahen die Tage in der Zelle aus. Sein Urteil wurde nach einer Intervention des Vaters bei einflussreichen Bekannten in zwölf Jahre Zuchthaus umgewandelt. Baumann verließ die Todeszelle im April 1943, aber nur um in eine andere Hölle weitergeschickt zu werden: das KZ Esterwegen, Wehrmachtsgefängnis Fort Zinna Torgau, und schließlich zum Himmelfahrtskommando in einem Strafbataillon an der Ostfront.

### **"Das letzte Tabu"**

In Torgau hatte Baumann "den Johann" kennengelernt. "Der Johann", das war der Obergefreite Johann Lukaschitz aus Wien, der 1944 mit blutigen Gelenken im Krankenrevier des Wehrmachtsgefängnisses Torgau lag - eine Folge der schweren Ketten, die seine Arme und Beine fesselten. Baumann war sein Bettnachbar, an Diphtherie erkrankt. Der Johann sei ein "durch und durch besinnlicher, stiller und humaner Mann gewesen", erinnert sich Baumann. Lukaschitz, damals 24, war für die "Nichtanzeige eines geplanten Kriegsverrats" zum Tode verurteilt.

In Lukaschitz' Truppe hatte sich ein Soldatenrat nach sowjetischem Vorbild gebildet. Der Johann hatte sich diesem Rat nicht anschließen mögen, seine Kameraden aber auch nicht verpfeifen wollen - doch genau dafür sollte er sterben, befand das Reichskriegsgericht unter Vorsitz von Richter Werner Lueben am 3. Februar 1944. Wenige Tage später lag Lukaschitz als Kriegsverräter unter dem Fallbeil.

Schicksale wie die des Johann und sein eigenes waren es, die Baumann dann später zum Kämpfer werden ließen. Denn die Urteile gegen Männer wie Lukaschitz wurden nach dem Krieg nicht aufgehoben. Sehr spät, erst im Jahr 2002, beschloss der Bundestag zwar die pauschale Rehabilitierung aller Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und Wehrkraftzersetzer der Wehrmacht. Nur die sogenannten Kriegsverräter wurden ausdrücklich ausgespart - weil man ja nicht ausschließen könne, dass die "Verräter" durch ihr Handeln Zivilisten oder deutschen Soldaten geschadet hätten. In Bezug auf die NS-Urteile waren sie "das letzte Tabu", wie es der renommierte Militärgeschichtler Wolfram Wette und sein Kollege Detlef Vogel nennen.

### **Schreiende Ungerechtigkeit**

Der Krieg und die Schrecken des NS-Regimes hielten Baumann noch lange in ihrem Bann. Im Zivilleben kam er nach dem Kriegsende nie richtig an. Der Heimkehrer wurde wie ein Aussätziger behandelt, denn im stramm antikommunistischen Nachkriegsdeutschland galt einer wie Baumann schlicht als Feigling. "Einmal wurde ich in Hamburg von ein paar 'alten Kameraden' zusammengeschlagen. Als ich das bei der Polizei anzeigen wollte, bekam ich auf dem Revier nochmals Prügel."

Baumann, doppelt bestraft, verfiel dem Alkohol und vertrank sein beträchtliches väterliches Erbe. Erst der Tod seiner Frau bei der Geburt des sechsten Kindes rüttelte ihn wach. "Als ich dann wirklich Verantwortung übernehmen musste, war das eine Gnade für mich", sagt der 90-Jährige in der Rückschau.

Sein politisches Engagement begann Anfang der achtziger Jahre mit der Friedensbewegung. 1990 gründete er mit damals noch 37 Mitstreitern den Bundesverband Opfer der NS-Militärjustiz, dessen beharrliche Aufklärungsarbeit in ein Gesetzgebungsverfahren mündete. 2002 - 60 Jahre nach Baumanns Todesurteil - erklärte der Bundestag die Schandurteile der NS-Militärtribüne für null und nichtig.

Dabei hätte es Baumann bewenden lassen können. Aber da war noch was. Die rot-grüne Bundesregierung hatte nach einer persönlichen Intervention von Kanzler Gerhard Schröder (SPD) zwar die Urteile gegen Deserteure und Wehrdienstverweigerer aufgehoben. Doch beim "Kriegsverrat", dem "im Felde" begangenen Landesverrat, traute sich die SPD dies nicht - sie fürchtete den Vorwurf aus dem konservativen Lager, damit sogenannten Verrätern von Kameraden ein Denkmal zu bauen. Für Baumann eine schreiende Ungerechtigkeit, denn damit blieben Männer wie sein Freund Johann Lukaschitz weiter "stigmatisiert". Also kämpfte Baumann wieder und weiter. Enttäuscht von SPD und Grünen suchte er neue Verbündete.

### **"Ich will nicht pathetisch werden"**

Unterstützung bekam er dann aus der Wissenschaft und der Politik. Das Verdienst, 64 Jahre nach 1945 die Rehabilitierung der Kriegsverräter initiiert zu haben, gebührt vor allem dem Linkspartei-Abgeordneten Jan Korte. Der junge Abgeordnete und sein Mitstreiter Dominic Heilig haben den zähen Kampf in dem lesenswerten Sammelband "Kriegsverrat" nachgezeichnet. Ein Geschichts-Kompendium zum Schänden über deutsche Vergangenheitspolitik, zeigt es doch, wie aus parteipolitischem Kalkül und revisionistischem Grundgedanken jahrelang auch die letzte Rehabilitierung verschleppt und behindert wurde (SPIEGEL Nr. 5 vom 26.01.2009 - Seite 37: "Der letzte Kampf").

Den Durchbruch schafften Korte, Heilig und Baumann mit Hilfe des renommierten Wissenschaftlers Wette und dem Juristen Helmut Kramer, die nachwies, dass Kriegsverräter eben keine Verräter waren, sondern meist aus ethischen Motiven handelten. Das Trio knüpfte geschickt Allianzen mit Abgeordneten aller Parteien und der Kirche. Sogar Joachim Gauck, als ehemaliger Beauftragter für die Stasi-Akten der Nähe zu Linken eher unverdächtig, mischte sich ein. Als der Bundestag schließlich unter wachsendem öffentlichem Druck auch die Urteile gegen Kriegsverräter aufhob, saß Baumann oben auf der Besuchertribüne und kämpfte mit seinen Tränen: "Ich will nicht pathetisch werden, aber es ging ein Traum in Erfüllung."

Von den 37 Mitstreitern, mit denen er vor über 20 Jahren seinen Verband gegründet hatte, ist Baumann der letzte Überlebende. Aber Deutschlands bekanntester Deserteur wird auch mit 90 Jahren keine Ruhe geben. Immer noch ist er fast jede Woche irgendwo in Deutschland unterwegs, um als Zeitzeuge in Schulen oder auf Podien Geschichte in Geschichten zu erzählen. Seine Geschichte. Er ist immer noch ein Kämpfer. Ein deutscher Held.

### **Zum Weiterlesen:**



*Jan Korte/ Dominic Heilig (Hrsg.): "Kriegsverrat. Vergangenheitspolitik in Deutschland". Karl Dietz Verlag, Berlin 2011, 208 Seiten.*

Das Buch erhalten Sie im **SPIEGEL-Shop**.

Eingereicht von: Markus Deggerich

© SPIEGEL ONLINE 2008

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH

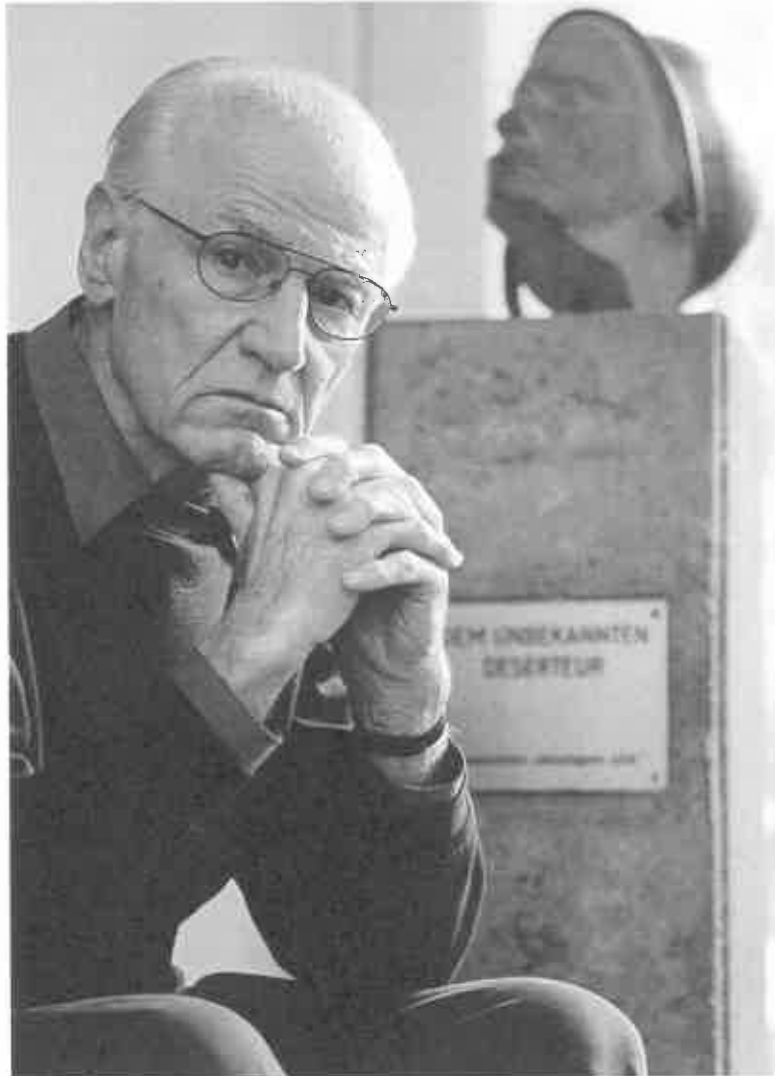
# DER HARTNÄCKIGE

Ludwig Baumann, Wehrmachtsdeserteur, wird mit neunzig Jahren endlich staatlich geehrt: für seinen Kampf um die Rehabilitierung von NS-Kriegsdienstverweigerern

Von Eckhard Stengel

**S**eine Ohren wollen nicht mehr so recht. Vielleicht mussten sie zu oft Schimpfwörter anhören: »Feigling« zum Beispiel. Oder »Vaterlandsverräter«. Oder »Dreckschwein«. Auch seinem Rücken sieht man an, dass Ludwig Baumann nicht mehr der Jüngste ist: Der ehemalige Wehrmachtsdeserteur geht ein bisschen gebeugt. Aber er ist eine Symbolfigur für den aufrechten Gang. Baumann lässt sich nicht kleinkriegen. Mit jahrelanger hartnäckiger Lobbyarbeit hat er erreicht, dass der Bundestag nach und nach alle Deserteure, »Wehrkraftzersetzer« und »Kriegsverräter« der Nazizeit rehabilitiert hat. Die halbe Weltpresse hat schon über den Bremer berichtet. 1995, als er noch am Kämpfen war, bekam er den alternativen Aachener Friedenspreis. Er musste neunzig werden, um jetzt erstmals auch vom Staat geehrt zu werden – mit einem Senatsempfang im Bremer Rathaus.

Wäre es nach den Militärriichtern des Deutschen Reichs gegangen, dann hätte Ludwig Baumann nicht mal seinen 21. Geburtstag erlebt: Todesurteil wegen Fahnenflucht. Der schwächliche Rentner wird nicht müde, seine Geschichte zu erzählen – bedächtig und abgeklärt, ohne spürbare Hassgefühle. Es war im Frühjahr 1942, der junge Maurer diente als Marinegefreiter im besetzten Frankreich, in der Hafenkompagnie Bordeaux. Mit den Nazis hatte er nie viel im Sinn gehabt. Hitlerjugend? Ohne ihn. Als er dann den Hafen von Bordeaux bewachen musste, lernte er Widerstandskämpfer kennen, Franzosen, die ihre Hilfe anboten. Allmählich reifte in ihm die Entscheidung heran: Bloß weg hier! Er wollte sich nicht länger als Soldat missbrauchen lassen für einen grausamen Krieg.



**»Der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben.« Diesen Hitler-Spruch zitiert Baumann fast immer, wenn er jemanden neu in die Thematik einführt**

Nein, ein politisch bewusster Widerstandskämpfer sei er damals nicht gewesen, räumt Baumann ein und dämpft damit Bewunderer, die ihn zum Helden oder Antihelden machen wollen. »Ich will meine Fahnenflucht nicht glorifizieren«, sagt er. »Ich wollte nicht andere umbringen, aber ich wollte auch frei sein, wollte einfach leben.«

Eines Nachts, so erinnert sich Baumann, war es dann so weit: Gemeinsam mit einem Freund brach er in eine Waffenkammer ein. Mit Pistolen in der Tasche schlichen sie sich in Zivil zu den Franzosen, die mit einem Laster an der Kasernenecke auf sie warteten. Ihr Ziel: über die Grenze ins unbesetzte Frankreich und dann via Marokko in die USA – »der Traum meiner Freiheit«. Aber als die beiden im Morgengrauen über die Grenze wollten, lief ihnen eine deutsche Zollstreife über den Weg. »Wir hätten sie erschießen können, doch wir haben es nicht getan.«

Also: Mitkommen zur Wache! Und da flog alles auf. Ein Militärgericht machte kurzen Prozess mit ihnen: Baumann, zwanzig Jahre jung, wurde im Juni 1942 wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt ebenso wie sein Kamerad.

Es folgte die schlimmste Zeit seines Lebens: Zehn Monate lang saß er in der Todeszelle und dachte jeden Morgen: »Jetzt holen sie dich.« Eine Angst, die ihn später immer wieder im Traum verfolgte. Dabei hatte der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine die beiden schon im August »begnadigt« zu zwölf Jahren Zuchthaus. Aber mitgeteilt wurde ihm das erst im April 1943. Kleine Gemeinheiten des Nazi-Systems.

Sie holten ihn also nicht. Aber dafür steckten sie ihn ins KZ Esterwegen, später ins berühmte Wehrmachtsgefängnis Torgau und schließlich noch in ein Strafbataillon im Osten. »Wir waren Kanonenfutter.« Sein Freund überlebte die Tortur nicht, er selbst wurde verwundet und landete im Lazarett.

Dann kamen die Russen – seine Befreier, auch wenn sie ihn zunächst in Kriegsgefangenschaft nahmen. Als er schließlich in sein Hamburger Elternhaus zurückkehren durfte, war er ein gebrochener Mann. Mag er heute bei manchen als Ikone der Friedensbewegung gelten – ein Heiliger war er damals nicht. Nach seiner Mutter starb auch der Vater, ein Tabakgroßhändler und Besitzer mehrerer Häuser. Der Heimkehrer, der dem Tod von der Schippe gesprungen war, vertrank das ganze Erbe. »Ich war so kaputt«, sagt er. Auch als er nach Bremen umzog und heiratete, ließ er nicht von der Flasche ab. Erst als seine Frau bei der Geburt des sechsten Kindes starb, kam er zur Besinnung. »Da habe ich angefangen, Verantwortung zu übernehmen.«

Nicht nur für sich und seine Kinder, sondern auch für die Gesellschaft: Baumann hatte seine Lektion aus der Geschichte gelernt und entwickelte sich zum Friedenskämpfer. Jedes Quartal, wenn die Bundeswehr neue Rekruten einzog, postierte er sich vor Kasernen oder auf Bahnhöfen, mit Flugblättern in der Hand, Sandwich-Plakaten um den Hals und Schiebermütze auf dem Kopf. Baumanns Botschaft: »Lasst Euch nicht missbrauchen!« Die jungen Männer blieben meist ungerührt, die Bahn dagegen nicht: 1988 bekam er Hausverbot, weil er die »Leichtigkeit des Verkehrs« gestört habe. Aber Baumann wäre nicht Baumann, wenn er das widerspruchslos hingenommen hätte. Das Oberlan-

desgericht Celle gab ihm recht: Überzogen sei das Verbot und somit rechtswidrig.

Der Pazifist machte also weiter – hartnäckig, aber nicht verbissen und verboht, sondern meist freundlich und manchmal mit einem verschmitzten Lächeln im Gesicht.

In jener Zeit fing er allmählich an, Geschichte zu schreiben. Es war ein Herbsttag im Jahr 1990, Baumann war fast schon siebzig, als er sich mit drei Dutzend anderen Rentnern in einem Bremer Tagungshaus traf: zur Gründungsversammlung der »Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz«. Lauter Grauhaarige, die Ähnliches erlebt hatten wie Baumann, den sie zu ihrem Vorsitzenden wählten. Lauter Bundesbürger, die noch immer als vorbestraft galten. Sie wollten nicht länger schweigen. Die Politik sollte endlich anerkennen, dass es sich bei Hitlers Fahnenflüchtigen um NS-Justizopfer handelte. Und es waren verdammt viele.

Der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben.« Diesen Hitler-Spruch zitiert Baumann fast immer, wenn er jemanden neu in die Thematik einführt. Was das in Zahlen heißt, erläuterte der Militärhistoriker Manfred Messerschmidt auf dem Gründungstreffen: Getreu dem Führermotto verhängten die NS-Militärrichter rund 30 000 Todesurteile, nicht nur wegen Fahnenflucht, sondern auch wegen »defätistischer Äußerungen« oder »Verstößen gegen die Manneszucht«. Für die Höchststrafe reichte schon der Diebstahl eines Feldpostpäckchens. Über 20 000 der Todesurteile wurden tatsächlich vollstreckt. Die meisten anderen Verurteilten starben in KZs oder Straflagern. Nur wenige Hundert überlebten. So wie Baumann.

Ihn ärgert noch heute, wie ungeschoren die Militärrichter nach dem Krieg davorkamen – oder sogar Karriere machten wie Hans Filbinger als Ministerpräsident in Stuttgart. Die Deserteure oder »Wehrkraftzersetzer« fielen dagegen weitgehend durch die Maschen der Wiedergutmachungsvorschriften. Als Baumann eine laufende Beihilfe nach den Härtefallrichtlinien für NS-Unrechtsopfer beantragte, beschied ihm 1992 ein Beamter mit dem sinnigen Namen Krieger, sein Todesurteil sei ja in zwölf Jahre Haft umgewandelt worden, und das sei nicht »besonders hart und übermäßig«.

Beim ersten Treffen schütteten die Deserteur-Veteranen erst mal ihr Herz aus. »Die wollten kaum wieder aufhören«, erzählte Baumann nach dem Begrüßungsabend. Bisher war ihre Scham zu groß, sich öffentlich für ihre Rehabilitierung einzusetzen. Manche wagten nicht mal, ihren Angehörigen zu erzählen: Jawohl, ich bin einer von diesen sogenannten Vaterlandsverrättern.

Ihnen ihre Ehre zurückzugeben forderten Baumann und seine Mitsstreiter nun immer lautstärker. Jahrelang bekniete er Politiker, warb mit einschmeichelndem Lächeln für seine Argumente und deckte Journalisten mit Material ein. Ob auf der Straße oder im Freibad, fast immer hatte er eine Tasche mit kopierten Dokumenten zu seinem Lebensthema dabei. Traf er dann zufällig Bekannte oder Journalisten, konnte er gleich die neuesten Bundestagsdrucksachen und Baumann-Porträts aus »Washington Post«, »El País« oder »Sunday Telegraph« verteilen – mit bescheidenem Lächeln.

Seine Hartnäckigkeit wurde nach und nach belohnt. 1998 rang sich die schwarz-gelbe Koalition dazu durch,





die Deserteursurteile grundsätzlich als Unrecht einzustufen. Das reichte dem Pazifisten allerdings noch nicht, denn es sollte nicht pauschal für alle Verfahren gelten; den Betroffenen drohte folglich eine entwürdigende Einzelfallprüfung.

Also warben Baumann und seine Unterstützer weiter für eine generelle Lösung. Die wurde schließlich 2002 von der mittlerweile regierenden rot-grünen Koalition und der damaligen PDS beschlossen – aber wieder mit einer wenn auch kleinen Ausnahme: Nicht automatisch aufgehoben wurden Urteile wegen »Kriegsverrats«.

Baumann baggerte weiter. Am Ende kam ihm ein früherer CDU-Bundestagsabgeordneter und Ex-Verfassungsrichter zu Hilfe: Hans Hugo Klein nannte den »Kriegsverrat«-Paragrafen ein rechtsstaatswidriges Instrument zur »unnachsichtigen Verfolgung« von Nazi-gegnern. Militärgeschichtler Messerschmidt kennt solche Fälle genau. Es reichte schon, wenn jemand ein paar Mark sammelte für Frau und Kinder eines kommunistischen KZ-Häftlings: Kriegsverrat – Todesurteil!

Nach all diesen Erkenntnissen mochten sich auch Konservative nicht länger widersetzen: 2009 beschloss der Bundestag eine Rehabilitierung auch der »Kriegsverräter«. 64 Jahre nach Kriegsende. Aber immerhin einstimmig.

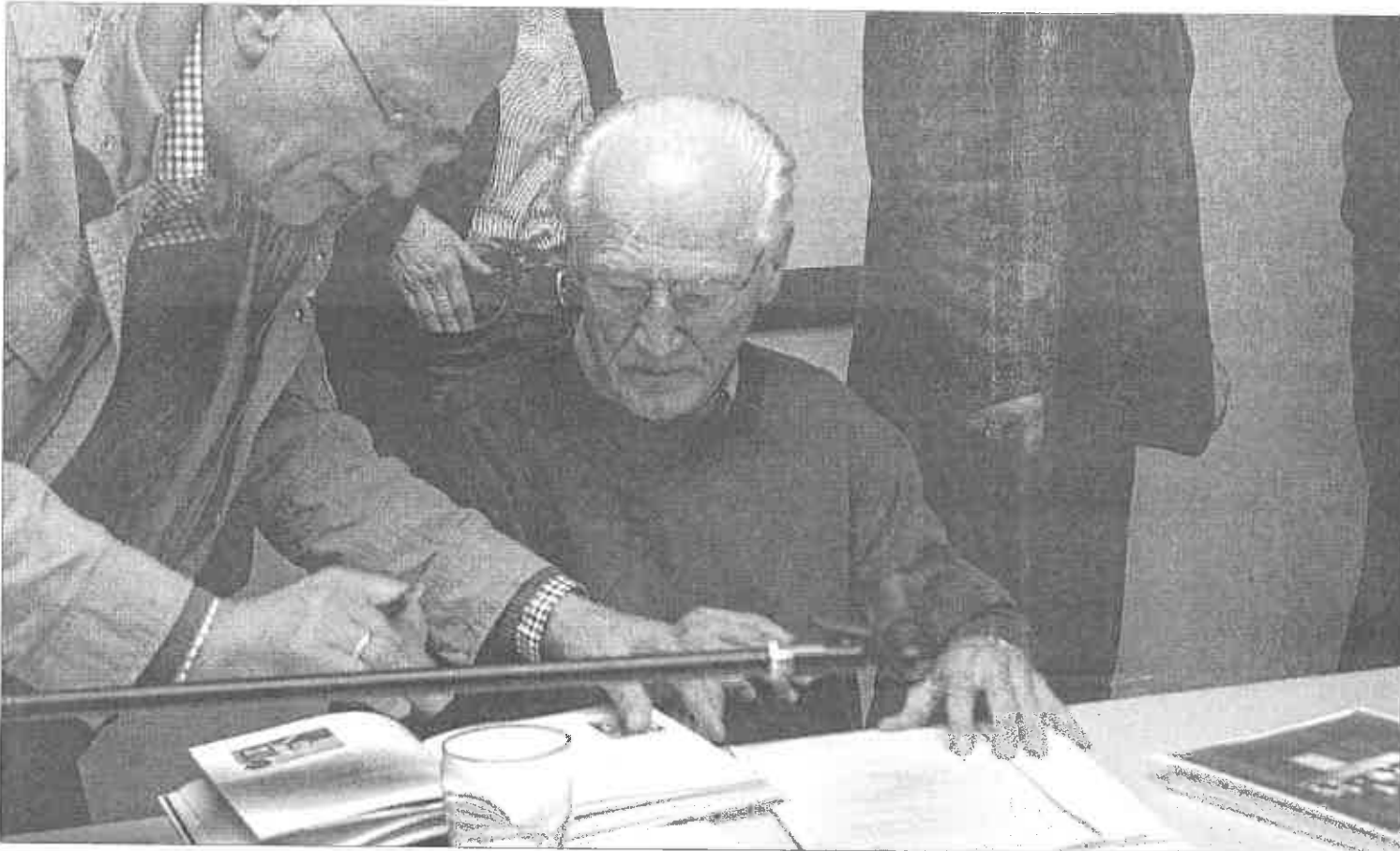
Baumann war dafür extra nach Berlin gefahren. Schnell ließ er sich noch von BBC und ZDF interviewen, bevor er auf der Besuchertribüne die Abstimmung verfolgte.

## Zehn Monate lang saß er in der Todeszelle und dachte jeden Morgen: »Jetzt holen sie dich«

»Ich hab's nicht mehr geglaubt, dass ich das noch erleben«, sagte er hinterher dem Bremer Regionalfernsehen. Und in der »Tagesschau« freute er sich: »Unser Kampf ist jetzt zu Ende.« Aber statt endlich seinen Ruhestand zu genießen, zieht Baumann weiterhin durch Schulen – als einer der letzten Zeitzeugen.

Dass die Deserteure so lange kämpfen mussten, »treibt einem die Schamesröte ins Gesicht«, sagte Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen, als er Baumann an dessen neunzigstem Geburtstag im Rathaus empfing. »Wir wollen heute einen ganz besonderen Menschen würdigen«, sagte der Sozialdemokrat, der selbst aus einer Familie von NS-Verfolgten stammt. Fast 200 Gäste in der historischen *Oberen Rathauhalle* erhoben sich für Baumann von den Stühlen, fast so, als bezeugten sie einem Staatsgast die Ehre.

Hellhörig und aufrecht, wenn auch mit Hörgerät und gebeugtem Rücken, hatte der Jubilar an diesem Abend das letzte Wort: »Nie wieder Krieg« ist das Vermächtnis unserer Opfer. »Wenn einer wie Baumann das sagt, klingt es nicht nach platter Parole. ■



**Bewegtes Leben:** Der 90-jährige Ludwig Baumann sprach über seine schwere Zeit als Wehrmachtsdeserteur.

Foto: Michael Hillebrand

# Der letzte Überlebende erzählt

## 90-jähriger Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann zu Gast in Esterwegen

Von Michael Hillebrand

**ESTERWEGEN.** Der einstige Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann hat in der Gedenkstätte Esterwegen von seiner Vergangenheit berichtet. Neben der Desertion standen auch die anschließende Gefangenschaft und sein Kampf für die Rehabilitation von Opfern der nationalsozialistischen Militärjustiz im Mittelpunkt, die noch bis 2009 als vorbestraft galten. Die Veranstaltung fand anlässlich der Wanderausstellung „Was damals Recht war...“ statt.

„Unter allen von der nationalsozialistischen Militärjustiz zum Tode Verurteilten, stellten die Deserteure die größten Opfer dar“, beginnt Baumann seine Ausführungen. „Viele der Richter, die Deserteure zum Tode verurteilt haben, machten nach dem Krieg Karriere und sind teilweise sogar zu Bundesrichtern aufgestiegen.“ Keiner dieser Männer sei bis heute bestraft worden.

„Meine Eltern kamen aus sehr armen Verhältnissen, aber mein Vater arbeitete sich mühsam zum Tabakgroßhändler hoch.“ Die Tatsache, dass Baumann Legastheniker gewesen sei und keine eigene Karriere gestartet habe, habe seinen Vater sehr enttäuscht, erinnert sich der gelernte Maurer. Als dann mit 15 Jahren seine Mutter stirbt, beginnt er zu rebellieren und weigert sich, der Hitlerjugend beizutreten. Als er 1941 von der Kriegsmarine eingezogen wird, weigert sich Baumann, Befehle von seinen Vorgesetzten auszuführen, wofür er immer wieder bestraft wird.

### Gute Freunde gefunden

Schließlich wird der gebürtige Hamburger in eine Hafenkompagnie in Bordeaux eingeteilt, wo er viele gute Freunde findet, unter denen auch Franzosen sind. Baumann fasst schließlich zusammen mit seinem Freund Kurt Oldenburg den Entschluss zu desertieren: „Ob das unsere eigene Entschei-

dung war oder die unserer französischen Bekannten, weiß ich heute nicht mehr“, so Baumann. Die Einheimischen besorgen den beiden zivile Kleidung und Baskenmützen, damit sie sich auf ihrer geplanten Flucht nach Amerika als Franzosen ausgeben können. Jedoch werden die beiden Soldaten von einer deutschen Zollstreife aufgelesen, der sie verdächtig vorkommen.

Obwohl Kurt und Ludwig bei der Festnahme bewaffnet sind und die Wache mit geschulterter Waffe ein Stück vor ihnen läuft, schießen sie nicht, „weil wir nicht töten wollten“. Beim anschließenden Verhör auf der Wache fliegt dann alles auf.

Baumann wird zum Tode verurteilt und gefoltert, weil er seine französischen Helfer nicht verraten will. Obwohl er durch die Beziehungen seines Vaters zum Leiter des Oberkommandos der Marine schon nach sieben Wochen begnadigt wird, verbringt er die nächsten Monate gefesselt in einer Zelle, in ständi-

ger Angst vor dem Tod. Erst acht Monate später erfährt er von der Begnadigung. „Das verfolgt mich bis heute“, so der heute 90-Jährige.

Nach einem kurzen Aufenthalt im Gefangenenlager Esterwegen kommt er dann über das Wehrmachtsgefängnis Torgau zu einem der sogenannten „Bewährungsbataillone“, die sich in besonders aussichtslosen Kampfgebieten befinden und für die meisten hier Stationierten den Tod bedeuteten. Baumann wird jedoch verletzt und von einem tschechischen Arzt behandelt, der seine Wunde absichtlich so versorgt, dass sie langsamer abheilt.

Als Baumann nach Hamburg zurückkehrt, ist sein Vater verbittert über seine Desertion. Viele beschimpfen Baumann und andere Deserteure als Vaterlandsverräter. Einmal wird er von ehemaligen Soldaten zusammengeschlagen. Als er anschließend bei der Polizei Anzeige erstatten will, wird er von den Polizisten abermals zusammen-

geschlagen. Als sein Vater 1947 stirbt, verfällt Ludwig dem Alkohol und versäuft das komplette Erbe seines Vaters. Als seine Frau bei der Geburt ihres sechsten Kindes stirbt, reißt er sich zusammen, lenkt sein Leben auf die richtige Bahn und zieht seine Kinder alleine groß.

### Für den Frieden aktiv

Als sie erwachsen sind, engagiert er sich in der Friedensbewegung. 1990 veranstaltete er ein Treffen von 37 noch lebenden Deserteuren und gründete die „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“, die seitdem für die Rehabilitation von Deserteuren und anderen Opfern der NS-Militärjustiz kämpft. Er ist inzwischen der letzte Überlebende von ihnen.

Kurt Buck vom Aktionskomitee DIZ Emsland: „Fast alle Deserteure waren einst Gefangene in den Emslandlagern. Jeder, der zu mehr als fünf Jahren verurteilt wurde, musste ins Emsland wegen der besonders abschreckenden Haftbedingungen.“

## Der Widerständige

Wie der heute 92-jährige Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann erst dem Alkohol verfiel und dann die Würde seiner Kameraden rettete

23.06.2014 Von Eckhard Stengel



Ludwig Baumann an der Skulptur für die Opfer der NS-Militärjustiz in Torgau. Hier saß er 1943 als „Kriegsverräter“ im Militärgefängnis und rechnete täglich mit seiner Hinrichtung.

© dpa

Der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben. Wenn es nach Adolf Hitler und seinen Vollstreckern gegangen wäre, dann hätte Ludwig Baumann gerade mal 20 Jahre zu leben gehabt. Der junge Maurer musste bei der deutschen Hafenkompagnie im besetzten Bordeaux dienen. Es war der 3. Juni 1942, als Baumann gemeinsam mit einem Kameraden etwas tat, mit dem er sein Leben aufs Spiel setzte: Kurz vor Mitternacht wagte er es, sich Hitlers Angriffskrieg zu entziehen. Auf der Flucht vor der Fahne wurde er geschnappt, und NS-Militärrichter verurteilten ihn zum Tode – wie auch 30.000 andere Deserteure, „Wehrkraftzersetzer“ oder „Kriegsverräter“.

Baumanns Vater, ein Hamburger Tabakgroßhändler, hatte gute Beziehungen und schaffte es, dass die Todesstrafe in zwölf Jahre Zuchthaus umgewandelt wurde. Doch Ludwig Baumann erfuhr acht Monate lang nichts von der „Begnadigung“, sondern musste weiter in der Todeszelle schmornen. Kleine Gemeinheiten des Regimes. Jeden Morgen, wenn er die Schritte der Wärter hörte, dachte er: Jetzt ist es so weit: Jetzt holen sie mich.

### Immer noch Hinrichtungs-Traum

Inzwischen ist Ludwig Baumann 92 und lebt als Witwer in einer Mietwohnung in Bremen-Vegesack. Noch heute verfolgt ihn der Traum, dass er gleich zur Hinrichtung abgeführt wird. Die Ohren, die Augen, die Beine wollen nicht mehr so recht, und er geht ein bisschen gebeugt. Aber der schmächtige Rentner ist eine Symbolfigur für den aufrechten Gang. Der Herder-Verlag hat ihm jetzt sogar ein Buch gewidmet: „Niemals gegen das Gewissen. Plädoyer des letzten Wehrmachtsdeserteurs“. Mit dem Journalisten Norbert Joa als Ghostwriter hat Baumann seine bewegte und bewegende Lebensgeschichte zu Papier gebracht: vom todgeweihten Deserteur zum Alkoholiker und schließlich zu einem erfolgreichen Kämpfer für die Rehabilitierung aller NS-Militärjustizopfer.

Die Nazis ließen ihn zwar am Leben, aber Baumann musste ins Konzentrationslager Esterwegen, später ins berüchtigte Wehrmachtsgefängnis im sächsischen Torgau und schließlich in ein Strafbataillon im Osten – zum Minenräumen oder als Vorauskommando, kurz: als Kanonenfutter.

„Ich bin dann verwundet worden, ein glatter Durchschuss“, berichtet Baumann lakonisch. Aber es war zugleich „ein Glückstreffer“. Denn nun landete er im Lazarett. Als im Mai 1945 die Russen kamen, musste er für ein halbes Jahr in Gefangenschaft, auch wenn er bei seiner Festnahme rief: „Ich KZ – Hitler Scheiße!“

Krieg und Verfolgung machten aus ihm einen gebrochenen Mann. Zurück in Hamburg, fand er „schräge Freunde“, vertickte Zigaretten auf dem Schwarzmarkt, vertrank das Erbe seines Vaters. In Bremen setzte er sechs Kinder in die Welt, aber ging lieber in die Kneipe, statt sich um sie zu kümmern. Erst als seine Frau 1966 bei der letzten Geburt starb, schaffte er es allmählich, von der Flasche loszukommen und Verantwortung zu übernehmen. Zunächst für seine Familie, später auch für die Gesellschaft.

### Infos für unzufriedene Soldaten

Baumann engagierte sich in der Friedens- und der Eine-Welt-Bewegung. Ganze Generationen von Bundeswehr-Rekruten mussten im Bremer Hauptbahnhof an dem einsam protestierenden Rentner vorbei. Er drückte ihnen „Informationen für unzufriedene Soldaten“ in die Hand. Schwerpunkt: Wie man legal oder illegal die Bundeswehr verlassen kann.

Dass er selber Deserteur war, hat Baumann jahrzehntelang lieber für sich behalten. Einmal, gleich nach dem Krieg, gab er sich zu

Weser = Kurier / 18. Dec. 2017

# Widerstand ein Leben lang

## Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann mit Franco-Paselli-Friedenspreis ausgezeichnet

VON SYLVIA WÖRMKE

**Vegesack.** Ludwig Baumann hat gestern den Franco-Paselli-Friedenspreis der Internationalen Friedensschule Bremen erhalten. Ihm wurde die Skulptur eines Kranichs als Symbol des Friedens im Bürgerhaus überreicht – neben dem Denkmal für den unbekanntesten Deserteur. „Genau der richtige Ort für die Übergabe“, meinte Gerd Meyer im Namen der Friedensschule. Baumann, Deserteur im Zweiten Weltkrieg, engagierte sich nach dem Krieg für die Rehabilitation der Opfer der NS-Militärdiktatur.

Mit anderen überlebenden Wehrmachtsdeserteuren gelang es ihm nach einem Kampf über 19 Jahre, dass 2002 das „Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile“ verkündet und 2009 die Urteile für sogenannte Kriegsverräter aufgehoben wurde. Etwa 30 000 Soldaten wurden während des Krieges zum Tode verurteilt, auch Baumann, dessen Urteil in eine Zuchthausstrafe abgewandelt worden war und der in einem „Bewährungsbattillon“ schwer verwundet überlebte.

„Wie ein roter Faden zieht sich widerständiges Verhalten durch das Leben von



Ludwig Baumann: „Kriegsverrat ist für mich heute noch eine Friedenstat.“ FOTO: KOSAK

Ludwig Baumann“, sagte Marita Rothe (Archivgruppe Friedensschule) in der Laudatio. Er sei nie Mitläufer gewesen, nie in eine NS-Organisation eingetreten, habe auch im Arbeitsdienst Zivilcourage gezeigt. „Mit diesem Friedenspreis wollen wir ihn für sein langjähriges Engagement

für die Rehabilitation der Wehrmachtsdeserteure und in der Friedensarbeit danken und unsere Anerkennung zeigen.“ Noch heute, im Alter von 93 Jahren, engagiert er sich für den Frieden und setzt sich für „das Recht auf Nahrung“ für alle Menschen ein.

In seiner Rede erläuterte Baumann seine Einstellung: „Kriegsverrat ist für mich heute noch eine Friedenstat“, sagte er und verurteilte den Vietnamkrieg wie auch aktuellere Kriegsschauplätze im Irak und Afghanistan. „Was haben wir da zu suchen?“, fragte Baumann, der bis zur Aufhebung der Wehrpflicht Flugblätter mit dem Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung verteilt hat. Er ist überzeugt: „Wir leben in einem reichen Land, von keinem bedroht und sind aufgefordert zu gewaltfreiem Handeln und uns einzusetzen für Gerechtigkeit und für den Frieden.“

Der Friedenspreis ist nach Franco Paselli benannt. Das Baby war 30 Tage alt, als es 1944 mit weiteren Mitgliedern seiner Familie und über 770 Menschen in der italienischen Region Bologna getötet wurde. Die Einheiten einer SS-Panzergrenadierdivision töteten damals ausschließlich Kinder, Frauen und ältere Männer.



---

BV Opfer NS-Militärjustiz e.V., Aumunder Flur 3 A, 28757 Bremen

## **Erklärung zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus**

An unseren Opfern wurde von der NS-Militärjustiz die blutigste juristische Verfolgung der deutschen Geschichte begangen – allein über 30 000 Todesurteile und 23 000 Hinrichtungen. Mehr als 100 000 unserer Opfer haben KZ, Straflager und Strafbatalion nicht überlebt. Viele ehemalige Wehrmachtrichter haben nach dem Krieg weiterhin Karriere gemacht. Einige stiegen auf bis zu Bundesrichtern, wurden Minister und Filbinger Ministerpräsident. Erst mit seinem Grundsatzurteil vom 16. November 1995 brandmarkte der Bundesgerichtshof die Wehrmachtjustiz als eine „Blutjustiz, deren Richter sich wegen Rechtsbeugung in Tateinheit mit Kapitalverbrechen hätten verantworten müssen“. – Doch nicht einer der Wehrmachtrichter ist in der Bundesrepublik Deutschland jemals bestraft worden.

Unsere Opfer wurden nach dem Krieg als Feiglinge, Kriminelle und Verräter beschimpft und bedroht. Als Vorbestrafte hatten sie keine Chance auf eine sichere Zukunft. Viele sind gedemütigt und entwürdigt verstorben.

Erst im Oktober 1990 haben die letzten unserer Opfer die „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“ gründen können. Seitdem kämpfen wir auch im Bundestag um unsere Rehabilitierung und unsere späte Würde.

Die CDU/CSU geführte Bundesregierung weigerte sich, unsere Urteile aufzuheben, weil damit alle Soldaten der Wehrmacht ins Unrecht gesetzt würden und weil damit die Moral der Bundeswehr untergraben würde. Ende 1998 sagte uns die neue rot-grüne Regierung die pauschale Aufhebung unserer Urteile schriftlich zu. – Doch dann führte die Nato Krieg gegen Jugoslawien (gegen das Völkerrecht und ohne UN-Mandat) und Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Scharping gaben vor, ein neues Auschwitz verhindern zu wollen. Was für eine schamlose Verhöhnung der Auschwitz-Opfer. Da hatten wir auch Rot-Grün als Verbündete verloren.

1

---

Vorsitzender:  
Ludwig Baumann

Schriftführer: Günter Knebel  
Mail: Knebel-Bremen@t-online.de

Wissenschaftlicher Beirat  
Ehrenvorsitz: Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Freiburg /  
Vorsitzender: Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg /  
Dr. Peter Fischer, Berlin / Dr. Detlef Garbe, Hamburg /  
Günter Saathoff, Berlin / Prof. Dr. Peter Steinbach, Baden-Baden /  
Dr. Rolf Surmann, Hamburg.

Erst im Mai 2002 wurden die Urteile wegen Desertion aufgehoben und erst im September 2009 die Urteile wegen Kriegsverrat – gegen den Widerstand der Bundeswehr. Dabei ist Kriegsverrat auch heute ein Beitrag für den Frieden und eine gerechtere Welt: Papst Franziskus beschuldigte bei seiner Ansprache im Europaparlament unsere reichen westlichen Länder, der Menschheit eine Weltwirtschaft aufgezwungen zu haben, bei der jeden Tag für unseren Überfluss bis zu 30 000 Menschen elendig verhungern. Und diese Menschheitsverbrechen werden auch militärisch verteidigt.

Schon im Vietnamkrieg haben die USA über 3 Millionen Vietnamesen getötet, Hunderttausende mit Napalm grausam ermordet. Was haben die Vietnamesen ihnen denn getan?

Vor 12 Jahren wurde der Irak mit einer Lüge über angebliche Massenvernichtungswaffen überfallen und fast vollständig zerstört. Hunderttausende Tote und Ermordete. Plünderungen und Folterungen – begangen von unseren Ländern.

Und wie ist es überhaupt möglich, dass ein Oberst Klein, der in Afghanistan einen tödlichen Luftangriff auf über 140 Zivilisten (meist Frauen und Kinder) befohlen hat, dafür nicht bestraft wird, sondern bald darauf zum General befördert wurde. Was für ein schlimmes Zeichen für künftige deutsche Kriegsverbrechen.

Wir in diesem reichen Land, von keinem bedroht, belastet mit dem deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieg mit mehr als 50 Millionen Toten, sind aufgerufen zu gewaltfreien Handeln – sich einzusetzen für Gerechtigkeit, das Leben und den Frieden.

Bremen, im April 2015

Ludwig Baumann,  
Wehrmachtdeserteur



(<http://www.hamburg.de/kulturbehoerde/nofl/1368/register-fm/>) (<http://www.hamburg.de/kulturbehoerde/nofl/9990/suchbox-fm/>) (<http://www.hamburg.de/kulturbehoerde/nofl/9996/subnavigation-fm/>)

**hamburg.de**



Kulturbehörde

Gedenkort für Zivilcourage

## Deserteurdenkmal eingeweiht

24. November 2015 15:00 Uhr

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz eröffnet heute, am 24. November 2015, den Gedenkort für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz.



117

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz (links) und Ludwig Baumann, Vorsitzender Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.

(Bild: Julian Boy / Pressestelle des Senats)

Am Stephansplatz/Dammtor erinnert ab heute ein Denkmal an Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz. Nach viereinhalbmonatiger Bauzeit wurde der Gedenkort nach dem Entwurf des Hamburger Künstlers Volker Lang heute von Hamburgs Erstem Bürgermeister Olaf Scholz, gemeinsam mit dem Künstler und Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz und selbst Deserteur, eröffnet. Mit dem Deserteurdenkmal soll an diesem prominenten Ort ein wichtiges politisches Zeichen für Zivilcourage und Gerechtigkeit gesetzt werden.

**Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz:** „Das Umdenken kam spät. Nicht zu spät, aber doch beschämend spät. Erst 2002 wurden die Urteile der Militärgerichte gegen Deserteure der Wehrmacht aufgehoben. Wenn wir heute in Hamburg den Gedenkort für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz einweihen, dann bin ich auch erleichtert, dass es endlich soweit ist. Mit seiner Platzierung zwischen dem umstrittenen 76er-Denkmal und dem Fragment gebliebenen Gedenkmal von Alfred Hrdlicka setzt Hamburg an einer zentralen Stelle in der Stadt ein unmissverständliches Zeichen.“

**Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler:** „Einen Gedenkort zu schaffen, der mit zeitgenössischen ästhetischen Mitteln arbeitet, zum Nachdenken motiviert und zu einem lebendigen Erinnerungsprozess beiträgt – dies war die Aufgabe im Wettbewerb zur Gestaltung des Gedenkortes. Dieser Aufgabe ist der Künstler Volker Lang mit dem transparenten, offenen und begehbaren Denkmal hervorragend gerecht geworden. Indem die Opfer der Wehrmachtjustiz beim Namen genannt und damit aus der Anonymität geholt werden, erhalten sie die Würde zurück, die ihnen das NS-Regime nahm. Der Gedenkort soll Anstöße liefern und zur Auseinandersetzung über Fragen der Gerechtigkeit, der Menschenwürde und der Zivilcourage einladen. Er fordert Reflektion über die Ursachen von Kriegen und ihren Folgen wie Zerstörung, Vertreibung und Flucht. Damit erweist er sich als sehr aktuell.“

**Ludwig Baumann, Vorsitzender Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.:** „Mein großer Dank gilt der der Stadt

Hamburg, die diesen Gedenkort für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz geschaffen hat. Das ist für mich eine bewegende Stunde, und mir geht heute ein später Traum in Erfüllung.“

**Volker Lang, Bildhauer:** „Die zitierten Beispiele der Willkür des Vernichtungskrieges waren Motive der Desertion. Ihre Darstellung in Skulptur/Gitter und gesprochenem Wort schafft eine Differenz zu den beiden Denkmälern. Den Raum betretend wird der Betrachter selbst Teil der Arbeit. Die Wahrnehmung verändert sich. Der neudefinierte Ort kann ein Forum für Lesungen und Versammlungen gegen Krieg und Gewaltherrschaft werden.“

Mit dem Gedenkort für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz sollen diese lange Zeit nicht anerkannten Opfer des Nationalsozialismus angemessen gewürdigt werden. Der Bau des Gedenkortes zwischen Stephansplatz und Dammtor basiert auf einem einstimmigen Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft und ist Ergebnis einer langen und intensiven Diskussion unter Beteiligung der Opferverbände, des Bündnisses für ein Hamburger Deserteurenkmal, der Wissenschaft und der Fachöffentlichkeit. Nach dem Beschluss der Bürgerschaft erarbeitete ein hochkarätig besetzter Beirat aus Vertreterinnen und Vertretern der politischen Parteien, der Wissenschaft, der Kunst und Architektur und den Verbänden Grundlagen für die Errichtung eines Deserteurenkmals. Die Kulturbehörde lobte 2013 einen internationalen Wettbewerb aus, um einen neuen Gedenkort zu schaffen. Im Juni 2014 hatte das Preisgericht das Konzept des Hamburger Künstlers Volker Lang mit dem ersten Preis prämiert. Nach einer intensiven Planungs- und Vorbereitungsphase wurde im Juli 2015 mit dem Bau begonnen, jetzt ist das Denkmal fertiggestellt.

Volker Lang entwarf einen transparenten Baukörper in der Form eines gleichseitigen Dreiecks zwischen dem 76er-Denkmal von Richard Kuöhl und dem Gedenkmal von Alfred Hrdlicka. Zwei der drei Wände werden aus bronzenen Schriftgittern gebildet. Eine geschlossene Wand schließt den Raum zum Dammtordamm ab. Die Texte der Schriftgitter sind dem Werk „Deutschland 1944“ des Autors Helmut Heißenbüttel entnommen, das auch als Audioinstallation am Ort zu hören ist. Die historischen Informationen zum Gedenkort für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz werden als Text auf der Betonwand angebracht. Der Gedenkort wird durch acht großformatige Informationsstelen ergänzt, die in den nächsten Tagen und Wochen an den historischen Stätten der Wehrmachtjustiz, den ehemaligen Gerichtsgebäuden, den Haft- und Vollstreckungsorten und auf dem Ohlsdorfer Gräberfeld errichtet werden. Das Preisgericht hob hervor, dass der Entwurf durch ein zurückhaltendes und zugleich präsent, klares Auftreten zwischen den beiden vorhandenen Denkmälern überzeugt.

In einer kostenlosen Broschüre informieren die Landeszentrale für politische Bildung und die Kulturbehörde über den Gedenkort, seine Entstehung und seine Geschichte. Die Publikation ist erhältlich im Info-Laden der Landeszentrale für politische Bildung (Dammtorwall 1, montags bis donnerstags von 12.30 bis 17 Uhr und freitags von 12.30 bis 16.30 Uhr). Zudem ist die Broschüre unter [www.hamburg.de/gedenkort-fuer-deserteure](http://www.hamburg.de/gedenkort-fuer-deserteure) (<http://www.hamburg.de/gedenkort-fuer-deserteure>) als Download verfügbar.

**24. November 2015 15:00 Uhr**

## DOWNLOADS

Broschüre - Gedenkort für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz »(PDF, 1,9 MB) (<http://www.hamburg.de/contentblob/4642414/data/gedenkort-fuer-deserteure-broschuere.pdf>)

Rede des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz anlässlich der Einweihung des Gedenkortes für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz »(PDF, 158,5 KB) (<http://www.hamburg.de/contentblob/4642438/data/rede-bgm1-gedenkort-fuer-deserteure.pdf>)

# Zeichen gegen das Vergessen

NS-Opfer als Namensgeber für künftige Straßen in der Jenfelder Au



Sechs Straßen der Jenfelder Au werden nach NS-Opfern benannt

Fotos: Giltz

Von Rainer Giltz

**JENFELD** Die Gedenkveranstaltung fand dieses Jahr in der Otto-Hahn-Schule statt, in Sichtweite der Jenfelder Au. Dort sollen insgesamt sechs Straßen laut einstimmigem Beschluss der Wandsbeker Bezirksversammlung nach drei Männern und drei Frauen benannt werden, die im Nationalsozialismus verfolgt oder ermordet wurden. Der Vorsitzende der Bezirksversammlung Peter Pape dankte den zahlreichen Abgeordneten für diese fraktionsübergreifende Entscheidung. „Es ist ein Zeichen gegen das Vergessen, ein solches Schreckensregime darf sich nicht wiederholen“, so der SPD-Politiker. Die Schicksale aller sechs Namensgeber wurden kurz vorgestellt. Den Anfang machte Susanne Okroy, Leiterin des „Erlenbusches“, einer Einrichtung für behinderte Kinder in Volksdorf. Sie erinnerte an Hilde Wulff, die

Gründerin des Heims. Wulff war nach einer Polio-Erkrankung selbst körperbehindert und rettete ab 1935 vielen Kindern das Leben, denen die Ermordung im Rahmen des „Euthanasieprogramms“ der Nazis drohte. Auch jüdische Kinder nahm sie auf. Unterstützt wurde Wulff von Hermine Albers, die sich in der SPD gegen das NS-Regime engagierte. Ihren Job bei der Hamburger Sozialbehörde habe sie deshalb verloren, referierte

die SPD-Bezirksabgeordnete Sarah Mania. Ihre CDU-Kollegin Claudia Folkers stellte die dritte Frau vor. Charlotte Mügge unterstützte Deserteure und wurde 1942 wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ verurteilt. Getrennt von ihren sechs Kindern kam sie in ein Straflager. Das Urteil wurde erst 1947 aufgehoben. Oliver Döscher von den Grünen erinnerte an das Schicksal von Erich Hippel. Die NS-Justiz bescheinigte ihm „angebo-

renen Schwachsinn“ und ließ ihn sterilisieren. Er kam trotzdem zur Marine und wurde 1944 wegen Fahnenflucht auf dem damaligen Wehrmachtsgelände Höltigbaum erschossen. Dasselbe widerfuhr Kurt Elvers. Er wollte lieber Kunst studieren als zurück an die Front. Er sei wegen kritischer Äußerungen denunziert worden, so Rainer Behrens von der Linken. Helga Daniel von der Liberalen Fraktionsgemeinschaft referierte über Kurt Oldenburg, nach dem bereits eine Straße der Jenfelder Au benannt wurde. Der Seemann aus Tonndorf zweifelte am Sinn des Krieges und desertierte. Zunächst zum Tode verurteilt, wurden er und sein Freund Ludwig Baumann begnadigt und in ein Strafbataillon gesteckt. Baumann berichtete als Zeitzeuge von Folter und Angst vor der Hinrichtung. Er endete mit einem Plädoyer für Gerechtigkeit und Frieden.



Peter Pape, Vorsitzender der Bezirksversammlung



Zeitzeuge Ludwig Baumann in der Otto-Hahn-Schule

Statt eines Nachworts:

### **Die sich Unrecht und Krieg widersetzen**

Warum das Erinnern an die Opfer der NS-Militärjustiz nötig bleibt

Beitrag von Günter Knebel zur Tagung in der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte (HÖB) Papenburg:

**„Wider das Vergessen! – Dezentrales Gedenken in Niedersachsen und seine Vernetzung“**

Seminar in Zusammenarbeit mit der Interessengemeinschaft niedersächsischer Gedenkstätten und Initiativen zur Erinnerung an NS-Verbrechen, 16.-18. Februar 2018

—

Dem mündlichen Vortrag vorangestellt war ein Video (4'30") aus dem NDR-Archiv, Sendung extra3 vom 25.10.1990 >Deserteure<: Bericht über die Gründung der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V. und Szenen aus der Diskussion um ein Deserteurdenkmal in Bonn 1989/90.

Dem Vortrag folgte eine kurze Präsentation (7'30") einiger pointierter „Schnitte“ aus TV-Beiträgen über Ludwig Baumann aus den Jahren 1995 – 2011. Sie waren anlässlich seines 90. Geburtstags zusammengestellt worden. Zusammenstellung: Medienwerkstatt des Kulturzentrums Schlachthof, Bremen 2011.

## **Die sich Unrecht und Krieg widersetzen**

### **Warum das Erinnern an die Opfer der NS-Militärjustiz nötig bleibt**

Über die *Entstehung und (Wirkungs-) Geschichte* der 1990 gegründeten Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V. liegen etliche profunde Arbeiten und Veröffentlichungen vor.<sup>1</sup> Auf Wunsch der Veranstalter seien dennoch dazu hier einige Sätze vorangestellt, bevor ich zu meinem eigentlichen Vortragsthema komme:

Entstanden ist die Bundesvereinigung aus friedensbewegter Initiative heraus. Im Nachgang zu einer Versammlung von Initiativen, die sich lokal oder regional mit Deserteur-Denkmalern und/oder in anderer Weise mit den Folgen der NS-Militärjustiz beschäftigten, konnte im Mai 1990 ein Wehrmachtdeserteur gewonnen werden, sich die Initiative zur Gründung einer Opfervereinigung zu eigen zu machen: Ludwig Baumann war 1942 zum Tode verurteilt worden, hatte aber Dank glücklicher Umstände KZ-Haft und Strafbataillon überlebt. In engster Zusammenarbeit mit Kurt Buck vom DIZ Papenburg, das die wesentliche Vorbereitung zur Herstellung von Kontakten zu weiteren Opfern der Wehrmachtjustiz geleistet hatte, wurde der Bremer Ludwig Baumann im Oktober 1990 als Vereinsvorsitzender gewählt. Er ist bis heute Herz und Motor der Bundesvereinigung. Ludwig Baumanns Stimme, sein öffentliches Wirken ist stets gestützt und gestärkt worden durch den wissenschaftlichen Beirat der Bundesvereinigung, dem namhafte Militärgeschichtsforscher angehören, darunter Manfred Messerschmidt, Nestor kritischer deutscher Militärgeschichtsforschung und – weil auch Jurist - viele Jahre Vorsitzender Internationaler Gesellschaften und Kommissionen für Fragen des Wehr- und Kriegsvölkerrechts. Er ist heute Ehrenvorsitzender des wissenschaftlichen Beirats. Seit Ende 2012 steht dem Beirat Wolfram Wette vor, der als Historiker ebenfalls in Freiburg tätig ist.

Zweck der 1990 gegründeten Bundesvereinigung war und ist - laut Satzung - *„bundesweit für die gesellschaftliche Rehabilitierung und materielle Entschädigung der Opfer der Militärjustiz und -psychiatrie unter dem Nationalsozialismus einzutreten.“*

Zur gesellschaftlichen Rehabilitierung und materiellen Entschädigung haben beigetragen: Urteile des Bundessozialgerichts (11.09.1991) und des Bundesgerichtshofs (15.11.1995), die Bundestagsentschließung vom 15. Mai 1997, das Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege (25.08.1998) und dessen beide Folgesetze: Vom 23.07.2002 mit dem die Wehrmachtdeserteure und vom 24.09. 2009 (jeweils im BGBl.), mit dem schließlich auch die sog. Kriegsverräter pauschal rehabilitiert worden sind.

Alle genannten rechtlichen oder politischen Entscheidungen gründeten in der Regel auf einer Fülle vorausgehender Aktivitäten, Stellungnahmen, Publikationen und/oder Veranstaltungen, die jeweils auf ihre Art auf das verbliebene Unrecht der Wehrmachtjustiz öffentlich aufmerksam machten. Insofern gehören zur „Wirkungsgeschichte“ des Kampfes um Rehabilitierung ganz viele Dokumente, audi-visuelle Beiträge, rd. 30 Deserteurdenkmäler in Deutschland<sup>2</sup>, mehrere in Österreich, viele Ausstellungen und deren Begleitprogramme, ungezählte Buchveröffentlichungen, Schüler- und Semesterarbeiten, Diplom- und Examensarbeiten bis hin zu Dissertationen. Kurz: Die bis heute erreichte Rehabilitierung hat sehr viele „Mütter und Väter“. Dabei nimmt das Engagement Ludwig Baumanns jedoch eine ganz herausragende Rolle ein: Ohne seine landauf landab gefragte Mitwirkung als Vorsitzender der Bundesvereinigung wäre so manche Veranstaltung erst gar nicht zustande gekommen, ohne seinen unermüdlichen Einsatz als authentischer, glaubwürdiger Zeitzeuge wäre die parlamentarisch-politische Bearbeitung dieses Tiefpunkts deutscher Rechtsgeschichte mit Sicherheit unvollendet geblieben.

---

<sup>1</sup> Hannes Metzler, *Ehrlös für immer? Die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure in Deutschland und Österreich*, Wien (Mandelbaum-Verlag) 2007 und weitere Publikationen siehe FN 4 ff., siehe auch: Lars G. Petersson, *Hitlers Fahnenflüchtige*, London 2013, auch englische Ausgabe bei Fonthill: *>Hitler's Deserteurs<*, London 2013; Ludwig Baumann/Norbert Joa, *Niemals gegen das Gewissen*, Freiburg 2014

<sup>2</sup> Siehe *>Fazit IV<-Karte mit ausgewählten Beispielen* in Marco Dräger, *Sterben oder Desertieren für den Frieden, Zwei Generationen, zwei Denkmäler - ein Ziel*. Vortrag in Augsburg am 4. August 2012, Seite 22

Für eine Ergänzung einschlägiger Publikationen wird hier nur bedingt Bedarf<sup>3</sup> gesehen. Die 2011 eingerichtete Webseite der Bundesvereinigung informiert über deren aktuelle Arbeit und künftige Aufgaben, auf der Startseite im Überblick und auf den Folgeseiten ausführlich.<sup>4</sup> Eine eigene Webseite haben Potsdamer Freunde für >Ludwig Baumann< eingerichtet anlässlich dessen 90. Geburtstag im Jahr 2011, um Texte seiner Ansprachen zu dokumentieren und über sein Leben und Wirken zu informieren.

Der Vortrag, mit dem ich zu diesem Seminar beitragen möchte, versucht, aus meiner Warte kurz und bündig zu begründen, warum das Erinnern an die Opfer der NS-Militärjustiz dauerhaft aktuell ist und nötig bleibt.

Folgende Stichworte gliedern und benennen, worum es in diesem Beitrag geht:

1. die Opfer würdigen;
2. an die Opfer namentlich erinnern, das Besondere dieser NS-Opfergruppe betonen;
3. die Opfer geschichtlich einordnen;
4. den Protest gegen Kriegsgefahr und Krieg stärken.

**1. Das Erinnern an die Opfer der NS-Militärjustiz gibt diesen ihre einst abgesprochene Ehre und Würde zurück – und offenbart zugleich einen skandalösen Gründungsmakel der Bundesrepublik Deutschland: Eine nationalsozialistische personelle Verwurzelung des Rechtswesens, deren „Schadensbegrenzung“ eine Art dauernde Aufgabe ist und bleibt.**

Die sehr späte Rehabilitierung der Kriegsdienstverweigerer und Deserteure der Wehrmacht, zu denen auch die wegen Wehrkraftzersetzung und Kriegsverrat verurteilten und meist hingerichteten Opfer der Wehrmachtjustiz gehören, ist kein Zufall gewesen. Sie ist Konsequenz der Tatsache, dass etwa 3.000 Wehrmachtjuristen den von Deutschland begonnenen Angriffs- und Vernichtungskrieg nicht nur weitestgehend unbeschadet überlebten, sondern in der Regel unmittelbar anschließend als Juristen am Neuaufbau des bundesdeutschen Rechtswesens beteiligt waren. Ehemalige Nazi-Richter konnten so in Westdeutschland das Fundament der Judikative in einem demokratischen Rechtsstaat mitgestalten und die neue Rechtsprechung jahrzehntelang prägen. Das ging mit Ausgrenzung und Verfehlung ihrer einstigen Opfer einher, weitgehend der Militärtradition geschuldet, in Einzelfällen aber auch dem subjektiven Verhalten der Juristen. Circa 30.000 zum Tode verurteilten und über 20.000 hingerichteten Opfern der NS-Militärjustiz wurde die gesetzliche Rehabilitierung mehr als 50 Jahre vorenthalten, also über zwei Generationen hinweg. Erst 1998 bzw. 2002 und zuletzt 2009 wurden die Opfer nach jeweils mühsamer parlamentarischer Diskussion schrittweise und auf gesetzlicher Grundlage pauschal rehabilitiert.<sup>5</sup>

<sup>3</sup> Eine umfassende Aufarbeitung zur Geschichte und Funktion der Bundesvereinigung im Rahmen des Mitte der 80er Jahre beginnenden Bemühens um Entschädigung und „Wiedergutmachung“ der zuvor ausgegrenzten NS-Opfer in der BRD wäre z.B. ein Desiderat historischer oder politikwissenschaftlicher Forschung.

<sup>4</sup> Siehe [www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de](http://www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de) und ergänzend zum Vorsitzenden [www.ludwigbaumann.de](http://www.ludwigbaumann.de)

<sup>5</sup> Wolfram Wette, Deserteure der Wehrmacht rehabilitiert – ein exemplarischer Meinungswandel 1980-2002, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 2004, 505-527; Manfred Messerschmidt, Die Wehrmachtjustiz 1933-1945, Paderborn 2008, S.448-453; Peter Kalmbach, Wehrmachtjustiz, Berlin 2012; zur Rehabilitierung der >Kriegsverräter< im Jahr 2009: Jan Korte / Dominic Heilig, Kriegsverrat – Vergangenheitspolitik in Deutschland, Analysen, Kommentare und Dokumente einer Debatte, Karl Dietz-Verlag, Berlin 2011, 207 Seiten, zu FN 1 darin: Baumann-Interview Seite 11-44, dazu ergänzend: Günter Knebel, Die späte Anerkennung der Wehrmachtdeserteure in Forschung, Öffentlichkeit und Politik, Vortrag in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme im November 2011, Link: <http://www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Dateien/Veranstaltungen/NeuengammeTgg2011BeitragGK.pdf> vgl. auch jüngst: Wolfram Wette, Ehre wem Ehre gebührt – Täter, Widerständler, Retter 1939-1945, Bremen 2014; Juliane Alton / Thomas Geldmacher / Magnus Koch / Hannes Metzler (Hrsg.), „Verliehen für die Flucht vor den Fahnen“ – Das Denkmal für die Verfolgten der NS-Militärjustiz in Wien, Göttingen 2016; Anne-Katrin Patzelt, Die Rehabilitierung von Wehrmachtdeserteuren. Eine Analyse der Debatte in der BRD, TU Darmstadt 2017, Marco Dräger, Deserteur-Denkmäler in der Geschichtskultur der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 2017, ders.: Denkmäler für Deserteure - Ein Überblick über ihren Einzug in die Erinnerungskultur, Berlin 2017 und – als jüngste Beispiele für die denkanstößig-wichtige lokale oder regionale Recherche – Das Standgericht in Nordhalben - Eine Spurensuche. Brutale Hinrichtung von Willibald Frischmann am 10. April 1945 Beitrag von Horst Mohr in: Heimatkundliches Jahrbuch 2016 des Landkreises Kronach, S. 177-185, Florian



**2. Das Erinnern an die Opfer der NS-Militärjustiz weist die von den Nazis beabsichtigte Verdammung und Verbannung aus der Geschichte nicht nur strikt zurück, sondern bewirkt das genaue Gegenteil: Sie benennt und - soweit möglich - personifiziert den zeitgenössischen Widerspruch und Widerstand gegen die NS-Militärpolitik und gegen das Soldatsein in der Wehrmacht.**

Seit 1935 wurde der vom NS-Staat geforderte „Wehr“-dienst als militärischer Pflichtdienst jedem „tauglich“ Gemusterten abverlangt. Wer sich als Kriegsdienstverweigerer dem vom NS-Staat geforderten Militärdienst von vornherein widersetzte oder nach Dienstantritt durch „Fahnenflucht“ entzog, wurde dafür verfolgt und bestraft - mit hohen Freiheitsstrafen, seit Kriegsbeginn in der Regel mit Todesstrafe. Die von Hitler ausgegebene Devise, ‚der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben‘, war mehr als ein bloßer Ausdruck der Gewaltfixiertheit faschistischer Ideologie, sie hatte in dem militär- und gewalthörigen NS-Regime, das bei vielen Juristen hohen Zuspruch fand, auch rechtliche Konsequenzen. Wer die militärischen Ziele<sup>6</sup> und Interessen des NS-Regimes infrage stellte oder sich ihnen gar entgegensetzte musste mit dem höchsten Strafmaß rechnen. Die Praxis ungezählter Hinrichtungen zeigte, dass es dem Nazi-Regime augenscheinlich darum ging, die sozialen und psychischen Folgen der Todesstrafe noch zu steigern: Die Opfer sollten gedemütigt und anonymisiert, ja möglichst aus der Erinnerung getilgt werden. Zusammen mit der Kostenrechnung für die Hinrichtung und Entsorgung des Leichnams des Verstorbenen erhielt dessen Familie i.d.R. die behördliche Auflage, den Verlust des Familienmitglieds nicht öffentlich bekannt zu machen.<sup>7</sup> Über ihre Verfolgung und Todesstrafe hinaus sollte die Erinnerung an diejenigen, die militärische Gewalt ablehnten, möglichst ausgelöscht werden. Was verdeutlicht die staatlich organisierte Überhöhung, ja Fetischisierung militärischer Gewalt durch das NS-Regime mehr, als die Absicht, die (handlungs-) konsequentesten Kritiker der „Wehrmacht“<sup>8</sup> so aus der Erinnerung zu verbannen? Jeder Beitrag, durch lokale oder regionale Forschung, durch Setzung eines „Stolpersteins“, durch thematische Aufarbeitung in Friedensgruppen, Schulen oder Bildungseinrichtungen eine Öffentlichkeit herzustellen, wie dies z.B. durch die höchst verdienstvolle Wanderausstellung „Was damals Recht war – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“ seit 2007 in über 40 Orten geschehen ist, bringt etwas mehr Licht in das immer noch weithin vorhandene Dunkel dieser spezifischen NS-Verbannung. Aus der Diskussion und Setzung von Denkmälern für Deserteure ergeben sich weitere Aspekte und Akzente, nicht zuletzt eine dauerhafte Bereicherung der Erinnerungskultur, die friedenspolitisch richtungsweisend ist.

**3. Das Erinnern an die Opfer der NS-Militärjustiz ist ein wichtiger Denkanstoß. Er weist auf widerständiges Handeln innerhalb des Militärs hin und macht diese historische Tatsache bekannt. Dieser Widerstand wurde sogar in Extremsituationen praktiziert – von vielen Menschen, unter Gefahr und Einsatz ihres Lebens. Auch wenn es keine „organisierte Gewaltlosigkeit“ war, so war und ist doch jedes Beispiel für persönlichen Gewaltverzicht ein Beitrag zu einer Geschichte der Gewaltlosigkeit. Deren – mit der Errichtung von Deserteur-**

---

Hans, Wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt – Die Erschießungen von Deserteuren der Wehrmacht in Wuppertal 1940-1945, Wuppertal 2017 und Fritz Kiltbau, 3 junge Soldaten hingerichtet - Vom fliegenden Standgericht Helm verurteilt. 23. März 1945 Altes Wasserwerk Bensheim, Bensheim 2017

<sup>6</sup> Im Nachgang zum 1. Weltkrieg waren die Ziele zu einem „Vernichtungsfanatimus“ zugespitzt worden: Hans-Ulrich Wehler, „Die Urkatastrophe“ – Der Erste Weltkrieg als Auftakt und Vorbild für den Zweiten Weltkrieg, in: Spiegel-Spezial 2004 zu WK I und Spiegel Nr. 8/2004 (30. März 2004), S. 89

<sup>7</sup> Ulrich Baumann/Magnus Koch für die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, „Was damals Recht war...“ – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht, Berlin 2008, S. 181, vgl. auch die grundlegende Neubearbeitung dieses Begleitkatalogs zur gleichnamigen Wanderausstellung der Stiftung Denkmal, Berlin 2017

<sup>8</sup> Lt. Alfred Andersch: „>Wehrmacht< ist eine typische Wort-Erfindung eines heroischen Etappen-Trottels. Auch historischer Nonsens. ..Weder Wehr noch Macht, aber ... Millionen bewaffneter Männer, deren größerer Teil nicht die geringste Lust hatte zu kämpfen.“ Alfred Andersch, Die Kirschen der Freiheit - Ein Bericht, Zürich (Diogenes) 1952, TB 1971, S. 79 f.

**Denkmälern vergegenständlichte<sup>9</sup> - Verdichtung zu einer „Tradition“, die sowohl in Köpfe und Herzen gelangt, als auch politisch wirksam wird, liegt noch vor uns.**

Die „Rolle der Gewalt in der Geschichte“<sup>10</sup> ist vielfach präsent und wird eindrücklich vermittelt: Durch – oft immer noch nicht gewaltfreie – Erziehung im Elternhaus, durch Ausbildung in Schule und ggf. weiteren Bildungseinrichtungen, durch die Medien, durch die Präsenz öffentlicher Gewalt und – nicht zuletzt – durch die überkommene Akzeptanz vermeintlicher Normalität von militärischer Gewalt im Rahmen staatlicher Sicherheitspolitik. Viele Menschen sehen bis heute Staaten vor allem durch Militär konstituiert. Dies kommt z.B. bei jedem „Staatsbesuch“ rituell neu zum Ausdruck, wenn Staatsgäste mit „militärischen Ehren“ begrüßt werden. Gelegentliche Versuche, diese fragwürdige Tradition zu überwinden, scheiterten in der Regel bereits bei der Infragestellung der Zeremonie: Darauf zu verzichten ist als „Beleidigung“ aller Beteiligten angesehen worden. Jede weitere Diskussion über die Fragwürdigkeit dieses Zeremoniells, das die Rolle von Militär und Gewalt verfestigt, wird damit verhindert und bis heute tabuisiert.

Demgegenüber nahezu unbekannt ist, welche Rolle die „organisierte Gewaltlosigkeit in der Geschichte“ einnimmt. Die im Jahr 2014 – neben dem Gedenken an den Beginn des 1. Weltkriegs vor 100 Jahren – praktizierte breite öffentliche Erinnerung an 25 Jahre friedlichen Wandels von staatlichen Strukturen in Ostdeutschland und in zwölf anderen europäischen Ländern kann den Blick nicht dafür verstellen, dass vom Bewußtsein einer „Tradition der Gewaltlosigkeit“ bis heute kaum eine Rede sein kann. Deren Präsenz in den Köpfen und Herzen der Menschen ist unzureichend, weder latent noch stabil vorhanden. Manchmal wird zwar eingeräumt und akzeptiert, dass den urchristlichen Weisungen Jesu zur Gewaltlosigkeit, den Ideen Tolstois und deren politisches Aufgreifen im 20. Jahrhundert durch Mahatma Gandhi und Martin Luther King eine politisch konstruktiv gestaltende Rolle zukommt. Auch die inspirierende Wirkung pazifistischer Forderungen und Ideen auf die Gestaltung des modernen Völkerrechts findet gelegentlich explizite Erwähnung.<sup>11</sup> Methoden ziviler Konfliktbearbeitung gelten aber weithin immer noch als „naive, pazifistische Spinnereien“, die nicht wirklich ernst genommen werden. Als vermeintlich wenig praxistauglich bleiben sie politisch randständig. Eine „realpolitische“ Bedeutung haben sie bis heute kaum, die immerhin erreichte staatliche Förderung ist gering und lässt noch viel zu wünschen übrig. In Europa und weiten Teilen der Welt blühen die Geschäfte des Waffenhandels – trotz Hinwendung zu humanitären Idealen in vielen dieser Gesellschaften. Global stellen über 170 Staaten für die Unterhaltung von Armeen immense Ressourcen bereit, die im Ergebnis nur als irrsinnige, tödliche Verschwendung betrachtet werden können – egal, ob sie eingesetzt werden oder auch nicht. Diese gefährvolle Anhäufung militärischer Gewaltpotentiale liegt nicht allein an der sehr viel längeren Tradition überkommener Rüstungs- und Militärpolitik, sondern vor allem an deren vielfältiger Verflechtung mit wirtschaftlichen Interessen. Selbst in Deutschland, wo Dank des o.a. friedlichen Wandels inzwischen immerhin eine bemerkenswerte Sensibilität für >zivile Konfliktbearbeitung< aufgekommen ist, zeigt der Vergleich staatlicher Aufwendungen für Rüstung und Militär mit ziviler Konfliktbearbeitung, wie es um die Förderung von Alternativen zur Gewaltanwendung steht: 999:1 fürs Militär<sup>12</sup>. Dessen strukturelle Übermacht in Staat und Gesellschaft, „Köpfen und Herzen“ der

<sup>9</sup> Siehe dazu insbesondere Marco Dräger, Denkmäler für Deserteure - Ein Überblick über ihren Einzug in die Erinnerungskultur, Berlin 2017

<sup>10</sup> An folgende Abhandlungen sei erinnert: Jörg Calließ (Hrsg.), Gewalt in der Geschichte, Düsseldorf 1983, Wolfgang Lienemann, Gewalt und Gewaltverzicht, München 1982; neuer mit vielen Hinweisen: Wolfram Wette, Militarismus in Deutschland, Darmstadt 2008, aktuell: Lothar Brock, Die Beharrlichkeit des Krieges, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 60. Jgg., 2015, 57-67; Die Kunst der Niederlage im Krieg der Gegenwart, in: Holger Afferbach, Die Kunst der Niederlage – Eine Geschichte der Kapitulation, München 2013; vgl. auch: Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts herausgegeben von Jörg Baberowski, Bernd Greiner, Michael Wildt, Hamburg, <http://www.his-online.de/hamburger-edition/buecher/reihen/studien-zur-gewaltgeschichte/>

<sup>11</sup> Vgl. Ulrich Schneckener, Wie die Welt „organisieren“? Alfred H. Fried und Herausforderungen für die Weltordnungspolitik im 21. Jahrhundert. In: Guido Grünewald (Hrsg.), Alfred Hermann Fried: „Organisiert die Welt!“ – Der Friedensnobelpreisträger – Leben, Werk, Impulse, Bremen 2016

<sup>12</sup> Bund für Soziale Verteidigung (BSV): Alle Ausgaben des Bundes für staatliche und nichtstaatliche Maßnahmen humanitärer Aktionen und Menschenrechtsarbeit einschließlich Ziviler Konfliktbearbeitung in den Jahren 2011 bis 2013 können - in fragwürdiger Mischung - auf etwa 1,2 Mrd. € addiert werden, was rd. 3,6% der „Verteidigungsausgaben“ entspricht, aber nur 29 Mio. € pro Jahr wurden bis 2013 explizit zur Förderung von Ziviler Konfliktbearbeitung = Friedensfachdiensten im In- und Ausland aufgewendet. Quelle: BSV-Informationsblätter, Januar 2013. Vgl. Bundestagsausspra-

Menschen ist nahezu ungebrochen – Ausnahmen, wie die stabile und erstaunlich hohe demoskopische Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, bestätigen die überwindenswerte Regel. Dennoch wird durch Parlamentsentscheidungen und militärfreundliche mediale Fürsprache die militärische Übermacht aber (in aller Regel) wieder hergestellt, politisch bekräftigt – und damit verfestigt.

#### **4. Das Erinnern an die Opfer der NS-Militärjustiz stärkt den Protest gegen aktuelle Entwicklungen, die neue Kriegsgefahren beinhalten.**

Die zurückliegenden Jahre drängen eine doppelwertige Beobachtung auf. Sie muss über den „Terrorrand“ der Erinnerungs- und Gedenkkulturpolitik hinaus auch deren politische Rahmenbedingungen in den Blick nehmen, weil diese Auswirkungen auf Strukturen und Inhalte der Erinnerungs- und Gedenkarbeit haben:

Einerseits gibt es eine breite und oft durchaus kritische Erinnerungs- und Gedenkarbeit, die vielfältig präsent ist: Europa- und bundesweit, regional und lokal gibt es eine Fülle geförderter Gedenkstätten und -orte. In Verbindung damit oder ergänzend dazu bestehen nicht wenige Stiftungen, Vereine und/oder Initiativen, die sich um spezielle historische Aufarbeitungen kümmern. So wird z.B. regelmäßig „runder Gedenkjahre“ gedacht, wie 2014 des Beginns des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren, des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren. Das Einfordern eines würdigen Gedenkens der Opfer der NS-Militärjustiz im Rahmen staatlicher Erinnerungskultur hat auch darin Akzente gesetzt.

Andererseits wird gleichzeitig eine „unbändige Lust auf einen neuen Militarismus“<sup>13</sup> geschürt - oft mit ganz erheblichem Medienaufwand, der empfindsame Gemüter an Gleichschaltung erinnert. Der so bemerkenswert getitelte Essay von Arno Luik stellte fest, angesichts vorgegeblicher Terrorismusbekämpfung gehe es vor allem um „eine neue Lizenz zum Töten“, die die Väter und Mütter des Grundgesetzes erstaunen lassen würde. Fast gleichzeitig fragte demgegenüber Spiegel-Kolumnist Jakob Augstein<sup>14</sup> unter der Überschrift >Wir Terroristen<, warum der Westen nicht den „eigenen Terrorismus“ bekämpfe, der jeden Tag 10.000 Kinder „verhungern“ lässt, was angesichts diverser Unterlassungen präziser „ermorden“ formuliert werden müsste. Die Wirtschafts„ordnung“ der reichen Staaten schafft sich so täglich neue Feinde und Gegner. Die Nach-Wende-(Ost-)Politik der USA und Europas unter NATO-Federführung präferiert offensichtlich vor allem Erhaltung und Durchsetzung einer rüstungs- und militärfreundlichen Wirtschaftspolitik und Wirtschaft<sup>15</sup>, die nötigenfalls militärisch abgestützt wird. Eine derartige politische Orientierung schließt das ‚Spielen‘ mit kaltem oder heißem Krieg eher ein, als dass sie eine Zukunft erwarten lässt, die militärische Gewaltanwendung mit ziviler Streitbeilegung überwindet<sup>16</sup>. Insoweit bleibt auch die Absage großer Teile der Bevölkerung an militärische Gewalteinsätze bis heute ohne ersichtliche politische Konse-

---

che über den 4. Bericht zur zivilen Krisenprävention am 6.02.2015: Video mit allen Dokumenten unter dem Link [http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw06\\_de\\_krisenpraevention/345384](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw06_de_krisenpraevention/345384) siehe insbesondere die Beiträge MdBs K. Vogler und U. Finckh-Krämer, Plenarprotokoll 18/3213; jüngster Bericht 2017 Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern Leitlinien der Bundesregierung, vorgelegt am 14. Juni 2017; PM PIF ZKB; Hintergrundpapier Verbände siehe Seite <http://upgr.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/index.php?page=nachdenkliches>

<sup>13</sup> „Lizenz zum Töten“ – Essay von Arno Luik im Magazin >Stern< vom 23. Oktober 2014, S. 76 f.

<sup>14</sup> Jakob Augstein, Der Westen und der Hunger: Wir Terroristen, in: Der Spiegel, vom 16. Oktober 2014

<sup>15</sup> Vgl. z.B. Die Ungleichheitsmaschine: Markt, Kapital und Herrschaft. Thomas Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“ in der Debatte. Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12/2014, S.53-72, 60. Als ein Indiz für die von Deutschland beabsichtigte Verstetigung und Vermehrung weltweiter Militäreinsätze ist die Einrichtung eines >Gerichtsstands bei besonderer Auslandsverwendung der Bundeswehr< zu sehen sein, der seit April 2013 in Kempten/Allgäu etabliert ist. Details zur Genese des 2012 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetzes siehe <http://www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/index.php?page=aufgaben> Dort auch als resümierende Bewertung: Rolf Surmann, Kein Krieg ohne Kriegerjustiz. Deutschland hat wieder eine Militärgerichtsbarkeit. In: Konkret Nr. 12-2012, S. 20

<sup>16</sup> Der noch unter Außenminister Steinmeier eingeleitete „Umbau“ des Auswärtigen Amtes, das 2016 eine neue „Abteilung für Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktachsorge“ erhalten hat, ist bis 2017 weithin unbemerkt geblieben. Vgl. Spiegel-online vom 25.02.2015 „Steinmeier baut Auswärtiges Amt um“. Die Kritik der ZKB-Verbände an den 2017 von der Bundesregierung vorgelegten „Leitlinien“ spricht für sich: Leerformeln, Widersprüche und Inkonsequenz werden festgestellt, siehe FN 11 und das im April 2017 vorgelegte Impulspapier der Friedrich-Ebert-Stiftung: Frieden fördern – Globalisierung gerecht gestalten, von Edelgard Bulmann, Ha-Jo Giessmann u.a., Berlin 2017

quenz für die Gestaltung des „Ernstfalls Frieden“, der nach konkreten Lehren und Lernen aus der Geschichte fragt.<sup>17</sup>

Die nichtmilitärische, zivile Streitbeilegung massiv auf- und auszubauen wird aber umso nötiger, als das innenpolitische Erstarken antidemokratischer und nationalistischer Kräfte über Deutschland hinaus ebenso nach originellen, phantasievollen und klugen politischen Antworten verlangt, wie zu verzeichnende nationalistische Tendenzen in europäischen Nachbarländern und in den Vereinigten Staaten von Amerika. Das Wiedererstarken von Nationalismus, der mit Abschottung und Fremdenfeindlichkeit einhergeht, ist mit Forderungen nach mehr Rüstung und Militär verbunden.

Umso mehr gilt es, heute und in Zukunft die überlebensnotwendigen Vorteile von Abrüstung, Völkerverständigung und Frieden herauszuarbeiten, darzustellen, bekannt zu machen und mit den erwartbaren Folgen neuen Wettrüstens zu kontrastieren. Ein sozial gerechtes, ziviles Europa muss neu konzipiert, organisiert und inspirierend profiliert werden: Visionen mit Bodenhaftung sind dafür gefragt. Auf diesem Wege können politische Strukturen neu justiert und gewonnen werden, die Androhung und Einsatz von Gewalt reduzieren, ja überflüssig machen und einem - sonst drohenden - Rückfall in Gewaltsamkeit entgegenwirken.

Das Erinnern und Gedenken an die Opfer der NS-Militärjustiz, die jahrzehntelang verfermt wurden und sich heute einen Platz in der Erinnerungskultur erstritten haben, ist und bleibt Bestandteil des Kampfes für persönlichen wie für gesellschaftlichen Verzicht auf Gewalt, für zivile Formen der Streitbeilegung.

---

Bremen, Stand: 18. Februar 2018 – Ca. 16.200 Zeichen (ohne Leerzeichen)

Autor: Günter Knebel, Schriftführer im Vereinsvorstand >Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V., Bremen<

Angaben zur Person: Günter Knebel, geb. 1949, Lehre als Chemielaborant (1964-1967), nach Abendschule/Kolleg, Ersatz- bzw. Zivildienst 1972/73; Lehramts-Studium Geschichte u. Politik, nach abgeschlossener Lehrerausbildung, 2. Staatsexamen 1981, von 4/1982 bis 6/2010 Geschäftsführer der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer (EAK) in der EKD. Mit der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V., Bremen, von Anfang an in Kontakt, seit 1998 ehrenamtlich deren Schriftführer, seit 2011 auch Web-Redakteur der Seiten [www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de](http://www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de)

---

<sup>17</sup> Wolfram Wette, Ernstfall Frieden – Lehren aus der deutschen Geschichte seit 1914, Bremen 2017

---

**Impressum/Bezugsanschrift dieser Broschüre:**

**BV Opfer der NS-Militärjustiz e.V.**  
Gemeinnützig anerkannter Verein  
- Vereinsvorstand - c/o G. Knebel  
Ludwigsburger Str. 22, 28215 Bremen  
Telefon 0421 / 374557  
[www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de](http://www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de)

**Bundesvereinigung  
Opfer der NS-Militärjustiz**

